

Das Ernährungsproblem. Im Industrie-
 haussaal hielt kürzlich der Präsident der Futter-
 mittelzentrale Handelskammerrat Fritz M e n d l in
 einer von der Wirtschaftlichen Zentrale für Handel,
 Gewerbe und Industrie einberufenen Versammlung
 einen Vortrag über das Ernährungsproblem im
 dritten Kriegsjahr und über die Aufgaben des
 Amtes für Volksernährung. Nach einer einleitenden
 Ansprache des Vorsitzenden Abgeordneten F r i e d-
 m a n n führte er im wesentlichen aus, es sei klar,
 daß während des Krieges mit dem im Inlande be-
 findlichen und noch zu erzeugenden Nahrungs- und
 Futtermitteln das Auslangen gefunden werden
 müsse, wenn man nicht leichtfertig mit Zuschüben
 rechnen wolle, die erst erobert werden sollen. Un-
 den Schwierigkeiten zu begegnen, müssen alle im
 Inlande befindlichen Vorräte herausgeholt und
 planmäßig verteilt werden. Das Amt für Volks-
 ernährung wird sich darüber klar sein müssen, daß
 es die Lebensmittel nur auf zwei Arten erhalten
 kann: Entweder wird das Ernährungsamt die Macht
 haben, den Besitzern von Nahrungsmitteln diese ab-
 zunehmen, oder es wird sich dazu bequemen müssen,
 diejenigen Preise zu bezahlen, die sie jeweils ver-
 langen. Es werde nicht möglich sein, erklärte der
 Vortragende, die Versorgungsmaschine nur durch
 die Kraft der Verordnungen in Bewegung zu
 bringen, es werde deshalb von Vorteil sein, auch
 jene Energie dazu zu verwenden, die durch das
 eigene Interesse der einzelnen Besitzer aus-
 gelöst werden kann. Soll zum Beispiel die

Milchproduktion gehoben werden, muß der Fleisch-
 preis derart herabgesetzt werden, daß der Milch-
 produzierende Landwirt nicht veranlaßt wird,
 seine Kühe zu verkaufen, weil sich bei zu hohen
 Viehpreisen die Milchwirtschaft nicht auszahlt.
 In den einzelnen Sprengeln müssen alle land-
 wirtschaftlichen Produkte, die auf den Markt ge-
 langen sollen, aufgebracht werden. Bei dem gegen-
 wärtigen System hat jeder Bezirkshauptmann das
 Interesse, daß sein Bezirk versorgt ist, und jeder
 Gemeindevorsteher das Interesse an seiner Ge-
 meinde, deshalb sei bei der Aufbringung von Lebens-
 mitteln eine passive Resistenz nicht zu vermeiden.
 Es ist zum Beispiel im gegenwärtigen Augenblick
 der Gemeinde Wien nicht möglich, gekaufties Heu
 nach Wien zu bringen, weil die Bezirkshauptmann-
 schaften sich noch immer trotz aller Verordnungen
 absperrten. Große Städte müßten in Bezirke von
 20.000 bis 30.000 Personen geteilt, und in diesen
 möglichst wenig Abgabestellen errichtet werden, nur
 so viel, daß eine Abfertigung, ohne das Publikum
 warten zu lassen, möglich sei. Durch eine geringere
 Zahl von Verkaufsstellen werde die Ueberswachung
 wesentlich erleichtert und seien Mißbräuche weniger
 möglich. Kammerrat M e n d l führte noch einige
 Beispiele für die unrationelle Art der Versorgung
 mit Lebensmitteln an, und wies auf seine bisher
 aber noch nicht durchgeführten Vorschläge zur mög-
 lichsten Zentralisierung der Lebensmittelverteilung
 hin. Er habe, schloß der Vortragende, die volle Ueber-
 zeugung, daß, wenn Zivil und Militär in Oester-
 reich eine A p p r o v i s i o n i e r u n g s e i n h e i t
 bilden, wenn begriffen wird, daß die Ernährung
 unserer Bevölkerung Selbstzweck, Landwirtschaft,
 Handel, Gewerbe und Industrie nur Mittel zu
 diesem Zwecke sind, wenn das neue Amt für Volks-
 ernährung den Mut hat, nach allen diesen Seiten
 die Interessen der Allgemeinheit zu verteidigen, wir
 durchhalten werden. — Die Ausführungen des
 Redners fanden vollen Beifall.

Die Lebensmittelversorgung.**Abänderung der Zusatzkarten für Schwerarbeiter.**

Bisher hat die Zusatzkarte für Schwerarbeiter auf 1960 Gramm Brot oder aber 560 Gramm Brot und 1000 Gramm Mehl gelaute. Da die einfache Ausweislarie das Recht zum Bezuge von 1000 Gramm Mehl einräumt, haben die Besitzer von Zusatzkarten die Möglichkeit gehabt, eine doppelt so große Menge Mehl zu erhalten, wie die übrigen Personen.

Infolge der gegenwärtig ungenügenden Vorräte an Roggenmehl hat sich der Statthalter nunmehr veranlaßt gesehen, mit einer soeben kundgemachten Verordnung die Zusatzkarte für Schwerarbeiter in der

Weise abzuändern, daß sie nicht mehr auf einen wahlfreien Bezug von Brot oder Mehl, sondern nur mehr auf den Bezug von Brot in der allerdings unverändert gelassenen Menge von 1960 Gramm lautet.

Nur für solche Schwerarbeiter, die, wie beispielsweise Holzarbeiter, nicht in der Lage sind, sich an ihrem Arbeitsorte wegen dessen Entlegenheit von Wohnstätten Brot zu verschaffen oder für körperlich schwer arbeitende Störbrotkartenbesitzer, das heißt Personen, die das für den Hausbedarf erforderliche Brot selbst backen oder das Ausbacken von Brotteig durch Bäcker veranlassen, bleiben die bisherigen Zusatzkarten (1960 Gramm Brot oder 560 Gramm Brot und 1000 Gramm Mehl) auch weiterhin in Geltung.

Die neue Statthaltereiverordnung tritt am 24. Dezember d. J. in Kraft.

Wo bleibt das „Zef“?

Das Fleischersatzmittel „Zef“, dessen Erzeugung und Abgabe von der Gemeinde Wien eingeleitet wurde, hat sich zwar überall, wo es auf seine Verwendbarkeit und seinen Geschmack hin erprobt wurde, mit Recht einen guten Ruf erworben, aber in weiten Volkskreisen ist es bisher nicht bekannt geworden. Es konnte eben nicht in so großen Mengen hergestellt werden, um es als Volksernährungsmittel in den Konsum zu bringen. Das „Zef“ besteht nämlich zum größten Teil aus gemahlener Hülsenfrüchten, wie Linsen, Erbsen, Bohnen, ferner aus Hirsebrei und Kartoffelwalzgrieß. Von diesem Material konnte die Gemeinde nur eine verhältnismäßig geringe Quantität erhalten, die bloß ausreichte, um ein paar Waggon „Zef“

herzustellen, die aber in kurzer Zeit von den Anstalten der Gemeinde Wien und in der Detailverschleißstelle in der Brunnengasse Nr. 25 bei dem Erfinder Erndt vergriffen waren. Hauptächlich handelt es sich um Linsen und Kartoffelwalzgrieß, die jetzt schwer zu beschaffen sind. Wie wir erfahren, besteht jedoch die Hoffnung, in einiger Zeit wieder „Zef“ herstellen zu können, falls aus den eroberten Gebieten Rumäniens Hülsenfrüchte einlangen.

Überwachung der Ersatzmittel.

Wir beabsichtigen, an dieser Stelle die häufig vorkommenden Ersatzmittel kritisch zu besprechen. Diese unsere Tätigkeit enthebt selbstverständlich die Regierung keineswegs der Pflicht, das so notwendige Überwachungsamt einzuführen. Wir können nur untersuchen und warnen, während dem staatlichen Amte Verbots- und Strafmittel zur Verfügung stünden, um der Ausbeutung wirksam entgegenzutreten.

Waschmittel „Minka“, „Waschall“ und „Prima“.

Schon wiederholt ist an dieser Stelle die Forderung ausgesprochen worden, die Ersatzmittel für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauches unter staatliche Überwachung zu stellen, um die Verbraucher vor schwindelhafter Übervorteilung zu schützen. Die Käufer sind trotz der schönsten Gesetze gegen Preistreiberei nicht in der Lage, die Anzeige in jenen Fällen zu erstatten, wo eine genaue Kenntnis der chemischen Zusammensetzung des betreffenden Ersatzmittels notwendig ist, um festzustellen, ob und daß eine ungeheure Preistreiberei, ja in vielen Fällen geradezu Betrug vorliegt.

Heute besprechen wir drei Waschmittel, deren Zusammensetzung vom Standpunkte ihrer Brauchbarkeit und ihres Geldwertes beurteilt werden soll.

„Minka“ wird in Päckchen zu 130 Gramm verkauft und kostet 24 S Heller; es enthält 0,95 v. S. Fett und 74,2 v. S. wasserfreie Soda, der Rest ist Wasser.

„Waschall“, das in Päckchen zu 106 Gramm verkauft wird und 32 S Heller kostet, enthält 1,2 v. S. Fett und 63,6 v. S. wasserfreie Soda.

Diese beiden Waschmittel haben einen so geringen Fettgehalt, daß man sie ruhig als Sodazusätze bezeichnen kann. Da nun „Minka“ auf seiner Gebrauchsanweisung den Vermerk trägt, daß seine Verwendung die Benützung der Seife überflüssig macht, so kann man sich ungefähr vorstellen, wie die damit behandelte Wäsche unter dem Gebrauch dieses Präparates leidet, denn nur die in der Seife enthaltenen Fette schützen die Leinen- oder Baumwollfasern vor der zerstörenden Wirkung der Soda. Es ist klar, daß die Verwendung dieser Waschmittel ohne oder mit zu wenig Seife bei der jetzt so nötigen Sparlichkeit mit den vorhandenen Leinen- und Baumwollbeständen nicht ganz gleichgültig ist. Schon von diesem Standpunkte aus sollten die maßgebenden Kreise den Handel der Seifenersatzmittel überwachen.

Ein Kilogramm kristallisierte Feinsoda kostet im Detailhandel heute ungefähr 30 S Heller. 6 bis 10 Dekagramm wasserfreie Soda mit einem Zusatz von 1 v. S. Fett kosten, wenn sie „Waschall“ heißen, 32 S Heller, und wenn sie „Minka“ genannt werden 24 S Heller. 1 Kilogramm dieser samosen Waschmittel, die zu gar nichts weiter dienen, als eine schärfere Lauge herzustellen, kostet ungefähr 3 Kronen, beziehungsweise 1 Krone 84 S Heller. Wenn diese Feststellungen dem Staatsanwalt keine Handhabe bieten, um gegen die Firmen, die sich mit der Erzeugung und dem Vertrieb dieser Artikel befassen, mit der Anklage wegen Preistreiberei vorzugehen, dann wäre eine sehr rasche und wirksame Ausbildung der „Technik unserer Rechtspflege“ im Interesse der Verbraucher höchst erwünscht.

Ein drittes Waschmittel, das den schönen Namen „Prima“ führt, wiegt 19 Gramm und enthält 10,4 v. S. Fett. Dafür fehlen die der Seife unentbehrlichen Zusätze von Soda und Kali gänzlich. Der Mischung ist nur etwas Wasserglas oder Ton beigeigt. Dieses Präparat schadet wenigstens der Wäsche nicht, stellt aber gleichfalls einen unerhörten Raubzug auf die Taschen der Verbraucher dar. Die 20 S Heller, die hier für ein Päckchen im Gewichte von 19 Gramm verlangt werden, entfallen in der Hauptsache eigentlich auf nicht ganz 2 Gramm technisches Fett; 1 Kilogramm Kriegsverbandsseife, die aus 30 v. S. Fett und der entsprechenden Menge Soda besteht, kostet ungefähr 3 Kronen 50 S Heller, 20 Gramm kosten also beiläufig 7 S Heller. Die Hausfrauen dürften daher bedeutend billiger daran sein, wenn sie etwas mehr Kriegsverbandsseife als das Waschmittel „Prima“ benützen.

Wir werden nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß wir es unter den gegenwärtigen Umständen für die Pflicht der staatlichen Behörden halten, solche Artikel nicht in den Handel gelangen zu lassen. Wir versprechen, unsere Aufklärungsarbeit so lange fortzusetzen, bis die öffentliche Meinung stark genug ist, um zu fordern, was wir angeregt haben: Schutz vor betrügerischer Ausbeutung der Verbraucher.

Belastungsproben.

Die neuen Lebensregeln.

Man redet sinnbildlich von einer Belastungsprobe, die man durchzumachen hat, wenn einem das Schicksal allerlei Außerordentliches zufügt. Sinn und Bild sind der Technik entnommen. Brücken werden auf ihre Tragfähigkeit durch eine bis an das äußerste zulässige Maß gehende Belastung erprobt. Mit diesem Maß an Belastung beschwert darf sie sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus senken, darf natürlich vor allem nicht einbrechen. Die Belastungsprobe gut bestanden, kann die Brücke beruhigt in Gebrauch genommen werden. Sie wird tragen und dauern.

Unser Dasein im Kriege ist eine fortgesetzt sich steigende Belastungsprobe, und gleich soll es gesagt sein, daß wir sie alle ganz erstaunlich gut übertragen. Natürlich ist hier die Rede nicht von jenen schweren Seelenbelastungen, denen der Vater, die Mutter ausgesetzt sind, deren Sohn den Tod der Pflicht fürs Vaterland erlitten hat. Das sind gewalttätige Stöße, donnernde Erschütterungen, da wird von einem Ungeheuren die Seele durch die äußersten Erregungen gejagt. So vielfach verbreitet jetzt auch solches Schicksal, so bleibt es in jedem Falle doch das Einzelerlebnis mit all seinem Persönlichen, seinen Besonderheiten. Wir reden vielmehr von jenen Einrichtungen, die unser Friedensleben so eingreifend verändern, zugleich uns alle, die Gesamtheit betreffen, oder doch wenigstens betreffen sollen.

Da geht es natürlich in erster Linie um das Essen. Hier gleich eine merkwürdige Beobachtung. Wir haben alle so jahraus jahrein dahingeeßen, als ob das so sein müßte, und darum ist es uns gar nicht zum Bewußtsein gekommen, was uns das Essen eigentlich ist. Wir waren doch höhere Wesen, die sich da an den erhabenen Grundsatz hielten, der Mensch lebe nicht, um zu essen, sondern esse, um zu leben, und so lebten wir denn. Auch der Feinschmecker, der Vielfraß schmeckte und fraß sich so durch das Leben. Ohne Bedacht, instinktiv. Auf einmal bekommen die doch wie einem Säugling selbstverständlich gewesenen Mahlzeiten, drei bis fünf, eine ganz andere Bedeutung. Ganz, wie der höhnische Mephistopheles das sagt:

Dann lehret man Euch manchen Tag,
Daß, was Ihr sonst auf einen Schlag
Getrieben, wie Essen und Trinken frei,
Eins! Zwei! Drei! dazu nötig sei.

Eins! Die zahlreichen, verschiedenen „Sorten“, die da in allen Farben des Regenbogens prangen. Zwei! Daß man für diese Anweisungen auch die betreffenden Gegenstände erhalte, auf die sie lauten. Drei! Ob man nun genug Geld, die Frau oder das Dienstmädchen genug Zeit hat. Dann auch noch Viertens! Fünftens! Sechstens! Nun, man weiß ja, wie sich alles in Maß und Art geändert hat, vom Frühstück bis zum Nachtessen. Die schwungvollsten Idealisten sehen sich auf einmal ganz entwirrt, sehen sich den verwickeltesten und verzwickeltesten Verdauungsproblemen, als dem Mittelpunkt ihrer Sorgen und Tagesinteressen gegenüber. Und gar erst die Massen, denen die Frage des Preises die Hauptsache ist, weil sie auf den Kreuzer schauen müssen! Belastungsproben!

Weil es aber gerade ein Merkzeichen unserer Gesittung ist, daß wir alle den Gang bekommen, Lebenskünstler zu werden, denen oft das Ueberflüssige als das Notwendige erscheint, haben wir es empfindlich verspürt, wenn in gewisse Luxusgewohnheiten von oben her eingegriffen wurde. Fleischlose Tage — fleischlose Tage. Am Ende kann der Mensch auch Fogosch am Rost mit Tartarantunkte essen, die Tunkte mehr pikant als sauer, vorausgesetzt, daß er das zahlen kann und sich nicht damit begnügen muß, einen Ruffen mit Brot, oder ein Brot ohne Ruffen zu essen. Aber keinen Kausenkaffee im Kaffeehaus! Jetzt auch noch keinen Schwarzen! Die Eisfuhrsperr der Gasthäuser, die Zwölfuhrsperr der Kaffeehäuser, der Varietés, Kabarette, Bars, die Aenderung des Beginnes der Theatervorstellungen — es gibt Leute genug, denen erst jetzt der Ernst des neuen Lebens ganz eingeht. Da wird dem Menschen eine Nacht- und Tageseinteilung anbefohlen, an die er sich halten muß, ob er will oder nicht. Er muß der allgemeinen Notwendigkeit, der sozialen Kriegsordnung das Opfer seiner Gewohnheiten, seiner für selbstverständlich und unveräußerlich gehaltenen Lebensrechte bringen. Man kann da vor die harte Wahl gestellt werden, entweder auf das Theater, oder auf das Gasthaus verzichten zu müssen. Diese Wahl aber ist keineswegs leicht, was schon aus dem Umstande hervorgeht, daß eine Anzahl Theater früher als bisher, um sieben Uhr, zu spielen anfangen wollen, damit die Leute nach dem Theater noch das Gasthaus genießen können, während das Deutsche Volkstheater auf halb Neun den Spielanfang verlegt, offenbar in der Annahme, daß die Leute fortan nach dem Theater überhaupt nicht mehr ins Gasthaus gehen werden. Nicht nur das Wie und Was, auch das Wo und Wann des Essens wird also in den öffentlichen Dienst gestellt, mittelbar auch die Zeit, wann der Mensch zu Bette muß, denn was macht man sonst, wenn Kabarett und Bar in öder Finsternis starren? Man nun von diesen neuen Bestimmungen mehr oder minder betroffen ist, ob man sich denkt, es liege am Ende an dem Tangelatum nicht viel, und auch die Eisfuhrsperr der Wirtschaften und Schenken sei keine Lebensfrage, so ist doch dieser Eingriff ohne Zweifel eine erneute und eindringliche Mahnung an die Hintansetzung der Persönlichkeit zugunsten aller, an die Pflicht der

Sparsamkeit, an das Bewußtsein, daß die vorhandenen Güter insgesamt allen nutzbar gemacht werden müssen.

Eine neue Belastungsprobe, und jeder soll sich ihr unbedingt unterwerfen, des unmittelbaren Zweckes wegen und auch als Lehrmittel für die Zukunft, die jedenfalls alle unsere geistigen und sittlichen Kräfte in Anspruch nehmen wird. Sollen wir durchhalten, so müssen wir zeigen und beweisen können, was wir aushalten. Ein Gelehrter hat dieser Tage berechnet, daß in Deutschland die Person durchschnittlich sechzig Prozent Kalorien, Nährwerte, mehr verbraucht, als zum Aufbau und zur Erhaltung des Lebens notwendig sei. Da wären die Opfer, die wir bringen, am Ende gar keine Opfer. Urbedingung aber ist die Lehre heilsam, eine Sicherung der Zukunft, daß wir unser Leben als Teil, als Atom des Gesamtlebens der Gesellschaft, des Staates, des uns nahestehenden Menschenverbandes erkennen lernen. Das Schicksal will uns streng emergerzieren für die unser wartenden Aufgaben der näheren und der ferneren Zukunft. **B. Deverbo.**

Die unmoderne Wirtschaft.

Aus der Häuslichkeit in Kriegszeiten.

Unmodern? Nein, das kann man wirklich nicht glauben, gerade jetzt, da man überhaupt nur mehr vom Essen redet, und selbst die Männer, die früher mit ihren Interessen fernab von den häuslichen Sorgen standen, sich vor allen Dingen um die Speisekammer kümmern. Wo immer man einander begegnet — überall werden nahezu ausschließlich wirtschaftliche Angelegenheiten erörtert: Kriegens Sie Mehl? Haben Sie noch Fett? Wenn ich nur wüßte, wie man sich Erdäpfel beschafft! Alles könnte man ertragen, nur die Milchnot nicht. . . . So geht es weiter in den verschiedensten Tonarten. Und da will man von „unmoderner Wirtschaft“ sprechen?

Dennoch ist es so. Von allen möglichen Seiten hört man versichern, daß man der Wirtschaft müde ist. Ein junges Ehepaar hat sich entschlossen, überhaupt nicht mehr zu Hause zu kochen und lieber ins Gasthaus essen zu gehen. Die Frau erklärt: „In den vielen Stunden, die ich beim Anstellen bergende, kann ich mir etwas verdienen. Ich glaub', Franz, es ist wirklich klüger, ich schaue mich um eine Stelle um und wir gehen ins Wirtshaus essen . . .“ Der Mann ist einverstanden. Ihm ist das endlose Herumlaufen der Frau, die fast den ganzen Tag über auf Jagd nach Lebensmitteln ist, ohnedies unlieb genug gewesen. Er hatte immer Angst, sie würde dabei krank werden. Und darum ist er mit ihrem Vorschlage einverstanden. Wenn sie Kinder hätten, wäre es etwas anderes, aber für sie beide steht die Plagerei tatsächlich nicht dafür. Man beschließt, einfach Essen holen zu lassen oder selbst zum „Sahn“, zum „Sirchen“ oder zum „Rössel“ speisen zu gehen. Von dem einen Ehepaar hören es die Freunde. Sie finden, daß die Maiters sehr recht haben und wollen es gerade so machen. Auch die Müllers und Webers lassen für Kriegszeit das Feuer des häuslichen Herdes erlöschen und überantworten ihre Ernährung dem Gasthause. Teurer ist es kaum, zumal dort, wo auch die Zeit Geld ist.

Ein anderer Modus besteht darin, daß zwei Familien sich vereinigen: Die Eltern ziehen mit der verheirateten Tochter zusammen oder zwei Schwägerinnen mit ihren Männern, zwei Brüder mit ihren Frauen. Das vereinfacht die Wirtschaft. Man hat nur einmal Dicht, nur einmal Feuerung, und legt man die Mehlkarten, Fettkarten, die Zuckerarten zusammen, so läßt sich bei dem dadurch vermehrten Quantum doch leichter haushalten.

Das sind zweifellos Ansätze zu der namentlich in Deutschland viel erörterten Frage des „Einküchenhauses“, das heißt jenes Hauses, das mit einer Küche verschiedene Familien in verschiedenen Wohnungen versorgt. Bisher hat man dieses System in Oesterreich abgelehnt, und das wird man wahrscheinlich auch künftighin tun. Der Oesterreicher liebt sein Heim und vor allen Dingen die Individualität seines Heims. Er will essen, wann es ihm beliebt, und will sein Rindfleisch, seinen Apfelstrudel oder Kaiserfischmarren, will seinen Kaffee oder sein Gulhas so zubereitet haben, wie es seinem sehr persönlichen Geschmack entspricht. Schon der Gedanke, daß eine Küche mehrere Häuslichkeiten versorgt, was diese Häuslichkeiten selbstverständlich ganz naturgemäß banalisiert, berührt ihn unangenehm. Er kann „liebloses Essen“ nicht vertragen, abgesehen davon, daß das Einküchenystem zu einem engeren Zusammenschluß mit den übrigen Wohnparteien des betreffenden Hauses führen muß, was schon an sich nicht jedermanns Sache ist. Der richtige Boden für diese Bewegung ist Oesterreich somit keinesfalls. Der

Krieg ist jedoch Ausnahmezustand und man hält eben durch, so gut man kann.

Auch zwei oder drei Nachbarinnen, die auf demselben Gang wohnen, haben vereinbart, ihre drei Küchen zu einer zu vereinigen, nicht aus Ueberzeugung, sondern nur, um unter den bestehenden Verhältnissen Zeit und Geld zu ersparen. Auf der einen Seite herrscht vielfach Mangel an Dienstpersonal, auf der anderen entlassen Hausfrauen, die bisher zwei Dienstmädchen hatten, das eine, und wieder andere behelfen sich ganz ohne Mädchen, allenfalls nur mit einer Bedienerin. Es handelt sich dabei weit weniger um den Lohn für die häusliche Hilfskraft, als um deren Verpflegung.

Man hat auch sonst bestimmte wirtschaftliche Arbeiten eingeschränkt oder vollständig aufgegeben. Der Waschttag entfällt in vielen Häusern, weil die Hausfrau berechnet hat, daß durch die enorme Steigerung der Seifenpreise, durch das Essen der Wäsjerin und die erschwerte Möglichkeit, sich Kohlen und Petroleum zu beschaffen, der häusliche Waschttag mindestens ebenso kostspielig ist, als „die Wäsche außer Haus“, selbst dann, wenn man deren erhöhte Abnutzung durch die betreffende Reinigungsanstalt mit in Erwägung zieht. So löst man die alte Tradition des Waschtages vorläufig auf. Man hat auch in diesem Jahre nicht eingelocht, denn der Zucker war schwer zu haben und die Früchte standen zu hoch im Preise. Was man an Marmelade benötigt, zumal als Butterersatz zum Aufstrich auf das Brot, das wird im Laden fertig gekauft.

Und so wie mit dem Waschtage und mit dem Einsieben, geht es in verschiedenen Beziehungen. Die Maschine hat gerade in jüngster Zeit der Hausfrau neuerdings eine Menge Arbeit aus der Hand genommen — auch in dieser Hinsicht ist die Wirtschaft, das oft belächelte und dennoch so gute „Hausgemachte“ unmodern geworden. Man spürt überall die Tendenz — vom Hause fort — seit das Wirtschaften so schwierig geworden ist. Das hat nichts mit einem Wandel der Menschen zu tun, sondern nur mit den gegenwärtigen Verhältnissen.

Deshalb wird das sicher auch wieder anders werden. „Die unmoderne Wirtschaft“ ist nur eine vorübergehende Erscheinung, namentlich zulande. Aber im Augenblick ist sie zweifellos ein Merkmal der Epoche, und will als solches betrachtet sein. In den so heiß ersehnten Tagen des kommenden Friedens werden all jene, die ihrer Häuslichkeit untreu werden mußten, gewiß wieder frohen Herzens dahin zurückschreiten. Vorläufig aber — und das läßt sich nicht leugnen — wird die Wirtschaft unmodern.

H. T.

Die Getreide- und Petroleumproduktion Rumäniens.

Solange Rumänien im Weltkriege an den äußeren Formen der Neutralität festhielt — wirklich neutral war Rumänien ja kaum jemals — gelang es Deutschland und Oesterreich-Ungarn immer nur unter den größten Schwierigkeiten, mit Rumänien zu Getreide- oder Petroleum-Abhängigkeiten zu kommen und dann wurden auch noch der Ausführung der Abhängigkeiten die ärgsten Hindernisse in den Weg gelegt. Millionen Goldes mußten für Rumänien deponiert oder dorthin geschickt werden, aber erst nach vielen Monaten wurde die Ware selbst von der rumänischen Regierung freigegeben. Der heimtückische Verrat, den Rumänien an uns und Deutschland geübt, sein Eintritt in den Weltkrieg hat auch dieser Tücke Rumäniens das wohlverdiente Ende gesetzt: Rumänien ist jetzt zu Boden geworfen und die Getreide- und Petroleumvorräte, um die es so lange gekämpft hat, fallen nun den Siegern in den Schoß! So hat der überwältigende Erfolg, den die Armeen des Vierbundes in Rumänien errungen haben, auch wirtschaftlich für die Versorgung der Länder des Vierbundes eine heute noch kaum schätzbare Bedeutung.

Welche Wichtigkeit es für die Zentralmächte hat, mit dem Niederlegen der rumänischen Heere die Verfügung auch über die Bodenproduktion von etwa zwei Dritteln des Landes erlangt zu haben, das wird vielleicht am meisten sinnfällig, wenn wir erinnern, daß die Weizen- und Mais-ernte in Rumänien meist schon mehr als ein Drittel der Weizen- oder Maisernte Oesterreich-Ungarns erreicht. Nach einer halbamtlichen Mitteilung haben die Getreide- und Mehlvorräte Rumäniens am 1. Juli d. J. 16 Millionen Meterzentner betragen und die heurige Ernte wird mit 44 Millionen Meterzentnern beziffert. In diesen letzten fünf Monaten dürften von den Juli-Vorräten, von den damaligen 16 Millionen Meterzentnern, nun allerdings entsprechend viel für den Inlandsbedarf, für die Zivilbevölkerung und für die Truppen verbraucht worden sein. Immerhin läßt sich voraussehen, daß auch jetzt noch ansehnliche Mengen vorhanden sein müssen. Und dazu kommen nun noch die Riesenernte der diesjährigen Ernte. Weizen und Mais stimmen in Anbaufläche und Erntemenge in Rumänien teilweise überein, sie lassen sich auf mehr als je 2 Millionen Hektar und 18 Millionen Meterzentner für Weizen und 16 Millionen Meterzentner für Mais veranschlagen. Dabei ist besonders wichtig, daß ihr Anbau gerade in der schon eroberten Walachei vorherrscht, während speziell Gerste vorwiegend in der Moldau und da wieder in der noch nicht besetzten Sereth- und Pruthgegend angebaut wird. Unzweifelhaft ist die Getreideernte der siegreichen Truppen des Vierbundes berufen, größte Bedeutung für die Getreideversorgung der Zentralmächte zu erlangen. In ganz demselben Maße wird sich dieser glänzende Erfolg der Zentralmächte aber auch als schwerer Schlag für die Entente, für die Bedeckung ihres Getreidebedarfes erweisen.

Aus Amsterdam wird eine wilde Gausse der Weltmächte im Zusammenhange mit dem siegreichen Vorstoß der Mittelmächte ins rumänische Petroleumgebiet gemeldet, und das in der Annahme, daß die Rumänen auf ihrem eiligen Rückzuge keine Zeit mehr hatten, ihre Ölquellen zu beschädigen. Am Vorabend der Katastrophe, die über Rumänien herein-gebrochen ist, hat England bekanntlich noch keine Absicht geäußert, den Handelskrieg gegen die Mittelmächte in Rumänien aufzunehmen. Es klingt wirklich wie ein Scherz des Weltkrieges, daß in einem Augenblicke, in welchem die verbündeten Truppen schon an der Schwelle des nunmehr besetzten Petroleumgebietes gestanden waren, aus Paris die Nachricht von der Bildung eines englisch-französischen Syndikates verbreitet wurde zum Zwecke der Uebernahme der deutsch-österreichischen Petroleumfelder! Abgesehen davon, daß dieses Syndikat schon deshalb nicht in Wirksamkeit getreten wäre, weil eine nicht unbedeutende Finanzgruppe im Hinblick auf die Kriegslage die finanzielle Unterstützung versagt hatte, bereiten jetzt die Kriegsergebnisse diesem Projekte ein jähes Ende. Die Mittelmächte aber sind nunmehr in der Lage, ihren Bedarf an Benzin, Leuchtpetroleum und Schmierölen in reichstem Maße aus dieser gewaltigen Vorratskammer zu decken, zumal wenn sich die Nachricht von der Nichtzerstörung bestätigen sollte. Unter allen Umständen sind in bezug auf Bohr- und Fördereinrichtungen gewiß alle Vorbereitungen getroffen, denn unerwartet ist der Zusammenbruch Rumäniens ja nicht gekommen. Die Petroleumquellen Rumäniens wurden später erschlossen als die anderer Länder, haben jedoch eine außerordentlich rasche Entwicklung genommen. Die Gesamtproduktion dürfte jetzt etwa 1,8 Millionen Tonnen jährlich betragen. Das Erdöl selbst zeichnet sich insofern durch seine Zusammensetzung aus, als es die wichtigsten Produkte der Petroleumindustrie in einer sehr glücklichen Mischung enthält. Das rumänische Petroleum liefert die drei hauptsächlichsten Produkte der Petroleumraffination, nämlich Benzin, Leuchtöl

und Schweröl, in sehr günstigen Mengen, und zwar schwankt der Gehalt an Benzin zwischen 5 bis 30 v. H., während die übrigen beiden Hauptbestandteile dann im Rest in ziemlich gleichmäßigen Anteilen enthalten sind. Die Untersuchungen neuer Felder sind bis vor Kriegsausbruch mit gutem Erfolge fortgesetzt worden und lassen die günstigsten Ergebnisse erhoffen. Deutsches Kapital ist bekanntlich stark an der rumänischen Petroleumindustrie beteiligt. Die größte deutsche Petroleumgesellschaft ist die Steaua Romana A.-G. für Petroleumindustrie, die mit einem Aktienkapital von 100 Millionen Lei arbeitet und zur Gruppe der Deutschen Bank gehört. Die Hauptgruben dieser Gesellschaft befinden sich in der Gegend von Campina, Buzenari und Moreni. Der bedeutende Raffineriebetrieb ist in Campina konzentriert. Weiter ist das deutsche Kapital durch die Tochterunternehmungen der zur Gruppe der Diskonto-Gesellschaft gehörigen Deutschen Erdöl A.-G. an der rumänischen Petroleumherzeugung beteiligt. Diese Tochtergesellschaften sind die „Concordia“, rumänische Petroleum-Industrie A.-G., die „Vega“, rumänische Petroleum-Raffinerie A.-G. und die „Credit Petrolifer“, Gesellschaft zur Entwicklung der rumänischen Petroleumindustrie. Endlich ist bis zu einem gewissen Grade deutsches Geld auch an der hauptsächlich unter niederländischem Einfluß stehenden „Astra Romana“ beteiligt. Die amerikanische Standard Oil Company, die Beherrscherin des größten Petroleumgebietes der Welt, ist in Rumänien durch eine Tochtergesellschaft, die „Romana Americana“, vertreten. Nun sind die verbündeten Truppen Herren des ganzen Petroleumgebietes.

Die Volksernährungsfrage und die Vorräte.

Zu dem Vorschlage des Herrn Hofrates
Dr. v. Scheindler.

Wir erhalten zu diesem Thema folgende Zuschrift, die der allseitigen Beleuchtung des Gegenstandes dienlich ist:

Mit großem Interesse las ich in der „Reichspost“ Nr. 570 vom 7. d. die sichtlich von anerkennenswerter Teilnahme an dem Volkswohl zeugenden Ausführungen des Herrn Hofrates Dr. v. Scheindler. Der hochgeschätzte Verfasser schlägt vor, die Geistlichkeit besonders möge der Landbevölkerung — den Bauern — dringend ans Herz legen, keine Vorräte zu verbergen zum Nutzen aller usw., bemerkt auch sehr richtig den Fehler, daß den Bauern die Eigenverbrauchs„quote“ (Anteil) zu sehr zugestuzt wurde, insolgedessen es durch Angst und Sorge des Landwirtes um die Zukunft zu Berechnungen für das wirtschaftliche und persönliche Drauskommen, und zu vorschriftswidrigen, bisweilen auch zu mehr als vorschriftswidrigen Zurückhaltungen kommt. Nun soll die Geistlichkeit ihr Ansehen einsetzen, solche Uebelstände abzuschaffen. So sehr diese Anerkennung unseres Einflusses uns freut, so gerne wir auch bereit sind, den Bauern die nötige Aufklärung zu geben, so schwer ist es auch für jenen Geistlichen, der „andere“ Dinge weiß, Dinge, die schon oft besprochen, aber nie genug beachtet wurden. Es handelt sich um die Frage der massenhaften Ansammlungen von Lebensmitteln in den Händen ausgehämter Wucherer. Beim Bauer werden 10 Kilogramm Schmalz als überflüssig peinlich genau „requiriert“ — am nächsten Tage findet man etwa 10.000 Kilogramm oder einen Waggon im „Wiener Tagblatt“ zum Verkaufe angekündigt! — Solange nicht diesen Großwucherern das Ihre genommen wird, brauchen wir immer wieder natürlich die Vorräte der Bauern, die aber im Vergleiche zu den Magazinvorräten der Privatwucherer tatsächlich gering und sauer genug dem Erdboden abgerungen sind. Und umgekehrt, würden die Vorräte dieser Großäuser „requiriert“ werden, so würden dem Allgemeinwohle so viel Lebensmittel einerseits zurückfließen, andererseits bei behördlicher Einstellung dieses Wucherbetriebes, hinreichend und alles schön verteilt, ohne Gefahr zu verderben, sowohl der Heeresverwaltung als auch der Zivilversorgung — öffentlich und privat — zur Verfügung stehen, daß wir vom Bauer vieles gar nicht mehr brauchen. Der Bauer gibt, gibt gerne, aber daß neben ihm ein bloßer Spekulant von seiner Mühe reich werden soll und er zittern soll, ob er draus kommt, das ist eine Zumutung, die ein Geistlicher, der von der Seelsorge weiß, was „säen“ und „ernten“ und „vernichtet“ werden heißt, von der Kanzel aus dem Bauer nicht beibringen kann, ohne sein und sogar des Glaubens Ansehen unter dem Volke zu erschüttern. Wie es möglich ist, dem Bauern das hinterste Winkelschen des Hauses zu durchsuchen, muß auch die Auffindung der „anderen“ Vorräte möglich sein! Dann ja.

Josef M ü h l e r, Weltpriester, Marbach.

10./XII. 1916

Ausgabe konservierter Eier.

1 Stück für den Kopf zu 20 Heller.

Wien, 9. Dezember.

Die Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft hat im Auftrage des Ministeriums des Innern die von ihr erworbenen, konservierten Eier den sechs großen Wiener Molkereien (Niederösterreichische Molkerei, Wiener Molkerei, Erzherzog Friedrichische Molkerei, Milchindustrie-Aktiengesellschaft, Vereinsmolkerei und Guntramsdorfer Molkerei) und jenen Konsumentenorganisationen, für welche eine direkte Mehllieferung bewilligt ist, zum Vertriebe übergeben, und zwar zunächst einen solchen Teil, daß auf jede in einem Haushalte verköstigte Person ein Ei entfällt; diese Eier werden in der Zeit vom 11. bis 16. d. durch die genannten Stellen unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden.

Diesbezüglich verordnet der Magistrat:

Diese Eier dürfen nur dann abgegeben werden, wenn eine gültige Mehlsbezugskarte vorgelegt und vom Verkäufer die der abgegebenen Eiermenge entsprechende Anzahl der auf der rechten Seite dieser Karte befindlichen Abschnitte (mit dem Aufdrucke Nr. 1 bis 26) abgetrennt werden. Jedem Inhaber einer Mehlsbezugskarte dürfen höchstens so viel Stück Eier ausgefolgt werden, als die Zahl der laut der Mehlsbezugskarte in dem betreffenden Haushalte verköstigten Personen beträgt; die Abgabe dieser Zahl von Eiern darf, solange der Vorrat des Verkäufers reicht, nicht verweigert werden. Der Verkaufspreis für 1 Ei beträgt 20 Heller und darf nicht überschritten werden. Außer diesen Eiern dürfen gleichzeitig andere Eier nicht abgegeben werden.

Mitglieder von Konsumentenorganisationen, für welche eine direkte Mehllieferung bewilligt ist, haben auf Grund ihrer blauen Mehlsbezugskarten die ihnen zukommende Stückzahl von Eiern nur bei der Abgabestelle ihrer Organisation zu beziehen.

Die Inhaber von gelben Mehlsbezugskarten, mit Ausnahme jener Vereine, Anstalten, Betriebe mit Kriegsgefangenen oder militärischen Arbeitern usw., können die ihnen zukommende Stückzahl von Eiern nicht bei ihrer zuständigen Mehlabgabestelle, sondern nur bei einer jener Molkereifilialen, welche im Bezirke ihres ordentlichen Wohnsitzes für den Vertrieb dieser Eier bestellt wurden, beziehen, und zwar an jedem der obgenannten Tage ab 10 Uhr vormittags bis zum üblichen Geschäftsschlusse; eine Zuweisung dieser Bezugsberechtigten an die einzelnen Abgabestellen (Molkereifilialen) des Bezirkes ihres ordentlichen Wohnsitzes findet nicht statt. Die verantwortlichen Leiter dieser Stellen sind verpflichtet, auf Grund der vorgewiesenen gelben Mehlsbezugskarten zu prüfen, ob die Haushaltung, für welche die Eier angesprochen werden, im Gemeindebezirke der Betriebsstätte dieser Stelle *residen* ist.

Abgabe von Eiern an in anderen Gemeindebezirken gelegene Haushaltungen ist diesen Stellen verboten. Verboten ist ihnen ferner insbesondere auch die Abgabe solcher Eier auf Grund von blauen Mehlsbezugskarten.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 5000 K. oder mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft. Wird die Uebertretung bei Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann außerdem, sofern die Voraussetzungen des § 133 b, Absatz I, Nr. 2 der Gewerbeordnung zutreffen, die Entziehung der Gewerbeberechtigung verfügt werden.

Die Verlautbarung jener Tage, an welchen später von denselben Stellen konservierte Eier der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft unter den gleichen Bedingungen unmittelbar an die Verbraucher abgegeben werden, wird jeweils abgesondert unter Berufung auf diese Rundmachung vorgenommen werden.

Wie es mit der Ausbringung auf dem Lande ausieht.

Die Parteigenossen, die in den Industriebetrieben wohnen, haben Gelegenheit, die Mängel unseres Ernährungsdienstes, soweit er die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufzubringen hat, durch Augenschein kennen zu lernen. Was sie darüber berichten, verrät deutlich, wie ganz anders unsere Versorgung sein könnte, wenn die ländliche Bevölkerung ihre Pflicht gegen die Volksgemeinschaft gewissenhafter erfüllen wollte. Notürlich wärrn auch hier Unterschiede, sowohl nach Landbeständen als auch nach Einzelpersonen; es fällt uns nicht ein, zu generalisieren. Aber die Berichte lauten aus so verschiedenen Gebieten gleich ungünstig, daß man mit Zug von allgemein verbreiteten Uebelständen sprechen kann.

Ein Genosse aus einem niederösterreichischen Dorfe gibt folgende Schilderung:

Der Hauptfehler unseres gesamten Ernährungswesens liegt bei unseren Landgemeinden. Solange die behördlichen Erhebungen der beschlagnahmten Artikel den Erzeugern selbst überlassen bleiben, ist die ganze Mähl- und Plage der Beamten umsonst. Was nützt die bestausgearbeitete Organisationsform, wenn sie dort, wo sie am energishesten zugreifen soll, fast gänzlich versagt? Unsere ländlichen Gemeindevertretungen bestehen fast aus lauter Bauern. Der Herr Bürgermeister ist natürlich auch ein Bauer. Was da herauskommt, wenn — wie es meistens der Fall ist — die ganze Gemeinde verschwistert und verschwägert ist, kann man sich denken.

Ein Beispiel: Fettaufnahme.

Der Gemeindevorstand verständigt alle Beisitzer, diese kommen in der Gemeindefanzel zusammen. Der Bürgermeister fragt: „Wie viel Schmalz hast denn?“ — „No, fünf Kilogramm, drei Kilogramm, zehn Kilogramm u. s. w. Damit fertig. Es kommt die größte Bäuerin namens . . . ihr Mann ist eingekürrt. Der Bürgermeister fragt, „No a zehn Kilogramm werd' ich noch haben!“ Das war selbst dem Bürgermeister zu toll. Er springt auf und schreit die Frau an . . . Selbst die anwesenden Gemeinderäte sprachen erregt auf sie ein. Schließlich drohte ihr der Bürgermeister die Hausdurchsuchung an. Die Bäuerin schreit: „Grad ich soll alles haben, ja warum grad ich?“ Und sie haut die Tür ins Schloß und draußen ist sie. Von einer Durchsuchung habe ich bis heute nichts gehört. Dabei verfügt diese Frau über zwei Häuser, etwa 70 Joch Grund und 18 bis 20 Stück Schweine. Ich schähe ihren Vorrat von Fett gering auf 100 bis 150 Kilogramm Schweinefett. Ich garantiere bei einer Durchsuchung in unserer Gemeinde etliche tausend Kilogramm Fett. Nur vor der Fettaufnahme sprach ich mit unserem Gemeindevorstand namens . . . Ich machte ihn aufmerksam, daß wir eventuell kein Fett bekommen werden, weil . . . die Stadt, wo wir arbeiten, ihre Karten absteampeln werde und wir in . . . keinen Fleischhauer und Schlager haben. Unter anderem sagte er zu mir: „Jetzt kommt die Fettaufnahme, bin neugierig, was sie da angeben. Zuerst haben sie gewartet, bis es 10 Kronen kostet, und jetzt warten sie, bis es noch teurer wird. Und wenn es hin wird, geben sie es dem Seifensieder, der zahlt auch gut!“ Durch dieses System kommt es, daß der Seifensieder Laufende Kilogramm Fett aufstapelt, während die Arbeiterschaft nicht einmal über das zum Leben unbedingt notwendige Fett verfügt. Ob bei uns tatsächlich Fett den Seifensiedern verkauft wurde, kann ich nicht beweisen; doch besteht die Gefahr, daß dies tatsächlich vorkommt. Wir bekommen wohl schon einigemal von der Gemeinde Fett, welches einige hiesige Bauern der Gemeinde abiraten; aber zum Preis von 11 Kronen 68 Heller. Das ist Fett, welches schon jahrelang behufs Preisstreberei zurückgehalten worden ist.

Eine Getreideaufnahme.

Ich habe auch eine hiesige Fruchttaufnahme erlebt. Eines Tages erscheint der Herr Bürgermeister von . . . im Bahnhof. Dem Zug entsteigt ein Vertreter der Bezirkshauptmannschaft. Sie warren. Nach längerer Zeit kommt mittelst Einspanner Herr . . . Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, mit anderen, mir unbekanntem Herren. Sie begeben sich ins Gemeindegasthaus. Dorthin sind sämtliche Besitzer von . . . bestellt. Was hier jeder anzugeben für gut findet, das gibt. Kinder mit zehn Jahren hat man mit einem beschriebenen Zettel hingeschickt, und das war die Aufnahme. Ich ging gerade aus der Arbeit, als ich ein Schulmädchen herauskommen sah. „Jetzt hat er mich gefragt, was wir anbauen. Ja ich weiß es nicht!“ Das ist eine Aufnahme eines unserer wichtigsten Lebensmittel in Gegenwart eines Vertreters der L. L. Bezirkshauptmannschaft!

Der Getreidekommissär.

Anführen möchte ich noch, daß voriges Jahr als Getreidekommissär ein Jude bestellt war und man daran Anstoß nahm, daß man dem „Juden“ alles ausliefern muß. Darum dürfte man dem „Christlich Deutschen“ . . . dieses Amt übertragen haben. Den Bod wieder zum Gärtner! Man spricht hier offen, daß er seine Leute, auch wenn sie mehr besitzen, sehr leicht durchkommen läßt, auf der anderen Seite aber die Sache desto schärfer nahm. Ueber diesen Herrn werde ich mir gelegentlich erlauben, noch mehr zu berichten.

Ländliche Preisstreberei.

Ich habe Gelegenheit, öfter mit Organen der Gendarmerie zusammenzukommen. So im Gespräch erfährt man manches. Einer sagte mir: „Über hören Sie mir auf! Was haben wir schon alles getan. Anzeigen gemacht, Erhebungen gemacht und dergleichen. Gut. Es wird eine Anzeige erstattet, die wird Wochen auf Wochen hingezogen und schließlich heißt es, weil die Preise gestiegen sind, ist der Preis angemessen. Ubrigens, — und das sagte er wörtlich — ein Herr Oberlandesgerichtsrat meinte: Sind wir froh, daß alles recht teuer ist, sonst wären wir schon längst aufgefressen! So, dann gehen Sie zu dem Herrn und zeigen Sie wen wegen Preisstreberei an. Und dann wundern Sie sich, daß einer Ihrer Redakteure mit 2000 Kronen gestraft wurde? Ich nicht . . .“

Die Not der Arbeiter auf dem Lande.

Die Arbeiter, die in der Stadt wohnen, sagen uns oft: Ihr seid auf dem Lande, bei euch ist's leichter. Ihr kriegt ja was von den Bauern. Nun, wenn wir auf die warten, dann können wir getrost verhungern. Die Zustände bei uns sind folgende: Man ist den ortsaewaltigen Greislern und Mäherern

wehlos ausgeliefert. Die machen, was sie wollen, denn eine Anzeige erstatten will und kann niemand, weil er sich verfeinden würde. Man gibt uns etwas, wenn man gerade will (Brot, Mehl und dergleichen). Seht sich ein einzelner zur Wehr, ist er in der Gemeinde unmaßlich. Es verhält sich so mit der Preisbildung wie mit der Verabsolung. Ein Bachmann steht bei uns nicht zur Verfügung, der Gemeindevorstand hat hundertlei Nebenbeschäftigungen und der Herr Bürgermeister meint: Das geht mich nichts an! Auch kümmert sich in der Gemeinde niemand, ob Brot oder Mehl für die Leute, die keine Wirtschaftsbetriebe sind, vorhanden ist und ob wir überhaupt etwas zu essen haben. Wenn der Orts-gewaltige, wie es bei uns nämlich der Fall war, es nicht der Mühe wert findet, das zugewiesene Mehl abzuholen, so haben wir einfach nichts zu essen!

Das Gegenstück zu dieser Lebenshaltung.

Nicht nur daß die Wirtschaftsbetriebe selbst lauter weißes Mehl zum Kochen wie zum Baden des Brotes im Ueberflus haben und Gerste oder Hafer nie hineinbadern, stehen ihnen Eier, Fett, Milch und dergleichen voll zur Verfügung. Nicht nur zum Essen! Da wird wahllos verfüttert; den Schweinen, Hühnern, Gänzen, Tauben wird Getreide hingeworfen, und was die nicht fressen, wird zertritten. Nicht genug daran, es wird mit dem Getreide unter der Hand Handel getrieben und die zahlungsfähigen Kreise werden nach Wunsch versorgt. Ich kenne einen einzelnen Landwirt, welcher mit aller Seelenruhe versichert, er habe so 15 Meter junger Getreide verpachtet. Natürlich wird das alles zu Wucherpreisen abgesetzt. Kartoffeln zahlen wir hier durchwegs mit 22 Heller, trotz Höchstpreis! Man zahlt und schweigt, man ist froh, daß man sie hat. Man redet nichts, weil man sonst aus der Wohnung hinausfliegt und überhaupt Wohnung, Milch, Eier oder dergleichen nicht mehr erhält.

Die Städter auf Requisition.

Auf einen Umstand möchte ich noch hinweisen. Obwohl sich die Städte abschließen, ihre Karten absteampeln und nicht dort Wohnhafte überhaupt nichts bekommen, wodurch wir ganz auf unsere Gemeinde angewiesen sind, überlaufen die Städter die Landgemeinden mit Sandkoffern und Kuckäcken. Sie überzahlen alles, Dadurch werden die Preise in die Höhe getrieben. Andererseits erhält gewisse Artikel (Eier) überhaupt nur der, der überzahlt. Für den anderen legen die Hühner nicht. Ein anderes Beispiel: Da führt der Bauer eine Kuhre Kraut nach . . . in die Stadt. Dort kommt der Markt-Kommissär und sagt: Sie dürfen das Kraut nur zu diesem Preise verkaufen. Der Bauer ladet dem Markt-Kommissär ins Geschäft, dreht um und fährt heim. Dann kommen die Städter in sein Haus, zahlen 80 Heller Bahngeld, eine Krone Reisegeld und geben dem Bauern natürlich um drei bis fünf Kronen mehr für dreißig Stück. Ja, was soll da der Bauer nach . . . fahren, einen halben Tag veräumen und Geld anbringen? Ich verstehe ganz gut, daß man sich heute Lebensmittel aufreibt, aber man soll nicht andere damit schädigen.

Dieser schlichte Bericht gibt ein wahrhaftes Bild der Zustände in einem getreidereichen Landstrich inmitten eines Industriegebietes. Andere Berichte schildern die manchmal grotesken Vorgänge bei Ernteschätzungen und Probedruschen, die Methoden, das Getreide und die Kartoffeln zu verstecken, die Weigerung der Landwirte, Arbeiterfamilien, die jahrelang ihre Abnehmer waren, nur einen Tropfen Milch zukommen zu lassen, den überreichen Buttergenus. Allgemein wird gemeldet, daß die Bauern viele Schweine eingekollt haben, die jetzt fettgefüttert werden müssen und die Getreidevorräte gehörig lichten werden. Das Verfütterungsverbot wird fast nirgends eingehalten. Zur ganzen ergibt sich der Schluß: Die Ausbringung muß ganz anders und viel wirksamer gestaltet werden, als sie heute ist.

Kriegsflüchzettel

mit reichlicher Verwendung von Kohlrüben (Stedrüben) nebst Kochvorschriften.

Von Luise Holle.

Sonntag: Tomatensuppe (Vorschrift bekannt). Geschmortes Rehblatt (Vorschrift bekannt). Stedrübensalat. Einfacher Apfelstrudel.

Stedrübensalat. Eine ziemlich große Stedrübe schält man, schneidet sie in dicke Scheiben und kocht sie ab, gibt sie in neues kochendes, leicht gefalztes Wasser und kocht sie darin gar, aber nicht zu weich, worauf man sie abtropfen läßt und in große Würfel schneidet. Eine Tasse der Kochbrühe und eine Tasse Fleischbrühe aus einem Brühwürfel kocht man mit einer feingeriebenen Zwiebel und etwas Essig auf, bindet die Tunte mit glattgerührtem Mehl und kocht sie mit einem Teelöffel Eierparpulver durch. In die warme Tunte gibt man die Stedrübenstücke, gibt einen Teelöffel Mostich und zwei Teelöffel Tomatenmus daran, schmeckt mit Salz, Pfeffer und etwas feinem Zucker ab und läßt den Salat mindestens 2 Stunden durchziehen, bevor man ihn anrichtet. Er schmeckt ganz vorzüglich und kann auch sehr gut an Stelle von Kartoffelsalat zu gebrauntem Fisch gegeben werden. Man kann ihn auch aus zwei Drittel Stedrüben und einem Drittel Kartoffeln bereiten.

Einfacher Apfelstrudel. Aus 250 Gr. Mehl, 1 Teelöffel glattgerührtem Eierparpulver, 10 Gr. Fett, einer Prise Salz und $\frac{1}{10}$ Liter lauwarmen Wasser stellt man einen Teig her, läßt ihn verdeckt in warmem Raum erst ruhen, bevor man den Teig auf einem leicht mit Mehl bestreuten Tuch auszieht, so dünn wie nur irgend möglich. Zwei Stunden vorher muß man 750 Gr. dünne Apfelscheiben mit 50 Gr. Zucker und 50 Gr. Korinthen mischen und verdeckt damit durchziehen lassen. Die Apfelscheiben trocknet man ab und verteilt sie regelmäßig über den Teig, streut Semmelkrumen darüber und hebt das Tuch, sodaß der Teig sich zusammenrollt. Die Rolle wird in Halbmondsform gebogen, mit etwas Milch bestrichen und 30 bis 40 Minuten auf gefettetem Backblech bei gleichmäßiger Hitze gebacken. Der Strudel wird beim Anrichten mit Zimtucker bestreut.

Montag: Kottohl mit Äpfeln ohne Fett (Vorschrift aus Kriegs Kochbuch von L. Holle, 3. Auflage), Hafergrüßschnitten mit Blut.

Hafergrüßschnitten mit Blut. Man gebraucht $\frac{1}{2}$ Liter Blut, dieses bringt man mit $\frac{1}{2}$ Liter Wasser, einer feingeschnittenen Zwiebel, Salz, Pfeffer, etwas Muskatmus und 10 Gr. Speisefett ins Kochen, streut 200 Gr. Hafergrüße hinein und rührt diese Masse auf sehr gelindem Feuer fortwährend, bis sie sich steif vom Topfe löst. Sie wird dann zum Erkalten in eine Schüssel gegeben, nach dem Abkühlen mit 1 Teelöffel angerührtem Eierparpulver, 10 Tropfen Maggis Würze und ein bis zwei Eßlöffel geriebenen Brotes vermischt. Aus der Masse formt man Schnitten, wendet sie in Semmelkrumen und brät sie in etwas Fett lichtbraun.

Dienstag: Wildsuppe aus Rehblattresten (Vorschrift bekannt) mit kleinen Kartoffelkloßchen. Kürbispudding mit Graupen.

Kleine Kartoffelkloßchen. 500 Gramm Kartoffeln kocht man mit der Schale am Tage vor dem Gebrauch, schält sie

und reibt sie am folgenden Tage durch die Maschine. An die Kartoffelmasse gibt man Salz, etwas geriebene Muskatnuß, ein Eigelb und etwa 40 Gramm Mehl, verarbeitet alles gut und formt kleine runde Kloßchen von der Masse, die man in Salzwasser langsam garziehen läßt.

Kürbispudding mit Graupen. 375 Gr. grobe Graupen kocht man ab, gibt $\frac{1}{2}$ Liter Magermilch oder aus Trockenmilchpulver bereitete Milch daran und stellt sie zum Aufquellen in den Garkocher. Inzwischen kocht man 2 Kg. in Stücke geschnittenen Kürbis in knapp Wasser weich, gießt ihn ab und streicht den Kürbis durch. Kürbis und dicke Graupen, die ohne Flüssigkeit sein müssen, werden vermengt, 2 Teelöffel Eierparpulver, 1 Eigelb, abgeriebene Zitronenschale, 200 Gr. Zucker und 50 Gr. geriebene Nüsse zugefügt, 1 Teelöffel Backpulver durchgemischt und der steife Schnee des Eiweiß durchgezogen. Man füllt die Masse in eine vorgefertigte Puddingform und kocht den Pudding 1½ Stunden. Behutsam stürzen und mit Fruchtstücke überfüllen.

Mittwoch. Hessischer Kummelkohl als Eintopfgericht. Warme Nudelspeise.

Hessischer Kummelkohl. Ein großer Kopf Weißkohl wird in Achtel geschnitten, die Strunke entfernt und fünf Minuten in leichtem Salzwasser abgekocht und abtropfen gelassen. Man legt den Kohl abwechselnd mit 500 Gramm in Stücken geschnittenem Hammelfleisch und 750 Gramm rohen Kartoffelscheiben in einen eingefetteten Kochtopf, gießt $\frac{1}{2}$ Liter Fleischbrühe aus Brühwürfeln darüber, fügt eine feingeschnittene Zwiebel, Salz und 2 Eßlöffel gestoßene Kummelkörner zu. Man kocht den Kohl 10 Minuten an und stellt ihn dann 3 Stunden in den Garkocher. Wenn es nötig erscheint, muß man das Gericht noch mit etwas glattgerührtem Mehl binden.

Warme Nudelspeise. 250 Gramm Bandnudeln bricht man fein und kocht sie in Wasser mit Zitronenschale, etwas Salz und Zucker weich, worauf man sie gut abtropfen läßt. Auch bereitet man auf bekannte Weise ein recht steif gehaltenes Apfelmus, das man mit einem Schöpflöffel voll eingemachter feinstoser Kürschen vermischt. Man schichtet Nudeln und Kürschapfelmus schichtweise auf eine heiße Schüssel und bestreut die Oberfläche mit Zimtucker. Die Speise muß in heißem Ofen erst 10 Minuten durchziehen, bevor man sie aufträgt.

Donnerstag: Kohlrübengericht mit Nudelstücken. Aprikosenflammri.

Kohlrübengericht mit Nudelstücken. 2 Kg. Stedrüben schält man, schneidet sie in runde Scheiben und kocht sie in leicht gefalztem Wasser ab. Man löst nun einen Suppenwürfel „Königin Suppe“ in $\frac{1}{2}$ Liter Wasser auf, gibt 15 Gr. Fett, etwas Pfeffer und einen Teelöffel Zitronensaft daran und schmort darin die inzwischen in Streifen geschnittenen abgetropften Stedrübenscheiben langsam, damit sie sich nicht ansetzen, beinahe gar. 250 Gr. klein gebrochene Nudeln werden in Salzwasser gargekocht und abtropfen gelassen. Außerdem bereitet man aus 200 Gr. gehacktem rohen Fleisch mit den üblichen Zutaten ein geschmeidiges Füllsel auf bekannte Weise. Die Nudelstücken rührt man behutsam unter das Stedrüben Gemüse und gibt davon schichtweise mit der Fleischfüllung in eine ausgelebene Backform. Die Speise wird mit Semmelkrumen bestreut, sie muß lichtbraun überbacken und wird in der Form zu Tisch gegeben.

Aprikosenflammri. In eine halbe Flasche Apfelwein gibt man 3 bis 4 Eßlöffel voll Aprikosenmarmelade, eine Prise Salz und etwas Zucker, nimmt 4 Eßlöffel Kartoffelmehl oder Reismehl, Reismehl oder Grieß, was man eben haben oder erhalten kann, und rührt damit einen Flammri auf gelindem Feuer ab. Man schüttet die Masse in eine kalt umgepülte Form und läßt sie erkalten. Man stürzt den Flammri und gibt eine Vanilletunte, von Deckers Tuntenspulver bereitet, dazu.

Freitag: Bunte nahrhafte Suppe. Gebackene Apfelspeise. Bunte nahrhafte Suppe. 375 Gramm möglichst fett-durchwachsenes Rindfleisch setzt man mit $\frac{2}{3}$ Liter Wasser, reichlich feingeschnittenem Wurzelwerk auf, bringt es ins Kochen, salzt und kocht die Suppe, bis das Fleisch gar ist. Man nimmt es heraus und stellt es, mit etwas von seiner Brühe bedeckt, beiseite und warm. In die Suppe gibt man dann abgekochte Stedrübenstücke,

abgetriebene Kartoffelscheiben, Selleriestücken, feingeschnittene Wurzeln und $\frac{1}{2}$ Kopf feingeschnittenen Wirsing und kocht alle diese Gemüse in der Suppe gar, worauf man das feingeschnittene Fleisch samt seiner Brühe hineinlegt und außerdem zuletzt 125 Gramm gemischtes getrocknetes Obst, das man am Abend vorher einweicht und gar kocht, nebst seiner Brühe der Suppe durchmengt.

Gebackene Apfelspeise. 100 Gramm altbackene Semmel schneidet man in Würfel, röstet sie in eiserner Pfanne unter stetem Rühren in wenig Fett lichtbraun und vermischt sie mit 250 Gramm rohen Apfelswürfeln und 50 Gramm Korinthen. Die Mischung füllt man in eine vorgefertigte Form, verquirt $\frac{1}{2}$ Liter Apfelwein mit 10 Gramm Reismehl, gibt 3 Teelöffel Eierparpulver und 3 Eßlöffel Zucker daran und gießt dies über die eingefüllten Zutaten. Sie müssen eine Stunde damit durchziehen, bevor man die Speise im Ofen eine Stunde langsam bäckt. Sie läßt sich stürzen und wird mit einer Fruchtstücke zu Tisch gegeben.

Sonabend: Stedrübenkraut. Birnenschaum.

Stedrübenkraut. 375 Gr. grobe Kraut kocht man ab, auch $\frac{1}{2}$ Kg. gepuhte, in Stücken geschnittene Stedrüben werden abgekocht. Die Kraut setzt man mit einer Tasse Magermilch und $\frac{1}{2}$ Liter Fleischbrühe aus Brühwürfeln auf, gibt, wenn sie kochen, die abgetropften Stedrübenstreifen dazu, schmeckt sie mit Salz Pfeffer und Muskatmus ab, kocht die Mischung 10 Minuten und stellt sie dann etwa drei Stunden in den Garkocher. Durch das fertige Gemüse zieht man ein kleines Stücken Butter und streut etwas gehackte Petersilie darüber. 500 Gr. beliebigen billigen Fisch enthäutet und entgrätet man, teilt ihn in Stücken und legt sie auf das fertige Stedrübenkrautgemüse, stellt das Gemüse 10 bis 15 Minuten auf eine heiße Herdplatte und läßt den Fisch auf dem Gemüse gar ziehen. Man richtet dann das Gemüse sofort an und legt die Fischstücke im Kranz herum.

Birnenschaum. 250 Gramm abgetropfte eingemachte Birnen streicht man durch ein feines Sieb. Unter diesen Birnenbrei gibt man 1 Eiweiß, 10 Tropfen Zitronensaft und 1 kleines Glas Apfelwein, sowie 2 Eßlöffel feinen Zucker und 12 Blatt halb weiße, halb rote aufgelöste Gelatine. Die Mischung wird geschlagen, bis sie anfängt, sich zu verdicken und dann in eine Form gefüllt. Man stürzt die Speise beim Anrichten aus und garniert sie mit abgetropften roten Kirichen.

Am nächsten Sonntag sollen die verschiedenen Fragerinnen — es sind wieder eine ansehnliche Anzahl — in der hauswirtschaftlichen Plauderei aus allen ihren Nöten erlöst werden, heute waren aber die „Stedrübchen“, in deren Zeichen dieser Kriegswinter steht, das Dringlichste, denn alle Hausfrauen warten fehnlich auf Vorschriften zur Stedrübenverwendung.

Die Lebensmittelversorgung.**Mostsperre in Oberösterreich.**

Die Statthalterei in Linz verlautbart: Ueber Ermächtigung des k. k. Amtes für Volksernährung wird über sämtliche in Oberösterreich lagernde Vorräte an Obstmost mit heutigem Tage die Sperre verhängt. Unter Obstmost im Sinne dieser Kundmachung werden alle Arten von Most (Apfelmost, Birnmost, Mischlingmost) verstanden, die aus Obst hergestellt werden. Ungeachtet der Sperre dürfen Haushaltungs- und Wirtschaftsvorstände Obstmost an die Angehörigen ihres Haushaltes, beziehungsweise ihrer Wirtschaft verabreichen; Gast- und Schankgewerbetreibende Obstmost zur Befriedigung des Bedarfes ihrer Gäste verabreichen und über die Gasse abgeben; Kantinen industrieller Unternehmungen Obstmost zur Befriedigung des Bedarfes ihrer Besucher verabreichen. Gleichzeitig wird eine Aufnahme der Vorräte an Obstmost nach dem Stande vom 12. Dezember 1916 angeordnet.

Wünsche der ungarischen Agrarier.

Generalversammlung des Landesagrikulturreineines.

Budapest, 10. Dezember. (AB)

Der Landesagrikulturreineine in Ungarn hielt heute vormittags eine Sitzung ab, an der seitens der Regierung Ackerbauminister Baron Ghillany und die Staatssekretäre v. Ottlik und v. Bartoki teilnahmen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, wonach eine Abänderung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Produkte gefordert wird, da dieselben mit den Erzeugungskosten nicht im Verhältnis stehen. Die Resolution verlangt, die Regierung möge bei der gegenwärtigen Requirierung den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Arbeiter Rechnung tragen, und fordert ferner Höchstpreise für Industrieartikel. Schließlich wird die Regierung ersucht, dem Warenwucher der Vermittler ein Ende zu bereiten.

Rede des Ackerbauministers.

In der Generalversammlung hielt Ackerbauminister Baron Ghillany eine Rede, in der er ausführte, in der gegenwärtigen so bewegten Zeit vermöge niemand soviel Unparteilichkeit aufzubringen, um die wirtschaftliche Politik der Regierung während der Dauer des Krieges gerecht beurteilen zu können. Er hoffe aber, es werde die Zeit kommen, in der es sich bei einem Vergleich zwischen den kriegswirtschaftlichen Verfügungen in den einzelnen kriegsführenden Staaten erweisen werde, daß die ungarische Regierung die Interessen der Landwirtschaft am besten geschützt habe.

Was die vorgebrachten Beschwerden betreffe, wolle der Minister zunächst der Frage der Bestimmung von Höchstpreisen für die Industrieartikel gedenken. Graf Desseloffy habe vollständig berechtigt die Frage gestellt, warum diese Maßnahme nicht bereits erfolgt sei. Auch Redner habe diese Maßnahme gewünscht und könne nur sagen, daß der Handelsminister dieser Frage gleichfalls wohlwollend gegenüberstehe; doch habe die Befürchtung bestanden, daß, wie es bei den bisherigen Höchstpreisbestimmungen der Fall gewesen sei, die Waren sofort nach Festsetzung der Höchstpreise verschwinden würden. Deshalb habe eine generelle Maßregel noch nicht erfolgen können. (Nuse: Requirieren kann man nur die Vorräte im eigenen Lande, nicht aber das, was in fremdem Besitz ist.) Man möge sich aber beruhigen: Für viele Industrieartikel seien bereits Höchstpreise festgestellt und wo die ange deutete Gefahr nicht bestehe, seien neue Höchstpreisbestimmungen bevorstehend.

Der Minister wolle aber nur auf ein Beispiel, nämlich auf das der Kohle, verweisen; auch da habe die Regierung einen Weg gefunden, um ohne Höchstpreise auszukommen, und trotzdem gebe es nicht genug Ware. Das seien sehr schwierige Fragen, und zur Beurteilung dessen, wie weit die Regierung ohne Gefährdung des öffentlichen Interesses gehen dürfe, sei hier wohl niemand kompetent. Eine Versicherung könne der Minister den Landwirten geben, nämlich die, daß es der unbegreifliche Wille der Regierung sei, Preiswucher und Mißbräuche auf der ganzen Linie zu verfolgen. Leider könne man aber auf diesem Gebiete einen ganzen Erfolg deshalb nicht erzielen, weil unser Publikum sich scheue, Anzeigen zu erstatten. In Budapest beispielsweise kommen täglich wohl Tausende Zuwiderhandlungen vor, und doch sei die Zahl der Anzeigen seitens des Publikums sehr gering. Wo aber kein Kläger sei, gebe es auch keine Abmildung. Was die Herabsetzung der Brot-Stoppquote betreffe, müßte mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Gegenden die Verfügung den Lokalbehörden überlassen werden. Auch die Versorgung des Heeresbedarfes habe dazu gezwungen, und auch deshalb habe die Requirierung so streng durchgeführt werden müssen. Dem Minister sei es schwer gefallen, da seine Zustimmung zu geben. Er habe wohl vorausgesehen, daß viele Klagen durch unrichtige Durchführung entstehen würden, doch habe er sich vor den höheren Staatsinteressen beugen müssen. Auf die Beschwerde über eine angebliche bevorzugte Zuteilung von Mais an Banken und einzelne Mäster zurückkommend, erklärte der Minister, wobei er sich auch auf die bezüglichen Erklärungen des Ministerpräsidenten Grafen Tisza im Parlament und in der

Presse beruft, daß weder Banken noch Mäster auch nur ein einziges Körnchen Mais erhalten haben, vielmehr habe den gesamten requirierten Mais einzig und allein die Armee für ihren Bedarf erhalten. Soviel Willigkeit könne die Regierung von den Landwirten doch erwarten, daß man ihren Worten glauben schenke. (Beifall und lebhafteste Zustimmung.)

Nach dieser mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede des Ackerbauministers wurde die Resolution angenommen und der Jahresbericht, die Schlußrechnungen und das Budget genehmigt.

11./XII. 1916

Wie es um Englands Ernährung steht.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)
Haag, 10. Dezember. Die englische Presse beschäftigt sich fortgesetzt eingehend mit der Nahrungsmittelfrage. Gleichzeitig hat die Regierung, wie aus den zuletzt eingekommenen Blättern ersichtlich ist, eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen.

Wie die „Times“ meldet, hat das englische Ministerium beschlossen, den ganzen Ueberschuß der Weizenernte Irlands für das Jahr 1917 über das diesjährige Erntergebnis hinaus zum Preise von 28 Schilling 4 Pence für den Quarter aufzukaufen. Im Januar wird die Regierung zur Einschränkung des Kohlenverbrauchs die Aufsicht über die Whisthybrennerien übernehmen. Für Januar soll die Whistherzeugung auf 70 v. H. der jetzigen Herstellung beschränkt werden. Die „Times“ sagt, daß diese Maßnahme nicht die so notwendige Enthaltensamkeit zwangsweise herbeiführen soll, sondern man habe bis jetzt keine bessere Substanz zur Herstellung von hochexplosivem Stoff entdeckt als Spiritus.

Nach der „Westminster Gazette“ wird das britische Handelsamt voraussichtlich demnächst zur Einschränkung des Nahrungsmittelverbrauchs mit den Hunden in England aufräumen, von denen der größte Teil nutzlos und deshalb überflüssig sei. Dies ergebe sich aus der großen Anzahl umherirrender Hunde, von denen in London während des letzten Jahres 20 000 an der Ablieferungsstelle eingebracht wurden, während nur 4000 von den Besitzern wiedergeholt wurden. In Zukunft sollen aufgefundenen Hunde statt nach sieben bereits nach drei Tagen getötet werden. Alle sonstigen Hunde sollen nach Art ihrer Verwendung mit einer sehr hohen Steuer belastet werden. Vertreter der Londoner Hotels und Restaurants waren am Montag im eng-

lischen Handelsministerium, um mit dessen Sekretär die Beschränkung der Mahlzeiten und die Preisfestsetzung dafür zu besprechen. Der

Höchstpreis für Mittagessen

darf in Zukunft nicht mehr als 5 Schilling 6 Pence betragen, während die großen Londoner Hotels früher sehr kostspielige Speisefolgen zusammenstellten. Die verschwenderischen Privatklubs Westlondons müssen ebenfalls ihre Speisefarten und ihre Preise bedeutend vereinfachen.

Die „Times“ veröffentlicht ein „Eingefandt“, dessen Verfasser sagt, daß jetzt bereits Wochen verstrichen seien, daß die Regierung ihre Absicht, die Lebensmittelversorgung Englands zu beaufsichtigen, angekündigt habe, aber abgesehen von allerhand halben Maßnahmen sei noch nichts Durchgreifendes geschehen. Jede Woche werde die Gefahr für das Land größer, während man weiter sorglos in den Tag hineinlebe. Die angekündigten Maßnahmen des Vorb.-Milner-Komitees seien gut, doch müßten sie, um Erfolg zu haben, ergänzt werden durch folgende Maßnahmen:

1) Größere Aufklärung der Bevölkerung durch die Regierung über den Ernst der Lebensmittelfrage. Nur so könne allein eine Einschränkung des Verbrauchs erzielt werden. Man wird hierdurch keine Geheimnisse verraten, denn der Feind wisse sehr gut, wie es in England bestellt sei.

2) Vorbereitende Maßnahmen, um die Mobilmachung der gesamten Bevölkerung für patriotische Arbeiten durchführen zu können.

3) Tatkräftige Propaganda bei den Landwirten und Viehhaltern, um diesen klarzumachen, daß die Regierung in diesen Zeiten mehr als jemals auf sie angewiesen sei.

4) Für alle landwirtschaftlichen Arbeiten müssen mehr Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden.

5) Eine wesentliche Verschärfung der Beaufsichtigung des Kriegs-Landwirtschaftskomitees, um vermehrte Erzeugung zu erzielen.

6) Ermächtigung des Staates, brachliegendes Gelände zu enteignen, um es an Leute zu verpachten, die gewillt sind, es zu bebauen; ferner unentgeltliche Verteilung von Saatgut zu diesem Zweck.

7) Allgemeine Verwendung der Zivil- und Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten.

8) Einführung von Prämien für Ziegenzucht zur Erhöhung der Milcherzeugung usw.

Mit jedem Tage wird die U-Boot-Gefahr größer, sagt der Einsender. Will die Regierung warten, bis Tausende von Menschen in England

vor Hunger zugrunde gehen?

Unser Volk begreift, daß, wenn bei der Masse der Mangel an Lebensmitteln wie bisher fortschreitet, die Fortsetzung des Krieges überhaupt in Frage gestellt wird. — Soweit der Einsender.

Daß die Regierung tatsächlich unruhig wird, geht daraus hervor, daß die „London Gazette“ eine Order veröffentlicht, durch die eine Zählung für folgende Gegenstände in der Landwirtschaft angeordnet wird:

Bebaute Gras- und Kleeflächen, Schätzung der Weizenernte, Schätzung der bebauten Weizenflächen für das Frühjahr 1917, anderweitig bebautes Ackerland, Gartenkulturen, Heide- und Moor-kulturen, die Anzahl der Pflüge und landwirtschaftlichen Maschinen, der Pferde, der Kühe, Kälber, Schweine usw. Inzwischen beklagt sich die englische Landwirtschaft über den Mangel an Arbeitskräften und über die unzureichende Unterstützung durch weibliche Hilfskräfte. Diese seien bei schlechtem Wetter durchweg nicht zu gebrauchen. Das Kriegsministerium dürfe unter keinen Umständen mehr landwirtschaftliche Arbeiter zum Heeresdienst einziehen. In einer Versammlung von Landwirten sagte der Parteisekretär Felos, daß, wenn nicht bald etwas Entscheidendes geschähe, das Land sich binnen kurzem in großen Ernährungsschwierigkeiten befinde. Das Parlamentsmitglied Balfour führte aus, daß die U-Bootgefahr praktisch beseitigt sei. Aber sie sei im Gegenteil jede Woche gestiegen, und sie habe sich ganz offenbar trotz aller Regierungsmaßnahmen

immer drohender gestaltet.

Wenn die Regierung jetzt die landwirtschaftlichen Arbeiter für den Heeresdienst nicht entbehren könne, so solle sie es offen sagen und die entsprechenden Maßnahmen treffen. Bisher habe ein Ministerium gegen das andere gearbeitet, was ein heillofes Chaos erzeugt habe.

Die „Daily Mail“ sagt in einem scharfen Leitartikel, bisher sei das Leitwort der Regierung Warten und Sehen gewesen. Jetzt sehe man genug, um nicht mehr warten zu brauchen. Das Blatt spricht unter anderem von der zunehmenden Lederknappheit und sagt, daß man jetzt voraussichtlich dazu übergehen müsse, mitten im Winter für die Kinder von Volksschulen die Verwendung von Holzschuhen vorzuschlagen. Der holländische Konsul in London hat einen Bericht über die englische Ernte verfaßt. Hiernach wurde im Jahre 1916 bedeutend weniger Weizen geerntet als im Jahre 1915: eine Folge der geringen Aussaat und des schlechten Ausfalles der Ernte. Die mit Weizen besäte Fläche betrug in diesem Jahre 1 912 208 Acre gegen 2 170 170 im Jahre 1915. Das Ergebnis pro Acre belief sich auf 29,05 Bushel gegen 31,20 im Vorjahre. — Im Jahre 1915 betrug die Weizenernte 8 464 741 Quarter, im Jahre 1916 nur 6 942 559 Quarter. Die Gerstenernte war in diesem Jahre etwas besser als im Jahre 1915, jedoch bedeutend geringer als im Jahre 1914. Der Ertrag belief sich auf 5 217 574 Quarter gegen 4 527 929 Quarter im Jahre 1915, obgleich die angebaute Fläche geringer war als im Vorjahre. Es wurden geerntet 10 461 164 Quarter gegen 10 386 907 Quarter im Jahre 1915.

12./XII. 1916

Errichtung einer Zentralstelle für städtische Lebensmittelversorgung in Wien.

Wien, 11. Dezember.

Bisher wurden die Angelegenheiten wegen Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und anderer notwendiger Bedarfsgegenstände gemeinsam mit wesentlich verschiedenartigen Agenden in mehreren Magistratsabteilungen und sonstigen städtischen Ämtern behandelt. Im Interesse der Ausgestaltung der Fürsorge für die Lebenshaltung der Bevölkerung hat nun der Bürgermeister zur Vereinheitlichung der Geschäftsführung mit der Verfügung vom 9. d. diese Angelegenheiten in einer eigenen Stelle für städtische Lebensmittelversorgung vereinigt und diese Zentralstelle unmittelbar dem Magistratsdirektor untergeordnet.

Das neue Amt führt die Geschäfte in Abteilungen, die nach ihren hauptsächlichsten Agenden in der nachfolgenden Weise bezeichnet sind:

Städtische Lebensmittelversorgung Stelle 1 (Lebensmittelbezugsarten;

Stelle 2 (Mehl und Brotversorgung);

Stelle 3 (Beschaffung von Fleisch, Fett, Hülsenfrüchten und Kolonialwaren);

Stelle 4 (Butter- und Eierversorgung);

Stelle 5 (Kohlen- und Petroleumversorgung);

Stelle 6 (Beschaffung von Kartoffeln, Gemüse, Obst und Brennholz). Der letzteren Stelle sind auch die Agenden der Kartoffel- und Gemüseertragsanlage, der Kriegsgemüsegärten und der Förderung des Aubaues von Lebens- und Futtermitteln zugewiesen. Dem Leiter dieser Stelle ist die vor kurzem errichtete städtische Kartoffelabgabestelle unmittelbar unterstellt.

Die Stelle für städtische Lebensmittelversorgung wird ihren Sitz im neuen Rathaus haben und mit ihren Abteilungen am 1. Januar 1917 ihre Tätigkeit beginnen. Mit demselben Zeitpunkte erlischt der Bestand der Brot- und Mehlzentrale, des Amtes zur Regelung der Mehlversorgung und der Lebensmitteleinkaufsstelle, da diese Ämter in die Stelle für städtische Lebensmittelversorgung eingegangen sind.

Zu Leitern der Abteilungen der Stelle für städtische Lebensmittelversorgung wurden vom Bürgermeister bestellt: Magistratsrat Dr. Jamöck für die Stelle 1; Magistratssekretär Dr. Kockopf für die Stellen 2 und 3; Magistratssekretär Dr. v. Dierles für die Stelle 4; Magistratssekretär Dr. Fastenbauer für die Stelle 5 und Magistratsrat Dr. Ehrenberg für die Stelle 6. Gleichzeitig wurden die Magistratssekretäre Dr. Jamöck und Dr. Ehrenberg mit Ende dieses Monats von ihren derzeitigen Dienstposten als Vorstände der Magistratsabteilungen 6 (Straßenangelegenheiten) und 3 (Fondsgegenstände usw.) enthoben und bis auf weiteres zum Vorstände der ersten Magistratsabteilung Magistratssekretär Dr. Bertolas und zum Vorstand der letzteren Magistratssekretär Dr. Sandler bestellt.

Keine Brotfrucht für Alkohol.

Der Arbeiter-Abstinentenbund in Oesterreich richtet eine Eingabe an das Volksernährungsamt, worin er gegen die Treibereien der Brauinteressenten Einspruch erhebt. Befremden muß es erregen, daß dem Ernährungsamt eine Maßregel vorgeschlagen wird, die unser Ernährungswesen nicht verbessern, sondern verschlechtern würde. Der Approvisionierungsbeirat hat nämlich am 18. November gegen die Stimmen seiner Mitglieder **M u c h i t s c h** und **K e n n e r** den Antrag angenommen, „die Bierindustrie im Rahmen der gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen und ihr vom 15. Dezember 1916 vorläufig bis zu fünfhundert Waggons Gerste zur Verfügung zu stellen“. Das bestehende Mälz- und Brauerverbot soll also durchbrochen werden, „vorläufig“ allerdings vom Standpunkt der Brauindustrie nur in bescheidenem Umfang. Unter diesen Umständen hält es der Arbeiter-Abstinentenbund für seine Pflicht, dem Ernährungsamt die Gründe vorzulegen, die für die Aufrechterhaltung des Brauverbots sprechen, und „den Rahmen der gegebenen Verhältnisse“, von dem der Approvisionierungsbeirat spricht, durch einige Tatsachen zu beleuchten:

Der Arbeiter-Abstinentenbund bekämpft den Genuß der geistigen Getränke grundsätzlich aus sozialhygienischen Gründen. In der Frage des Brauverbots für die Kriegszeit steht ihm dieser Grundsatz aber durchaus in zweiter Linie. Eine ernährungswissenschaftliche Feststellung muß vorangestellt werden; sie belehrt uns über unabänderlich gegebene Größen: Biererzeugung ist immer Nährwertverwüstung. Gewiß ist das Bier ein Nährmittel, entscheidend aber ist der Vergleich zwischen dem Nährwert des Bieres und dem der Gerste. Professor **Max v. Gruber** hat darüber schon vor Monaten eine mit

äußerster wissenschaftlicher Vorsicht begründete Aufstellung veröffentlicht. In Vergleich gestellt ist Lagerbier (mit einem Alkoholgehalt von 33 Gramm im Liter) einerseits und Gerstemehl andererseits; berücksichtigt sind die Nährwertmengen, die der Ernährung mittelbar zugute kommen durch die Verfütterung der Malzkeime und Biertreber einerseits und der Gerstenkleie andererseits. Endlich ist auf der einen Seite der „theoretische“ Nährwert des Alkohols voll in Rechnung gezogen, obwohl Gruber selbst hinzufügt, daß „die Giftigkeit des Alkohols“ eine Vergeudung seines Nährwertes zur Folge hat. Die Aufstellung ist also sicher zu günstig für das Bier.

Bei der Bierbereitung kommen der Ernährung unmittelbar und mittelbar zugute: 32,2 Prozent des Eiweißgehalts und 63,3 Prozent des Gesamtnährwertes der Gerste, berechnet in Wärmeeinheiten. Bei der Herstellung von Gerstemehl 59,1 Prozent des Eiweißgehalts und 79,3 Prozent des Gesamtnährwertes der Gerste, berechnet in Wärmeeinheiten.

Der Gewinn bei der Herstellung von Gerstemehl beträgt also 26,9 Prozent des Eiweißgehalts und 16 Prozent des Gesamtnährwertes. Die Erzeugung jedes Hektoliters Bier vergeudet eine Gesamtnährwertmenge, die den Bedarf eines erwachsenen Mannes bei mittlerer Arbeit durch eine volle Woche deckt. Die vergeudete Eiweißmenge genügt — wieder für einen erwachsenen Mann — mindestens für neun, wahrscheinlich sogar für dreizehn Tage.

Daraus erhellt, daß mit der Biererzeugung besonders eine Eiweißverschleuderung verbunden ist. Das Eiweiß aber ist innerhalb der Grenzen des lebensnotwendigen Mindestbedarfes durch keinen anderen Nährstoff ersetzbar. Nun ist der wichtigste Eiweißträger, das Fleisch, für die breiten Volksmassen heute unerschwinglich teuer, die eiweißreicheren pflanzlichen Nahrungsmittel wie Bohnen, Linsen u. s. w. sind, wenn überhaupt, auch nur zu unerhörten Preisen zu haben. Um so notwendiger ist es, wenigstens die eiweißärmeren Nahrungsmittel wie die Gerste der Volksernährung mit unvermindertem Nährwertgehalt zuzuführen. Schließlich muß noch auf den Preis hingewiesen werden. Im Gerstemehl erhält man für 1 Krone 4592 Nährwerteinheiten, im Bier dagegen für 1 Krone nur 450 Nährwerteinheiten. Im Bier wird der gleiche Nährwert also mit dem zehnfachen Preis bezahlt.

Die Nährwertvergeudung ist nicht der einzige Schaden: die Biererzeugung beeinflusst auch höchst ungünstig die gerechte, gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel. Die Frauen und Kinder sind heute nur ausnahmsweise Biertrinker. Da sie die Hauptnahrungsmittel wie Mehl, Brot, Zucker, Fett nur in festgelegten Mengen bekommen, werden sie zu Gunsten der Biertrinker verkrüppelt.

Daß das Mälz- und Brauerverbot wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringt, darf natürlich nicht geleugnet werden. Aber ohne Opfer ist eine Regelung des Ernährungswesens nicht zu erzielen, die Frage kann nur die nach dem kleinsten Uebel sein. Wir bitten das Ernährungsamt, das Gewicht dieser Gründe zu prüfen. Seit Beginn des Krieges hat man mit vollem Rechte dem Volke gepredigt und gemahnt: Seid sparsam mit den Nahrungsmitteln, fein Körnchen und fein Krümelchen darf vergeudet werden! Was wir hier dem Ernährungsamt uns vorzulegen erlauben, ist nichts als die Anwendung dieser Mahnung auf den in seine Hand gelegten Ernährungshaushalt der Gesamtheit.

Die Begründung, die diese Denkschrift ihren Forderungen gibt, ist nicht zu widerlegen. Hoffentlich wird das Volksernährungsamt den Beschluß des früheren Beirates nicht durchführen.

12. XII. 1916

Dem Ernährungsamt zur Beachtung.

Es hat seit jeher zwei Arten Sanatorien gegeben: in den einen bietet die ärztliche Wissenschaft dem zahlungsfähigen Leidenden Genesung und erhöht die Dividende durch Verringerung von Schmerzen; in den anderen fanden Erholung, die sie am wenigsten nötig hätten, sich sie aber leisten können. Hier war die Wissenschaft immer nur das Aushängeschild, hinter dem sich eine besondere Art von Hotelbetrieb verbarg, eine Wirtschaft, wo der Wirt bestimmt, wieviel der Gast zu essen bekommen soll, damit es beiden zum Vorteil gereiche, namentlich natürlich dem wirklichen Professor und wirklichen Hotelinhaber.

Solange wir Frieden hatten, war dagegen nicht viel zu sagen; es war eben eine der vielen Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaftsordnung, daß die einen sich Mastkuren gönnen konnten, während die anderen zur ewigen Hungerkur verurteilt waren, und daß nur die Kräfte wiederhergestellt wurden, die sich im Nichtstun verbraucht hatten. Anders aber stehen die Dinge jetzt, wo die Gleichheit des Essens nicht mehr eine gesellschaftliche, sondern eine soziale Frage in des Wortes höchster Bedeutung geworden ist und das Wort des großen Denkers Josef Popper: „Wenn gehungert werden muß, so sollen alle gleichmäßig hungern“ eine neue, tiefe Bedeutung bekommen hat. Nicht nur die Gerechtigkeit, sondern auch der Schutz des ganzen Volkes verlangt es, daß das Vorhandene gleich geteilt werde; darüber auch nur ein Wort zu verlieren, wäre müßig. Nun ist es aber Tatsache, daß sich die, die ewig hungrig sind, weil sie an das Ewig-Sattsein gewöhnt sind, mit größter Geistesgegenwart der Gelegenheit bemächtigt haben. Noch viel mehr als sonst sind gewisse Sanatorien ganz offenkundige Gastwirtschaften für reiche Leute geworden, die unter dem Vorwande irgend eines erträglichen Leidens dort die schwere Zeit überstehen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man nie so viele Kranke wie jetzt gesehen hat, Kranke mit Krankheiten, die ganz besonders viel Nahrung erfordern. Man wird Diabetiker, wie man früher einen Schnupfen bekam, läßt sich eine Mastkur verordnen wie ehemals einen Sommeraufenthalt in einem Badeort an der See, und geht ins Cottage, wie sonst nach Marienbad: mit neunzig Kilo hin, um mit fünfundneunzig zurückzukehren. Auch haben die Kuren niemals so lange wie jetzt gedauert; versteht doch diese Spezialwissenschaft sehr gut, daß sie die Aufgabe hat, ja nicht zu schnell wiederherzustellen, was ihr allerdings durch das verständnisvolle Eingehen der Patienten auf die Anordnungen des Arztes, wie sie sich in der Wochenrechnung kundgeben, wesentlich erleichtert wird. Es ist nicht schwer, so geduldige Patienten krank zu erhalten.

Selbstverständlich ist das aber eine Sache, die auch die Öffentlichkeit einigermaßen angeht. Es ist nicht zulässig, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl des Volkes die schwersten Entbehrungen ertragen muß, während eine kleine Zahl Begünstigter, nur weil sie viel Geld haben, wahrscheinlich Geld, das sie den anderen abgenommen haben, sich mitten im Kriege allen Luxus des tiefsten Friedens kaufen können und, was noch empörender ist, unter der dienstwilligen Mithilfe der ärztlichen Wissenschaft, die sich des Gewinnes wegen dazu erniedrigt.

Es muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß dieser Unfug aufhöre. Wenn jemand, weil zuckerkrank, eine Zusatzfettkarte verlangt, so wird ein ganzer Heerbann von Ärzten aufgeboten, um zu erheben, ob er wirklich Bedarf und Anspruch auf die paar Dekagramm Fett habe; wir verlangen, daß auch die Aufnahme in Sanatorien, die vor allen, insofern es sich nicht um Operationskranke handelt, von dem Befunde einer Kommission von Amtsärzten abhängig gemacht werde, damit sich nicht ganze Familien einfach die reichlichen Speisemöglichkeiten solcher Anstalten sichern, die schon viel zu lange aufgehört haben, Heilanstalten in des Wortes wirklicher Bedeutung zu sein und Hotels mit Vorwänden geworden sind.

Diese Reform wird ebensosehr von der Sparjamkeit mit Lebensmitteln wie von der sozialen Gerechtigkeit gefordert, und zwar so rasch wie möglich, weil jeder Tag die Bevölkerung mehr verstimmt und aufreizt.

Milch- und Fettversorgung.

Erst die Kinder, dann die Mastkälber.

Der große Sitzungssaal des Herrenhauses war gestern trotz der Anziehungskraft, die der Reichstag ausübte, bis auf den letzten Platz besetzt. Es handelte sich hier in der Leipziger Straße ebenfalls um eine Angelegenheit, die in engstem Zusammenhang mit dem Weltkriege steht, um die Sicherstellung unserer Ernährung. Der Vereinsausschuß der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg hatte zur Erörterung dieser Frage Mitglieder landwirtschaftlicher Vereine sowie Freunde der Landwirtschaft geladen.

Der Kammervorsitzende Graf von der Schulenburg-Grünthal wies, nachdem er die Gäste, unter ihnen den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten von Potsdam sowie den Vertreter des Kriegsamtes begrüßt hatte, darauf hin, daß jetzt auf der deutschen Landwirtschaft eine schwere Verantwortung ruhe. All unsere Fortschritte an den Fronten nützen nichts, wenn die deutsche Landwirtschaft die Erwartungen, die man auf sie setze, nicht erfülle. Sie habe Nahrungsmittel in genügender Menge zu erzeugen und sie der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Trotz aller Hemmnisse werde die Landwirtschaft ihre Aufgabe hinsichtlich der Lebensmittel-erzeugung erfüllen. Die Landwirte müßten es sich auch für kurze Zeit gefallen lassen, daß der Staat über ihre Erzeugnisse ohne weiteres verfüge. Oberpräsident von der Schulenburg dankte darauf den märkischen Landwirten für ihre bisherige Bereitwilligkeit. Die freiwillige Hergabe von Nahrungsmitteln wird — so fuhr er fort, im kommenden Jahre noch größer sein müssen. An der Opferwilligkeit und Produktionsfreudigkeit der Landwirte zweifelt kein Einsichtiger, wenn man auch sieht, daß hier und da auf dem Lande eine gewisse Ueppigkeit herrscht. Mit der Hoffnung auf einen siegreichen Frieden schloß die Ansprache des Oberpräsidenten.

Landrat von Grävenitz-Perleberg, Leiter der Reichsfettstelle, beleuchtete die Schwierigkeiten in der Milch- und Fettversorgung. Vor Einrichtung der Reichsfettstelle war die Fetttrate in manchen Industriestädten bis auf 15 Gramm herabgesunken. Die in der Kriegsindustrie tätigen Arbeiter blieben zum Teil wegen Fettmangels unterernährt, und ihre Leistungsfähigkeit sank bis zu 30 v. H. herab. Deshalb mußte zwangsweise eine Regelung des Absatzes der Fett- und Milcherzeugnisse vorgenommen werden. Die eigentliche Arbeit ruht auf den Kommunalverbänden, den Kreisen und den Landräten. Vor allen Dingen rechnet man auf die freudige Mitarbeit der Landbevölkerung. Leider wird nicht überall der Ernst der Lage erfaßt. Das Ueberhandnehmen der Handzentrifugen ist vom Uebel. Wir müssen auf alte Gewohnheiten verzichten und willig geben, was das Vaterland fordert. Geradezu beunruhigend sind die Zahlen über das Anwachsen der Mastkälber. Es geht nicht an, daß sich deren Zahl ständig vermehrt, während in vielen Industriestädten stillende Mütter und Säuglinge ohne Milch bleiben. Auf den Kindern beruht unsere Zukunft, nicht auf den Mastkälbern. Sollte es nicht anders werden, so wird man hier mit aller Entschiedenheit einschreiten, und zwar durch Herabsetzung der Preise für die Mastkälber. An die Kriegsindustrie werden gewaltige Forderungen gestellt. Die Arbeiter müssen ungezählte Ueberstunden und Nachschichten leisten. Sie bedürfen daher durchaus des Fetts. Das muß sich die Landbevölkerung klar machen.

In der sehr lebhaften Besprechung betonten verschiedene Redner, durch Heraushebung des Butterpreises auf 3 M. werde sicherlich mehr Butter erzeugt werden. Es kommt darauf an, daß mehr produziert wird, und man solle sich nicht ärgern, wenn der Landwirt ein bißchen mehr verdiene. Die Landwirte müßten ihre Erzeugnisse billig verlaufen. Sie hätten nicht genug Geld, um die Arbeiter, die in die Industriestätten laufen, zu halten.

Rittergutsbesitzer Dr. von Lohow-Petkus meint, der Preis allein macht nichts. Wer unpatriotisch handelt, der muß an den Pranger gestellt werden. Auch das Zuchtvieh steht hinter dem

Die Reichs-Kalorienkarte.

Ein Vorschlag.

Allerorten regnet es Vorschläge, um den etwas schwer zu handhabenden Ernährungsapparat mit dem besten Del guter Paragraphen zu schmieren. Der jüngste Vorschlag führt den schönen Titel einer „Reichs-Kalorienkarte“ und stammt von einem Manne namens Franz Köhler, der offenbar seine Idee durchdacht hat und deshalb wohl beanspruchen darf, daß man sie einer Kritik unterzieht. Er beabsichtigt das denkbar höchste Maß der Gerechtigkeit in der Verteilung der vorhandenen Erwaren. Die bisherigen Bezugskarten, die sich auf Brot, Butter, Zucker, Kaffee und im Reiche unserer Bundesbrüder auch noch auf Fleisch, Kartoffeln, Milch, Bier erstrecken, können eine tadellose gleiche Verteilung der Lebensmittel trotz allem Zwang und allem guten Willen nicht herbeiführen. Dem Wohlhabenden ist noch immer gestattet, sich alles Erbare zu kaufen, das jenseits der Lebensmittelkarte zu haben ist, indes der Arme sich mit wenigen begnügen muß. Nun schlägt Köhler vor, alle vorhandene Nahrung, auch die von der bisherigen Zwangsbestimmung ausgeschlossenen Lebensmittel, zu kontingentieren. Jeder, auch der Reiche, soll nur so viel erhalten, als auf ihn nach der Zahl und Einteilung der Volksgenossen fällt. Aber wie wäre dies zu machen, ohne eine endlose Anzahl der verschiedenartigsten Karten zur Welt zu bringen und das ohnehin schon recht verwickelte System noch komplizierter und verwickelter zu gestalten? Köhler antwortet darauf: Durch höchste Vereinfachung! Durch Zusammensetzung aller vorhandenen und noch für die Zukunft geplanten Karten in eine einzige! Und diese einzige Karte, die das gesamte Ernährungsweisen jedes Bürgers und des ganzen Staates in vier Ziffern fassen soll, ist die Reichs-Kalorienkarte.

Was ist die Kalorie? Kalorie ist ein Fremdwort für „Wärmeeinheit“. Was ist Wärmeeinheit? Wärmeeinheit ist ein Maß für Wärme oder, was das gleiche ist, für mechanische Arbeit. Man sagt zum Beispiel: Dieses Kilogramm Kohle besitzt achttausend Wärmeeinheiten. Mit diesen Worten will der Techniker ausdrücken, daß diese Kohle, wenn sie verbrennt und dadurch einen Kessel heizt und eine Dampfmaschine in Bewegung setzt, in dem Maße eine ganz genau zu messende Arbeit zu leisten. Sie könnte nämlich mit jeder Wärmeeinheit ein Gewicht von rund 427 Kilogramm einen Meter hoch heben. Nun kann man dieses Maß auch auf alle nährenden Stoffe anwenden. Denn jeder Umsatz von Stoffen, welcher Natur sie auch seien, kann Arbeit verrichten oder verbrauchen. So liefert die Nahrung unserem Körper Stoffe, die unseren Körper in der Kälte heizen und unsere Muskeln mit Betriebskraft füllen. Gerade so wie den Dampfkessel einer Maschine. Wir können also den Wert aller Nahrungsmittel einfach danach einschätzen, wie viel Wärmeeinheiten sie bei ihrer Verbrennung im menschlichen Körper zu liefern imstande sind. So liefern zum Beispiel Rüben pro Kilogramm bloß 310 Kalorien, Äpfel schon 500, Zucker 3910, Kakaos 5200, Olivenöl 8930. Danach müßte ein Kilogramm Olivenöl fast dreißigmal nährend und kräftigender sein als Rüben. Auch die Fleischsorten sind verschieden. Ein Kilogramm Schweinefleisch enthält 4600 Kalorien, dasselbe Gewicht Rindfleisch nur ungefähr die Hälfte. Es bleibt also nicht gleich, ob man ein Kilogramm Schweinefleisch einkauft und braten läßt oder ein Kilogramm Rindfleisch oder gar Pferdefleisch, das bloß 1360 Kalorien liefert. Um demnach eine gerechtere Verteilung aller Nahrungsmittel zu erreichen, müßte man statt der Fleischkarte die Kalorienkarte einführen.

nach der jedermann nur Unrecht auf eine bestimmte Anzahl Kalorien hat.

Das Köhlersche System ist nun so gemeint. Der Staat gibt jedem eine Kalorienkarte, die die Anzahl Wärmeeinheiten feststellt, die er täglich oder wöchentlich einkaufen und verspeisen darf. Es steht ihm frei, sich diese Kalorien in Form von Fleisch, wenn er es bekommt, oder von Fett, Erdäpfel, Hasanen, Bier, Honig, Austern, Gansleberpasteten usw. zu verschaffen. Er darf nur nicht mehr einkaufen als die Zahl Wärmeeinheiten, die ihm von der Behörde bewilligt sind.

Wieviel wird ihm nun die Behörde bewilligen? Nahezu so viel, daß er leben kann. Jedenfalls nicht mehr, als Nahrungsmittel im Reich vorhanden sind. Man hat berechnet, daß in Friedenszeiten ein Mann, je nachdem er leicht oder schwer arbeitet, 2500 bis 3360 Kalorien täglich verbraucht und durch Nahrung frisch ersetzen muß, Frauen und Kinder weniger. Jetzt im Kriege wird man dem einzelnen etwas weniger zugestehen. Und zwar wird dies von der Menge der verfügbaren Nahrungsmittel abhängen. Die Karte jedes Bürgers wird auf bloß 3000 oder nur 2800 Kalorien täglich lauten. Schwerarbeiter werden eine erhöhte Karte erhalten müssen, zumal die, die in den Munitionsfabriken tätig sind.

Gegen diese Reichskalorienkarte läßt sich zweierlei einwenden. Erstens ist es noch sehr fraglich, ob der Wert der Nahrungsmittel durch die Zahl von Wärmeeinheiten allein bedingt ist, die sie dem menschlichen Körper zu liefern imstande sind. Es kommt auf die Qualität, das heißt auf die Natur und Zusammensetzung der Stoffe, sehr viel an, aus denen sie bestehen. Sodann handelt es sich ja vornehmlich darum, daß es nur eine bestimmte Menge Butter, Fleisch, Kartoffeln im Reiche gibt und jeder davon haben will. Man wird also niemals der Notwendigkeit entgehen, jedem Bürger und jeder Bürgerin gesondert vorzuschreiben, auf wieviel Gramm Butter, Fleisch, Kartoffeln sie Anspruch erheben dürfen. Man kann wohl alle Karten in einer einzigen vereinigen, wird aber trotzdem nicht umhin können, den willkürlichen Einkauf jedes der wichtigeren, aber knapp vorhandenen Lebensmittel einzuschränken, und zwar jedes für sich, nach eigenem Verteilungsschlüssel zu behandeln. Wir haben aber doch den Vorschlag Köhlers ausführlich zu besprechen für nötig erachtet, weil er vielleicht Anregungen zu besseren Lösungen des schwierigen Ernährungsproblems gibt.

Die Sorgen der Hausfrau.

Die Betrachtungen in unserer Sonntagsausgabe zu dem zeitgemäßen Thema „Was werden wir essen?“ haben uns eine große Zahl Zusendungen gebracht; selbstverständlich sämtlich zustimmend und in oft sehr kräftigen Worten die Empörung über die Ausnutzung unserer Lage durch ein weit verbreitetes, gewissenloses Spekulantentum ausdrückend. Wir geben nachstehend die Zuschrift einer Hausfrau wieder, die sicherlich „im Namen vieler“ spricht.

Mit der so plötzlich eingetretenen Kartoffelknappheit würden wir Hausfrauen schließlich fertig werden, wenn wir, wie bisher, uns um das zu beschaffende Gemüse nicht zu sorgen hätten.

Nun verschwindet es, was sollen wir also da kochen, wenn wir auch nicht einmal die Fische haben können, die, wie der Schreiber des Aufsatzes in der „Täglichen Rundschau“ sagt, vom Markt fernbleiben und, wenn sie da sind, wahnwitzig teuer sind, wie z. B. 3,50—4,00 M. das Pfund? Daß alle die jetzt fehlenden Artikel für die Küche in Wirklichkeit nicht vorhanden sein sollen, glaubt von uns kein Mensch. Es steckt etwas anderes dahinter. Was, können wir nicht sagen, aber daß das alles nicht mit rechten Dingen zugeht, weiß wohl jeder. Die Ernten waren gut, und betamen wir etwa im vorigen Jahre, wo sie nicht so gut waren, weniger auf den Markt? Nein, es will ein jeder jetzt seine Taschen füllen auf Kosten der bald wirklich notleidenden Bevölkerung, d. h. der Bevölkerung, die nicht Kriegsgewinner sind, und daher die hohen Preise auch nicht bezahlen können, da ihre Einnahmen nicht gewachsen sind.

Man liest von den großartigen Heringsfängen und den enormen Tagesverdiensten der Heringsfänger, die ihre Fänge also schon vom Netz aus teurer, und zwar viel teurer als früher, verkaufen. Da ergibt sich ja der teure Preis! Aber wo bleibt die Ware? Sehen wir Hausfrauen wohl in den Bäden oder auf dem Markt Heringe, die uns zusagen? Heringe, nicht viel größer als Sardellen, werden verkauft, wo bleiben die großen? Sollten die plötzlich so klug geworden sein, nicht ins Netz zu gehen? Oder hält man sie zurück und bereitet uns die „schönsten“ Konserven daraus, macht uns die entsetzliche Fischwurst oder die vielen Fischfülzen zu teuren Preisen? Wozu überhaupt die vielen unnützeingelegten Dinge? Geht uns das frische Material an Fischen und Gemüse, und wir wollen unseren Eheherren und Kindern anderes vorsetzen, als was wir jetzt, in manchmal ungenießbarem Zustand, erhalten. Daß wir erst die Gemüse-Konserven nach Weihnachten erhalten, ist weise gedacht, aber laßt uns jetzt dafür auch das noch vorhandene frische Gemüse kaufen können.

Warum wird es jetzt beschlagnahmt? Warum müssen wir nun Pontius zu Pilatus laufen, um solches zu erhalten?

Sollen wir dadurch wirklich für die Massenpeisung gewonnen werden?

Ihr deutschen Hausfrauen, wehrt euch dagegen! Es ist unser gutes Recht und unser Stolz, auch jetzt in den schweren Zeiten für unseren Haushalt gut zu sorgen. Wir wollen keine Speisung aus der Massenküche!

Wenn wir nicht fürchten müßten, unserem Hindenburg mit diesem Kleintram lästig zu fallen — und wir wissen, er erhält schon zu viel Zuschriften von allen Seiten — so würden wir deutschen Hausfrauen rufen: Auch hier hilf, lieber Generalfeldmarschall!

Eine sich sorgende deutsche Hausfrau.

15. / XII. 1916

Dem Ernährungsamt zur gefl. Beachtung.

Vorausgesetzt, daß in der Fülle der politischen Ereignisse für Lebensmittelfragen Zeit und Lust übrig geblieben ist: Eine der dringendsten Aufgaben wäre, den Verkauf frischen Brotes zu verhindern. Es ist bekannt, daß das eine der ärgsten Vergeudungen bedeutet; man kann wohl sagen, daß der Verbrauch frischen Brotes den von abgelagertem um ein Fünftel oder noch mehr übertrifft. Wie es bewerkstelligt werden könnte, daß nur abgelagertes Brot verkauft wird, ist allerdings nicht ganz einfach zu sagen, aber Sachleute dürften wohl geeignete Vorschläge zu machen wissen. Gehehen muß es aber auf jeden Fall, müßte man selbst zu dem heroischen Mittel greifen, daß man — etwa bezirksweise eingeteilt — die Brotabgabe einen Tag lang unterbricht, um den Brotfabriken und Bäckern die Möglichkeit zu bieten, ihre Vorräte einen Tag alt werden zu lassen. Diese uns aus Hausfrauenkreisen zukommende Anregung verdient jedenfalls die ernsteste Erwägung.

Wir erhalten von geschätzter Seite nachstehende Anregung. Der Einsender schreibt: Die Aufforderung zur Mithilfe seitens der Bevölkerung wurde von den Behörden schon zu wiederholtenmalen kundgetan, wie die fortbauende Nichtbeachtung aller Vorschriften jedoch zeigt, ganz vergebens. Warum? Weil der Wiener bekanntermaßen nichts so scheut, als „Scherereien“ mit Polizei und Gericht. Tatsächlich weiß ich aus eigener Erfahrung, daß beispielsweise die Polizeikommissariate eine Anzeige über irgend eine Ungehörigkeit im Lebensmittelhandel nur auf Grund einer protokolllarischen Einbernahme des Anzeigers entgegennehmen. Natürlich ergreift jeder — so wie auch ich es getan habe — vor diesem hochnotpeinlichen Verfahren die Flucht. Und wer hat den Gewinn davon? Die, denen, wie der „Abend“ sagt, der Krieg gut anschlügt.

In betäubender Erkenntnis dessen habe ich mich nun an verschiedene, wie ich glaubte, maßgebende Personen, darunter auch an den Präsidenten des Ernährungsamtes Herrn Doktor Kofstein gewendet, indem ich folgenden Vorschlag machte:

Die Behörde hat selbst erklärt, daß die vorhandene Anzahl der amtlichen Organe nicht ausreicht, um die Einhaltung der Vorschriften für den Lebensmittelhandel zu überwachen, und deshalb das Publikum zur Mithilfe aufgefordert. Das Publikum will aber nicht. Warum? Siehe oben! Wie wäre wenn es die Behörde unternehme, Freiwillige für den Überwachungsdienst zu gewinnen? Es gibt Tausende von Pensionisten und anderen Personen, die, so wie andere es in der Kriegsjensur, beim Roten Kreuz usw. tun, gerne bereit sein würden, sich und ihre freie Zeit dem allgemeinen Wohle zu widmen. — Ich meine selbstverständlich nicht, daß diese Freiwilligen die Machtvollkommenheit einer wirklichen Amtsperson, also beispielsweise das Recht zum unmittelbaren Einschreiten erhalten sollten, nein, sie hätten dieses Einschreiten nur herbeizuführen, als Vertrauensperson den behördlichen Organen gegenüber kenntlich gemacht und in Respekt gesetzt.

Keine der oberwähnten Personen hat mich bisher einer Antwort gewürdigt, trotzdem halte ich meinen Vorschlag für nützlich und ausführbar und bitte darum die geehrte Schriftleitung, seine Verwirklichung durch gütige Veröffentlichung dieses Schreibens zu fördern.

In besonderer Hochachtung L. R.

Präsident v. Batocki in Wien.

Unterredung mit dem deutschen Lebensmittel-
diktator.

Der Präsident des deutschen Kriegs-
ernährungsamtes Adolf v. Batocki ist in
Begleitung des Generals van Oven und des
Geheimrates Fischer in Wien eingetroffen,
um mit den Leitern unseres Volksernährungs-
amtes Fühlung zu nehmen.

Präsident v. Batocki hatte die Liebenswürdig-
keit, einen Vertreter der „Zeit“ zu empfangen
und diesem die nachstehenden Mitteilungen zu
machen:

„Der Zweck meiner Reise nach Wien war die
persönliche Fühlungnahme mit den Präsi-
denten des österreichischen und des ungarischen
Ernährungsamtes. Heute habe ich mit dem
Präsidenten Koffstein verhandelt. Morgen
begebe ich mich nach Budapest, um mit Baron
Pürthy zu unterhandeln. Am Sonntag treffe
ich wieder in Wien ein, um mit Präsidenten
Koffstein und den übrigen leitenden Herren des
Volksernährungsamtes weitere Verhandlungen
in unseren wichtigen Ressortangelegenheiten zu
pflegen. Montag gedenke ich wieder nach Berlin
zurückzukehren.

Der plötzliche Ministertausch hat zwar mein
Programm etwas beeinträchtigt, nichtsdestoweni-
ger aber habe ich mich beeilt, die persönliche
Fühlungnahme mit den Leitern des österreichischen
und des ungarischen Volksernährungsamtes zu
erreichen, denn auf Grund der Vereinbarungen
unserer Regierungen haben die drei Ämter
in engsten Beziehungen zu stehen und sich gegen-
seitig durch delegierte Beamte in ihren Auf-
gaben mit Rat und Tat zu unterstützen. Der
Zweck meiner Reise dient hauptsächlich, diese
Aufgabe zu erfüllen.

Die Ernährungsfrage im Reiche draußen ist
war durch den nicht vorausgesehenen schlechten
Ausfall der Kartoffelernte etwas beeinträchtigt
worden, doch hätten wir auch ohne die rumä-
nische Getreidebeute, die sehr beträchtlich
ist — die genauen Ziffern liegen noch nicht
vor —, zur Not, wenn auch mit etwas Sorgen,
auskommen können. So aber langen wir — und
hier decken sich meine Ansichten mit denen des
Reichskanzlers über diesen Punkt vollkommen
— bis zur neuen Kampagne nicht nur selbst
vollkommen aus, sondern können auch unseren
Verbündeten mit der Beute zum sicheren
Durchhalten unter die Arme greifen.

Der Minderausfall der deutschen Kar-
toffelernte gestattet es uns heuer nicht,
unserem Verbündeten, wie wir es gern getan
hätten, mit offener Hand auch auf diesem Ge-
biet auszuweichen, doch wird er durch den Anteil
an der rumänischen Getreidebeute hierfür ent-
schädigt. In Deutschland werden wir auch zu
einer Streckung der Brotmehle mit Gerste
schreiten, wie es ja in Oesterreich auch prakti-
ziert wird. Wir haben, und das kann nicht oft
genug betont werden, durchaus keine Not, und
werden sicher durchhalten.“

Schließlich gab Präsident v. Batocki der
Hoffnung Ausdruck, daß das gedeihliche Zu-
sammenwirken der drei Ernährungsämter von
vollem Erfolg für die gerechte Verteilung der
Lebensmittel begleitet sein werde.

Ein Souper im Hotel Imperial.

Für gestern abends hatte der Präsident des
österreichischen Volksernährungsamtes Oskar
Koffstein die in Wien weilenden Vertreter
des deutschen Kriegsernährungsamtes Präsi-
denten v. Batocki, General van Oven und
Geheimrat Fischer zu einem Souper ge-
laden, an dem seitens des österreichischen Volks-
ernährungsamtes noch teilnahmen: die Vize-
präsidenten Sektionschef Oskar Ritter von
Keller, Sektionsrat August Freiherr v. Fries,
die Sektionsräte Dr. Stettner und Dr.
Kortner sowie Finanzsekretär Dr. Sauer-
el.

Der Unfug mit Ersatzstoffen.

Wir wir zu unserer aufrichtigen Bemühtung erfahren, hat sich das Ernährungsamt entschlossen, eine Überwachung der Ersatzstoffe und eine Regelung des Handels mit solchen einzuführen. Wir dürfen feststellen, daß es ein Verdienst des „Abend“ ist, wenn die Bevölkerung nun in wirksamer Weise vor dieser Art von Ausbeutung geschützt werden wird; als einziges Blatt hat der „Abend“ auf diesen Mißbrauch hingewiesen — die anderen brachten die bezahlten Reklamen, der „Abend“ die warnenden Kritiken —, er hat ihn an zahlreichen Beispielen aufgezeigt — wir erinnern nur an die Mitteilungen über Seifenersätze, über den sogenannten Malzzucker zu 4 K, an den Malz nach türkischer Art usw. — und hat endlich mit allem Nachdruck

die Errichtung dieses Überwachungsamtes verlangt. Wir sind sogar soweit gegangen, Ersatzstoffe auf unsere eigenen Kosten zu sammeln und untersuchen zu lassen, und waren entschlossen, dies regelmäßig zu tun. Diese Absicht geben wir jetzt selbstverständlich auf, und überlassen die Angelegenheit dem Ernährungsamt, dem ja ungleich größere Mittel zu Gebote stehen, und vor allem die Zwangs- und Verbots Gewalt. Wir würden die Angelegenheit erst dann wieder aufnehmen, wenn sich die Überwachung durch das Ernährungsamt wieder alles Erwartens als ungenügend herausstellen sollte.

Die sicherlich von der ganzen Bevölkerung mit großer Befriedigung als wirklich volkshreundlich begrüßte Mitteilung besagt: „Das Kriegsernährungsamt wird in Kürze eine Überprüfungsstelle für Ersatzmittel errichten. Ersatzmittel werden nur dann zum Verkauf zugelassen werden, wenn sie ein „Zulassungsverfahren“ bestanden haben. Auch die Preise der Ersatzmittel wird die neue Überprüfungsstelle regeln.“

* (Präsident v. Batocki über die rumänische Beute.)
„Ujsag“ veröffentlicht eine Unterredung mit Herrn v. Batocki, welcher sagte: Ich bin nach Budapest gekommen, um die maßgebenden ungarischen Faktoren kennen zu lernen und kehre Sonntag abends nach Wien zurück. Wenn bis dahin die neue österreichische Regierung zustandekommen sein wird, stelle ich mich auch ihr vor. Tatsächlich hat der österreichische Regierungswechsel meinen Plan beeinflusst, zum mindesten erlitt mein Programm Veränderungen. Aber ich glaube nicht, daß meine Reise ergebnislos sein wird. Wenn wir in unserm wohlüberlegten Interesse im festen Zusammenhalt gemeinsam arbeiten, wird auch die Frucht dieser Arbeit nicht ausbleiben. In erster Linie ist es notwendig, die ständige Verbindung des österreichischen und des ungarischen Lebensmittelamtes mit der deutschen Lebensmittelinspektion aufrechtzuerhalten und uns gegenseitig durch Ratschläge zu unterstützen. Ich bin gekommen, um Ratschläge zu hören und, wenn notwendig, solche zu geben. Deutschland wurde durch die heurige schlechte Kartoffelernte für den Augenblick schwer getroffen. Trotzdem zeigte sich keine Not, nur unangenehmer Mangel, der jedoch noch vor den rumänischen Siegen beseitigt wurde. Jetzt sind wir reichlich mit Zerealien versehen, denn sie gelangten in Rumänien in einer solchen Menge in unsere Hand, daß wir bis zur nächsten Ernte der Sorgen enthoben sind, und zwar sowohl wir als auch Oesterreich und Ungarn. Aber auch an Bulgarien und die Türkei werden ansehnliche Mengen abgegeben werden können.

16. / XII. 1916

Das Ernährungsamt.

Vor dem Beginn seiner eigentlichen Wirksamkeit. — Schaffung eines Ernährungsrates. — Die Organisation des Kriegsküchensystems. — Gegen den Unfug mit Surrogatmitteln. — Die Beute in Rumänien.

Das Ernährungsamt befindet sich derzeit in einem Stadium der Umgestaltung. Das Präsidium beschäftigt sich, wie uns mitgeteilt wird, mit einer Reihe organisatorischer Arbeiten, die vorgenommen werden müssen, bevor von einer eigentlichen Wirksamkeit gesprochen werden kann. So fanden zum Beispiel in der abgelaufenen Woche nahezu an jedem Tage Sitzungen des neugeschaffenen Direktoriums statt, das aus sieben Herren besteht, und auch die Ausgestaltung des Ernährungsrates wurde in allen Einzelheiten besprochen. Der Ernährungsrat hat sich aus dem bisher bestandenen Approvisionierungsbeirat und aus den Beiräten der Kriegsgetreideverehrungsanstalt und der Futtermittelzentrale entwickelt. Auch die Mitglieder des Direktoriums hatten bisher dem Approvisionierungsbeirat angehört. Der Ernährungsrat, der aus zumindest 40 Mitgliedern bestehen wird, gliedert sich wieder in einzelne Ausschüsse, nach den hauptsächlichsten Bedarfsartikeln: Getreide, Kartoffeln, Futtermittel, andere landwirtschaftliche Produkte und Kolonialwaren usw.

Die Ueberführung des Amtes in das Haus Mariahilferstraße 85 dürfte mit Ende nächster Woche abgeschlossen und zu diesem Zeitpunkt werden alle Ägenden tatsächlich dort zentralisiert sein. Mit jenen Gegenständen, die nicht direkt mit der Lebensmittelversorgung verknüpft sind, wird das Amt nichts zu tun haben; Kohle, technische Fette und Seife beispielsweise werden, was die Aufbringung und die Verteilung anbelangt, weiterhin vom Handelsministerium behandelt werden.

In sachlicher Beziehung wurden alle großen Fragen der Lebensmittelversorgung bereits von den maßgebenden Stellen im Ernährungsamt im Laufe der letzten Wochen durchgesprochen, wenn auch abschließende Ergebnisse noch nicht vorliegen. Auch die Frage der Einführung von Kriegsküchen in erhöhtem Maße ist bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet. Es wurde hier eine Organisation geschaffen, die sofort wirksam werden kann, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte. Von der Zentrale bis hinunter zu den Bezirksbehörden ist alles genau geregelt, so daß für jeden Fall die Kriegsküchen in ihrer Verallgemeinerung da sind, wenn man sie zur Versorgung weitester Kreise brauchen sollte. An einen Zwang zur Teilnahme an der Speisung durch diese Küchen wird dabei nicht gedacht.

Auch die Fettfrage wurde eingehend besprochen. An jenen Teil, der sich mit den Bezügen aus Ungarn befaßt, schließt sich der der Regelung der Aufbringung inländischer Fettmengen, Schweinefett und Butter, an. Hier sind die Vorarbeiten schon sehr weit gediehen, die darauf hinauslaufen, die Möglichkeit der Zwangs-kontingentierung bei den inländischen Erzeugnissen herbeizuführen. Im Zusammenhang damit steht auch die Absicht der Zentralisierung der Aufbringung und der Verteilung von Fett in Polen.

Dem Unfug, der mit den verschiedentlichen Surrogatmitteln getrieben wird, will das Ernährungsamt durch die Herausgabe eines Erlasses ein Ende bereiten. Die Behandlung dieser Frage ist allerdings nicht so einfach, denn bei manchen Artikeln (zum Beispiel Kaffee) muß die Surrogierung gefördert werden. Worum es sich in erster Linie handelt, ist, daß man das Publikum vor schlechten und oft beispiellos überzahlten Surrogaten schützen will. In dem Erlaß werden die Artikel, die zugelassen werden, und die Art der Zulassung festgelegt sein.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Einfuhr einer Reihe von wichtigen Lebensmitteln an einen Anbotzwang, zum Beispiel bei der „Dezeg“ (Österreichische Zentraleinlaufsgesellschaft), gebunden wird, und dann nur nach bestimmten Bedingungen, die sich auf den Preis und den Absatz an den Konsum beziehen, diesem zugeführt werden. Ferner soll eine Modifikation der bestehenden kriegswirtschaftlichen Normen vorgenommen werden, was im Interesse der Einhaltung dieser Normen läge.

Ueber die in Rumänien gemachte Beute an Getreide, Futtermittel und Petroleum haben, wie uns weiter mitgeteilt wird, bereits Besprechungen zwischen den Heeresverwaltungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn stattgefunden. Die Angelegenheit wird noch Sache der Behandlung durch den gemeinsamen Ministerrat sein.

Vom staatlichen Ernährungsamt.

Mitteilungen von besonderer Seite.

Das Kriegsernährungsamt wird in der kommenden Woche seine neuen Amtsräume in der Mariahilferstraße Nr. 85 beziehen und dann sofort seine Tätigkeit in vollem Umfange aufnehmen. Es hat bereits verschiedene Fragen der Organisation gelöst. So werden der Approvisionierungsbeirat, der Futtermittelbeirat und der Kriegsgetreidebeirat zu bestehen aufhören und dafür in einem **E r n ä h r u n g s b e i r a t e** vereinigt werden, der selbstverständlich aus mehreren Unterausschüssen bestehen wird. Wie schon der Name sagt, wird sich das Kriegsernährungsamt nur mit Lebensmittelfragen beschäftigen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle, Petroleum usw. fällt nicht in den Wirkungskreis der Anstalt. Die dem Handelsministerium unterstellte Del- und Fettzentrale bleibt unverändert fortbestehen und hat mit dem Kriegsernährungsamte nichts zu tun.

Das Kriegsernährungsamt wird die **K r i e g s k ü c h e n w i r t s c h a f t** weiter ausbauen, doch wird auf die Bevölkerung kein Zwang ausgeübt werden, sich in den Kriegsküchen verköstigen zu lassen. Der Regelung der Fetteinfuhr aus Ungarn wird die Regelung der **F e t t a u s b r i n g u n g i n O e s t e r r e i c h** folgen. Ebenso erwägt man die Ausbringung und den Abschub von Fett aus Polen einheitlich zu gestalten, um die sich unangenehm fühlbar machende Händlerpekulation auszuschalten, bezw. einzudämmen. Ferner wird eine Verordnung gegen den **E r s a h m i t t e l s c h w i n d e l** erscheinen, durch die das sogenannte Zulassungsverfahren eingeführt werden wird. Nur solche Erzeugnisse werden in den Handel gebracht werden dürfen, denen das Volksernährungsamt seine Genehmigung erteilt haben wird.

In den nächsten Tagen findet ein gemeinsamer Ministerrat statt, in dem der **A u f t e i l u n g s p l a n** für die auf unsere Monarchie entfallende Quote der **r u m ä n i s c h e n B e u t e** an Getreide, Futtermitteln, Petroleum usw. beschlossen werden wird.

Lebensmittelaktion der Wiener Zeitungsangestellten.

Die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Lebensmittel haben sich bei der langen Dauer des Krieges für die Angestellten des technischen und administrativen Betriebes der Wiener Tageszeitungen insbesondere dadurch empfindlicher fühlbar gemacht, als die Dienstzeiten dieser Angestellten vielfach in jene Morgenstunden fallen, in welcher sich sonst die Lebensmittelversorgung vollzieht. Von der Erkenntnis ausgehend, diesem Mangel nach Möglichkeit zu begegnen, haben sich die Verwaltungen der Wiener Tageszeitungen zusammengefunden, um für ihre Angestellten durch Schaffung einer Lebensmittelaktion die Beschaffung der notwendigsten Bedarfsartikel möglichst zu sichern und hierdurch beizutragen, die Schwierigkeiten zu mildern, die sich der Lebensmittelbeschaffung ihres technischen, Expeditions- und Ansträgerpersonals

entgegenstellen, und dadurch auch der Aufrechterhaltung des Betriebes zu dienen.

Dank dem besonderen Entgegenkommen des Sektionschefs v. Keller als Präsidenten des Amtes für Volksernährung wurde diese Aktion gleichgestellt den andern Konsumentenorganisationen, denen eine direkte Belieferung der replementierten Lebensmittel bewilligt wurde. Auch die Gemeinde Wien hat durch Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner das größte Entgegenkommen bekundet, und die städtischen Zentralstellen haben durch ihre Funktionäre, insbesondere durch Obermagistratsrat Dr. Dorn und Rechnungsrat Döfler wie auch die Magistratsabteilungen III und IX, die Versorgung mit Lebensmitteln wesentlich erleichtert. Durch völlig kostenlose Beistellung eines geeigneten Verkaufslokales im Gebäude der „Neuen Zeitung“, 3. Bezirk, Sebgasse Nr. 20, hat sich Chefredakteur Bösbauer ein besonderes Verdienst um diese Aktion erworben. Herr Hugo Selles, langjähriger Mitbesitzer der Firma Th. Tonelles u. Co., hat sich für die fachmännische Leitung der Lebensmittelbeschaffung und -abgabe in der selbstlosesten Weise zur Verfügung gestellt, wodurch es erst möglich wurde, mit der Aufnahme der Lebensmittelabgabe nach verhältnismäßig kurzer Vorarbeit zu beginnen, so daß der Betrieb bereits zu Beginn des laufenden Monats aufgenommen werden konnte und die bisher gemachten Erfahrungen zu der Annahme berechtigen, daß es möglich sein werde, den Zeitungsangestellten im dritten Kriegsjahre eine Sorge jeden Haushaltes beträchtlich zu erleichtern. Die Geschäftsführung liegt in den Händen eines Arbeitskomitees, dem derzeit die Herren Hans Berneder („Reichspost“), Hans Bösbauer („Neue Zeitung“), Adolf Deutsch („Neues Wiener Journal“), Friedrich H. Fliegel („Neue Freie Presse“) und Heinrich Mitschera („Die Zeit“) als erwählte Mitglieder und Herr Hugo Selles als fachmännischer Beirat angehören.

Die Forderungen der Lebensmittelhändler.

In den letzten Tagen fand unter dem Vorsitz des Gremialrates Schallabäck im Gremium der Wiener Kaufmannschaft eine Versammlung der Spezerei- und Delikatessenhändler Wiens statt. Gremialrat Feldmann führte als Berichterstatter Klage darüber, daß bei den Beratungen über eine rationelle Bewirtschaftung der vorhandenen Lebensmittel alle Stände seitens der Regierung zur Beratung herangezogen wurden, nur der Kaufmannstand nicht. Bei der Errichtung der für die Lebensmittelzuführung und -verteilung bestimmten Ämter und Behörden habe man von Versuch zu Versuch getastet, man habe die Auswüchse des illegitimen Lebensmittelgroßhandels ruhig dem legitimen Kaufmann in die Schuhe schieben lassen und diesen dem ungerechtfertigten Schimpf der Bevölkerung ausgesetzt, während die wahre Schuld an der Unkenntnis der wirklichen Bedürfnisse lag. Die Heller-Übertreibungen wurden empfindlich bestraft, die Millionenverdienste des illegitimen, wucherischen Kettenhandels blieben nicht nur straffrei, sondern sie blieben auch steuerfrei, da man diesen Elementen die Gelegenheit ließ, mit ihren Gewinnen ins Ausland zu gehen. Redner besprach weiter die jetzt übliche Methode der Verteilung der nicht staatlich bewirtschafteten Güter und bemängelt es, daß der freie Handel zugunsten von Privatorganisationen benachteiligt werde. Der Berichterstatter erörterte schließlich die Einrichtung des Ernährungsamtes. Dem dem Ernährungsamte angeschlossenen Ernährungsrat müsse eine angemessene Vertretung der Lebensmittelhändler angehören. Nach einer längeren Wechselrede gelangte eine Entschliebung zur Annahme, an die Regierung eine Denkschrift mit den Forderungen der Kaufmannschaft zu richten und eine entsprechende Vertretung im Ernährungsrate zu verlangen.

17./XII. 1916

Die Lebensmittelversorgungsstellen.

Im Rathaus ist infolge der Neueinteilung der Lebensmittelreferate auch ein Wechsel der Amtsräume notwendig geworden. Der Vorsaal zum Gemeinderatssitzungssaal, in dem das Mehlamt untergebracht war, wird ausgeräumt, die Lebensmittelversorgungsämter (Mehl- abgabeamt, Brotkommissionszentrale, Milch- zentrale und die übrigen Lebensmittelämter) werden sich rechts an den Gemeinderatssitzungs- saal anschließen. Mehrere Magistratsabteilun- gen werden in den zweiten Stock verlegt. Auch die großen Säle des Archivs werden für die Lebensmittelversorgungsstellen bereitgestellt, die jetzt in der Kriegszeit einen immer größeren Kreis der Wirksamkeit und eine ganz besonders hohe Wichtigkeit und Bedeutung erlangt haben und daher auch eine Vermehrung des Beamten- körpers und größere Amtsräume erforderlich machten.

M. Abt. IX, 6368.

Kundmachung.

(Verlegung des Naschmarktes im IV. Bezirke.)

Zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 9. November 1916, P. B. 10750, wird auf Grund des § 3 der Marktordnung der Stadt Wien Folgendes verlautbart:

I.

Der auf der Fläche vor dem Freihause bestehende Naschmarkt im IV. Bezirke wird in der Zeit vom 16. bis 26. November 1916 auf den zwischen der Rechten und Linken Wienzeile einerseits und dem Getreidemarkte und der Steggasse anderseits neu errichteten Marktplatz verlegt.

II.

Für die Übersiedlung der Marktparteien wird angeordnet:

1. Die Marktparteien des Groß- und Kleinmarktes mit Ausnahme der im Punkte 2 aufgezählten haben in der Zeit vom 16. November bis einschließlich 23. November 1916 auf den neuen Marktplatz zu übersiedeln.

2. Die Marktparteien nachfolgender Gewerbe: Fleischauger, Selchwaren-Verschleißer, Wildbret- und Geflügelhändler und Fischhändler, haben in der Zeit vom 20. bis einschließlich 26. November 1916 auf den neuen Marktplatz zu übersiedeln.

Die Stand- und Lagerplätze des alten Naschmarktes haben die bisherigen Marktparteien zu räumen, und zwar:

a) die im Punkte 1 aufgezählten in der Zeit vom 20. bis 26. November 1916,

b) die im Punkte 2 aufgezählten in der Zeit vom 27. bis 30. November 1916.

III.

In der Zeit vom 16. bis 26. November 1916 kann nach Maßgabe der Übersiedlung der Marktparteien ein Verkauf auf beiden Marktplätzen stattfinden.

IV.

Die Zuweisung der Verkaufsplätze auf dem neuen Marktplatz erfolgt durch das Marktamt.

V.

Mit 26. November 1916 wird der bisher auf dem Platze vor dem Freihause abgehaltene Markt aufgelassen. Vom 27. November 1916 an ist der Verkauf der Marktwaren auf allen Stand- und Lagerplätzen des aufgelassenen Marktplatzes verboten.

VI.

Für den neuen Markt gelten die Vorschriften der Marktordnung für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung IX,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 9. November 1916.

18./XII. 1916

Lebensmittel-Versorgung.

Vorübergehende Freigabe von Konserven.

In diesen Tagen war verschiedentlich zu lesen, daß Groß-Berlin sich für den Winter mit ungefähr einer Million Zentner Gemüse eingedeckt habe. Leider hat die dort aufgemachte Rechnung ein bedeutliches Loch. Sie ging davon aus, was die Gemeinden an Gemüse bestellt haben, ohne zu bedenken, daß sehr bedeutende Gemüse-Lieferungsverträge durch verschiedene staatliche Maßnahmen (Beschlagnahme der Kohlrüben, Sperrung des Weißkohl) außer Kraft gesetzt worden sind. Dann darf man auch nicht vergessen, daß ein großer Teil des Gemüses und Obstes, das die Gemeinden angekauft und an ihre Bürger abgesetzt haben, längst verzehrt worden ist. Pflaumen und Birnen wird kaum ein Privatmann mehrere Wochen aufbewahren. Uebrigens hat die Stadt Berlin an Kohlrüben allein 1 Million Zentner bestellt; freilich wird davon der größte Teil als Ersatz für Kartoffeln Verwendung finden, deren Anlieferung noch immer sehr zu wünschen übrig läßt. Die Erzeuger warfen den höheren Preis (1 Mark mehr für den Zentner) ab, der im Februar eintritt. Daß sehr beträchtliche Teile der großstädtischen Bevölkerung im wesentlichen auf die Kartoffelnahrung angewiesen sind, scheint man in diesen Kreisen nicht zu wissen. Sonst wäre diese Zurückhaltung eines so notwendigen Nahrungsmittels kaum erklärlich.

Mit den Gemüsezufuhren sieht es — vielleicht kann die Reichs-Gemüsestelle, von deren Tätigkeit die Verbraucher bisher wenig gemerkt haben, hier ein wenig Abhilfe schaffen — leider fast noch schlimmer aus. Neben dem zum großen Teil beschlagnahmten Weißkohl sind auch Rotkohl und Wirsingkohl gänzlich verschwunden. In den Grünkrautgeschäften sieht man meist nur Spinat, Blumenkohl zu fast unerschwinglichen Preisen, innen faule Auslandszwiebeln und Teltower Rübsen, die an manchen Stellen zu 50 Pfennig das Pfund, an anderen zu 65 Pfennig für 2 Pfund angeboten werden.

Das Kriegsernährungsamt macht bekannt: Der Absatz von Spargel- und Erbsenkonserven wird vom 20. Dezember 1916 bis 10. Januar 1917 unter folgenden Beschränkungen freigegeben: Die Freigabe erstreckt sich nur auf die Konserven, die bereits an den Groß- und Kleinhandel verhandelt sind. Für die Hersteller bleibt das Absatzverbot bestehen. Die Freigabe beschränkt sich auf 20 v. H. des bei dem einzelnen Händler am 20. Dezember 1916 vorhandenen Vorrats. Jeder Händler hat zur Vorbereitung der späteren Kontrolle alsbald eine Bestandsaufnahme anzusetzen und der Polizeibehörde seines Betriebszuges vorzulegen. Es dürfen an die einzelnen Personen nicht mehr als täglich zwei Normaldosen verkauft werden.

Die Freigabe des Absatzes erfolgt, um der Bevölkerung für die Feiertage der Weihnachts- und Neujahrszeit den Kauf dieser Konserven zu ermöglichen. Die Verteilung der übrigen ¼ der Bestände wird zusammen mit der Verteilung der Sauerkraut- und Pörrgemüsemengen vorbereitet. Die entsprechenden Vorbereitungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst nähern sich ihrem Abschluß.

20. XII 1916

Die Organisation der Lebensmittelversorgung der Verbündeten.

Die Beute in Rumänien.

Wien, 19. Dezbr. (Priv.-Tel., af.) Der Präsident des deutschen Kriegsernährungsamtes Vatoeki sagte einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ über den Zweck seiner Wiener und Budapester Reise:

„Meine Reise nach Wien und Budapest hatte den Zweck, jene Vereinbarungen, die vor vier Wochen in Berlin getroffen wurden, zum Teil zu erweitern. Denn da auch die österreichische und die ungarische Regierung Ernährungsämter eingerichtet haben, ist es Sache der Ämter der befreundeten Reiche, in möglichst enger Fühlung miteinander zu arbeiten, um einerseits sich gegenseitig jene Mittel zu überlassen, die dem einen Teil im Ueberfluß zu Gebote stehen und dem anderen Teil mangeln, und andererseits auch Maßnahmen zu treffen, damit nicht ein Staat dem anderen das, was er braucht, wegstauft. Vor vier Wochen, als auch in Oesterreich und Ungarn Ernährungsämter gegründet wurden, trafen die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung die Vereinbarung, daß im deutschen Ernährungsamte ein österreichischer und ein ungarischer Beamter, im Wiener und Budapester Ernährungsamt aber je ein deutscher Beamter mitwirken möge, um die gegenseitigen Erfahrungen einander nutzbar zu machen und zweckmäßige Maßnahmen der beiden Länder auszutauschen und auszuführen. Als Vertreter der deutschen Regierung in Wien wurde Regierungsrat Decker vom Staatsministerium in München nominiert, der schon zur Kriegszeit längere Zeit in Wien weilte und im Ernährungsamt studierte. Er fungierte als Delegierter des deutschen Kriegsernährungsamtes beim österreichischen Kriegsernährungsamt. Die anderen Personalfragen sind noch nicht gelöst, doch wird das in den allernächsten Tagen der Fall sein, so daß beim Beginn der kommenden Wochen die Delegierten der befreundeten Mächte ihre Tätigkeit aufnehmen können. Ich habe in Wien mit Herrn Kofstein darüber Vereinbarungen gepflogen, welcher Art die Tätigkeit der Delegierten sein soll, und wie eine möglichst enge Fühlung der beiderseitigen Ämter herzustellen sei. Ich fand allüberall besonders freundliche und entgegenkommende Aufnahme, so daß die Verhandlungen leicht und glatt von statten gingen. Es herrscht an den Zivilstellen der verbündeten Reiche dasselbe Gefühl der Zusammengehörigkeit und Freundschaft und Opferwilligkeit wie an der Front. Diese Kameradschaft ist auch notwendig, damit wir gut durchkommen.“

Ich habe allerdings niemals daran gezweifelt, daß wir, wenn auch mit Opfern, so doch immerhin auskommen, auch wenn wir keine Subsidien mehr vom Auslande bekommen können. Durch die Beute, die wir in Rumänien gemacht haben, sind aber alle Zweifel auch der ängstlichen Bestimmten zerstreut, und wir werden sehr gut durchhalten. Ueber den Umfang der Beute stehen noch keine Zahlen fest! Die Beute selbst ist natürlich nicht so überwältigend, wie es sich viele vorstellen. Sie beläuft sich auf jene Getreidemengen, welche England und die Alliierten in Rumänien angekauft, aber natürlich nicht bezogen haben, und welche durch genaue Beschreibungstafeln in den Magazinen gekennzeichnet waren. Außerdem aber kommt für uns natürlich die große Menge von Getreide in Betracht, welche die Bauern und Großgrundbesitzer Rumaniens aufspeichern haben und welche wir ihnen nun zu beiderseitigem Nutz und Frommen zu landesüblichen Preisen abkaufen. Denn der rumänische Grundbesitz verfügt über große Getreide-, Hülsenfrüchte- und Weizenmengen, da nur sehr wenig davon vernichtet wurde. Der Name „Beute“ trifft also nur auf einen kleinen Teil des rumänischen Getreides zu, wenn er auch relativ beträchtlich ist. Allerdings wächst die Beute von Tag zu Tag. Die Verhandlungen über die Verteilung der Beute sind bisher noch nicht zu Ende gelangt, doch haben die Transporte bereits begonnen.“

Die Verpflegsfragen.

Die Mißstände im Fett- und Butterhandel.

Im Publikum werden in der letzten Zeit immer mehr und mehr Behauptungen laut, daß trotz der Einführung der Brot-, Mehl- und Fettkarten sich manche Konsumenten diese Artikel „unter der Hand“ ohne Karten gegen Bucherpreise beschaffen. Durch diese Methoden werden naturgemäß redliche Käufer benachteiligt und es darf nicht verwundern, wenn aus den Schaufenstern der Geschäfte die Aufschristafeln „Butter und Fett ausverkauft“ nicht mehr verschwinden. Ein anderer Unfug ist der Verkauf von Schweinefleisch mit sehr dicken Fettschichten. Diese Mißstände sind gestern vom Gemeinderat Schlechter in einer Anfrage an den Bürgermeister beleuchtet worden. Herr Schlechter erklärte es für notwendig, dem Unfug durch ein Verbot im Verordnungswege zu steuern und fragte den Bürgermeister, ob er geneigt wäre, bei dem Ernährungsamte dahin zu wirken, daß wegen der Fettstoffe eine Verordnung erscheine, durch welche die geschilderten ungehörigen Manipulationen abgestellt werden könnten.

Dr. Weiskirchner entgegnete darauf, es sei allgemein bekannt, daß die Fett- und Höchstpreisverordnungen derzeit nicht eingehalten werden können, insbesondere weil die Verordnung über die Schweine-Höchstpreise in Ungarn nicht gehandhabt werden. Um die Fettversorgung zu regeln, habe das Volksernährungsamt die seinerzeit verlautbarten Verfügungen getroffen, wonach der Ankauf von Fettschweinen der „Dezeg“ übertragen und die ihr zugewiesenen Schweine nach einem festgesetzten Schlüssel auf die Kronländer Oesterreichs und Wien aufgeteilt werden. Die für Wien bestimmten Schweine werden von der neugebildeten „Vereinigung für die Verarbeitung der ungarischen Schweine in Wien“ geschlachtet; diese läßt das Fett vom Fleische trennen und beide Schweineprodukte nach den Weisungen der bereits eingesetzten Vorsteviehkommision zu den gesetzlichen Großhandelspreisen an die Wiener Fleischhändler und Selbwarenverschleißer verteilen, welche letztere wieder Schweinefleisch und Schweinefett nur zu den gesetzlichen Kleinhandelspreisen — Fett überdies nur gegen Abtrennung der entsprechenden Fettkartenabschnitte — an unmittelbare Verbraucher abgeben dürfen. Ein eigener Kontrolldienst für die Fettkartengebarung wurde eingeführt. Die genannten Körperschaften haben ihre Tätigkeit bereits begonnen. Um eine gleichmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Butter herbeizuführen, wird eine „Zentralstelle für die Verteilung der Butter in Wien“ eingesetzt; diese wird ihre Tätigkeit bereits in den nächsten Tagen beginnen. Selbstverständlich werden durch diese Anordnungen die in der Interpellation mit Recht beklagten Uebelstände nur zum Teile aus der Welt geschafft. Die Erlassung weiterer autoritativer Maßregeln steht bevor, um die Fettversorgung Wiens, soweit dies überhaupt möglich ist, zu regeln.

Das sind nicht gerade tröstliche Aussichten!

20. XII. 1916

Hamburger Ernährungsfragen.

* Wie mitgeteilt, gibt das Kriegsernährungsamt in Berlin ab heute den Verkauf von Gemüsekonserven bis zum 10. Januar frei. Jeder sollte sich jeden Tag zwei Dosen Spargel oder Erbsen kaufen können. Das Kriegsernährungsamt hatte aber ein wenig aus dem Handgelenk verfügt, und um wenigstens eine gewisse Kontrolle über den Verbrauch zu gewinnen, ordnete es an, daß die Kleinhändler nur ein Fünftel ihres Bestandes absetzen dürften. Das war natürlich nur etwas Halbes, wenn man nicht den aus all diesen verkaufsfreien Fünfteln sich ergebenden Gesamtbeitrag für die Käufer einteilte, und da sprang das Hamburgische Kriegsverorgungsamt ein und verfügte, wie heute morgen bekanntgegeben, daß auf jede Brotkarte täglich nur je ein Pfund Dosen-spargel oder Dosenerbisen abgegeben werden dürfen. Dadurch ist der Hamsterei eine heilsame Schranke gesetzt, um so mehr, als auch Vorausbestellungen nicht zulässig sind. Die Freude über die Freigabe der Gemüsekonserven zum Fest wird um so größer sein, als vor einigen Tagen die Gemüsekonserven-Kriegs-Gesellschaft m. b. H. mit allem amtlichen Nachdruck versicherte, daß an eine Freigabe vor Mitte Januar nicht zu denken sei. Die Freude wird zwar nur kurz währen, immerhin wird aber der Tisch zu Weihnachten reichlicher als sonst gedeckt werden können. Zu bedauern sind nur die Händler, die in der hiesigen Geschäftszeit vor Weihnachten noch eine Bestandsaufnahme ihrer Gemüsekonserven vornehmen und der Polizei anmelden müssen. Davon hätte man im Kriegsernährungsamt in Berlin gewiß absehen können, wenn man, wie das Hamburgische Kriegsverorgungsamt, den ausgezeichneten Ge-

banken gehabt hätte; die Abgabe der einzelnen Dosen auf der Brotkarte zu vermerken, vorzuschreiben.

Wiederholt ist in diesen Tagen darauf hingewiesen worden, daß die Hausfrauen sich Rüben dörren möchten; das Verfahren hat das Kriegsverorgungsamt bekanntgegeben. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß schon in allernächster Zeit die Tageskopfmenge an Kartoffeln herabgesetzt werden wird, und daher die Steckrüben mehr als bisher zur Nahrung dienen müssen. Das Kriegsverorgungsamt hat sich mit Rüben reichlich eingedeckt, — etwa 1 500 000 Zentner, die, soweit sie schon geliefert sind, eingemietet und eingekellert sind — aber, und das geht jeden an, ohne tätige Mithilfe der Gesamtbevölkerung ist diese ungeheure Menge an Rüben nicht vor dem Verderben zu schützen. Wenn jede Haushaltung aber einen oder zwei Zentner Rüben dörre, so würde man dem Kriegsverorgungsamt nicht nur die Sorgen erleichtern, sondern sich selbst auch den größten Dienst erweisen, weil das Dörren Gemüse leicht aufzubewahren ist und man allezeit die Möglichkeit hat, schnell ein schmackhaftes Gericht herzurichten. Für die Krämer und Gemüsehändler bietet sich hier eine lohnende Erwerbsgelegenheit, denn Dörr-Rübe wird natürlich höher bezahlt werden müssen, als die rohe Frucht. Ebenso könnten die Bäckereien das Dörren im Großen betreiben, überhaupt alle Betriebe und Gewerbe, die Kessel und Heizanlagen haben. Wo ein Wille ist, ist ein Weg, und hier muß ein Wille sein.

Unsere Versorgung mit Frühkartoffeln — wenn es auch ein wenig verfrüht scheint, schon heute davon zu sprechen — wird vielleicht besser geregelt werden können, als bisher. Wie wir erfahren, will das Kriegsernährungsamt in Berlin in der Versorgung mit Frühkartoffeln mit dem System der Höchstpreise brechen. Die Erfahrungen, die das Kriegsernährungsamt — und wir mit ihm — im Frühjahr 1915 mit den steigenden Höchstpreisen, im Frühjahr 1916 mit den fallenden Höchstpreisen gemacht hat, haben schlagend bewiesen, daß der Höchstpreis in der Volkswirtschaft oft einem auf den Schützen zurückzuführenden Pfeil zu vergleichen ist. Höchstpreise engen das Absatzgebiet ein, hindern die Erzeugung, weil sie die Verdienstmöglichkeiten, in denen aber der Antrieb jeder Erzeugung liegt, beschneiden. So will denn das Kriegsernährungsamt den Gemeinden die Selbstversorgung überlassen bei all jenen Lebensmitteln, die schnell verderben. Zu diesen ist die Frühkartoffel ja, wie wir aus den Frühkartoffel-Tagen dieses Frühjahrs noch wissen, in hohem Maße zu rechnen. Das Hamburgische Kriegsverorgungsamt leitet schon jetzt Schritte ein, um die Frühkartoffeln-Versorgung sicherzustellen, und es darf um so eher auf Erfolg seiner Bemühungen rechnen, als es ja ihm genehme Bezirke zur Versorgung wählen kann, und nicht auf von Berlin mit wenig Ueberlegung zugewiesene sich beschränken muß.

Zum Schluß ein Wort über die angebliche Kohlennot. Eine Kohlennot ist nicht vorhanden; unzulänglich ist aber eine Knappheit an Kohlen, hervorgerufen durch den Mangel an Eisenbahnwagen. Die Förderung an Kohlen in Deutschland beträgt zurzeit 90 Prozent der Förderung in Friedenszeiten. Um auch hier der Hamsterei vorzubeugen, sind die Kohlenhändler gehalten, keine Kohlen an Haushaltungen zu liefern, die Vorräte haben. Die Gaswerke und das Elektrizitätswerk sind ausreichend versorgt, so daß die öffentliche Beleuchtung nicht gefährdet ist. Jedenfalls aber wird die Knappheit an Kohlen mit der Zunahme unseres rollenden Materials schwinden.

Die Nahrungsmittelknappheit in Frankreich.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Bern, 20. Dezember.

Der Lebensmittelmangel in Paris macht sich immer mehr fühlbar. Die Butterzufuhren auf dem Pariser Markt haben sich in den letzten Wochen ganz außerordentlich verringert. Während im Dezember 1914 die tägliche Menge ungefähr 100 000 Kilogramm betrug, die sich bis Ende August dieses Jahres auf 80 000 Kilogramm vermindert hatte, war der tägliche Durchschnitt in der vorigen Woche nur 26 000, und gestern kamen laut einer Meldung des „Temps“ nicht mehr als 17 000 Kilogramm auf den Markt.

Noch plötzlicher ist der Rückgang der Eierzufuhr. Während vorige Woche noch 500 Kisten à 1000 Stück ankamen, zählte man gestern nicht ganz 200. Der Preis für Eier aus Südfrankreich ist von 255 auf 270 Franks das Tausend gestiegen. Russische Eier sind billiger, aber ihre Qualität sehr mittelmäßig. Auch Käse wird in stark verminderter Menge angenommen.

Die Kalbfleischpreise sind um 10 v. S., die Hammelpreise 20 v. S. in die Höhe gegangen. Alle Fleischwaren werden sehr stark verlangt, weil die Kälte und das bevorstehende Fest das Publikum veranlaßt, größere Vorräte zu kaufen. Geflügel und Wild steigen rasch im Preise. Hasen werden mit 18 Franks, Fasanen mit 9—14 Franks das Stück bezahlt.

Im „Bonnet Rouge“ fordert der Abgeordnete Braibant energisch die Einführung von Zuckerkarten in Paris, die das einfachste Mittel sei, um die „Zuckerpolonaise“ vor den Läden einzuschränken. Danach solle jede Person monatlich das Recht auf den Bezug von 1 Kilo Zucker haben.

Nachdem bereits durch die letzte Verfügung die öffentliche Beleuchtung in den französischen Städten in solchem Maße eingeschränkt war, daß eine Ersparnis von 44 v. S. erzielt wurde, hat nunmehr der Minister des Innern durch Dekret angeordnet, daß die städtischen Körperschaften ihren öffentlichen Verbrauch auf ein Drittel des Normalzustandes zu beschränken haben. Aber die Einschränkungen werden nunmehr auch den Privaten fühlbar werden, da der Minister weiterhin eine abgestufte Einschränkung für den privaten Verbrauch an Gas und Elektrizität angeordnet hat. Diese Reduktion betrifft alle Haushaltungen, die täglich über ein Kubikmeter Gas und 3 Hektowatt verbrauchen, und sie ist so abgestuft, daß, je größer der durchschnittliche Verbrauch ist, desto größer die Einschränkung sein wird.

Die Pariser Theaterdirektoren haben in Erwartung einer neuen Steuer erklärt, daß sie ihre Betriebe schließen müssen, wenn sie von neuen Abgaben betroffen würden. Die Einnahmen betragen nur ein Viertel von denen des Friedens.

Lebensmittelaktion der Wiener Zeitungsangestellten.

Die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Lebensmittel haben sich bei der langen Dauer des Krieges für die Angestellten des technischen und administrativen Betriebes der Wiener Tageszeitungen insbesondere dadurch empfindlicher fühlbar gemacht, als die Dienstzeiten dieser Angestellten-Gruppen vielfach in jene Morgenstunden fallen, in welchen sich sonst die Lebensmittelbeschaffung vollzieht. Von der Erkenntnis ausgehend, diesem Notstand nach Möglichkeit zu begegnen, haben sich die Verwaltungen der Wiener Tageszeitungen zusammengefunden, um für ihre Angestellten durch Schaffung einer Lebensmittelaktion die Beschaffung der notwendigen Bedarfsartikel möglichst zu sichern und hiedurch beizutragen, die Schwierigkeiten zu mildern, die sich der Lebensmittelbeschaffung ihres technischen, Expeditions- und Austrägerpersonales entgegenstellen und dadurch auch der Aufrechterhaltung des Betriebes zu dienen.

Dank dem besonderen Entgegenkommen des Vizepräsidenten des Amtes für Volksernährung, Ritter v. Keller, wurde diese Aktion gleichgestellt den anderen Konsumentenorganisationen, denen eine direkte Belieferung der regulierten Lebensmittel bewilligt wurde. Auch die Gemeinde Wien hat durch Bürgermeister Dr. Richard Weisskirchner das größte Entgegenkommen bekundet und die städtischen Zentralstellen haben durch ihre Funktionäre, insbesondere durch Obermagistratsrat Dr. Dönt und Rechnungsrat Löffler wie auch die Magistratsabteilungen III und IX, die Versorgung mit Lebensmitteln wesentlich erleichtert. Durch völlig kostenlose Beistellung eines geeigneten Verkaufsortes im Gebäude der „Neuen Zeitung“, 3. Bezirk, Heugasse 20, hat sich Chefredakteur Bösbauer ein besonderes Verdienst um diese Aktion erworben. Herr Hugo Selles, langjähriger Mitarbeiter der Firma Th. Tonelles & Co., hat sich für die sachmännige Leitung der Lebensmittelbeschaffung und Abgabe in der selbstlosesten Weise zur Verfügung gestellt, wodurch es erst möglich wurde, mit der Aufnahme der Lebensmittelabgabe nach verhältnismäßig kurzer Vorarbeit zu beginnen, so daß der Betrieb bereits zu Beginn des laufenden Monats aufgenommen werden konnte und die bisher gemachten Erfahrungen zu der Annahme berechtigen, daß es möglich sein werde, den Zeitungsangestellten im dritten Kriegsjahre eine Sorge jeden Haushaltes beträchtlich zu erleichtern. Die Geschäftsführung liegt in den Händen eines Arbeitskomitees, dem derzeit die Herren Hans Berneder („Reichspost“), Hans Bösbauer („Neue Zeitung“), Adolf Deutsch („Neues Wiener Journal“), Friedrich A. Stiegel („Neue Freie Presse“) und Heinrich Kuschera („Die Zeit“) als gewählte Mitglieder und Herr Hugo Selles als sachmännlicher Beirat angehören.

Stelle für städtische Lebensmittelversorgung.

In Ausgestaltung der in mehrere Abteilungen gegliederten Stelle für städtische Lebensmittelversorgung hat der Bürgermeister mit der Verfügung vom 18. d. diesem Amt noch weitere

Agenden zugewiesen, und zwar der Stelle 1 (Lebensmittelbezugsarten) die Durchführung allgemeiner Aufnahme der Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, der Stelle 4 (Butter- und Eierversorgung) die Behandlung der Angelegenheiten wegen Versorgung der Bevölkerung mit Käse, Geflügel, Wildbret und Fischen, der Stelle 5 (Kohlen- und Petroleumversorgung) die Behandlung der die Versorgung der Bevölkerung mit Spiritus und der Stelle 6 (Beschaffung von Kartoffeln, Gemüse, Obst und Brennholz) die Behandlung der die Beschaffung von Obstzeugnissen betreffenden Angelegenheiten.

Die Stelle für städtische Lebensmittelversorgung wird ihre Tätigkeit am 1. Jänner 1917 aufnehmen. Ihre einzelnen Abteilungen werden sämtlich im neuen Rathause untergebracht sein, und zwar die Stellen 1 bis 5 im ersten Stock und die Stelle 6 im zweiten Stock dieses Gebäudes.

Vom Volksernährungsamt.

Wie wir erfahren, trägt sich auch der Großindustrielle Präsident Artur Ruffler, der ebenfalls Mitglied des Direktoriums des Volksernährungsamtes ist, mit Rücktrittsabsichten. Er begründet seinen Schritt ausschließlich mit Zeitmangel, während, wie in dem gestrigen Morgenblatt der „Zeit“ ausgeführt wurde, die Abgeordneten Dr. Karl Renner und Josef Fink deshalb aus dem Direktorium des Amtes zu scheiden beabsichtigen, weil sie angeblich mit der Geschäftsführung des Amtes nicht einverstanden sind. Dem Direktorium des neuen Amtes für Volksernährung, das in diesen Tagen seine Uebersiedlung in das Bureauhaus in der Mariahilferstraße beendet, gehören außer den Genannten noch an: Regierungsrat Dr. Sotowetz, Großgrundbesitzer Dr. Alexander v. Raczynski, Reichsratsabgeordneter Dr. Robert Freisler, und als Vertreter des Kriegsministeriums der Oberst des Generalstabskorps Norbert Wallenstorfer.

22. XII. 1916

Rußland.

Regierung und Versorgungsfragen.

Ueber den Umfang der in Rußland herrschenden Teuerung und Lebensmittelnot, die in den nördlichen Großstädten weit über die in Deutschland bestehenden Schwierigkeiten hinausgeht, darf seit einiger Zeit die russische Presse nur noch ganz nichtsagende Bemerkungen machen. Man erfährt mehr darüber aus schwedischen Blättern, die sich gelegentlich von Reisenden über die Zustände im Nachbarreich unterrichten lassen können. Daß aber diese Fragen nach wie vor trotz der schweren politischen Krise, die das innere Leben Rußlands schleichend zersetzt, im Mittelpunkt aller Interessen stehen, ergibt sich aus den umfangreichen Beratungen, die darüber in der Reichsduma stattgefunden haben. Die Verhandlungsberichte darüber sind offenbar stark gekürzt worden; sachliche Angaben über die jetzigen Zustände finden sich kaum darin. Für das Ausland, wo man den Verlauf der innerussischen Vorgänge wegen der abgerissenen und oft willkürlich entstellten Berichterstattung schwer übersehen kann, bietet die große Rede, die der Kabinettschef Schingarew am 24. November (7. Dez. n. St.) unmittelbar nach der Antrittsrede des neuen Landwirtschaftsministers Rittich hielt, einiges Interesse, weil sie die Entwicklung des „Chaos“ schildert und auf innerpolitische Zustände, die bisher kaum zu verstehen waren, ein neues Licht wirft.

Vier Landwirtschaftsminister und sechs Minister des Innern, führt Schingarew aus, hat Rußland im Kriege verbraucht, ohne der Lebensmittelnot Herr zu werden; die Preise sind um 80, 100, 200, sogar um 300 Prozent gestiegen. Dabei ist die Saatfläche, die für die nächste Ernte bestellt wurde, in einigen Gouvernements (in den landwirtschaftlich wichtigsten!) um 20 bis 30 Prozent zurückgegangen. Im Juni dieses Jahres brachte die Duma zum ersten mal die drohende Hungernot offen zur Sprache; einige Tage darauf wurde sie vertagt. Mitten in der Erntezeit, in der sich sowieso der Mangel an Arbeitskräften schwer fühlbar machte, wurde am 15/28 Juli die „unüberlegte, gänzlich unnütze Einberufung einer gewaltigen Zahl von Männern“ verkündet, die „das ganze Land in Verwirrung“ brachte. Es handelt sich dabei um die Einberufung der Reichswehr, durch die einige Millionen Leute betroffen wurden. Die „Besondere Beratung“, die zur Linderung der Lebensmittelnot besteht, beriet sofort über diese Maßnahme, deren Aufschub sie in der dringendsten Weise forderte. Es stellte sich heraus, daß die ganze Maßnahme überflüssig gewesen war, auch vom militärischen Standpunkt aus, sobald auch jetzt noch eine ganze Kategorie der damals Mobilisierten nicht eingezogen ist. In vielen Gegenden Rußlands hatte man sich schon vor der Ernte „Fremdstämmige“ gesichert, d. h. zentralasiatische oder kaukasische Mohammedaner, die vom Militärdienst bisher befreit waren. In Ostrußland konnte die Ernte überhaupt nur mit Hilfe dieser fremdstämmigen Arbeiter eingebracht werden. „Nichtlich erschien“, erklärte Schingarew, „ein Telegramm Stürmers, und in Turkestan und in den Gebieten der Kirgisen begann die Einberufung der Fremdstämmigen mitten in der Arbeitsperiode, gegen den Willen des Zaren, unter offensichtlicher Verletzung seines Sinns, ohne irgend welche Hinweise auf die Art der Durchführung. Das Ergebnis waren ernste und schwere Unruhen in diesen Gebieten und der Verlust der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.“ Ähnlich ging es mit der Einstellung Kriegsgefangener in der Landwirtschaft; kaum waren die Leute an ihren Bestimmungsorten eingetroffen, als sie schon wieder weggeholt wurden. Dieselbe Zirkar-Politik war auch in der Frage der Höchstpreise zu beobachten. Mit Mühe kämpfte Komow um die Festsetzung von Höchstpreisen, aber kaum war er im Begriffe, sie wirklich durchzuführen, als er schon von Bobrinski verdrängt wurde. Dieser „ungelehrte und altersschwache Herr“ war nur mit großer Mühe von der Notwendigkeit von Höchstpreisen zu überzeugen. Während dieser Zeit stockte der ganze Handel, da niemand wußte, was der nächste Tag bringen würde. Als dann endlich Höchstpreise festgesetzt waren, erklärte Bobrinski sofort, es sei nicht ausgeschlossen, daß sie wieder abgeändert würden, wodurch die Unsicherheit neuerdings um sich griff.

Ueber den sogenannten „Kampf der Ressorts“, der einige Zeit zwischen Bobrinski und Protopopow wegen der Oberleitung der Versorgungsfrage geführt wurde, äußert sich Schingarew sehr skeptisch. Als Protopopow zum Minister des Innern ernannt wurde, äußerten wir hier die Vermutung, daß die Bürokratie ihm sehr gerne das mit Dornen reich besetzte Gebiet zur Bearbeitung überlassen würde. Diese Vermutung, die dann von den Ereignissen scheinbar widerlegt wurde, findet jetzt in Schingarews Ausführungen ihre volle Bestätigung. Graf Bobrinski, erklärt Schingarew, wünschte selber die Versorgungsfrage loszuwerden und nur sein Ministerium und der Ministerrat, die beide vor dem aufgehenden Sterne Protopopows Angst hatten, verhinderten den Grafen daran. In der Budgetkommission der Reichsduma erschienen dann die beiden Minister und hielten stark widersprechende Reden; Protopopow äußerte sich sachlich über die Organisation des Lebensmittelhandels, Bobrinski aber widersprach ihm, wozu er von der Bürokratie angeregt worden war, ohne aber einen bestimmten eigenen Plan aufzustellen.

„Die besondere Beratung über das Versorgungswesen“ hatte schließlich, allen Schwierigkeiten zum Trotz, einige Regeln aufgestellt, von deren Ausbau man eine gewisse Besserung im Lebensmittelhandel erwarten durfte. Da man dabei in die eigentlich den gesetzgebenden Kammern vorbehaltenen Gebiete eingreifen mußte, schien die Veröffentlichung dieser Anordnungen in der „Sammlung der Gesetze und Regierungsverordnungen“ unerlässlich. Kaum aber hatte der Senat ihre Veröffentlichung angeordnet, so erließ Bobrinski telegraphisch chiffrierte Anordnungen, um ihre Durchführung sofort zu verhindern; der Grund war seine Furcht, die in den Verordnungen vorgesehenen Kreis- und Wolostauschüsse möchten eine Revolution vorbereiten. An dieser ewigen und unausrottbaren Angst der russischen Bürokratie vor jeder Art von Organisation der außerhalb ihres unmittelbaren Machtbereichs liegenden Kräfte ist also die Organisation des russischen Lebensmittelmarktes gescheitert.

Die Reichsduma weiß, wie Herr Schingarew erklärt, heute noch nicht, wer nun eigentlich für die Versorgungsfragen zuständig und verantwortlich ist. Die Vorräte im Lande scheinen zu genügen, obwohl die Schätzungen über den Ertrag der letzten Ernte im Landwirtschaftsministerium einstweilen noch zwischen einer halben und einer ganzen Million Pud Getreide schwanken, woraus man schließen kann, wie schlecht gegenwärtig Petersburg von den wirklichen Zuständen im Lande unterrichtet ist. Da aber auch von den früheren Ernten noch Bestände vorhanden sein müssen, ist der Vorrat selbst im ungünstigsten Falle noch groß genug, um die Ernährung der Bevölkerung bei richtiger Verteilung ohne Schwierigkeit durchzuführen zu können. Diese Verteilung durchzuführen sind aber die russischen Behörden, wie der Verlauf des Krieges bemessen hat, nicht imstande. Wenn das nächste Jahr eine mittelmäßige oder gar eine schlechte Ernte bringen sollte, wären die Folgen unabsehbar.

Aufgaben des Volksernährungsamtes.

Organisation des Ernährungsdienstes.

Wie wir erfahren, hat der Präsident des Amtes für Volksernährung Oskar Kofstein in den letzten Tagen die Approvisionierungsvertreter der einzelnen politischen Landesstellen zu einer Konferenz nach Wien geladen. In dieser wurde der Plan der Organisation des Ernährungsdienstes unter Heranziehung der Bevölkerung bei der Lösung aller Ernährungsfragen in ganz Oesterreich eingehend besprochen.

Nach Äußerungen des Präsidenten Kofstein ist geplant, dem Amte für Volksernährung einen ganzen Stab von Beamten anzugliedern, die bis in den engsten Kreis der politischen Verwaltungsbehörden herab (Gerichtspräsidenten, Bezirkshauptmannschaften usw.), durch Heranziehung anderweitiger Organe, wie der Gendarmerie, der Finanzwache und der Gemeindebehörden, die geregelte Erledigung des Dienstes zu überwachen und auch dort einzugreifen haben werden, wo sich Anstände und Gebrechen ergeben. Auch für die Aufbringung der Lebensmittel werden diese Organe zu sorgen haben. Die wichtigste Angelegenheit, mit der das Amt für Volksernährung gegenwärtig befaßt ist, ist nach Ansicht des Präsidenten Kofstein die Aufstellung eines bis ins Detail gehenden Wirtschaftsplans, der sämtliche Gebiete der Bodenproduktion, soweit sie für Ernährungsfragen in Betracht kommen, also Bodenbearbeitung, Viehzucht usw., umfaßt. Hervorragende Praktiker und Theoretiker beschäftigen sich im Volksernährungsamt mit der Erledigung dieser Frage. Dann ist die Aufstellung eines genauen, allen lokalen Bedürfnissen Rechnung tragenden Bedarfsplans in Arbeit, ebenfalls eine sehr komplizierte und zeitraubende Arbeit.

Mitteilungen des Präsidenten Kofstein.

Dem vom Volksernährungsamt in Wien ins Leben gerufenen Kriegswucheramt werden, wie Präsident Kofstein einem Vertreter der „Zeit“ mitteilte, bald am Sitze der übrigen politischen Landesstellen (also in den Landeshauptstädten) ähnliche Kriegswucherämter folgen, deren Tätigkeit ebenfalls, was die händige Kontrolle anlangt, durch die Finanzwache unterstützt, auch auf das flache Land reichen wird.

Der Abbau der Preise, der durch eine degressive Preispolitik bewirkt werden soll, ist, wie Präsident Kofstein weiter ausführte, eine der wichtigsten Fragen der Tätigkeit des Volksernährungsamtes. Es wird aber auch, um ausgleichend in der Produktion und in mancher Richtung auch befördernd auf einzelne Zweige derselben einzuwirken und gewisse notwendige Erzeugnisse nicht zu ungunsten anderer gegenwärtig mehr begehrter und daher im Preise höherer Artikel verkümmern zu lassen, in allen einzelnen Fällen zu untersuchen sein, ob die Preisrelationen der diversen Artikel und Warengruppen (Biehpreise, Milch, Butter, Fette, Töpfen, Käse, um ein Beispiel zu nennen) im richtigen Verhältnis zueinander stehen. Diese Aufgabe ist ebenfalls äußerst schwierig und bedarf des genauesten Studiums, da nur dann die Produktion in die bedarfsdeckenden Bahnen gelenkt werden kann, wenn alle Vorfragen entschieden sind.

Solange für die Regelung der Volksernährungsfrage keine parlamentarischen Direktiven vorliegen, bietet die kaiserliche Verordnung vom 21. August 1916, die den Produktions- und Lieferungszwang statuiert, und das bei der Gründung des Amtes aufgestellte Statut die Handhabe zur Erledigung der weitreichenden und ungewein weitverzweigten Agenden des Volksernährungsamtes.

Der Produktionszwang kann aber nach Ansicht des Präsidenten Kofstein nur dann mit Erfolg angewendet werden, wenn das Amt auf Grund des genauen Wirtschafts-, Bebauungs- und Bedarfsplans die volle Uebersicht über die zu ermittelnden Anordnungen erlangt hat.

Die Ausarbeitung dieser grundlegenden

Basis beschäftigt das Volksernährungsamt, das nun die Zeitfrage erledigt und den Abbau der Fleischpreise in die Wege geleitet hat, im gegenwärtigen Augenblick in sehr eingehender Weise.

Die angedeuteten gewiß sehr wichtigen Arbeiten des Volksernährungsamtes sind unerlässlich, soll die zukünftige Versorgung der Bevölkerung nicht Schaden leiden; für die Gegenwart und die allernächste Zukunft aber ersehnt die Bevölkerung einschneidende Maßnahmen, mit einem Wort: die starke Hand, die dem Präsidenten des Amtes bei seiner Ernennung nachgerühmt wurde.

Deutsche Abgeordnete bei Präsident Kofstein.

Einer Abordnung der Deutschen Agrarpartei (Dr. Damm, Dr. Waldner, Dr. Schreiner, Kagele und Soukup Martin) erklärte der Präsident des Ernährungsamtes Kofstein, daß den Landwirten die notwendige Menge Saatkartoffeln unbedingt belassen werden müsse, wie er dies in einem soeben herausgegebenen Erlaß erneuert anordnete. Auch teile er die Anschauung, daß von seiten des Ernährungsamtes die landwirtschaftliche Produktion nachdrücklich und in jeder Weise, insbesondere auch durch Heranziehung berufener Ratgeber, gefördert werden müsse. Dem Ersuchen, daß die für den Genuß nicht tauglichen Kartoffeln den landwirtschaftlichen Brennereien in den namhaft gemachten Bezirken Böhmens zur Verarbeitung freigegeben werden sollen, werde er entsprechen, dagegen sei er außerstande, das seinerzeit in Aussicht gestellte Quantum von 500 Waggonen Gerste der Brauindustrie zur Verfügung stellen lassen zu können, wiewohl er nicht verkenne, daß hierdurch insbesondere die Kleinbrauereien sehr schwer getroffen werden.

22. / XII. 1916

Minister v. Brettreich über die Ernährungsfrage.

München, 22. Dezbr. (Priv.-Tel.) Der neue Minister des Innern v. Brettreich äußerte sich in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ über die zurzeit vorbringlichen Fragen der Kriegsernährung.

Der Minister bezeichnete das Gerücht, daß er vor dem im Januar zusammentretenden Landtag ein neues grundlegendes Programm über die Kriegsernährung in Bayern entwickeln werde, als nicht zutreffend. Er sei hierzu garnicht in der Lage, denn die ganze Ernährungsfrage sei in ihren Grundlagen durch Verordnungen des Reiches einheitlich festgelegt. Dagegen werde er mit allem Nachdruck dahin wirken, daß eine möglichst weitgehende und ergiebige Erfassung der in Bayern auf dem Lande noch vorhandenen Lebensmittel erfolge, damit eine mehr einheitliche Verteilung der Lebensmittel zwischen Stadt und Land ermöglicht werde. Zu diesem Zweck beabsichtigt der Minister, besonders auf dem Lande *Sammel- und Aufzuchtstellen* für Lebensmittel einzurichten. An der Spitze dieser Stellen wünscht er Personen, die durch eine entsprechende Bezahlung an dem Betrieb der Sammelstellen interessiert sind. Es sei zu hoffen, daß die Tätigkeit solcher Sammelstellen dazu beitragen werde, das Verhältnis zwischen Stadt und Land freundlicher zu gestalten. Der Minister will, soweit als möglich, nicht durch Zwang, durch Aufklärung und Besehrung und durch Erleichterungen in der Anlieferung die Landwirtschaft zur Herbeischaffung ihrer Erzeugnisse veranlassen. Ein freundliches ernstes Wort wirke oft mehr als die Androhung von Strafen. Gerade für das kommende Frühjahr brauche man einen Bauernstand, der mit Freude und Liebe die schwere Arbeit für die neue Versorgungszeit aufnehme. Wenn es erforderlich sei, besonders bei nicht berechtigter Zurückhaltung von Erzeugnissen oder bei wucherischen Preisübersteigerungen, werde aber mit aller Entschiedenheit eingegriffen werden; der Minister will es kaum sicher nicht an durchgreifendem Zwang fehlen lassen. Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse seien außerdem; die schwierigen Vertriebsverhältnisse müßten berücksichtigt werden. Gegen die sogenannten Anreizpreise beständen sicher Bedenken. Mit allem Nachdruck will der Minister gegen Preistreiberien, wucherische Ausbeutung, gewissenloses Einhalten von Lebensmitteln und dergleichen einschreiten. Wünschenswert sei freilich, daß die Zahl der Verordnungen und Verfügungen nicht noch mehr vergrößert würde. Für die Einführung der Markenpflicht für Gänse ließen sich wohl gute Gründe anführen, aber nach den früher gemachten Erfahrungen sei der Vollzug wegen der geringen Höhe der Fleischmarkenquote außerordentlich schwierig. Bei der Beurteilung der Milchversorgung der Städte würden von den Städten gewöhnlich verschiedene Gesichtspunkte nicht richtig beurteilt; eine Vermehrung der Menge der Milch erhofft der Minister von der Lieferungsspflicht der Landwirte. Auch sollen demnächst einschränkende Vorschriften über das Alter der Schlachttäuber erlassen werden. Gegenüber Ansichten, als ob die bayerischen Interessen in Berlin nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten worden seien, bemerkte der Minister, daß dies nach seinen Beobachtungen nicht der Fall sei, und daß er selbst es an der nötigen Vertretung der bayerischen Interessen nicht fehlen lassen werde, dessen könne man sicher sein.

Ernährungsfürsorge in Prag.

P. Prag, 22. Dezember. Um den armen Besuchern der Volksküchen von Prag, die schon seit langem keine Fleischspeisen mehr bekommen konnten, den Fleischgenuß wenigstens einmal zu ermöglichen, hat die Gemahlin des Statthalters Gräfin Coudenhove eine Sammlung eingeleitet, welche bisher ein Ergebnis von 127.000 Kronen hatte.

Außerdem haben die Deutsche Verkehrsgesellschaft und die Böhmisches landwirtschaftliche Viehverwertungs-gesellschaft in Prag 1000 Kilogramm Rindfleisch unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage wurden gestern in Prag und den Vororten ungesähr tausend Personen mit Fleisch beteiligt. Da das Erträgnis der Sammlung so bedeutend war, wird im Jänner eine neue Fleischbeileitung erfolgen.

Wiens Lebensmittelversorgung.

Unterredung mit Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Die Frage der Lebensmittelversorgung ist kürzlich vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner durch die Schaffung einer Lebensmittelstelle im Rathaus und Ernennung von Vorständen für deren einzelne Abteilungen einer neuen Organisation zugeführt worden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hatte nun die Lebenswürdigkeit, einem unserer Redakteure über seine Neuordnungen folgendes mitzuteilen:

„Unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges erschien es der Wiener Gemeindeverwaltung notwendig, für eine großzügige öffentliche Auspeisung vorzusorgen. Es wurde damals Arbeitslosigkeit im großen Stil befürchtet und die Organisation der Auspeisung in die Hand genommen. Aus diesen Maßnahmen resultieren die ersten Lebensmittelankäufe der Gemeinde. Der damalige Magistratsdirektor Dr. Weiß zog die Sache an sich und kaufte mit Unterstützung der Beamten der Direktion Mehl, Reis, auch Petroleum, Kohlen usw. Denn schon nach kurzem zeigte es sich, daß keine Arbeitslosigkeit eintrat und daß eine öffentliche Auspeisung in geringerem Maße notwendig war. Nun begann im Rathaus die Tendenz, Lebensmittelkäufe vorzunehmen, um Vorräte für den Fall einer vorübergehenden Knappheit zu besitzen, oder um Lebensmittel in größerem Stil zu kaufen und durch befugte Geschäftsleute abgeben zu lassen.

In diesem Stadium übernahm der inzwischen auch schon verstorbene Obermagistratsrat Dr. Konstantin Mayer das Geschäft. Es war das die Zeit der Agenten und Spekulanten, die mit ihren Offerten die Gemeinde bestürmten. Im Frühjahr 1915 zeigte sich die Notwendigkeit, eine eigene Mehlabgabe zu errichten und speziell mit der Aufgabe zu betrauen, die Mehl- und Brotversorgung der Stadt Wien von einer Stelle aus durchzuführen. Mit der Führung dieser Stelle wurde Magistratssekretär Dr. Rostkoff betraut, der aber im Laufe der folgenden Monate der Approvisionierungsdienst bezüglich einer ganzen Reihe von Artikeln übertragen wurde. Außerdem befahte sich die Markt-Abteilung mit dem Ankauf und der Verteilung von Lebensmitteln, und auch andere Magistratsstellen wurden zu diesen Geschäften herangezogen. Bei Wahrnehmung dieser Verhältnisse entschloß ich mich, das Lebensmittelgeschäft der Gemeinde durchgängig von den sonstigen Geschäften des Magistrats loszutrennen und eine eigene Lebensmittelstelle, die ich mit Rücksicht auf die hervorragende Bedeutung unmittelbar der Magistratsdirektion unterordnete, einzurichten. Diese Lebensmittelstelle wurde nun in eine Reihe von Unterstellen geteilt, jede mit einem Vorstand versehen, der sich voll und ganz der Aufgabe zu widmen hat.

Ich verspreche mir von dieser meiner Anordnung eine günstige Wirkung und eine Erhöhung der Intensität der genannten Behörde in der Erfüllung ihrer neuen Aufgabe, unmittelbar in die Lebensmittelversorgung der Stadt einzugreifen. Zu dem eigentlichen Geschäftsleben dieser Stelle tritt aber noch eine andere Funktion, die die zweckmäßige und gerechte Verteilung der Lebensmittel zu besorgen hat. Es ist dies die Abteilung des Rates Dr. Zamoč, der die Organisation der Lebensmittelkarten übertragen ist. So hoffe ich, daß durch diese organisatorischen Maßnahmen ein weiterer wichtiger Schritt zur Befriedigung der Verbraucher erfolgt ist.“

Das Gespräch wurde dann auf die großen militärischen Erfolge der Centralmächte in Rumänien gelenkt, die allerdings, wie man jetzt weiß, noch immer keine Aussichten auf einen baldigen Frieden, aber die Hoffnung auf die Zufuhr von Lebensmitteln eröffnet haben. Der Bürgermeister wies dabei auf die Transport-schwierigkeiten hin, die in Rumänien herrschen. Mehrere wichtige Bahnlagen, zum Beispiel für den Petroleumtransport, sind zerstört, auch der Transport von Getreide aus dem Innern der Balachei zur Donau ist, wie der Bürgermeister bemerkte, bei dem Fuhrwerksmangel schwer. Ueberdies müßte die Donau eisfrei bleiben, um Transporte auf ihr durchzuführen zu können. Es sei also nicht so leicht und einfach, die erdölkarten Lebensmittel aus Rumänien herzubringen. Schließlich sei auch in Betracht zu ziehen, daß der Verbrauch von Petroleum durch die Tätig-

dom rumänischen Petroleum werde daher viel

sprach der Bürgermeister die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Approvisionierung dertat zu regeln, daß keine effektive Not eintritt. In Wien ist viel gehamstert worden. Viele Hausfrauen schimpfen schon, wenn sie gezwungen sind, einmal ihre Vorräte anzugreifen. Es möge aber bedacht werden, daß sich nicht alle Lebensmittel endlos aufbewahren lassen und daß es besser ist, sie schließlich zu verbrauchen, als sie verderben zu lassen.

Unsere Ernährungsorgen.

Von Oskar Kokoschka,

Präsident des Amtes für Volksernährung.

Der leise Friedensklang, den wir zu vernahmen glaubten, er verhallt in der Winternacht, und wieder werden die Wunden Tausender unserer Tapferen den Schnee blutig färben. Höchste Energien müssen wir auslösen, um die Feinde niederzurängen, aber auch um den Kampf gegen Mangel und Not siegreich zu bestehen. Der Staat hat diesen Kampf gegen die Entbehrung bisher nicht mit vollem Erfolg führen können, aber ungerecht wäre es, ihm dies zum Vorwurf zu machen. Ist doch das Ernährungsproblem von so ungeheuren Dimensionen, daß wir ihm zunächst fassungslos gegenüberstanden. Um seiner Herr zu werden, mußten wir immer neue Methoden suchen, die in der Geschichte kein Analogon finden, und wir sind erst mitten in der Arbeit. Viel ist schon geleistet worden, aber noch mehr ist zu bewältigen.

Ueber eines darf kein Zweifel bestehen: unser heimatischer Boden ist reich genug, um uns mit dem Nötigen zu versorgen. Mag das eine oder andere Nahrungsmittel unzureichend werden, mögen wir gar manche liebe Gewohnheit lassen müssen, das Unentbehrliche ist uns sicher. Und wenn wir vor allem mit der Brotfrucht ängstlich haushalten mußten, so sichert uns der herrliche Siegeszug in der Malachei Hilfsquellen für jetzt und die nächste Zukunft. Wir können durchhalten, dies ist mein felsenfester Glaube.

Noch bleibt aber das gewaltige Doppelproblem, die vorhandenen Güter zu heben und der Gesamtheit dienstbar zu machen und innerhalb der Gesamtheit auch dem Letzten seinen Teil zu sichern. Aufbringung und Verteilung — in diesen dürren Worten birgt sich die gewaltige Arbeit, die noch vor uns liegt. Die breiten Schichten, die Millionen Enterbten des Glückes, die in stummem Geldentum die ungeheuren Kosten des Krieges tragen, können mit unser Denken, unsere Sorgen gelten ohne Unterlaß. Aber der Staat vermag allein nicht alles zu leisten. Die ganze Gesellschaft in allen ihren Schichten muß durchdrungen sein von der Pflicht, an diesem Riesentwurf tätig mitzu-

wirken, soll nicht der Selbsterhaltungstrieb aller und die Profitgier einzelner zu einem Kampfe aller gegen alle führen. Niemand, der sich gesichert weiß gegen die Not, darf die Hände in den Schoß legen. Alle intellektuellen Kräfte müssen sich zusammenschließen zu einem das ganze Reich erfassenden Ernährungsdienst. Nur so dürfen wir hoffen, alles an den Tag zu fördern, was an Nahrungsmitteln verborgen ist, durch gerechte Zuteilung jeden Armen vor des Lebens bitterster Not zu schützen, aber auch den Kampf gegen Hamster, Preistreiber und Ausbeuter erfolgreich zu führen. So wird auch ein Abbau der Preise angebahnt werden können, die freilich bei der in allen Staaten fortschreitenden Geldentwertung gewisse Grenzen nicht werden unterschreiten können.

Eine weitausgreifende Aufklärungstätigkeit wird, so hoffe ich, viele Erzeuger zu einer selbstloseren Erfüllung ihrer Pflichten bringen, als es bis nun selbst strenge Strafandrohungen vermochten. Der Ernährungsdienst wird tunlichst im Lichte der Öffentlichkeit arbeiten müssen, die, entsprechend aufgeklärt, manches als unvermeidlich hinnehmen wird, was bisher als unbillig empfunden wurde.

Alle freien Kräfte sammelnd, mit ruhigem Blick und starker Hand das Steuer führend, so müssen wir der Ernährungsorgen Herr werden. Dies ist meine feste Zuversicht, da wir die dritten Kriegsweltnachten begehen.

Die Approvisionnement Wiens.

Von Eugen Schmalz,

(Generaldirektor der Floridsborfer Brotfabrik-Aktiengesellschaft.)

Der Magistrat der Stadt Wien hat große Mühe aufgewendet, um den Approvisionnementwünschen der Bevölkerung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und man darf auch feststellen, daß er dabei auf große Erfolge hinweisen darf. Man war eben hier darauf bedacht, sich den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen und durch organisatorische Maßnahmen die Versorgung der Konsumenten auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Leider ist mehr als einmal der Fall vorgekommen, daß die gutgemeinten Aktionen der Stadt Wien beeinträchtigt wurden durch Verordnungen anderer Instanzen. In der letzten Sitzung der niederösterreichischen Handelskammer ist der Antrag eingebracht worden, eine Auskunftsstelle für Verordnungen zu schaffen, da bei deren Vielheit eine Orientierung immer schwieriger geworden sei. Man braucht nur auf diesen Vorschlag hinweisen, um sich darüber klar zu werden, warum die guten Absichten des Magistrates der Stadt Wien so oft durchkreuzt worden sind. Die Organisation des Magistrates hat sich als mustergültig bewährt, was man von Verfügungen anderer Behörden nicht behaupten kann, die vielfach einer recht bürokratischen Tendenz entsprangen, und bei denen es nicht Wunder nehmen konnte, daß die Approvisionnementssaktionen nicht nur zeitweise gestört wurden, sondern Gefahr liefen, überhaupt zu versagen. Aus dem Programm der neuen Regierung weht ein moderner Geist. Man möchte erwarten, daß sich diese Anschauungen auch den unteren Behörden mitteilen. Dann darf man die Hoffnung hegen, daß das Problem der Volksernährung, das jetzt zu einem so brennenden geworden ist, seine glückliche Lösung finde. Das wird aber nur möglich sein, wenn die maßgebenden Faktoren sich die Erfahrungen des praktischen Lebens zu Nutze machen und ihre Maßnahmen danach treffen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird es aber notwendig sein, bei Erlassung solcher Verordnungen die Vertreter von Industrie und Handel nicht auszuschalten, sie vielmehr in jedem einzelnen Falle zur Begutachtung und zur Mitwirkung heranzuziehen. Denn bei diesen Repräsentanten kommerzieller Berufe darf man die notwendige Sachkenntnis voraussetzen, um die voraussichtlichen Wirkungen einer Verordnung, und auf die kommt es ja an, beurteilen und dadurch Schäden verhindern zu können. Deutschland hat uns ja nach dieser Richtung ein glänzendes Beispiel gegeben. Wenn man sich entschließt, die dargelegten Grundsätze zur Richtschnur in allen Approvisionnementangelegenheiten zu nehmen, dann wird die Versorgung der Bevölkerung klaglos vor sich gehen, es werden aber auch die oft recht überflüssigen und schwer empfundenen Belästigungen der Verbraucher entfallen. Ich wage die Behauptung, daß die zur Verpflegung der Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel vorhanden sind, ja daß wir noch Jahre durchhalten können, zumal nach den großen Erfolgen in Rumänien unter der Voraussetzung, daß die Beschaffungs- und Verteilungsfrage kaufmännisch und nicht bürokratisch geregelt wird. Wie viele Beispiele lassen sich

anführen, daß durch Verordnungen der beabsichtigte Zweck nicht nur nicht erreicht wurde, sondern das gerade Gegenteil eingetreten ist, weil solche Verordnungen über den Kopf der Interessenten hinweg getroffen wurden. Man ist sich ja heute darüber schon im Klaren, daß die glückliche wirtschaftliche Organisation im Hinterlande eine unerläßliche Voraussetzung für die Erfolge auf den Schlachtfeldern ist. Diese Erkenntnis sollte aber vor allem dazu führen, daß in allen Approvisionnementangelegenheiten die Zivil- und die Militärverwaltung Hand in Hand gehen, das umso mehr, als ja die Organisation, die das Kriegsministerium geschaffen hat, sich glänzend bewährt. An der Spitze des Kriegsministeriums steht eine Persönlichkeit von weitem Blick und glänzenden organisatorischen Fähigkeiten, eine Persönlichkeit, die für sich anführen kann, daß ihre Maßnahmen stets auch zu dem angestrebten praktischen Erfolg geführt haben. Das Kriegsministerium ist im Uebrigen die einzige Behörde, die in ihrer Intendanz und in ihren Verpflegungsmagazinen schon die notwendigen Einrichtungen besitzt, und die ja in dem nunmehr schon mehr als zweieinhalb Jahre andauernden Kriege auch reiche Erfahrungen sammeln konnte. Kommt es zu dieser Einheitlichkeit im Vorgehen der zivilen und der militärischen Behörden, so wird jene zielsichere Durchführung der Approvisionnementangelegenheiten verbürgt sein, die uns allein über die Schwierigkeiten der jetzigen ersten Zeit hinwegführen kann.

Ich bin darauf gefaßt, daß die dargelegten Anschauungen vielfach Widerspruch finden werden. Aber gestützt auf meine langjährigen kaufmännischen Erfahrungen glaube ich ein Recht zu haben, mich an der Diskussion über diese Frage zu beteiligen, ganz abgesehen davon, daß es es mir unter den heutigen Verhältnissen als patriotische Pflicht eines jeden Staatsbürgers erscheint, zur Beseitigung von Mißständen das Seinige nach bestem Wissen und Gewissen beizutragen.

Das Ende vom Anfang.

Aus dem Volksernährungsamt, das in seiner neuen Gestalt und unter einem neuen Leiter seit über sechs Wochen an sich selbst arbeitet, sind dieser Tage zahlreiche, überaus beruhigende Nachrichten gekommen. Der Bevölkerung wird in haltamtlichen Rundgebungen und Gesprächen des Präsidenten mit Vertretern der Zeitungen die Versicherung übermittelt, daß dieses Staatsamt, dessen Ausbau und Geschäftsordnung alle bureaukratischen Weitläufigkeiten und sämtliche Streitfragen der Kompetenz ausschaltet, sich der Größe und Wichtigkeit seiner Aufgabe vollkommen bewußt ist und sich Tag und Nacht in vollster und angestrengtester Tätigkeit befindet. Man hält diese Mitteilungen an den maßgebenden Stellen offenbar in erster Linie gegenüber denjenigen für wichtig, die sich noch immer mitten im strengen Winter zu vielen Tausenden viele Stunden lang vor den Läden anstellen müssen, in denen unentbehrliche Lebensmittel in ungenügender Menge vorhanden sind. Die Leute könnten zu dem Glauben verleitet werden, daß man im Lebensmittelamt nichts tue, weil sie nichts davon merken, daß man etwas tut. Das wäre natürlich ganz falsch und Präsident Kolstein kann einen solchen Vorwurf weder auf sich noch auf seinen Mitarbeitern sitzen lassen. Deshalb erzählt man uns, und wir dürfen ruhig auf jedes Wort dieser Erzählung schwören, daß dort, nämlich im staatlichen Ernährungsamt, in Gemeinschaft mit, den Approvisionierungsvertretern der einzelnen politischen Landesstellen nicht nur sehr fleißig, sondern vor allem auch sehr gediegen an dem gearbeitet wird, was Präsident Kolstein für die „wichtigste Angelegenheit“ des Volksernährungsamtes hält. Das ist nämlich die Aufstellung eines bis in alle Einzelheiten gehenden Wirtschaftsplanes, der sämtliche Gebiete der Bodenproduktion, soweit sie für Ernährungszwecke in Betracht kommen, umfaßt. Hervorragende Praktiker und Theoretiker, so wird versichert, arbeiten im Schweiße ihres Angesichtes an der Erledigung dieser Fragen. Gleichzeitig wird ein genauer, allen örtlichen Bedürfnissen Rechnung tragender Bedarfsplan ausgearbeitet. Auch der ungeduldigste Mörgler wird zugestehen müssen, daß dies allein schon zwei sehr verwickelte und zeitraubende Arbeiten sind.

Aber man begnügt sich ja eben damit nicht.

Zum Zwecke des Abbaues der Preise, der durch eine bedrückende Preispolitik bewirkt werden soll, wird in allen einzelnen Fällen untersucht, ob die Preisverhältnisse der verschiedenen Artikel und Warengruppen auch die richtigen sind. Präsident Kolstein versichert — und wer wollte ihm nicht glauben? — daß auch diese Aufgabe äußerst schwierig sei und des genauesten Studiums bedürfe, da man „die Erzeugung nur dann in die bedarfsdeckenden Bahnen lenken könne, wenn alle Vorfragen entschieden sind.“ Der Wirtschafts-, Bedarfs- und Bedarfsplan muß aber erst fertig sein und die volle Übersicht über die zu erteilenden Anordnungen gewähren, ehe der Erzeugungszwang mit Erfolg angewendet werden könne.

Wie man sieht, haben die Herren im Volksernährungsamt wirklich alle Hände und alle Köpfe voll zu tun. Die wissenschaftliche Arbeit, welche sie — durchaus und durchwegs auf Grund- sätzen der Praxis und im Hinblick auf die Praxis — hier erledigen, wird zweifellos für alle Zukunft auch eine überaus wertvolle, ja sagen wir kühnlich fortan unentbehrliche Grundlage für die Tätigkeit künftiger Ernährungsämter in künftigen Kriegs- und Friedenszeiten bilden. Hier scheint einmal von der vielbesagten österreichischen Oberflächlichkeit abgewichen worden zu sein, und wir bemerken eine gründliche Gediegenheit, die man diesmal wohl den sonst als so gründlich gerühmten Norddeutschen stolz als Muster vorhalten könnte.

Denn es macht hier nicht den Eindruck, als ob das deutsche Ernährungsamt die gleiche wissenschaftliche Methode anwenden würde. Wenn man sich der Geschichte erinnert, wie Walter Rathenau vom Privatsekretär weggeholt, mit einer Geschwindigkeit, die er selbst noch lange nicht als Hererei bezeichnet, Überblick über den gesamten Rohstoffbesitz Deutschlands und die Möglichkeiten seiner Ergänzung gewann, wird man sich der Empfindung nicht entziehen können, daß die statistischen Arbeiten unseres Volksernährungsamtes wahrscheinlich wissenschaftlicher sein dürften und es wirft sich nur die lange Frage auf, ob die geschwinde Methode der Deutschen im Augenblick nicht praktischer ist? Da nämlich auf dieser Welt alles ein Ende hat, besonders aber die Vorräte, die Entbehrungsfähigkeit und die Geduld der Bevölkerung, der Winter, in dem man die Kohle braucht und der Sommer, in dem das Getreide wächst, ja schließlich sogar der Krieg, so sollte man doch auch bei den hervorragenden Theoretikern und Praktikern im Volksernährungsamt daran denken, daß auch aller Anfang ein Ende haben muß. Es ist da ein großzügiger, aufopfernd gediegener Anfang. Es sind da herrliche, geradezu imponierende Vorarbeiten, aber wir möchten, wie gesagt, doch um ein Ende von dem Anfang bitten, denn sonst besteht die Gefahr, daß der Anfang vom Ende früher kommt und die fleißigen Herren durch einen plötzlich ausbrechenden Frieden um die bewundernde Dankbarkeit der Bevölkerung gebracht werden.

Lebensmittelpolizei und Zivildienst.

Ein Leser sendet uns den folgenden beachtenswerten Vorschlag:

Die Oberstaatsanwaltschaft Hannover hat die Einwohner dieser Stadt aufgefordert, angesichts der zunehmenden Fälschungs- und Wucherfälle auf dem Lebensmittelmarkt häufigere Anzeigen zu erstatten und die Scheu vor dem Verkehr mit Behörden abzulegen.

Diese Mahnung gilt auch für andere Städte, für Berlin ganz besonders. Die Scheu vor den Behörden oder richtiger vor der Art, wie behördlicherseits bei Nahrungsmittelvergehen verfahren wird, ist es, die den Kampf gegen den Wucher bisher so aussichtslos machte. Der gut gemeinte Appell des Staatsanwalts kann daran nichts ändern. Nur eine Aenderung im System kann hier helfen: Neuorganisation der Lebensmittelpolizei mit Kräften, deren Mobilmachung das Zivildienstgesetz ermöglicht, insbesondere materialkundigen Nahrungsmittelarbeitern und -Handwerkern, uninteressierten Kaufleuten, Chemikern, aber auch freiwilligen weiblichen Hilfskräften.

Die Polizei ist heute überlastet. Ihre Instanzen- und Zuständigkeitsfragen, Mangel an sofort verfügbarem Personal hindern oft an schnellem Eingreifen. Das Uebermaß von Verordnungen hat manche Organe zurückhaltend bei offenbaren Verdachtsfällen gemacht. Die Polizei würde ohne Zweifel die Entlastung vom Hauptteil der Lebensmittelkontrolle selbst am meisten begrüßen.

Die Organisation der neuen Spezialpolizei, die übrigens für die Zeit der Uebergangswirtschaft besonders wichtig ist, muß sich in der äußeren Gliederung an die Form der allgemeinen Sicherheitspolizei anschließen. Reviere, Kontrollgänge, Meldewesen, Revisionen sind notwendig. Auch kann das Gerüst der neuen Organisation (die Oberbeamten, das Inspektionswesen) wohl nur von der Polizeiverwaltung, vielleicht unter Ergänzung durch geeignete Militärpersonen, gestellt werden.

An freiwilligen Mitarbeitern wird es nicht fehlen. Hier wäre Gelegenheit, auch den Frauen einen Teil wichtiger Kriegsarbeit einzuräumen. Die durch die Generalkommandos ausgesprochene Verwendungsmöglichkeit von Zivildienstpflichtigen und Frauen in den Dienststellen der militärischen und bürgerlichen Behörden sollte

nicht auf bloße Schreiberdienste und Bürotätigkeit beschränkt bleiben.

Der Kampf gegen die Mißstände auf dem Nahrungsmittelmarkt muß gegen alle Formen des Wuchers, gegen Preiswucher, wie gegen Fälschungen, Schleichhandel, Begünstigung und Hamsterei geführt werden, und es kann auch mit Erfolg, wenn er in enger Fühlung mit dem Volke durch eine vom Vertrauen des Volks getragene Organisation durchgeführt wird.

D.

Petroleum und Kerzen. Der kön. ung. Handelsminister hat mit Erlaß Zahl 24436—1916 betreffs des Petroleumkonsums die größte Sparsamkeit angeordnet und die Anhäufung von Vorräten bei strenger Strafe verboten.

Auf Grund dieses, sowie des Erlasses N. 33120—1916 des kön. ung. Handelsministers ordne ich daher — indem ich gleichzeitig meine diesbezügliche, am 18. Dezember l. J. unter obiger Zahl erlassene Kundmachung außer Kraft setze — Folgendes an:

Die hiesigen Kaufleute dürfen das ihnen zur Verfügung gestellte Petroleum ausschließlich unter Rücksichtnahme auf die Interessen der konsumierenden Bevölkerung und zwar derart verkaufen, daß sie bis auf Weiteres jedem einzelnen Käufer auf einmal höchstens halben Liter Petroleum abgeben.

Um diesem Mangel teilweise abzuwehren, stellt die Apollo-Petroleumraffinerie den Kaufleuten außer Petroleum auch Paraffin-Kerzen zur Verfügung.

Den Maximal-Preis dieser aus der Bozsanner Fabrik der Apollo-Petroleumraffinerie N. G. stammenden Paraffin-Kerzen bestimme ich im Kleinhandel mit 3,60 Kronen per Kilogramm. Der Kaufmann (Verfleißer) ist verpflichtet, diese Kerzen — so lange sein Vorrat reicht — um diesen Preis und zwar ausschließlich an hiesige Einwohner, an einen Käufer jedoch auf einmal höchstens viertel Kilogramm zu verkaufen.

Kaufleute, welche sich Kerzen aus einer anderen Fabrik beschafft haben, sind verpflichtet dieselben unter den oben angeführten Bedingungen um den in der Originalfaktura der Fabrik ersichtlichen Preis mit Hinzurechnung eines kaufmännischen Nutzens von höchstens 12 Prozent zu verkaufen.

Diejenigen Kaufleute hingegen, welche einen Kerzen-Vorrat besitzen, welcher nicht unmittelbar aus einer Fabrik stammt, sind verpflichtet, diesen Kerzen-Vorrat innerhalb 48 Stunden, d. i. längstens bis Samstag, den 30. Dezember l. J. vormittags von 8—12 Uhr in der Magistratsabteilung 7 (Apponyhäus 2. Stock) anzumelden und mittels abzugebender Rechnung nachzuweisen, von wo und um welchen Preis sie diesen Kerzen-Vorrat erworben haben. Den Verkaufspreis dieser Kerzen werde ich separat bestimmen.

Petroleum und Kerzen dürfen in die Provinz nicht verkauft werden, da die Provinz mit diesen Artikeln separat versehen wird.

Sowohl den Kaufleuten als auch den Käufern ist es untersagt Vorräte anzuhäufen (Hamstern).

Indem ich die Kaufleute auch bei dieser Gelegenheit auf meine in Sachen der Preistreiberei erschienene Kundmachung vom 24. Oktober l. J. Zahl 23381—7, 1916 verweise, mache ich gleichzeitig sowohl dieselben als auch das kaufende Publikum auf die strengste Einhaltung obiger Anordnungen aufmerksam, da die Nichteinhaltung derselben im Sinne meiner obzitierten Kundmachung strengstens bestraft wird.

Jedes Vergehen gegen diese Anordnungen ist unmittelbar beim Stadthauptmannamte anzuzeigen.

Obige Anordnungen treten mit heutigem Tage in Kraft.

Bozsonn, am 27. Dezember 1916.

Theodor Brolly m. p., Bürgermeister.

Lieferungsverträge zwischen Bedarfsgemeinden und Erzeugerorganisationen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat an sämtliche Bundesregierungen nachstehendes Rundschreiben gerichtet, das für die Lebensmittelversorgung der Verbrauchergemeinden im nächsten Wirtschaftsjahr von außerordentlicher Bedeutung ist:

Das nächste Erntejahr wird uns hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln vor neue schwierige Aufgaben stellen. Auch die Beendigung des Krieges würde daran zunächst wenig ändern, da die Knappheit an Lebensmitteln den ganzen Weltmarkt berührt und bei unseren Feinden, denen der Weltmarkt offen steht, schon jetzt für die wichtigsten Waren zum Teil weit höhere Preise, als sie bei uns gelten, hervorgerufen hat. Neben der Förderung der Erzeugung, die aber, solange der Krieg Mangel an Arbeitskräften, Tuglicen, Düngemitteln, Kraftmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sowie an Verkehrsmitteln hervorruft, leider an enge Grenzen gebunden ist, wird die

Zuführung genügender Waren

in die Städte und Industriebezirke auch weiter sorgsamster vorausschauender Fürsorge bedürfen. Bisher hat man die Fürsorge im wesentlichen auf Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel beschränkt. Bei verhältnismäßig wenig verderblichen und leicht zu bewirtschaftenden Waren wie Brotgetreide, Hafer, Gerste und den aus Getreide hergestellten Nahrungsmitteln ist das durchführbar. Bei leichter verderblichen und schwerer zu bewirtschaftenden Massenbedarfsgegenständen wie Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch ist die Schwierigkeit der zentralen Bewirtschaftung weit größer. Sie muß aber durch immer besseren Ausbau der Organisation überwunden werden. Auch bei einzelnen anderen Waren, wie zum Beispiel Fischen und Käse, wird die zentrale Bewirtschaftung in einer der Art dieser Waren angepaßten Form versucht werden müssen.

Weitere Lebensmittel, deren Bedeutung für die menschliche Ernährung mit der zunehmenden Knappheit an den bisher erwähnten Waren steigt, entziehen sich dagegen ihrer Natur nach der Bewirtschaftung durch die Zentralstellen. Die Versuche, sie durch Festsetzung von Höchstpreisen allein den Minderbemittelten zugänglich zu machen, sind gescheitert. Der Höchstpreis ohne gleichzeitige öffentliche Bewirtschaftung hält die Waren von den Städten und Industriebezirken fern und veranlaßt, daß sie fast ausschließlich den Erzeugern und den in der Nähe der Erzeugungsgebiete wohnenden Verbrauchern zugute kommen. Auch der Versuch, durch abgestufte, für die größeren Bezirke höher festgesetzte Höchstpreise dem abzuweichen, wie er früher bei der Butter und neuerdings beim Wolle gemacht ist, ist gescheitert. Die Erzeuger steigern auch in solchem Falle bei der unter Höchstpreis gesetzten, aber nicht öffentlich bewirtschafteten Ware ihren eigenen Verbrauch, und die in der Nähe der Erzeugungsbezirke wohnenden Verbraucher finden Mittel und Wege, um sich trotz der Höchstpreisabstufung den Rest der Ware zu sichern. Auch der Versuch, durch Beschlagnahme beim Erzeuger zu helfen, wie er bei Zwetschen und Wirtschaftsäpfeln in diesem Jahr gemacht worden ist, hat sich bei der Natur solcher Waren als nicht erfolgreich erwiesen. Jeder Höchstpreis ohne öffentliche Bewirtschaftung hält die Ware vom Bedarfsort fern. Läßt man dagegen, wo die öffentliche Bewirtschaftung unmöglich erscheint, unter Abhandnahme von Höchstpreisen die Entwicklung frei laufen, so wird zwar — der diesjährige Gänsehandel gibt dafür ein deutliches Beispiel — die Ware den großen und verhältnismäßig zahlungsfähigsten Städten zugeführt. Der Andrang der Käufer, die bereit sind, fast jeden Preis zu zahlen, zu solcher Ware wird dann aber so groß, daß die Preisentwicklung

völlig ungesund wird und der Minderbemittelte die Ware überhaupt nicht erhalten kann.

Ganz beseitigen werden sich diese Mißstände während der Dauer der Kriegswirtschaft und der Knappheit nicht lassen. Wesentlich eingeschränkt können sie aber werden, wenn die Städte und größeren Landgemeinden das bei den Schweinemarktverträgen schon mit Erfolg eingeführte System der frühzeitig zwischen Bedarfsgemeinde und Erzeugerorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge weiter ausbauen und auf Erzeugnisse wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst, Geflügel, unter Umständen auch auf Vollmilch und Magermilch ausdehnen. Dadurch kann zugleich die wichtige Aufgabe besser als bisher gelöst werden, die erzeugten Waren richtig zwischen dem Frischverbrauch im Sommer und Herbst und der Konservierung für Winter und Frühjahr zu verteilen. Der Gefahr, daß einzelne besonders leistungsfähige und energiegelobende Bedarfsgemeinden sich zum Nachteil der übrigen allzubiel von dem Vorhandenen sichern, kann durch geregelte Beziehungen zwischen den Gemeinden und den verantwortlichen Zentralstellen vorgebeugt werden. Durch solche frühzeitig abgeschlossenen Lieferungsverträge, die den Erzeugern die Abnahme ihrer Erzeugnisse gegen Barzahlung zu angemessenem Preise sichern, kann die Erzeugung der für das nächste Jahr besonders wichtigen Waren wie Frühkartoffeln, Kohl, Beerenobst wesentlich gesteigert werden. Ein Zwang zum Vorgehen in diesem Sinne kann von den Zentralstellen auf die Gemeinden nicht ausgeübt werden. Nur durch freiwillige Tätigkeit der beteiligten Gemeinden unter weitgehender Heranziehung der sachkundigen Mitarbeit des Handels kann ein voller Erfolg erreicht werden. Um die Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können, muß schleunigst mit der Arbeit begonnen werden. Für das laufende Jahr war es, als das Kriegsernährungsamt Anfang Juni seine Tätigkeit begann, zur Durchführung von Maßnahmen dieser Art schon zu spät. Eine von der beteiligten Organisation selbstständig zu schaffende, mit den Reichsstellen Hand in Hand arbeitende Beratungsstelle für die Gemeinden scheint mir eine der Voraussetzungen für das Gelingen zu sein.

Ich beabsichtige, diese Fragen dem Ende Januar zusammentretenden Beirat des Kriegsernährungsamts zu unterbreiten. Von großem Wert wäre es mir, wenn die Organisation der Bedarfsgemeinden die Frage schon vorher eingehend prüfte und mir das Ergebnis mitteilen würde.

Lieferungsverträge zwischen Bedarfsgemeinden und Erzeugerorganisationen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat an sämtliche Bundesregierungen nachstehendes Rundschreiben gerichtet, das für die Lebensmittelversorgung der Verbrauchergemeinden im nächsten Wirtschaftsjahr von außerordentlicher Bedeutung ist:

Das nächste Erntejahr wird uns hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln vor neue schwierige Aufgaben stellen. Auch die Beendigung des Krieges würde daran zunächst wenig ändern, da die Knappheit an Lebensmitteln den ganzen Weltmarkt berührt und bei unseren Feinden, denen der Weltmarkt offensteht, schon jetzt für die wichtigsten Waren zum Teil weit höhere Preise, als sie bei uns gelten, hervorgerufen hat. Neben der Förderung der Erzeugung, die aber, solange der Krieg Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren, Kunstdünger, Kraftfutter und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sowie an Verkehrsmitteln hervorruft, leider an enge Grenzen gebunden ist, wird die

Zuführung genügender Waren in die Städte

und Industriebezirke auch weiter sorgsamster vorausschauender Fürsorge bedürfen. Bisher hat man die Fürsorge im wesentlichen auf Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel beschränkt. Bei verhältnismäßig wenig verderblichen und leicht zu bewirtschaftenden Waren wie Brotgetreide, Hafer, Gerste und den aus Getreide hergestellten Nährmitteln ist das durchführbar. Bei leichter verderblichen und schwerer zu bewirtschaftenden Massenbedarfsgegenständen wie Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch ist die Schwierigkeit der zentralen Bewirtschaftung weit größer. Sie muß aber durch immer besseren Ausbau der Organisation überwunden werden. Auch bei einzelnen anderen Waren, wie zum Beispiel Fischen und Käse, wird die zentrale Bewirtschaftung in einer der Art dieser Waren angepaßten Form versucht werden müssen.

Weitere Lebensmittel, deren Bedeutung für die menschliche Ernährung mit der zunehmenden Knappheit an den bisher erwähnten Waren steigt, entziehen sich dagegen ihrer Natur nach der Bewirtschaftung durch die Zentralstellen. Die Versuche, sie durch Festsetzung von Höchstpreisen allein den Minderbemittelten zugänglich zu machen, sind gescheitert. Der Höchstpreis ohne gleichzeitige öffentliche Bewirtschaftung hält die Waren von den Städten und Industriebezirken fern und veranlaßt, daß sie fast ausschließlich den Erzeugern und den in der Nähe der Erzeugungsgebiete wohnenden Verbrauchern zugute kommen. Auch der Versuch, durch abgestufte, für die größeren Bedarfsbezirke höher festgesetzte Höchstpreise dem abzuhelpen, wie er früher bei der Butter und neuerdings beim Wilde gemacht ist, ist gescheitert. Die Erzeuger steigern auch in solchem Falle bei der unter Höchstpreis gefetzten, aber nicht öffentlich bewirtschafteten Ware ihren eigenen Verbrauch und die in der Nähe der Erzeugungsbezirke wohnenden Verbraucher finden Mittel und Wege, um sich trotz der Höchstpreisabstufung den Rest der Ware zu sichern. Auch der Versuch, durch Beschlagnahme beim Erzeuger zu helfen, wie er bei Zwetschen und Wirtschaftäpfeln in diesem Jahr gemacht worden ist, hat sich bei der Natur solcher Waren als nicht erfolgreich erwiesen. Jeder Höchstpreis ohne öffentliche Bewirtschaftung hält die Ware vom Bedarfsort fern, läßt man dagegen, wo die öffentliche Bewirtschaftung unmöglich

erscheint, unter Abstandnahme von Höchstpreisen die Entwicklung frei laufen, so wird zwar — der

diesjährige Gänsehandel

gibt dafür ein deutliches Beispiel — die Ware den großen und verhältnismäßig zahlungsfähigsten Städten zugeführt. Der Andrang der Käufer, die bereit sind, fast jeden Preis zu zahlen, zu solcher Ware wird dann aber so groß, daß die Preisentwicklung völlig ungesund wird und der Minderbemittelte die Ware überhaupt nicht erhalten kann.

Ganz beseitigen werden sich diese Mißstände während der Dauer der Kriegswirtschaft und der Knappheit nicht lassen. Wesentlich eingeschränkt können sie aber werden, wenn die Städte und größeren Landgemeinden das bei den Schweinemastverträgen schon mit Erfolg eingeführte System der frühzeitig zwischen Bedarfsgemeinde und Erzeugerorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge weiter ausbauen und auf Erzeugnisse wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst, Geflügel, unter Umständen auch auf Vollmilch und Magermilch ausdehnen. Dadurch kann zugleich die wichtige Aufgabe besser als bisher gelöst werden, die erzeugten Waren richtig zwischen dem Frischverbrauch im Sommer und Herbst und der Konservierung für Winter und Frühjahr zu verteilen. Der Gefahr, daß einzelne besonders leistungsfähige und energisch vorgehende Bedarfsgemeinden sich zum Nachteil der übrigen allzu viel von dem Vorhandenen sichern, kann durch geregelte Beziehungen zwischen den Gemeinden und den verantwortlichen Zentralstellen vorgebeugt werden. Durch solche frühzeitig abgeschlossenen Lieferungsverträge, die den Erzeugern die Abnahme ihrer Erzeugnisse gegen Barzahlung zu angemessenem Preise sichern, kann die Erzeugung der für das nächste Jahr besonders wichtigen Waren, wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Beerenobst, wesentlich gesteigert werden. Ein Zwang zum Vorgehen in diesem Sinne kann von den Zentralstellen auf die Gemeinden

nicht ausgeübt werden.

Nur durch freiwillige Tätigkeit der beteiligten Gemeinden unter weitgehender Heranziehung der sachkundigen Mitarbeit des Handels kann ein voller Erfolg erreicht werden. Um die Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können, muß schleunigst mit der Arbeit begonnen werden. Für das laufende Jahr war es, als das Kriegsernährungsamt Anfang Juni seine Tätigkeit begann, zur Durchführung von Maßnahmen dieser Art schon zu spät. Eine von der beteiligten Organisation selbständig zu schaffende, mit den Reichsstellen hand in hand arbeitende Beratungsstelle für die Gemeinden scheint mir eine der Voraussetzungen für das Gelingen zu sein.

Ich beabsichtige, diese Fragen dem Ende Januar zusammen tretenden Beirat des Kriegsernährungsamts zu unterbreiten. Von großem Wert wäre es mir, wenn die Organisation der Bedarfsgemeinden die Frage schon vorher eingehend prüfte und mir das Ergebnis mitteilen würde.

Die Ueberwachung der Ersatzmittel.

Der Vorschlag eines Fachmannes.

Von einem Fachmanne wird uns geschrieben:
Es ist erst vor ganz kurzer Zeit mitgeteilt worden, daß das Ernährungsamt eine strenge Beaufsichtigung der Ersatzmittel durchzuführen und den Verkauf solcher Mittel an eine besondere Erlaubnis zu binden beabsichtigt. Soviel uns bekannt ist, läuft diese Arbeit bereits, und wir wollen nur hoffen, daß sie Erfolg hat. Es scheint aber, daß das Ernährungsamt seine Aufsichtstätigkeit in einer den Verbrauchern nicht vorteilhaften Weise auf die Ersatzstoffe für Nahrungs- und Genußmittel einschränkt, während die Ersatzmittel für alle übrigen unentbehrlichen Bedarfsgegenstände unbeaufsichtigt bleiben sollen.

Ersatzstoffe für Firnisse, Lacke, Farben, Leim, Gummi, Watta-Stopfmittel, Bindfäden, Spagat, Papier, Leder und viele andere bieten einer unreellen und ungewissenhaften Ersatzspekulationstechnik ebenso Gegenstände der Überverteilung, Ausbeutung und Irreführung der Bevölkerung wie die Genußmittel. Da könnte die behördliche Fürsorge

mit großem Vorteil und Erfolg durch eine verhältnismäßig einfache Maßnahme eingreifen, der Einführung eines allgemeinen Erlaubniszwanges für Ersatzstoffe, worunter die auf Grund einer von Amts wegen vorgenommenen Prüfung des Gebrauchswertes und des Preises der Ersatzware ausgegebene Bewilligung für den Vertrieb zu verstehen ist. Nichts liegt näher, als solch eine Befugnis dem Ernährungsamte zu übertragen.

Eine Ausdehnung der Befugnisse des Ernährungsamtes auf Bedarfsstoffe des täglichen Haushaltes und Gebrauches würde von der Bevölkerung auf das lebhafteste begrüßt werden, denn die Versorgung mit diesen Gegenständen ist eine Quelle ständigen Argers und eine ständige Ausbeutungsquelle der Bevölkerung. Selbst wenn man noch so reichlich mit Gewinnen und Verdiensten für die Erzeugung und den Handel rechnet, so kann man doch niemanden überzeugen, daß ein Paar schlechte Fabrikschuhe 80 Kronen, ein kleines Stück Seife 2 Kronen und eine Spule Zwirn 80 bis 100 Heller kosten müssen. Der eingerissene Geschäftsgrundsatz, daß der Gewinn in einem förmlichen quadratischen Verhältnis zum Preise stehen sollte, mag allenfalls für gewisse Luxuswaren, die ab und zu einen Käufer finden und dann sämtliche Regiekosten des ganzen Unternehmens zu tragen hätten, eine Berechtigung haben, in Anwendung auf Massenerzeugnisse, besonders für die breiten Schichten der Bevölkerung, ist es ein räuberischer Grundsatz, gegen den mit allen, selbst den schärfsten Mitteln eingeschritten werden muß, die man gegen jeden Raubzug in einer organisierten Gemeinschaft überhaupt zur Anwendung bringen kann.

29. / XII. 1916

Die Reformen im Ernährungswesen.

Das Volksernährungsamt ist fleißig an der Arbeit. So hören wir zeitweise und freuen uns dieser Emsigkeit. Leider sind die sichtbaren Resultate der Reformarbeit auf dem Gebiete der Verbrauchswirtschaft bisher ziemlich dürftig. Die erste und einzige Errungenschaft besteht in dem Versuche, die Versorgung der Bevölkerung mit Fettstoff in geregelte Bahnen zu bringen. Das Volksernährungsamt hat die bekannten Anordnungen erlassen, wonach der Ankauf von lebenden Fettschweinen in Ungarn ausschließlich der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft übertragen und ein eigener Kontrolldienst für die Fettkartengebarung eingeführt wurde. Schon früher ist dank der Initiative des Bürgermeisters die Rationierung des Mehlbezuges ins Werk gesetzt worden und die Neuerung bewährt sich vortrefflich. Darüber hinaus ist bisher kein Punkt des reichen Programms staatlicher Kriegswirtschaft in Angriff genommen worden. Die Butter- und Eierversorgung wartet auf Regelung, wir haben Richtpreise und Höchstpreise für die gangbarsten Fleischgattungen, aber sie werden nicht eingehalten. Ueber die trostlosen Zustände auf dem Kartoffelmarkt wird seit Monaten geklagt, einigermaßen ist es besser geworden, allein die oft angekündigte Regelung ist noch immer nicht durchgeführt. In der letzten Gemeinderatssitzung gab der Bürgermeister auf eine Beschwerde des Gemeinderates Schlechter „einige Maßnahmen“ des Volksernährungsamtes bekannt. Darunter stand die Reform der Butterversorgung an zweiter Stelle. „Um eine gleichmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Butter herbeizuführen, wird eine „Zentralstelle für die Verteilung der Butter in Wien“ eingesetzt; diese wird ihre Tätigkeit bereits in den nächsten Tagen beginnen.“ Also sprach der Herr Bürgermeister am 19. Dezember. Und er knüpfte daran das Versprechen, daß die „Erlassung weiterer autoritativer Maßregeln bevorsteht, um die Fettversorgung Wiens, soweit dies überhaupt möglich, zu regeln.“ Von der Butterzentrale, die ihre Tätigkeit nach dem Ausspruche des Bürgermeisters in den nächsten Tagen beginnen sollte, hat man bisher nichts gehört und auch die weiteren autoritativen Maßregeln zur Regelung der Fettversorgung sind noch nicht auf der Bildfläche erschienen.

Unsere Erfahrungen lehren uns, daß die Ziele für die Ausgestaltung und Verbesserung des Ernährungsdienstes lange nicht einheitlich angestrebt worden sind. Nun besteht durch die vor etwa vier Wochen erfolgte Errichtung des Volksernährungsamtes wohl die Voraussetzung für eine Vereinheitlichung, allein die Reformarbeit hält nicht jenes Tempo ein, das unbedingt geboten erscheint, um die schwersten Mißstände endlich zu mildern und erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Der Bürgermeister hat kürzlich den Ausspruch getan: „Wo der Mangel ist, kann auch der größte Diktator der Lebensmittelernährung nicht mehr Produkte zur Verteilung bringen, als eben da sind.“ Diese Feststellung bleibt zweifellos unbestritten. Ebenso unbestritten muß aber auch die Tatsache bleiben, daß eine gerechte und gleichmäßige Verteilung des Vorhandenen möglich und unerläßlich ist. Darin muß das Volksernährungsamt rasch und energisch Wandel schaffen, wenn das Ernährungswesen von der schiefen Bahn der Regellosigkeit endlich zur Ordnung zurückführen will.

(Nahrungsmittel für Kartoffelschalen)
 Aus Berlin wird berichtet: Die Verwertung der Haus-
 haltungsabfälle, die auch in Berlin seit längerer Zeit durch-
 geführt ist, hat vielfach zu Unzuträglichkeiten geführt, weil in
 die Kisten, die gesondert für die Abfälle aufgestellt werden,
 sehr oft auch Asche, Staub, Stecknadeln und andere Gegen-
 stände geschüttet wurden, die die Abfälle zur Fütterung un-
 verwendbar machten. Um nun alle Haushaltungsabfälle restlos
 verwenden zu können, ist in Berlin ein Verband der Vereine
 für freiwillige Kriegshilfe, Abfallsammlung und -verwertung
 gegründet worden, der im Anschluß an bereits bestehende ähn-
 liche Vereine in Hannover, Braunschweig, Barmen, Lübeck,
 Emden usw. die Sammeltätigkeit in großem Umfang auf-
 nehmen will. Die Sammler erhalten Gutscheine, die zum
 Ankauf von Lebensmitteln berechtigen. In Hannover
 wurden täglich im Durchschnitt etwa 400 Zentner Kartoffel-
 und Gemüseabfälle gesammelt, in Braunschweig brachte ein
 Rekordtag sogar 156 Zentner desselben Viehfutters. Die vielen
 Pensionschweine der Städte und der umliegenden Dörfschaften
 erhielten große Mengen Futter zugeführt. Aus den Knochen
 wurde Knochenmehl hergestellt, die anderen Abfälle wurden
 verwertet. Tausende von Zentnern Kartoffeln, große
 Mengen von Grich, Graupen und ähnlichen Nahrungsmitteln
 wurden unter Beihilfe der Kommunen auf die Gutscheine hin
 an die Sammler abgegeben. Etwa 10.000 Stück Kaninchen
 fanden ebenfalls auf Gutscheine den Weg in die Haushaltun-

gen, ferner Kleidungsstücke, Schuhwaren und
 Spielzeug. Die Kinder wurden durch Veranstaltungen,
 Amzüge und Vergnügungen stets wieder zu neuer Sammler-
 tätigkeit angeregt. Unter anderem hat die Kriegshilfe mit
 Unterstützung der Regierung und der Marineverwaltung auch
 Fischdampfer in Tätigkeit gestellt die von Wilhelmshaven
 aus auf den Fang gehen. Die Fische gehen in die angeschlosse-
 nen Städte und werden der Bevölkerung zu billigen Preisen,
 die weit unter den Marktpreisen stehen, zur Verfügung gestellt.
 Die Abfälle aus dem Fischfang und den Muscheln werden zu
 Fischmehl verarbeitet, das einen wichtigen Bestandteil für das
 Viehfutter bildet. Alle diese Vergünstigungen sollen nun auch
 Groß-Berlin zukommen. Die Organisation der Berliner
 Stelle wird sich gleichfalls in erster Linie an die Schulkinder
 wenden.

Das städtische Lagerhaus.

Das Lagerhaus der Stadt Wien hat seit dem Ausbruch des Krieges im Dienste der Approvisionierung der Zivilbevölkerung und der Armee eine wichtige Stellung eingenommen und eine gegenüber der Friedenszeit um ein Vielfaches gesteigerte Tätigkeit entfaltet. Der Gesamtumsatz belief sich im ersten Kriegsjahr auf rund $4\frac{1}{2}$ Millionen Meterzentner im Werte von rund 162 Millionen Kronen, im zweiten Kriegsjahr auf rund $7\frac{1}{4}$ Millionen Meterzentner im Werte von rund 454 Millionen Kronen. Der Geldumsatz betrug im Jahre 1913 38,7 Millionen, im ersten Kriegsjahr 108 Millionen, im zweiten Kriegsjahr 444 Millionen Kronen.

Das Lagerhaus wurde im Kriege von der Heeresverwaltung, dem Staate und der Gemeinde Wien in großem Ausmaße, bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit, in Anspruch genommen. Mit der staatsmonopolartigen Gestaltung des Getreidehandels trat der freie Handelsverkehr in vielen Artikeln immer mehr zurück und die Einlagerungen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und der Futtermittelzentrale, der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft A.-G. und anderer offizieller Körperschaften nahmen einen stetig steigenden Umfang an. Von größter Bedeutung war das städtische Lagerhaus für die Lebensmittelversorgung Wiens, als Empfangs-, Lager- und Ausgabestelle für die von der Gemeinde Wien eingelagerten und in den Verkehr gebrachten Vorräte.

In der letztabgehaltenen Stadtratssitzung berichtete Vizebürgermeister Hof über die Ergebnisse des Betriebes des Lagerhauses in den Kriegsjahren.

Vom Kriegsernährungsamt.

Ein allgemeiner Wirtschaftsplan.

Das Kriegsernährungsamt betreibt jetzt eifrig die Vorarbeiten für einen allgemeinen Wirtschaftsplan. Es soll zusammengestellt werden, welche Vorräte wir besitzen, was wir erzeugen können und was wir brauchen. Auf Grund der Ergebnisse dieser Aufstellungen werden dann die geeigneten Maßnahmen getroffen werden, um eine allgemeine und gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu sichern. Wo es nötig ist, wird die Behörde von ihren Vollmachten Gebrauch machen und den Produktionszwang, sowohl gegenüber Landwirten wie gegenüber der Lebensmittelindustrie, in Anwendung bringen. Man hofft zu Beginn des Frühjahres mit dieser Arbeit fertig zu sein.

Die Bekämpfung des Kriegswuchers.

Das Volksernährungsamt beschäftigt sich nach wie vor sehr angelegentlich mit der Frage der wirksamen Bekämpfung des Kriegswuchers und der Preistreiberien. Es wurde bekanntlich zu diesem Zweck ein eigenes Kriegswucheraamt bei der Polizeidirektion errichtet. Die Behörden sind bei ihrem Kampfe in weitem Maße auf die Mitwirkung des Publikums angewiesen. Wenngleich viele sich scheuen werden, Anzeigen gegen wucherische Kaufleute zu erstatten, da sie sonst befürchten müssen, überhaupt keine Ware zu erhalten, ist es doch Pflicht des Publikums, das Kriegswucheraamt bei seiner Arbeit zu unterstützen. Es ist übrigens beabsichtigt, überall dort, wo es nur möglich ist, so vorzugehen, daß der Name des Anzeigers nicht bekannt wird. Eigene Organe des Amtes werden die Angaben der Anzeiger überprüfen, und dann wird das Amt ex offio gegen die Schuldigen einschreiten. Nicht nur Preistreiberien, sondern auch der Kettenhandel und das spekulative Samstern sollen mit unnachsichtlicher Strenge verfolgt werden.

Die Verbindung mit den Ämtern in Berlin und Budapest.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, werden die Ernährungsämter Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in einen eigenen gegenseitigen Kontakt treten. Jedes der Ämter wird bei den beiden anderen einen eigenen Delegierten unterhalten.

Der Ueberwachungsdienst.

Der Ueberwachungsdienst in Wien und in den Provinzen soll weiter ausgebaut werden. Insbesondere soll das Publikum dazu in großem Maße herangezogen werden. Es handelt sich vor allem um die Kontrolle in den Ueberwachungsbereichen, wo man mit Hilfe des Publikums überschüssige Vorräte zu eruieren hofft.

Der Ernährungsrat.

Das Direktorium des Ernährungsamtes hat sich bereits mit der Liste jener Persönlichkeiten befaßt, die in den neuen Ernährungsrat berufen werden sollen. Die Verlautbarung der Mitglieder dieses Rates wird in der aller-nächsten Zeit erfolgen.

Die Uebersiedlung.

Die Uebersiedlung des Volksernährungsamtes in die neuen Amtsräume in der Mariahilferstraße ist bereits abgeschlossen. Die Uebersiedlung machte große Schwierigkeiten. Ein einziger Möbelwagen mußte das ganze Mobiliar des Amtes in die neuen Räume bringen. Das Amt besteht aus 81 Zimmern; man kann sich daher denken, wie lange der Transport dauerte. Seit einigen Tagen ist aber die Uebersiedlungsarbeit abgeschlossen.

Rücktritt des Direktors Ruffler.

Wie wir schließlich hören, soll das Mitglied des Direktoriums des Ernährungsamtes Artur Ruffler seine Stelle mit Rücksicht auf seine berufliche anderweitige Inanspruchnahme zurückgelegt haben.

30./XII. 1916

Der Deutsche Städtetag und die Lieferungsverträge.

Zu dem Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts v. Batocki über Lieferungsverträge zwischen Bedarfsgemeinden und Erzeugerorganisationen, das auch dem Deutschen Städtetag zugegangen ist, hat, wie die „Deutsche Städte-Korrespondenz“ erfährt, der Vorstand des Deutschen Städtetages sofort eine vorläufige Stellung eingenommen und zwar durch folgendes von seinem Vorsitzenden Oberbürgermeister Bermuth gezeichnetes Schreiben an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes:

Auf das geneigte Schreiben Eurer Exzellenz vom 12. d. M. betr. die Förderung des Abschlusses von Lieferungsverträgen beehren wir uns mitzuteilen, daß der Unterzeichnete sofort eine Stellungnahme innerhalb des Vorstandes des Deutschen Städtetages eingeleitet hat. Der Gedanke des Abschlusses von Lieferungsverträgen hat schon bisher den deutschen Stadtverwaltungen nicht ferngelegen. Die vielfach betätigten und bereits in Ausführung begriffenen Verträge sind aber mehrfach gerade durch Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes oder der ihm unterstellten Reichsstellen rechtlich oder praktisch aufgehoben worden, wie zum Beispiel im Gebiet der Weiskohlbeschaffung.

Ein besonderer Erfolg zugunsten der städtischen Volksernährung könnte dann eintreten, wenn die Städte beim Abschluß der Verträge nicht ausschließlich auf die Bereitwilligkeit der beteiligten Landwirte angewiesen, sondern Maßregeln ergriffen werden, die den Vertragsabschluß zu angemessenen Preisen den Landwirten auch vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus als zweckmäßig erscheinen lassen. Aus diesem Grunde liegt u. E., ohne uns damit zum Abschluß von Verträgen über Lieferung von Gemüsen usw., äußern zu wollen, das Schwergewicht bei denjenigen Verträgen, wo das Reich, sei es durch die Städte, sei es unmittelbar, die erforderlichen Futtermittel den Landwirten überläßt und mit der Vertragserfüllung als Gegenleistung in Verbindung bringt. In diesem Zusammenhang dürfen wir darauf hinweisen, daß gerade von städtischer Seite die Ausgestaltung der Schweinemästungsverträge stets nachdrücklich gewünscht worden ist, während von anderen, besonders staatsbehördlichen Stellen aus der Vertragscharakter dieses Lieferungsverganges allmählich fast bis zur Unkenntlichkeit verwischt worden ist. Durch Lieferungsverträge auf der Grundlage von Futtermittellieferungen könnte unseres Dafürhaltens ein sehr wesentlicher Erfolg auch bei der Beschaffung von Milch und Eiern herbeigeführt werden. Eine eingehendere Stellungnahme, die wir baldmöglichst mitteilen werden, bitten wir der Erörterung innerhalb der Gesamtheit unseres Vorstandes vorbehalten zu dürfen.

gez.: Bermuth.

30. / XII. 1916

Herr Artur Kuffler ist aus dem Vorstand des Ernährungsamtes ausgetreten. Wir haben die Ernennung des Erfinders der Verbraucherdroffselung als Fehler betrachtet; sein Austritt ist weder zu bedauern noch ist er verwunderlich. Herr Kuffler ist so überhäuft mit Geschäften, daß ihm eines, das nur dem öffentlichen Wohle nützt, nicht lohnend genug erscheint, namentlich, seitdem der Rücktritt seines Gönners den Weg zum Herrenhause ungangbar gemacht hat.

Es soll aber auch ein anderer, dessen Ausscheiden ein Verlust wäre, ähnliche Absichten haben, wenn auch selbstverständlich aus himmelweit verschiedenen Gründen. Die Frage ist aber doch, ob es irgend einen triftigen Grund geben kann, sich der wichtigsten Aufgabe des bürgerlichen Kriegsdienstes zu entziehen. Für Fragen des verfassungsmäßigen Zartgefühlles scheint uns das Ernährungsamte nicht der entsprechende Boden zu sein. Es ist nicht so überreich an herbortragenden Kräften, als daß sie sich den Luxus solcher Bedenken ohne den ernstesten Widerspruch gestatten könnten. Zum Schützengrabendienst des Volkswohles bestimmt nicht die Partei, sondern die Pflicht gegen die Allgemeinheit.

Unseren Lesern zum Neuen Jahre.

Der „Abend“ erscheint morgen nicht. Wollen unsere Leser deshalb schon heute die herzlichsten Wünsche für das kommende Jahr entgegen nehmen. Wir wünschen und wir hoffen, daß es halten möge, was die letzten Tage des scheidenden zu versprechen scheinen. Die Menschheit erwacht langsam aus den wüsten Träumen des Blutrausches und besinnt sich auf ihre wahren Aufgaben. Diese sind nicht, den Nutznießern des Bodens, der Erzeugung- und der Umlaufmittel mit den unerhörtesten Opfern, Absatzgebiete zu erkämpfen oder zu verteidigen.

Der Frieden, auf den wir hoffen und dessen Vorbereitungen sich für unsere berechnete Ungebuld viel zu langsam vollziehen, wird denen, die guten Willens sind, neue Kämpfe bringen, schwere, aber unblutige Kämpfe des Lichtes gegen die Finsternis. Sein Teil dazu beizutragen, daß diese Kämpfe siegreich ausgehen, wird der „Abend“ immer als seine schöne Pflicht ansehen. Er sehnt sich nach dem Augenblicke, wo es ihm möglich sein wird, das Kampfgebiet der Lebensmittel mit anderen zu vertauschen, wo es um höhere Menschheitswerte geht. Aber unberändert bis zum entscheidenden Siege wird sein Feldzug gegen die dunkeln Mächte bleiben, die als Herren des Finanzkapitales oder als seine Soldknechte für seine fortdauernde Herrschaft kämpfen. Die Befreiung aus dieser Knechtschaft ist Voraussetzung des Aufstieges der Menschheit zu höheren Gesellschaftsformen; für sie wird der „Abend“ unausgesetzt und mit niemals verminderter Schärfe kämpfen.

Wir wünschen unseren Lesern ein Jahr, das ihnen Frieden und Wohlbefinden bringen. Uns selbst wünschen wir, daß uns die Teilnahme der Leser erhalten bleiben und die Kraft bieten möge, dem Fortschritte zu dienen, treu dem Leitsprüche: Überall wo es Stärkere gibt, auf der Seite der Schwächeren.

Etwas für die Hausfrau.

Billige Mehlspeisen.

Sorte als Mehlspeise oder als Kaffee- und Teegebäck zu verwenden.

Ein achtel Kilogramm Zucker, ein achtel Kilogramm Mehl, von einer halben Zitrone Saft und Schale, ein Ei, sechs Eßlöffel Milch, dreiviertel Paket Backpulver werden in eine gefettete Tortenform gegeben und gebacken. Nach dem Erkalten in der Mitte durchschneiden, mit Marmelade füllen oder mit einem Obstguß servieren. Ohne Marmelade und Guß als Kaffeegebäck.

Sonigluchen ohne Honig.

Ein achtel Kilogramm schwarzes Mehl, ein achtel Kilogramm Zucker, ein Ei, ein gestrichener Eßlöffel beliebige Marmelade, ein Kaffeelöffel Natron werden zu einem Teig verrührt, in eine längliche, ausgefettete, mit Mehl bestaubte Form gegeben, oben etwas grob gehackte Nüsse gestreut, gebacken, nach dem Erkalten in dünne Scheiben geschnitten. Ist sehr gut und ausgiebig.

Kaffee.

Von 23 Decagramm Mehl, 12 Decagramm Zucker, 8 Decagramm Butter, einem Ei, einer Messerspitze Natron, einer Messerspitze Backpulver und Milch (kann auch Trockenmilch oder Kondensmilch sein) wird ein fester Kugelteig gemacht, dünn ausgewalzt, mit der Gabel gestochen, Formen geschnitten und auf gefettetem Blech gebacken. Diese Masse gibt ungefähr 100 bis 120 Stück.

Sebzelt.

Von 10 Decagramm Zucker, 14 Decagramm Mehl, 1 Ei, 4 Decagramm Honig, 1 Messerspitze Natron wird ein Teig gemacht, Gewürz nach Geschmack, Stücke geformt, in ein mit Wachs bestrichenes Blech gegeben, oben mit Ei bestrichen und in heißer Röhre gebacken.

Kriegs-Mozart-Kugeln.

14 Decagramm geriebene Nüsse, 18 Decagramm Zucker, 1 Tafel geriebene Schokolade, 1 Eiweiß werden zusammengemengt, Kugeln daraus geformt, in ein Eiweiß getaucht, in grob geriebener Schokolade gewälzt und über Nacht stehen gelassen.

Gerührte Kücheln.

14 Decagramm Zucker und 2 ganze Eier werden sehr lange gerührt, dann 14 Decagramm Mehl dazugegeben, in ein befettetes Blech mit einem Löffel Formen aus dem Teig gemacht, eine Stunde oder noch länger stehen gelassen und dann gebacken.

Falsches Schlagobers.

Ein viertel Kilogramm Äpfel werden gebraten und passiert (sollen nach dem Passieren 12 Decagramm sein), 15 Decagramm Vanillezucker und von zwei Klar Schnee dazugegeben und das Ganze noch ziemlich lange mit der Schneerute schlagen.

Jeanette N.

Crème-Sulta.

Ein viertel Liter Wasser, 20 Decagramm Zucker, 4 Blatt weiße oder rote Gelatine lauwarm stellen, damit sich alles auflöst. Dazu kommen dreiviertel Liter Apfelwein oder Fruchtfaß, etwas Kognak, Rum oder Bilsdör, schlägt die ganze Masse sehr fest mit der Schneerute bis sie dickflaumig wird und zu erstarren beginnt. Dann rasch in eine Glasschüssel oder Gläser füllen, kalt werden lassen und in den Gläsern anrichten. Nicht fürzen. Natürlich kann die Crème irgend welchem Backwerk unterlegt oder mit Früchten beziert werden.

Klar-Torte.

Wer zufällig Eiklar erübrigt hat (im Winter hält sich Eiklar, gut zugedeckt, einige Tage), kann sehr wohlschmeckende Torten daraus machen. Zu fünf Eiklar festen Schnee kommen entweder: ein achtel Kilogramm geriebene Haselnüsse, ebensoviel Geruchszucker; oder: ein achtel Kilogramm geschnittene Walnüsse, ebensoviel Zitronenzucker; oder: drei achtel Kilogramm roh gewogene Kastanien, gelocht passiert, ebensoviel Zucker als passierte Kastanien. Jede dieser Torten bekommt noch eine gute Messerspitze Backpulver, einige Körner geriebenen schwarzen Pfeffer, als Glasur oder Verzierung Marmelade mit darüber gestreuten geriebenen Mandeln, passierte Kastanien oder Nektisches oder Eischnee mit Zucker und Marmelade fest geschlagen.

Billige Haustorte.

15 Decagramm Bohnenmehl, 2 Dotter, 2 Klar Schnee, 18 Decagramm Zucker, Zitronensaft und Schale oder Vanille oder etwas Rum, ein halbes Päckchen Backpulver, Dotter und Zucker — sehr gut abtreiben — Mehl, Backpulver, Schnee hinein, in der befetteten Form backen; anderen Tages auseinander schneiden, mit Marmelade füllen, oben überstreichen. Das Bohnenmehl kann man sich selbst herstellen, indem man 20 Decagramm weiße Bohnen lange kocht (Kochliste), dann abseigt und, wenn sie kalt sind, passiert. Muß zwischen 15 und 18 Decagramm Bيرة ergeben. Ist sehr gut und lange haltbar. Sidonie N.

Die Verpflegungsfragen. Fleischversorgung und Richtpreise.

Die Vorarbeiten des Volksernährungsamtes zur Regelung der Fleischversorgung gehen der Reihe entgegen und hätte Jänner dürfen neue Bestimmungen über den Vieh- und Fleischverkehr erlassen werden. Soweit bekannt, ist der Bezug von Rindern und Schweinen aus Bosnien und der Herzegovina bereits sichergestellt, jener an Schweinen aus Galizien und aus Serbien dem Abschlusse nahe. Mit dieser Reform nimmt das Ernährungsamt eine der wichtigsten Aufgaben der praktischen Ernährungspolitik in Angriff, die bisher in der Hauptsache auf Verordnungen ohne den festen Rückhalt der Durchführungsmöglichkeiten beschränkt geblieben ist. So gut gemeint dieses Verfahren auch war, für die gegenwärtigen Verhältnisse genügt es heimeitem nicht. Das hat sich besonders bei allen Versuchen über die Einschränkung des Fleischverbrauches gezeigt. Die vor etwa einem halben Jahre erfolgte Einführung von drei fleischlosen Tagen bewährte sich wohl als Sparmassregel, auf die Preisbildung blieb sie aber ohne Einfluß. Seither wurden Höchstpreise für Schweinefleisch und Richtpreise für Kalb- und Rindfleisch festgesetzt. Die Wirkungen dieser Maßregeln sind bekannt. Es ergab sich nicht nur der Nachteil, daß die Ware plötzlich vom Markte verschwand, sondern auch die Tatsache, daß die amtlich festgelegten Preisgrenzen trotz Strafandrohungen nahezu allgemein überschritten werden. Die Händler und Fleischhauer verweisen hierbei auf die hohen Geflügelkosten, die mit den Höchstpreisen nicht im Einklange stehen und die Konsumenten zahlen murrend die alten teureren Tarife, um überhaupt Ware zu bekommen. Die Ueberwachungsbehörden aber beobachten eine teils zuwartende, teils duldbende Haltung.

Diese scheinbar unauswärtbaren Mißstände will nun das Ernährungsamt, wie es ankündigte, durch die neu zu erlassenden Verfügungen über den Vieh- und Fleischverkehr enturzeln. Im Rahmen des auszuarbeitenden Wirtschaftsplanes bildet die angestrebte und anzubahrende Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes ein wichtiges Erfordernis. Durch diese Vereinheitlichung können auch die Grundlagen für eine vernünftige, den Bedürfnissen der konsumierenden Kreise angepasste Preispolitik geschaffen werden. Die bisher geübte Methode, daß nur das Zwischenprodukt oder das Endprodukt, nicht aber das Urprodukt der geregelten Bewirtschaftung unterworfen und dafür Höchstpreise festgesetzt worden sind, hat versagt, weil die Ware auf dem Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher von verschiedenen Behörden verschieden behandelt wurde und weil der Einklang der Bestimmungen fehlte. Das Volksernährungsamt wird, um hier Wandel zu schaffen, mit der Preisbestimmung für das Urprodukt vorgehen, den obligatorischen Liefer- und Abnahme einführen und nötigenfalls zu der längst als dringlich erklärten Beschlagnahme der Ware beim Urproduzenten schreiten müssen. Solch tief einschneidende Eingriffe erzeugen naturgemäß Härten, sie sind jedoch zum Erfolg unerlässlich. Man redet auch viel zu viel davon, daß eine strenge Kontrolle des Erzeugers undurchführbar ist. Damit stützt man nur dessen Widerstand. Dieser ist viel eher durch eine nachsichtige Kontrolle zu brechen, die ein unentbehrliches Hilfsmittel darstellt, die Maßnahmen selbst wirksam zu machen.

Es ist ohne weiteres klar, daß auch die strengste Ueberwachung nicht in allen Fällen die Uebertretung ergreift. Wir bedürfen demnach einer gegenüber dem jetzigen Zustande wesentlich intensiveren Mitwirkung der Öffentlichkeit. Auf eine entsprechende Wirtschaftsdiziplin muß in

der nächsten Zeit mehr Gewicht gelegt werden. Die Erfahrungen mit den Höchst- und Richtpreisen zeigen die Mängel der Ueberwachung besonders auffällig. Die Richtpreise bestehen, und wenn auch der Fleischhandel sich dagegen aus den vorerwähnten Gründen wehrt, so muß auf deren Einhaltung gedrungen werden. Bei genauer Durchforschung der Preissätze auf den Großmärkten erscheint das vorgebrachte Argument der den Richtpreisen nachkommenden Geflügelkosten hinfällig. Noch immer ist die Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis ganz beträchtlich. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum größere Fleischhauverbetriebe — und nur diesen fällt die Entscheidung bei der Preisbildung zu — höheren als den in der kaiserlichen Verordnung vom 21. August d. J. den Geschäftsleuten eingeräumten bürgerlichen Gewinn erzielen sollen. Die Richtpreise wurden nach sorgfältigen Berechnungen mit Bedachtnahme auf diesen ansehnlichen Nutzen bestimmt. Das Marktamt hat angesichts des Widerstandes der Händlerschaft die Verpflichtung zu stärkerer Wachsamkeit. Auch das Kriegswirtschaftsamt, welches unseres Wissens bereits über eine Anzahl weiblicher Kontrollorgane verfügt, sollte neben der bestehenden Marktpolizei den Vorgängen in den Markt Fleischständen und in den Fleischbänken der Bezirke mehr Augenmerk widmen, erforderlichenfalls den Ueberwachungsdiens durch Heranziehung weiterer weiblicher Vertrauenspersonen ausgestalten und verschärfen. Wir stehen ja erst am Anfang der Preisabläufe. Reicht da gleich der alte Schlandrian ein, wie sollen dann die vom Volksernährungsamte angebahnten Reformen erfolgreich durchgreifen? Die Stärke und Entschlußkraft der Zentralstelle muß in der Disziplin der Exekutivorgane und der freiwilligen Mithilfe der Öffentlichkeit die notwendige Ergänzung finden. Dann kann man auch auf Besserung hoffen, nicht zuletzt in der Richtung, daß jetzt endlich die Besitzer von Pfug und Schlächtereinrichtung mit ihren Zwischengliedern das Ende der Kriegskonjunktur und den Anfang von Kriegsopfern führen werden.

3./I. 1917

3
75

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt

Es ist nicht gut, wenn der Mensch zu pessimistisch in die Zukunft schaut, noch weniger aber, wenn er ihr gleichgültig gegenübersteht, und das tut die hamburgische Bevölkerung zum großen Teil in bezug auf die Lebensmittelversorgung für die nächsten Monate. Immer und immer wieder ist vom Hamburgischen Kriegsverorgungsamt mahnend darauf hingewiesen worden, daß infolge der schlechten Kartoffelernte die Kartoffelzuteilung immer mehr vermindert werden muß und daß die Bevölkerung selbst sich nach einem Ersatz umschaun muß. Diesen Ersatz kann nun die Steckrübe bieten, aber wegen ihrer beschränkten Haltbarkeit nur in konservierter Form, gedörrt oder eingesäuert. Da der Staat nicht in der Lage ist, diese Konservierung in genügendem Umfange für die Allgemeinheit durchzuführen, muß unbedingt die Bevölkerung selbst zu ihrer Versorgung in dieser Beziehung beitragen. Die Dörrung im eigenen Haushalt hat auch den Vorteil, daß zweifellos eine bessere Qualität zu erzielen sein wird als bei der Fabrikdörrung. Jedenfalls waren im letzten Jahre viel Klagen darüber zu hören, daß die Qualität der Fabrikware minderwertig war, während die jetzt angestellten Versuche mit der Dörrung im eigenen Haushalt ergeben haben, daß ein einwandfreies Fabrikat durch Dörrung im eigenen Haushalt leicht herzustellen ist. Die Konservierung im eigenen Haushalt hat ferner noch den Vorteil, daß die Ware dem Verbraucher wesentlich billiger zu stehen kommt als bei Einkauf konservierter Ware.

Der bisherige Erfolg der Mahnungen des Kriegsverorgungsamtes ist wenig ermutigend. So wurden in letzter Woche nur etwa 15 000 Zentner Steckrüben durch die Verkaufsstellen abgesetzt, während etwa 600 000 Zentner im Besitz des Staates sind. Zu der Gleichgültigkeit der Bewohner gesellt sich auch das passive Verhalten der Kleinhändler, die aus mancherlei Gründen den Steckrübenhandel nicht zu fördern suchen. Sie betrachten die staatlichen Verkaufsstellen, die aus dem Zwange der Notwendigkeit errichtet werden mußten, als lästige Konkurrenz. Jetzt will man versuchen, durch eine höhere Gewinnaufteilung die Kleinhändler zur stärkeren Beteiligung an dem Steckrübenhandel anzureizen. Man würde gern die Kleinhändler direkt und ausreichend beliefert haben, wenn nicht der Fuhrwerksmangel dies verhindert hätte, wie ja überhaupt die Verkehrsschwierigkeiten die Lebensmittelversorgung vielfach erschweren.

Bekanntlich hat man bereits verschiedene Probleme zur Hebung dieser Katastrophe zu lösen gesucht und hat auch bereits einen Weg gefunden, um wenigstens teilweise eine Entlastung herbeizuführen. Dieser Weg ist die Heranziehung der Straßen-Eisenbahn als Zufuhrmittel.

Zwar stellen sich der allgemeinen Durchführung dieses Planes ungeheure Schwierigkeiten entgegen, aber die Belieferung der Großbäckereien mit Mehl wird in nächster Zeit erfolgen, indem man nach den Fabrikgrundstücken Anschlußstelle hergestellt hat.

Für die Brotversorgung

Akt auch im Laufe der nächsten Woche eine bemerkenswerte Menderung ein, wie sie z. B. in Altona mit dem 7. Januar eingeführt wird. Hier wie dort wird die Herstellung von Weißbrot, d. h. also auch von Rundstücken, verboten werden, und es wird ein Einheitsbrot eingeführt, das aus Weizen- und Roggenmehl ohne weiteren Zusatz hergestellt wird. Daneben wird noch das Schwarzbrot aus Roggen und Gerste bestehen bleiben. Durch die stärkere Ausmahlung wird auch eine kleine Herabsetzung der Brotmenge von der nächsten Brotarten-Ausgabe ab möglich sein. Auch die nächste Brotarten-Ausgabe wird eine Menderung bringen. Die Ausgabe wird nicht an zwei Tagen unter Ausfall des Schul-Unterrichts erfolgen, sondern in den schulfreien Stunden im Laufe einer Woche, und zwar durch bezahlte Hilfskräfte unter Aufsicht eines Lehrers. Die wesentliche Menderung aber wird in der Einführung einer Kartoffel bestehen, die nach dem Muster des polizeilichen Meldearten-Systems eingerichtet werden wird. Durch diese Kartoffel, die man auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung herstellt, wird man der Ausgabe von Doppeltarten vorbeugen und, da die Eintragung sich nicht nur auf die Brotzuteilung, sondern auf die gesamte Lebensmittel-Versorgung erstreckt, eine genaue Kontrolle der den einzelnen Personen zugeteilten Lebensmittelmenge in der Hand haben.

Wie bereits erwähnt, mußte in dieser Woche die Zuteilung von Mühlenfabrikaten und Teigwaren unterbleiben, da die rechtzeitige Belieferung Hamburgs nicht erfolgt war. Als Ausgleich wird aber in der nächsten Woche eine größere Menge dieser Fabrikate, voraussichtlich 125 Gramm für Kopf und Karte, verabsolgt werden können. Soweit die Kleinhändler aus früherer Zeit noch Vorräte an Mühlenfabrikaten oder Teigwaren im Besitz haben, können sie diese jetzt auf den Abschnitt E der Warenbezugskarte abgeben. #

Das stille Amt.

Als unter dem Regime Koerber eine neue Zentralbehörde, das Amt für Volksernährung, geschaffen und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet wurde, da kündigte eine offizielle Verkaufsdarung an: „Die Bevölkerung kann zuversichtlich darauf rechnen, daß die neue Amtsstelle mit dem größten Nachdruck dahin wirken wird, die bestehenden Schwierigkeiten sobald und soweit als möglich zu beseitigen.“ Seither sind mehr als sieben Wochen verfloßen, und wenn man fragt, welche bemerkenswerten Veränderungen seither in den österreichischen Ernährungsverhältnissen eingetreten seien, so wird es schwer sein, eine Antwort darauf zu finden. Von einer Abnahme der früher bestehenden Schwierigkeiten ist nichts zu merken, und ebensowenig von dem „größten Nachdruck“, der das Wirken der neuen Amtsstelle auszeichnen sollte. Gerechterweise muß man die Möglichkeit, selbst die Wahrscheinlichkeit einräumen, daß in dem weitläufigen Amtsgebäude des Volksernährungsamtes in der Mariahilferstraße mit großem Fleiß und Eifer gearbeitet werde. Tatsache aber ist, daß man davon nichts sieht und nichts hört und daß die vielen Österreicher, die nicht gerade täglich durch die Mariahilferstraße gehen, kaum einen Anlaß haben, sich der Existenz des Volksernährungsamtes zu erinnern. Es mag

ein fleißiges Amt sein, aber es ist ein stilles Amt, und das ist unter allen Umständen zur Kriegszeit ein ernster Fehler. Das Volksernährungsamt, darüber sind wir uns alle klar, kann die gegebene Menge der Lebensmittel nicht vermehren und keinen Ueberschuß hervorzaubern. Dazu wurde es auch nicht geschaffen. Aber es wurde geschaffen, um alle vorhandenen Vorräte ans Licht zu ziehen und zu gerechter Verteilung zu bringen und durch eine energische Markt- und Preispolitik der Bevölkerung die beruhigende Gewißheit zu geben, daß zu ihrer bestmöglichen Versorgung alles geschieht, was geschehen kann. Diese beruhigende Gewißheit ist ein wichtiges Stück Volkspychologie im Kriege. Auch wenn die Ernährungsverhältnisse positiv nicht zu bessern sein sollten, wird sich die Bevölkerung zufrieden geben, sobald sie nur sieht, daß die zuständige Behörde rastlos tätig ist und alles anbietet, um wenigstens den relativ besten Stand der Dinge herbeizuführen.

Ein Volksernährungsamt muß also sinnfällig arbeiten, es muß die Gardinen aufziehen, um alle Welt in seine Arbeitsräume blicken zu lassen, es muß auch für das Auge, für die Phantasie der Bevölkerung etwas übrig haben. Warum läßt denn die Armeeführung ihre täglichen, neuesten zweimal täglichen Berichte erscheinen, ergänzt sie durch ausführlichere Einzeldarstellungen, gestattet und fördert die illustrative Kriegsberichterstattung durch Photographie und Kinematographie? Weil der Anteil der Zivilbevölkerung an den Leistungen der Armee lebendig erhalten werden soll, weil in diesem Anteil eine der seelischen Kraftquellen des Staates liegt. Aber auch im Ressort des Volksernährungsamtes ist auf solche seelische Kraftquellen zu achten. Die Bevölkerung erwartet von diesem Amt zweierlei: Vorsorge für die Zukunft und Erleichterung für die Gegenwart; Maßregeln, die Sicherheit für ein Auslangen bis zur nächsten Ernte und für die richtige Vorbereitung dieser Ernte gewähren, und Maßregeln, die die Verteilung der Vorräte zweckmäßig gestalten und den Preisdruck lindern sollen. Es ist anzunehmen, daß unser Volksernährungsamt vortreffliche Pläne der Zukunftsvorsorge ausarbeitet, aber es gibt der Bevölkerung keinen Einblick in seine Arbeit. Und was die erleichternden Marktvorkerungen betrifft, die jeden Tag in Handel und Wandel

sichtbar werden sollten, so läßt sich nur feststellen, daß in den letzten sieben Wochen in diesem Punkte keine irgend merkwürdige Neuerung zu verzeichnen war. Das ungarische Ernährungsamt, das auch nicht länger besteht, hat bereits große Lebensmittelrequisitionen mit Erfolg durchgeführt. Das reichsdeutsche Ernährungsamt macht vollends unablässig von sich reden, und wenn diese Diskussion auch mitunter sehr laut und heftig wird, Herr v. Batocki macht sich nichts daraus. Im Gegenteil, er ist der Ansicht, daß sich das Publikum in Ernährungsfragen gehörig aussprechen und nötigenfalls auch ausschimpfen soll, weil das die Geister beschäftigt und die Gemüter erleichtert. Unser österreichisches Ernährungsamt ist mit einem Fehler behaftet, der zum mindesten ein schwerer Regierfehler ist: es ist ein viel zu stilles Amt.

Baron Kürthy über Lebensmittelfragen.

Der Präsident des ungarischen Lebensmittelamtes Baron Kürthy machte interessante Mitteilungen über eine Reihe von Nahrungsmittelfragen. Er erklärte, daß durch die Erfolge der zweiten Requirierung der Brotfrüchte der Beweis geliefert wurde, wie notwendig diese Requirierung gewesen sei. Schon bei der ersten Requirierung hätte eine große Menge Getreide zum Vorschein kommen sollen, was aber nicht geschah. Dies habe die Vornahme der zweiten Requirierung veranlaßt. Bei dieser wurde in vielen Komitaten eine so große Menge von Brotfrüchten vorgefunden, daß der Erfolg als ein ungewöhnlich guter zu betrachten ist.

Es ist heute jedenfalls noch nicht sicher, wie viel von der in Rumänien gemachten Beute an Brotfrüchten auf uns entfallen wird; die Regierung muß daher großes Gewicht darauf legen, daß man mit den bei uns befindlichen Vorräten bis zur nächsten Ernte das Auskommen findet. Zu diesem Zweck wird demnächst in Ungarn zur Brotbereitung das Weizenmehl mit Maismehl gemischt werden. Baron Kürthy bemerkte aber gleichzeitig, daß uns in bezug auf das Maismehl eine angenehme Ueberraschung bereitet wurde. Das Maismehl hat ein viel größeres Ergebnis geliefert, als man gerechnet hat.

Dagegen haben die Kartoffeln das Gegenteil gezeitigt; man hat ein viel schlechteres Ergebnis, als man allgemein gehofft hat.

Das Landesernährungsamt, dem außer den Vertretern der verschiedenen Ministerien auch Vertreter der Landesfabriken, der Landesverbän-

de und Landesagikulturvereine angehören werden, wird in den nächsten Tagen seine Konstituierung vollziehen.

Das ungarische Landesernährungsamt befahl sich schon jetzt mit der wichtigen Frage der Vorbereitung des Ueberganges vom Kriegszustand zum Friedenszustand. Die zu diesem Behufe nötigen Maßnahmen können nicht von heute auf morgen gemacht werden, sie müssen daher schon jetzt rechtzeitig begonnen werden.

Bezüglich der administrativen Tätigkeit des Lebensmittelamtes erklärte Baron Kürthy, daß das Vorgehen gegen die Preistreiber demnächst vereinfacht wird. Anstatt wie bisher drei Instanzen, werden nunmehr nur zwei Instanzen in diesen Angelegenheiten zu entscheiden haben. Uebrigens würden sich demnächst Beamte des ungarischen Ernährungsamtes nach Wien und Berlin begeben, um mit den dortigen Lebensmittelämtern als ständige Delegierte in nähere Beziehungen zu treten und das gemeinschaftliche Verhältnis zu befestigen.

4. I. 1917

Die Lebensmittelversorgung.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung unterbreiteten Richtlinien für die Organisation der Lebensmittelversorgung haben folgenden Wortlaut: „Zum Zweck der gleichmäßigen Versorgung mit Lebensmitteln in Stadt und Land ist gesetzlich festzulegen:

Alle Verbraucher, auch die Selbstversorger, haben nur auf die gleiche Menge Nahrungsmittel Anspruch. Abstufungen sind nur nach Art und Dauer der Arbeit, nach Alter und Gesundheitszustand der Verbraucher zulässig. Die Zuführung der Nahrungsmittel nach den Bedarfsgemeinden ist durch Vereinigung der Erzeuger zu örtlichen Zwangsverbänden sicher zu stellen. Diese Verbände sind verpflichtet, die von ihnen erzeugten Nahrungsmittel nach Abzug des gesetzlich zulässigen Eigenverbrauchs nur an Bedarfsgemeinden unter den vom Kriegs-Ernährungsamt festzusetzenden Bedingungen zu liefern. Das Kriegs-Ernährungsamt hat zur Ueberwachung und erforderlichenfalls zwangsweisen Durchführung der Lieferungen die geeigneten Hilfsorgane sich anzugliedern. Das Reich gilt dabei als einheitliches Versorgungsgebiet, das durch Ausfuhrverbote einzelner Landesteile oder Gemeinden nicht getrennt werden darf. Für alle Lebensmittel müssen Ein- und Verkaufs-Höchstpreise festgesetzt werden, bei denen der auch im Frieden übliche Gewinn nicht überschritten ist. Das Kriegs-Ernährungsamt hat einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der den Zwangsverbänden der Erzeuger den Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln und die Aufzucht von Vieh in Art und Umfang vorschreibt.“

4.11.1917

Ernährungsfragen.

N Berlin, 3. Januar. Die neueste Wendung in der Ernährungspolitik des Herrn von Batocki hat zu folgendem Antrag aller bürgerlichen Fraktionen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung geführt: dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Bestrebungen der Gemeindeverwaltungen, durch den Ankauf einzelner Lebensmittel ausbilsweise den Bedürfnissen der Bevölkerung genüge zu leisten, nicht durch Beschlagnahme der eingekauften Waren seitens der zuständigen Reichsorganisationen und der Zentraleinkaufsgesellschaft zwecks anderweitiger Verteilung vereitelt werden, 2. daß die den Reichsstellen übertragene Fürsorge zwecks Lieferung von Nahrungsmitteln an die Verbraucher nicht zum Nachteil der großen Gemeinden dadurch beiseite geschoben wird, daß den Gemeinden der Ankauf dieser Lebensmittel aufgegeben wird, ohne daß diese in der Lage sind, auf Grund der bestehenden Verhältnisse die Lösung dieser Aufgaben bewirken zu können.

K Ludwigshafen am Rhein. Die pfälzischen Bierbrauer haben an das Ministerium des Innern in München eine Beschwerde gerichtet, weil das Malzkontingent für die Pfalz auf nur 26 Prozent festgesetzt wurde, gegen 85 Prozent für das rechtsrheinische Bayern, während sie andererseits das Bier zu dem für Bayern vorgeschriebenen höheren Ertragsgehalt einbrauen und sich auch an die bayerischen Höchstpreise halten müssen. Durch diese Zurücksetzung werde die pfälzische Brauindustrie dem Ruin zugeführt. Bekannt wird ferner, daß die pfälzische Brauindustrie für den Doppelzentner Brauwasser ab Vorlaberort 41,10 Mark bezahlen muß, gegen nur 37,80 Mark im rechtsrheinischen Bayern.

Die hohen Preise für Süßigkeiten.

Süßigkeiten und Schokolade werden in der letzten Zeit vielfach zu Preisen gehandelt, die vielleicht unter dem Gesichtspunkt von Angebot und Nachfrage, aber nicht unter dem Gesichtspunkt der Herstellkosten gerechtfertigt sind. Das Kriegsernährungsamt hat deshalb bereits seit längerem mit der Zuckerwaren-Langstelle für das Deutsche Süßkonditoren-Gewerbe in Würzburg Verhandlungen über die Festsetzung von Richtpreisen auch für Süßwaren eingeleitet. Die Verhandlungen werden so rasch gefördert, als es bei der Vielfältigkeit der Waren möglich ist. Auch ehe aber solche Preisbindung erfolgt, dürfen die Preise für Süßigkeiten nicht ungemessen erhöht werden. Wer Preise nimmt, die einen übermäßigen Gewinn geben, ist vielmehr auch jetzt schon strafbar; er würde ferner künstig Zucker nicht mehr zugewiesen erhalten.

Ersahnahrungsmittel und Selbstschutz.

In den letzten Monaten haben Staatsanwaltschaften und andere Behörden das Publikum öfters vor minderwertigen Ersahnahrungsmitteln gewarnt und zum Selbstschutz aufgefordert. Wir bezweifeln, daß damit etwas Wesentliches genügt wird. Nur die Wenigsten sind überhaupt in der Lage, im einzelnen Falle wirklich zu unterscheiden. Wieviele können denn Berechnungen von Kalorien und Nährgehaltwert anstellen? Da kauft z. B. jemand eine Büchse irgend eines der aus pflanzlichen Stoffen hergestellten Fleischersatzmittel, sogen. „Pflanzenfleisch“. Wie soll er die Zusammensetzung dieses Stoffes feststellen? Und selbst wenn die Zusammensetzung angegeben ist, wie kann der Käufer beurteilen, ob der Preis, den er bezahlt, angemessen ist oder eine „wucherische Ausbeutung des Publikums“ darstellt? Dazu kommt, daß die meisten Käufer sich scheuen werden, eine Anzeige zu erstatten, zu der ihnen die sicheren Beweismittel einer schuldhaften Handlung des Verkäufers fehlen. Ein wirksamer Selbstschutz des Publikums ist ausgeschlossen. Nur strenge Kontrolle der Fabrikation selbst und eine regelmäßige Nachuntersuchung der auf den Markt gebrachten Ersahnahrungsmittel und aller derartigen Erzeugnisse der Kriegswirtschaft würde Abhilfe schaffen. Es dürfte nichts verkauft werden, was nicht auf seine Zusammensetzung an Nährstoffen, auf seinen Kaloriengehalt und Nährwert behördlich untersucht und mit entsprechender Kennzeichnung versehen ist. Erst dann könnte das Publikum sich schützen.

Dr. F. M.

4./I. 1917

75
80**Es muß energischer requiriert werden.**

Die Prager Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt berichtet, sie habe die Wahrnehmung gemacht, daß von vielen Kommissionären, sowohl den aus dem Kreise der Händler als auch der landwirtschaftlichen Korporationen bei der Aufbringung der den Gemeinden und Großbetrieben zur Ablieferung auferlegten Getreides, Hülsenfrüchte wie auch Kartoffelkontingente nicht mit der notwendigen und vorgeschriebenen Strenge und Eifer vorgegangen wird. Die landwirtschaftlichen Korporationen lassen es in dieser Hinsicht namentlich gegen ihre Mitglieder sehr oft an dem nötigen Nachdruck fehlen, während bei den Kommissionären des Handelsstandes einer energischen Aufbringungstätigkeit vielfach und nachweisbar Rücksicht auf frühere oder zukünftige Geschäftsverbindungen entgegensteht. Die Zweigstelle muß mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß von ihren Einkaufsorganen sowohl die vorgeschriebenen Kontingente als auch alle verfügbaren Bestände an Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln restlos erfasst und dem allgemeinen Versorgungsdienst zugeführt werden. Sie kann und wird es nicht mehr dulden, daß Ergebnisse der Aufbringung durch persönliche Interessen ihrer Einkaufsorgane ungünstig beeinflusst werden. Die Kommissionäre werden demnach beauftragt, mit aller Energie und ohne Rücksicht auf eigene frühere oder zukünftige geschäftliche Beziehungen zu den Produzenten darauf zu dringen, daß diese ihrer Lieferungsspflicht sowohl der Menge als auch der Art und der Zeit nach genauest nachkommen. Die Landwirte sind bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß sie über den Verbleib der von ihnen geernteten Feldfrüchte auf Grund der Anbaustatistik einzeln Rechnung und Nachweis zu legen haben werden; jede unzulässige Verfütterung oder Mehrverbrauch sowie Verheimlichung müssen rücksichtslos aufgedeckt und als gegen das allgemeine Staatsinteresse verstoßende Handlungen verfolgt werden. Die Kommissionäre sind daher verpflichtet, derlei Vorkommnisse in den ihnen zugewiesenen Ortschaften der Zweigstelle sogleich anzuzeigen, wenn sie sich nicht zu Mitschuldigen solcher Helfer unserer Feinde machen wollen.

4. / 11. 1917.

81

Muß das sein? Es ist volkswirtschaftlich Strafe-
vergebung, wenn sich zwischen Großhandel und Konsumenten
viele Glieder einschleichen. Wie verteuern diese Glieder wirken,
ist in der Zeit des Kettenhandels genugsam bekannt. Man
sollte nun glauben, daß wenigstens die offiziellen Einkaufs-
vereinigungen den Zwischenhandel möglichst einschränken
werden. Tatsächlich gibt jedoch die „Dezeg“ die Waren zum Teil
an Großhändler ab, von denen sie erst die Kleinhändler
beziehen. Offenbar will man die „legitimen Formen“ des
Handels schonen, tatsächlich erreicht man, daß eine allenfalls

mögliche Verbilligung der Waren unterbleibt. Man kommt
eben bei uns von den Rücksichten nicht los.

Unsere Bauern.

Der Forscher Dr. v. Geramb sagt in einer Besprechung des Büchleins „Altsteirisches“ („Tagespost“, 24. Dezember 1916) über den steirischen Bauernstand: „Und nicht zuletzt meinen wir auch, daß diese Erinnerung aus „Altsteirisches“ sehr zeitgemäß gekommen ist. Der Krieg hat die sozial so unendlich schädliche Kluft zwischen Gebildeten und Bauern wohl im Schützengraben, doch leider so gar nicht in den Großstädten des Hinterlandes überbrückt. Das wüßte, neidige Geifern über die Bauern, die „jetzt alle schuldenfrei werden“, gehört zu den trübsten Erscheinungen unserer Tage. Wir wollen nicht den Unarten und Uebergriffen so mancher Bauern das Wort reden. Unsere Milch- und Marktbauern, die im Dunstkreise der Großstadt vielfach entartet und verdorben sind, zählen wir überhaupt nicht zu dem, was wir unter dem rechten steirischen Bauerntum verstehen. Aber man nehme sich nur die Mühe und übersteige die nächsten zwei, drei Bergzüge und sehe die ungeheure, gegen die ohnehin mehr als harte Friedensarbeit oft verzehnfachte Leistung, die die alten Daheimgebliebenen mit Kindern verrichten. Verrichten zu einer Zeit, in der ihre Söhne als das Hauptkontingent der Fußtruppen (man weiß, was das heißt!) die größten Blutopfer unter allen Ständen bringen! Wer das Bauerntum unserer steirischen Berge und Waldgräben je richtig geschaut und erkannt hat, der wird es als das größte Glück dieses Krieges preisen, daß es nun wenigstens teilweise aus seiner materiellen Verarmung herauskommt. Der weiß aber auch, wie unumgänglich notwendig uns ein gesundes Bauerntum ist und immer sein wird.“

Die Leithagrenze.

Die Ernährungsfragen werden jetzt in aller Welt bereits als kriegswirtschaftliche Angelegenheiten von höchster Wichtigkeit behandelt. Selbst in England, wo man sich das zu Anfang des Krieges gewiß nicht hatte träumen lassen, ist nunmehr die Konsumregelung im Gange, und Speisevorschriften werden erlassen und streng durchgeführt, so wenig auch solcher Zwang sich mit den individualistischen Lebensgewohnheiten des Engländerturns vertragen mag. Wenn aber unsere Gegner, denen alle Straßen des Weltverkehrs offenstehen, zu solchen Maßregeln greifen, wie sorgfältig müssen erst wir, die von der See abgesperrten, rechnen und haushalten. Nur dürfen wir dabei allerdings nicht aus Unachtsamkeit oder Unschlüssigkeit die Abperrung noch enger werden lassen, als es die Notwendigkeit der Kriegsverhältnisse mit sich bringt. Die feindlichen Flotten können uns von den Weltmeeren absperrern, aber im Leithafluß liegen vorläufig noch keine englischen Panzer, die den Verkehr zwischen Bis und Trans verhindern würden. Und doch ist die Nahrungsmittelzufuhr auch von dieser Seite nicht frei. Wir sind in Oesterreich unausgesetzt darauf bedacht, mit tausend großen und kleinen Mitteln unsere Erzeugung und unseren Verbrauch in eine genau abgestimmte Proportion

zu bringen, aber bei dem geistigen und moralischen Kraftaufwand, den das kostet, verwenden wir, wie es scheint, zu wenig Kraft darauf, endlich einmal auch unsere kriegswirtschaftlichen Austauschverhältnisse mit Ungarn in befriedigende Ordnung zu bringen. Daß die beiden Reichshälften in diesem Kriege, in dem es um die Existenz des Reichsganzen geht, ein Leib und eine Seele sind, steht außer Frage. Ungaarische Truppen hüten unsere Grenzen, so wie unsere Truppen die Grenzen Ungarns hüten, und nie hat sich die bruderstaatliche Interessengemeinschaft klarer offenbart als in dieser Gemeinschaft vergossenen Kämpferblutes. Zu diesem Bilde, das uns alle mit Stolz erfüllt und dem Ausland Respekt abnötigt, fehlt nur noch eine einzige kleine Ergänzung: die praktische Betätigung der unbedingten Interessengemeinschaft auch auf dem Gebiete der Volksernährung.

Theoretisch gibt es ja darüber gar keine Meinungsverschiedenheit. Die maßgebendsten Staatsmänner und Politiker Ungarns haben wiederholt anerkannt, daß die ungarische Nahrungproduktion mit ihren etwaigen Ueberschüssen das etwaige Minus der österreichischen Produktion ausgleichen müsse. Aber von der theoretischen Anerkennung zur praktischen Ausführung scheint ein gewundener und schwer gangbarer Weg zu führen. Daß es in Ungarn ein Plus und in Oesterreich ein Minus an Nahrungproduktion gibt, ist in Friedenszeiten nie bestritten worden, und dem hat auch der tatsächliche Gang des Handelsverkehrs stets entsprochen. Ungarn sendete seine Ernteüberschüsse herüber, wir sendeten industrielle Rohstoffe und Fabrikate hinüber. Wir tun das auch jetzt, während des Krieges, soweit die geänderten Verhältnisse unserer industriellen Produktion es irgend gestatten. Die Nahrungsmittelzufuhr aus Ungarn aber stockt. Wir können selbstverständlich nicht verlangen, daß die Ungarn sich selbst Entbehrungen auferlegen, um uns eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen. Aber wir können billigerweise wohl den Wunsch aussprechen, daß zwischen den Bevölkerungen Ungarns und Oesterreichs eine Gleichheit der Lebenshaltung, ein kriegswirtschaftlich begründetes und ermitteltes Gleichmaß der Ernährung hergestellt werde. Wir haben ja in beiden Staaten

Ernährungsämter, die die Vorbedingungen eines solchen Ernährungsausgleiches unschwer herstellen könnten. Man hat freilich von einem näheren Verkehr der beiden Ämter bisher nichts gehört. Herr v. Batocki kam aus Berlin, um seine Amtskollegen in Wien und Budapest zu besuchen, aber von gegenseitigen Besuchen der beiden Amtskollegen, die einander doch näherstehen, wurde noch nichts berichtet. Nun, es kommt ja auch darauf nicht an. Wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Bis und Trans werden ja auch sonst zur Genüge geführt, an Gelegenheit, dieses wichtige kriegswirtschaftliche Thema anzuschlagen, fehlt es also nicht. Es wäre wohl hübsch, wenn die Ungarn von selbst darauf kämen,

6./1. 1917.

Ein Minister für Volksernährung.

Oberst Höfer zum Minister ernannt und mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betraut.

Wien, 5. Januar.

Das Schmerzenskind unserer Verwaltung kommt jetzt in die Hand eines Ministers. Oberst Anton Höfer ist berufen worden, das Amt für Volksernährung zu leiten, das nicht mehr unter einem Präsidenten, sondern unter einem Minister stehen wird. Der Gedanke des Ministerpräsidenten v. Koerber, die Nahrungspolitik nicht mit den Hemmungen zu belasten, die bei der Abhängigkeit von den verschiedenen Ressorts fast unvermeidlich sind, zeigt sich auch in der hohen Rangstufe, die dem Obersten Höfer verliehen worden ist. Ein Ministerium wurde nicht errichtet, die Satzungen des Amtes für Volksernährung bleiben unverändert, aber ein Minister wird ernannt, der im Kabinette seinen Wünschen und Vorschlägen besonderen Nachdruck geben, sie an den obersten Stellen unmittelbar und persönlich vertreten und nach unten sich das nötige Ansehen verschaffen kann. Minister Höfer kommt von der Armee, von der Gemeinsamkeit, wo bei der Verteidigung der Grenzen in Schlachten und Kämpfen das einzige Staatsrecht die Vorbereitung und Ausrüstung des Heeres zum Siege, die Niederlage der Feinde und die Sicherung der Kriegsziele ist. Er wird in seinem neuen Wirkungskreise die Trennung in den Vorräten an Mehl, Brot, Fett und Fleisch zwischen Oesterreich und Ungarn noch lebhafter empfinden und als Soldat schwer an den Gedanken sich gewöhnen, daß nur das Kämpfen und Sterben gemeinsam sein dürfe, aber nicht die Sorge für das Hinterland, nicht die Vorratswirtschaft, die mit jeder Erweiterung ihres Gebietes leichter und für das Volk erträglicher wird. Der Oberst ist Minister geworden und bald dürfte auch ihn die Zweckmäßigkeit bedrücken, von der in der ausübenden Politik an den maßgebenden Plätzen keiner verschont bleibt. Auch er wird sich über die Schlingengewächse hundertfacher Rücksichten nicht gänzlich frei erheben können. Da er jedoch im Generalstabe einer der wichtigsten Quartiermeister gewesen ist, wird er niemals vergessen, daß dort oben, wo der Unterhalt für die Truppen beschafft werden muß, der militärische und der politische Zusammenhang in den Pflichten beider Staaten am deutlichsten zu fühlen ist. Die Verstärkung der Gemeinsamkeit in der Fürsorge um das Hinterland, in der Nahrungspolitik für das Heer und für das Bürgertum muß bei einem Kriege, der so lange dauert, ein Bedürfnis sein, das täglich wächst.

Die Nahrungspolitik im Kriege war in sämtlichen Ländern ein Taften aus dem Dunkel heraus ins Licht. An der Tür sämtlicher Nahrungsämter sollte das Wort von Milton zu lesen sein: Irrtum ist die Meinung im Werden. Nahrungspolitik ist öffentliche Vorratswirtschaft, und je größer der Vorrat, desto mehr wird das Ergebnis der Wirtschaft befriedigen. Ein hoher Offizier, der jetzt als Minister dafür verantwortlich ist, daß dem Volke geboten werde, was es zur unentbehrlichen Lebenshaltung braucht, wird den Einfluß haben, durchzusetzen, daß für den Anbau der Felder, für die Erzeugung von Getreide und Früchten und für die Viehfütterung die nötigen Kräfte verfügbar seien. Die Natur können wir nicht immer bändigen, aber es liegt in unserer Macht, sie durch Pflege der Aecker und Wiesen zu unterstützen. Eine gute Ernte, ein gesegneter Sommer und Herbst bleiben der beste Teil der Nahrungspolitik und die verlässlichste Hilfe des Amtes für die Volksernährung. Wie auf einem Gute ein richtiger Anbauplan für das Erträgnis und für die Erhaltung der Kräfte im Boden maßgebend ist, müßte jetzt Oesterreich und eigentlich die ganze Monarchie mit den besetzten feindlichen Landstrichen wie ein einziges Gut behandelt werden, wo zu bestimmen ist, wie die Felder zu

bestellen, was für die Fleischzucht, was für die landwirtschaftlichen Betriebe, was für Zucker, Branntwein und Bier aufzubringen wäre. Denn die Nahrungspolitik muß bei der Erzeugung beginnen; das hat die Erfahrung hundertfältig bewiesen. Die Fehler, die überall begangen worden sind, hatten oft den letzten Ursprung in dem Glauben, daß der Staat mit Vorschriften und Zwang bei der Verteilung auskomme. So hat sich das neckische Spiel entwickelt, daß die Waren in dem Augenblicke verschwunden sind, in dem Höchstpreise angekündigt wurden. Das Vertrauen in die Nahrungspolitik war erschüttert, weil sie mit der Preispolitik nicht umzugehen wußte. Die Erkenntnis war schließlich durchgedrungen, daß Höchstpreise ohne Beschlagnahme das Angebot verschneiden, den Markt veröden und den leistungsfähigen Käufern einen von ihnen gar nicht gewünschten Vorzug gegenüber den schwächeren bieten. Die Frage wurde im Volke oft aufgeworfen, warum in einem Lande, das im Frieden die stärkste Ausfuhr von Eiern hat und sich eines Mangels an diesem Nahrungsmittel gar nie erinnern konnte, von den Frauen weite Fußwanderungen unternommen werden müssen, um ein halbes Duzend nach Hause zu bringen. Die Veramtung des Handels schädigt die Nahrungspolitik und der bürgerliche Staat mit seiner Teilung der Arbeit hat sich nicht aus Zufall, sondern aus innerer Notwendigkeit aufgebaut.

Wir brauchen uns dieser Verirrungen nicht zu schämen, da auch Länder mit einer musterhaften Fähigkeit, sich dem Kriege anzupassen, von ihnen nicht verschont geblieben sind. Der preussische Landwirtschaftsminister hat noch im September des ersten Kriegsjahres die Gutsbesitzer in einem Rundschreiben aufgefordert, die Kartoffeln als Ersatzmittel für das fehlende Kraftfutter bei der Viehhaltung zu verwenden. Schon einige Wochen später erkannte die Regierung, daß sie dem Menschen den Bissen vom Munde nehme, wenn sie die Kartoffeln im Stalle verwenden lasse. Der Höchstpreis, der absichtlich tief bemessen war, wurde sprunghaft hinausgesetzt und schließlich mußte das Fütterungsverbot ausgesprochen werden. Der Reichstag drängte jedoch zur Beschlagnahme, die Regierung zögerte, und wie zum Spote für die Höchstpreise brachte der Handel große Vorräte aus den Berstecken heraus, so daß wieder die Ärmern, die so teuer nicht zu kaufen vermochten, alle Verfehlungen zu büßen hatten. Die Kartoffelnot wurde ernst und die Regierung konnte nur helfen, indem sie die Mehrkosten der Erzeugung zu eigenen Lasten übernahm und den Verbraucher nicht fühlen ließ, was die Nahrungspolitik in der Preispolitik vergriffen hatte. Ähnlich ist der Weg durch den Irrgarten des Verfahrens mit dem Brotgetreide gewesen. Die Regierung schwankte zwischen Verfüttern und Nichtverfüttern, zwischen Brot und Fleisch, zwischen Mehl und Fett. Als die Furcht vor der Unzulänglichkeit stärker wurde, kamen Warnungen, dann Verbote und sogar Aufäufe: Wer Brotgetreide verfüttert, verläßt sich am Vaterlande! Dennoch wurden in einzelnen Monaten größere Mengen verfüttert als im Frieden. Genau so wie in Oesterreich verboten einzelne Landräte, welche die Unsicherheit in der Leitung merkten und die Verantwortlichkeit für die Folgen nicht tragen wollten, die Ausfuhr von Getreide und Kartoffeln aus ihrem Kreise.

Wir alle werden dereinst dem Askulap ein Huhn aus Dankbarkeit für die Genesung schlachten, wenn es uns nach dem Abschlusse dieser schweren Zeit wieder möglich sein wird, ohne Karten beim Kaufmann in der Nahrungspolitik der Freiheit den Bedarf des Haushalts zu decken. Die Gesellschaft hat aus ihren eigenen Trieben ein Wunderwerk gebaut, das auch dem Dürftigen eine bessere Lebensstufe sichert, als die Ämter für Volksernährung jemals vermöchten. Aber der Krieg nötigt zu dieser Gemeinwirtschaft, die sich strachelnd und zuweilen die Straße verfehlend vervollkommenet, weil die Einsicht wächst, daß die Nahrungspolitik mit der Sorge für den Vorrat beginnen und ohne richtige Preispolitik unzureichend bleiben muß. Heute kommt die Meldung, daß Braila, der große Hafen an der Donau, besetzt worden ist. Das ist eine gute Nachricht für den Minister Höfer und für das Volk. Siege werden jetzt zu Brot.

Ein neues Ministerium.

Ein neues Ministerium ist soeben geschaffen worden: Das Volksernährungsamt hat sich in ein Ministerium verwandelt; an seiner Spitze steht nach dem gleichzeitig vollzogenen Rücktritt seines bisherigen Präsidenten der bisherige Chef der Quartiermeisterabteilung des Armeekorps Oberst Anton Höfer als Minister ohne Portefeuille.

Mit dieser neuerlichen Umwandlung und Rangserhöhung des Volksernährungsamtes erscheint eine Entwicklung wohl abgeschlossen, die die verantwortlichen Stellen und die gesamte Öffentlichkeit nunmehr seit etwa zwei Jahren mit wachsender Dringlichkeit beschäftigt. Genau genommen stehen wir seit Beginn des Krieges unter dem Druck der Ernährungsfrage, der bereits nach dem ersten Halbjahr allgemeiner fühlbar geworden ist, den Gedanken der Schaffung einer besonderen Organisation für die Volksernährung im Kriege wachrufen mußte und nicht mehr einschlafen ließ. Schon zu Beginn der Bewegung wurde die Form eines eigenen Ministeriums erwogen, damals aber noch als eine Ueberspitzung und Ueberschätzung der Frage bewertet. Mittlerweile hat die lange Dauer des Krieges das Ernährungsproblem überall immer mehr in den Border-

grund geschoben, und die Notwendigkeit besonderer Vorkehrungen und einheitlicher zielbewußter Vorjorge für die Ungejörtheit der Ernährung an den Fronten wie im Hinterlande hat von den Mittelmächten schon seit geraumer Zeit auch auf ihre Gegner übergegriffen. Im Ministerium Lloyd George hat Lord Robert Cecil als Nahrungsmittelkontrollor Sitz und Stimme. In Frankreich ist die Errichtung eines solchen Ministeriums beschlossene Sache, und auch in Rußland wachsen die Ernährungsfragen den verschiedenen Aemtern, in deren Kompetenz sie fallen, seit langem über den Kopf. In Deutschland, wo man bekanntlich bereits im Februar 1915 zur Schaffung der Brotkarte geschritten ist, die bei uns erst im Mai desselben Jahres eingeführt wurde, hat man auch zuerst zur Ernennung eines Nahrungsmitteldirektors gegriffen, der zwar nicht den Titel eines Ministers führt — weil es ja im deutschen Reich keine Minister gibt, sondern nur Leiter von Staatsämtern, die ausschließlich dem Reichskanzler unterstehen —, seinem Range und seiner Machtfülle nach aber den Staatssekretären gleichgestellt ist. Ueberall ist, wie man sieht, die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Ernährungsfragen heute eine unmittelbare Bedeutung gewonnen haben, vor der die Ressorts der Friedensministerien zurücktreten. Ueberall fühlt man auch, daß die Bedeutung und die Arbeit eines Volksernährungsamtes mit dem Abschluß des Krieges nichts weniger als erledigt sein werden, sondern daß eine solche Organisation, wenn sie zweckentsprechend arbeitet, ihre Wirksamkeit und ihre Erfolge in den Frieden hinübertragen wird.

Bei uns sind die ersten Versuche mit einem Volksernährungsamt, dessen Notwendigkeit augenscheinlich geworden war, unter dem Ministerium Stürgkh unter vorläufiger Wahrung der Kompetenzen der einzelnen Ministerien gemacht worden, wobei man über die Schwierigkeiten und Bangwierigkeiten durch die Schaffung einer interministeriellen Kommission hinwegzukommen hoffte. Diese Einrichtung hat sich nicht bewährt, und das Ministerium Koerber wagte den weiteren Schritt der Schaffung eines selbständigen Amtes, dessen Präsident nur dem Ministerpräsidenten unterstellt war, weil er erkannte, daß die Er-

nährungsfragen durchaus unübersehbare Natur seien und nicht nach Ressorts zerstückelt werden dürfen. Aber es fehlte der letzte Schritt. Auch der Leiter des Koerber'schen Volksernährungsamtes blieb nur eine Art Sektionschef im Ministerratspräsidium, dem Sitz und Stimme im Ministerrat selbst versagt war. Dadurch mangelte es ihm an Autorität, vor allem gegenüber den Mitgliedern des Kabinetts selbst. Nun ist auch diese letzte Schranke beseitigt worden, und der Leiter des gegenwärtig allerwichtigsten Amtes hat den Titel und die Attribute der vollen ministeriellen Macht erhalten. Dieser Entschluß des Kabinetts ist sicherlich zu begrüßen, weil man an ihn die Hoffnung knüpfen kann, daß das Volksernährungsamt damit die Höhe seiner Entwicklung erreicht habe und nunmehr mit allen Mitteln, die der staatlichen Macht zur Verfügung stehen, auf sein Ziel losgehen kann, dessen Erreichung wahrhaftig „auf das innigste zu wünschen ist“.

Neue Versorgungsfragen.

Mit dem heute vollzogenen Wechsel im Volks-ernährungsamt hat die langwierige Geschichte der Zurüstung des Werkzeuges hoffentlich ihren Abschluß gefunden. So viel Mühen und Irrungen hat es bei uns gekostet, ein Werk zu schaffen und in Gang zu bringen, das anderwärts wie aus einem Guß hergestellt und vom ersten Tage an in voller Wirksamkeit war! Inzwischen wälzt der Krieg selbst die Volkswirtschaft ständig um und überholt die Vernunft von gestern durch die Erfahrung von heute Tag für Tag.

Die überlange Dauer des Krieges unterwirft der Kriegswirtschaft immer neue Gebiete und stellt immer neue Aufgaben. Den Ausgangspunkt der Kriegswirtschaft bildete die Brotvorsorge. Wenn die Feinde von der Aushungerung Deutschlands sprachen, dachten sie vorerst nur ans Getreide. Und vom Getreide redeten auch die Nichtfeinde im Inland, die aus der Aushungerungsfurcht das Kapital der Getreidezölle schlugen. Längst wurde von den Ententeländern zur agrarischen die noch wirksamere industrielle Aushungerung gesetzt, die mit dem Mangel von Kupfer, Zink, Stickstoff, aber auch von industriellen Rohstoffen wie Gummi und Baumwolle operiert, wo vorweg klar ist, daß kein Zoll im Heimatland irgend etwas zu nützen vermag. Beinahe ist heute die Sorge um die industriellen Rohstoffe ernster, obschon sie den breiten Massen lange nicht so unmittelbar fühlbar wird. Auch diese Verschiebung gehört zu den vielen auffälligen Umschlägen der Kriegswirtschaft.

Nun beginnt sich ein gewisser Umschlag bemerkbar zu machen in der Richtung, die die Versorgung zu gehen hat. In der ersten Kriegshälfte schien die Landbevölkerung die ausschließlich gebende, die Industriebevölkerung die ausschließlich empfangende zu sein und nur die eine Aufgabe schien gestellt: Wie bringt man auf dem Lande auf, um in der Stadt verteilen zu können? Diese einseitige Richtung des Versorgungsdienstes gab den Landwirten das Gefühl einer entscheidenden wirtschaftlichen Ueberlegenheit im Kriege und diese hat sich unbestreitbar auch auf den Märkten betätigt und durchgesetzt. Die Artikel dagegen, die das Landvolk von der Industrie bezieht, schienen in beliebiger vermehrbaren Mengen vorhanden zu sein und allezeit auch zur Verfügung zu stehen. Daß die

meisten volkswirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse wechselseitige sind, kam nicht zur Geltung.

Erst nach geraumer Zeit konnten der Mangel industrieller Rohstoffe, die Knappheit an Hilfsmitteln und Arbeitskräften und besondere, noch zu erwähnende Umstände die Versorgung des Landvolkes merklich beeinträchtigen. Am Beginn des Krieges kam erst allmählich zur allgemeinen Kenntnis, welche gewaltige Vorräte an Industrielieferungen eigentlich unsere Wirtschaft geborgen hat. Man hätte in einer Zeit, wo die Raschheit des Umsatzes über den Geschäftserfolg entscheidet, niemals vermutet, daß so große Warenbestände in all den Magazinen, Kammern und Gewölben aufgespeichert liegen. Und doch war es der Fall. Industrielieferungen können meist auf lange Zeiträume gelagert werden, Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht können das nicht oder sie werden aus anderen als technischen Gründen nicht lange aufgespeichert. Die anfangs ganz gewaltigen Lager ließen eine Knappheit in Industrieerzeugnissen lange gar nicht aufkommen.

Anderes mit fortgeschreitendem Kriege, dessen Dauer einen anderen Gegensatz bloßlegt. Die Landwirtschaft kann gradweise weniger intensiv gestaltet werden. Vom Gartenbau bis zur Weidewirtschaft gibt es eine lange Reihe von Abstufungen und Uebergängen und auf jeder Stufe trägt der Boden immer noch etwas. Die Scholle faßt beinahe jede Dichte und Undichte menschlicher Arbeit. Wo früher ein Dampfplug gegangen, kann später noch ein Kind Gänse hüten. Ganz anders in der Industrie. Jedes ihrer Geräte erfordert die bestimmte Intensität und Qualifikation der Arbeit, sie faßt viel und geschulte Arbeit und eine gradweise Herabminderung kann nur in engsten Grenzen vor sich gehen, sonst muß das Werk zum Stillstand kommen. Die Industrie hat eine durchaus andere, weit strengere Arbeitsverfassung als die Landwirtschaft und die starke Vermehrung der Armeestände, die der Krieg für ganz Europa gebracht hat, zwingt einen Frontwechsel der Kriegswirtschaftspolitik auf. Hat man bei Kriegsbeginn hauptsächlich die Sachenteignung vor Augen gehabt, so jetzt die — vaterländische Dienstpflicht!

Der besondere Umstand jedoch, wodurch der öffentlichen Fürsorge eine besondere Richtung aufgenötigt wird, ist die Transportfrage. Mit ausnahmsloser Allgemeinheit ergreift sie im dritten Kriegsjahr alle Kriegsführenden, die Land- wie die Seemächte. Die Seemächte wählten sich freilich über sie erhoben. Als Beherrscher der Meere glaubten sie auf unabsehbare Zeit die Zufuhren aller Art gesichert. Aber erstens nimmt — zu Wasser wie zu Lande — die reine Militärfracht einen ständig wachsenden Teil der Transportmittel in Anspruch, so daß für die Hinterlandsfracht absolut zu wenig Laderaum übrig bleibt. Zweitens bleibt für Reparaturen kein Material, kein Mann und keine Zeit übrig und das rollende wie das schwimmende Material büßt an Benutzbarkeit ein und muß in absehbarer Zeit allenthalben versagen. Drittens zerstört der Krieg an allen Fronten Betriebsmittel und die Unterseeboote beschränken am Ende den verfügbaren Tonnenraum weit stärker als der Landkrieg Ladeflächen der Bahnen. Diese Umstände vereint haben in allen Kriegsländern eine Transportkrise entweder schon erzeugt oder müssen sie zur gegebenen Zeit erzeugen. Möglicherweise wirkt diese entscheidender als die Krise der Warenvorräte und Arbeitskräfte. Wenn überhaupt, so läßt sich diese Krise nur bannen durch eine stramm-

einheitliche Organisation, die die Front- und Hinterlandsfracht durchaus einheitlich behandelt. Diese Aufgabe ist deshalb schwer, weil sie für das Hinterland auf jeden Fall ein Minimum von Transportleistung garantieren muß und dadurch die schrankenlose Freiheit der Dispositionen im Feld empfindlich einengt. Ueberall muß freilich das Land sein Existenzminimum an Frachtmitteln haben, um zu leben. Ueber dieses Minimum ist, wie es scheint, noch wenig nachgedacht worden.

Die Beengung der industriellen Erzeugung und noch mehr die Verringerung der Verfrachtungsmöglichkeiten treffen nun das Landvolf stärker als die Stadt. Schon ist es schwierig, Kohle, Petroleum, Salz und Spiritus in ausreichenden Mengen in die Konsumzentren zu bringen, noch viel schwieriger ist deren Verfrachtung in die kleineren Konsumorte und gar auf das flache Land. Je entlegener ein Ort von den großen Frachtzentren, umso weniger gelingt es ihm, sich die Waggonfracht oder auch nur die Stückgutsendung nutzbar zu machen, und also stellt sich in umgekehrter Anordnung heute dasselbe heraus wie in der ersten Kriegshälfte: War es damals unmöglich, noch länger von der automatischen Wirksamkeit des freien Verkehrs Getreide für den Industriearbeiter der Stadt zu erhoffen, so ist es beinahe ausgeschlossen, daß „automatisch“ Petroleum oder Kohle oder auch nur Salz in die Landorte kommt. Dabei sei nebenher bemerkt, daß die Landgemeinde, die zugleich Industrialort ist, natürlich doppelt geschlagen ist, sowohl bei Brot und Fett wie bei Petroleum und Spiritus.

So ist denn dem Staate eine gewissermaßen neue Aufgabe erwachsen: Er hat nicht nur draußen aufzubringen und hereinzuführen, er muß auch in den industriellen Produktionsgebieten aufbringen und hinausführen, er braucht dazu auf dem flachen Lande eine Verteilungsorganisation. Diese Aufgabe stößt allerdings auf besondere Hindernisse und Widerstände, aber sie bietet zugleich einen Vorteil: Nun nimmt der Staat nicht nur, er gibt auch! Und damit gelangt er moralisch in eine günstige Lage, er wird nun auch dem verbohresten Standesegoismus leichter verständlich oder kann sich wenigstens leichter verständlich machen. Man meldet aus den Verwaltungsgebieten einiger kommandierender Generale in Deutschland, diese hätten in Sprengeln, wo das Landvolf mit Fett, Butter und Eiern nicht herauswollte, einfach dekretiert: Der Bezirk und der Landwirt, der nicht liefert, bekommt weder Zucker und Kaffee noch Salz, noch Spiritus und Petroleum — worauf sich die zwangsweise Requisition glatt erübrigte. Und ein niederösterreichisches Landstädtchen, das sich glücklicherweise eines Petroleumwaggonns bemächtigt hatte, hat Petroleum an Nichtstädter abgegeben nur gegen Ablieferung von Butter und Eiern.

Diese Vorfälle sind Fingerzeige, wie nun endlich — wenigstens für das, was noch da ist! — eine lückenlose Aufbringungs- und Verteilungsorganisation geschaffen werden könnte: Man rufe örtliche Wirtschaftsamter aus den Kräften der Gesellschaft selbst ins Leben und verleihe ihnen die doppelte Amtshoheit, zu nehmen und zu geben! Dann wird sich bald zeigen, daß sich die beiden Verwaltungsaufgaben im Kompensationsweg leicht lösen. Freilich, wenn man sich einbildet, daß die Hoheitsrechte des Gebens und Nehmens unter allen Umständen durch Händler auf eigene Rechnung ausgeübt werden müssen, muß

der Staat entweder ohnmächtig zur Seite treten oder auf den Gendarmen als letztes Auskunftsmittel verfallen.

6./I. 1917.

21

Neue behördliche Maßnahmen.

Von zuständiger Seite erfahren wir: In den nächsten Tagen wird eine neue Fettverordnung erscheinen, die die Aufbringung und gleichmäßige Verteilung von Butter und Schweinefett sicherstellen soll. Es wird in ihr eine Zwangskontingentierung vorgeschrieben werden. Die aufzubringende Menge wird verhältnismäßig gering bemessen sein. Den Erzeugern wird der Eigenverbrauch an Fett und Butter nicht beschränkt werden, um zu verhindern, daß die Produzenten vor der Erzeugung zurückschrecken. Zum Kauf in den Erzeugungsorten werden nur bestimmte Stellen berechtigt sein.

Demnächst wird auch ein Kriegsküchen-erlaß erscheinen. Er bezweckt die Ausgestaltung der bestehenden und die Schaffung neuer Kriegsküchen, wobei man in erster Linie daran denkt, die Gastwirtschaften in den Dienst der Kriegsküchenwirtschaft zu stellen. Dem Kartenzwang unterliegende Speisen werden an die Abgabe der entsprechenden Karten gebunden sein. Die Kriegsküchen werden in Regie- und Erwerbsküchen eingeteilt sein. Unter Regieküchen sind diejenigen zu verstehen, die von irgend einer Gesellschaft betrieben werden, Erwerbsküchen sind solche, deren Unternehmer auf Erwerb angewiesen sind. Es wird natürlich jedem freistehen, sich für die eine oder die andere Art der Kriegsküchen zu entscheiden, wie denn überhaupt ein Zwang zum Besuche oder zur Errichtung einer Küche nicht bestehen wird. Wer sich aber in diesen Speiseanstalten verköstigt, muß sich eine entsprechende Kürzung der Verbrauchskarten gefallen lassen. Das Ernährungsamt wird dafür sorgen, daß die Belieferung der Kriegsküchen mit Lebensmitteln klaglos vor sich gehen wird.

Die Kaffeebezüge werden eine abermalige Streckung erfahren. Die nächsten Karten werden aller Voraussicht nach nur zum Bezuge von $\frac{1}{8}$ Kilogramm für eine Person auf acht Wochen berechtigen.

Die Salzversorgung Wiens.

Die Deckung des täglichen Bedarfes.

In den letzten Wochen war in Wien bei vielen Detailisten Speisesalz entweder gar nicht oder doch nur in kleinsten Mengen und unter großen Schwierigkeiten erhältlich. Dieser Umstand in Verbindung mit der Tatsache, daß manche Kaufleute alle Schuld auf die Salzgroßhändler schoben, um der ihnen un bequem fortwährenden Nachfrage des Publikums zu begegnen, hat in weiten Kreisen zu der allerdings unzutreffenden Annahme geführt, daß wir neuerlich einer Zeit der Salzknappheit entgegengehen, so wie sie schon einmal, und zwar im Oktober vorigen Jahres, bestanden hat. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß die in dieser Hinsicht sich geltend machenden Befürchtungen unzutreffend sind. Der Salzbedarf des Wiener Konsums kann mit Hilfe der fast täglich eintreffenden Salzsendungen in ziemlich ausreichendem Maße gedeckt werden. Allerdings unterliegt die tägliche Salzzufuhr nach Wien ziemlich häufig mehr oder minder großen Schwankungen, und da den Salzgroßhändlern irgendwelche Reservevorräte derzeit nicht zur Verfügung stehen, ergeben sich aus diesen Zufuhrschwankungen eben auch die vorübergehenden Schwierigkeiten im Kleinhandel.

Von informierter Seite erhalten wir hierzu auf unsere Anfrage die folgenden Informationen:

Die größten Schwierigkeiten in der Salzversorgung Wiens ergaben sich im Oktober des vergangenen Jahres. Gerade in jenem Monat haben die Sauerkrauterzeuger und auch die Selcher den größten Salzbedarf, und es war den in Wien etablierten Salzgroßhandlungen nur schwer möglich, die Nachfrage zu befriedigen. Der Wiener Bedarf mußte fast zur Gänze gedeckt werden von dem Sudwerk in Ebensee. Dieses Sudwerk hat aber auch ganz Niederösterreich, das südliche Mähren und das südliche Böhmen mit Speisesalz zu versorgen.

Wieliczka liefert nur graues Steinsalz, das im Oktober, um den dringenden Bedarf decken zu können, in gemahlenem Zustand an Selcher und Sauerkrauterzeuger abgegeben werden mußte, da das sonst übliche Speisesalz damals in ausreichenden Mengen tatsächlich nicht zur Verfügung stand. Seither haben sich nun die Verhältnisse insofern gebessert, als bei gleichbleibender Zufuhr nach Wien der Bedarf wesentlich geringer geworden ist. Den schwächsten Salzbedarf bringt der Monat Februar mit sich.

Um der schon seit Jahresfrist herrschenden ununterbrochen intensiven Nachfrage so schnell als möglich gerecht zu werden, gelangt die tägliche Zufuhr von den Bahnhofsmagazinen sofort nach der gleichfalls ohne Verzögerung erfolgenden Abladung durch die Salzgroßhändler mittelst Fuhrwerk zur Abgabe an die Detailhändler.

Alle Salzknappheit wäre sofort behoben, wenn eine größere Salzeinfuhr aus Deutschland in die Wege geleitet würde. Die Einfuhr aus Deutschland leidet aber vor allem unter der Tatsache, daß für eine Wagenladung von 15.000 Kilogramm Salz nicht weniger als 3300 Kronen an Zoll und Lizenz bezahlt werden müssen. Diese Belastung beeinflusst natürlich auch den Preis, so zwar, daß aus Deutschland eingeführtes Salz von keineswegs erster Qualität pro 100 Kilogramm — auf K. 37. — zu

stehen kommt, während unser einheimisches feines Speisesalz mit K. 27.80 pro 100 Kilogramm ab Magazin gehandelt wird und samt Zustellung auf K. 28.90 sich stellt. Trotzdem werden aber im Monat durchschnittlich zehn Waggons Salz aus Deutschland nach Wien eingeführt. Das offene Salz wird hier eingefacht, der minderwertige Restbestand wird zu Bade- oder Industriezwecken an Drogeristen abgegeben. Erst kürzlich wieder hat eine in der Innern Stadt etablierte Salzgroßhandlung einen Waggon Salz aus Deutschland erhalten.

Tatsache ist, daß in den letzten Tagen die Wiener Salzgroßhändler über irgendwelche Reservevorräte nicht verfügten, während in Friedenszeit stets in den hiesigen Magazinen ein Bestand von 25 bis 50 Waggonladungen lagerte. Der Magistrat der Stadt Wien verfolgt den jeweiligen Stand des Salzvorrates auf das genaueste, und die führenden Großhändler werden dazu verhalten, vierzehntägig einen detaillierten Answeis über ihren jeweiligen Bestand an Speisesalz wie auch an Stein- und Viehsalz einzureichen.

**Oberst Anton Höfer Minister und Leiter des
Amtes für Volksernährung.**

Enthebung des Präsidenten Oskar Rokstein.

Wien, 5. Januar.

Der Kaiser hat nachstehende Allerhöchste Hand-
schreiben erlassen:

„Lieber Graf Clam-Martinić!

Ich enthebe den Präsidenten des Amtes für Volks-
ernährung, Oskar Rokstein, über seine Bitte in Gnaden
von dieser Stelle unter voller Anerkennung
seiner unter schwierigen Verhältnissen
geleisteten erspriesslichen Dienste.

Wien, am 5. Januar 1917.

• Karl m. p.

Clam-Martinić m. p.“

„Lieber Graf Clam-Martinić!

Ich ernenne über Ihren Antrag den Obersten Anton
Höfer zu Meinem Minister und betraue ihn
mit der Leitung des Amtes für Volks-
ernährung.

Wien, am 5. Januar 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinić m. p.“

„Lieber Oberst Höfer!

Ich ernenne Sie zu Meinem Minister.

Wien, am 5. Januar 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinić m. p.“

Städte und Lieferungsverträge.

Das Städtische Lebensmittelamt, hier, schreibt uns:

Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeister Wermuth über die neuesten Vorschläge des Herrn Präsidenten Watodi und die Bemerkungen, welche Ihr Berliner Korrespondent im heutigen Zweiten Morgenblatt daran knüpft, entsprechen durchaus auch unseren Frankfurter Erfahrungen. So oft wir uns bemüht haben, Lieferungsverträge mit ländlichen Erzeugern zu Stande zu bringen, sind sie vor oder bei der Ausführung durch behördliche Maßnahmen durchkreuzt und nichtig gemacht worden. Der Gedanke selbst ist so einleuchtend, daß es wirklich nicht der neuen Anregung bedurft hätte. Zur Durchführung haben ihm aber bis jetzt nicht nur die Unterstützung der maßgebenden Behörden, sondern auch in den meisten Fällen die geeigneten Gegenkontrahenten für die Stadtverwaltung gefehlt. Große Wirtschaften, mit denen sich der Abschluß von Lieferungsverträgen für landwirtschaftliche Produkte, z. B. Kartoffeln oder Milch, für die Stadt lohnte, sind in unserer Gegend kaum vorhanden. Die Versuche, Verträge mit der landwirtschaftlichen Zentral-Darlehenskasse (Raiffeisen) abzuschließen, haben ebensowenig Erfolg gehabt wie die Versuche, sich dabei der Vermittlung der Kreisbehörden zu bedienen. Immer traten schließlich die reichs- oder landesgesetzlichen Maßnahmen in den Weg.

Es ist daher unbedingte Voraussetzung, daß die Landes- oder Provinzialbehörden Organisationen zur Erfassung der Nahrungsmittel auf dem Lande schaffen, mit welchen dann die Lieferungsverträge getätigt werden können. Für die Milch, deren Beschaffung heute eine der wichtigsten, aber auch schwierigsten Aufgaben der Städte ist, ist im Großherzogtum Hessen eine solche Organisation in vorbildlicher Weise in dem Kommunalverband für Fett- und Milchversorgung geschaffen worden. Da Hessen der wesentlichste Milchlieferant für Frankfurt ist, hat der Magistrat sofort nach Gründung des Kommunalverbandes versucht, mit demselben in ein Vertragsverhältnis zu kommen. Ein bindender Vertrag kam zwar auch hier nicht zu Stande, wohl aber ein Abkommen wonach der Kommunalverband eine ländliche Organisation, nämlich die Zentrale der vereinigten Landwirte von Frankfurt a. Main und Umgegend in Friedberg, beauftragt hat, aus bestimmten Gebieten Oberhessens der Stadt täglich 25 000 Liter Milch zu liefern. Diese Menge ist zwar heute noch lange nicht erreicht, das Verhältnis scheint sich aber trotzdem zufriedenstellend zu entwickeln.

In unserer Provinz, und vor allem in unserem eignen Regierungsbezirk, ist die Tätigung von Milchlieferungsverträgen bis jetzt noch nicht möglich gewesen, weil eine der hessischen gleiche oder ähnliche Organisation noch nicht besteht, vielmehr erst im Werden begriffen ist. Dabei ist zuzugeben, daß im Regierungsbezirk Wiesbaden die Verhältnisse schwieriger als anderswo liegen, weil es sich fast ausschließlich um Kleinbäuerliche Betriebe handelt. Der Magistrat hat schon vor Monaten Verträge mit den zur Milchlieferung geeigneten Kreisen angestrebt. Er hat der Regierung für den Regierungsbezirk Wiesbaden eine der hessischen ähnliche Organisation empfohlen und sich bereit erklärt, selbst geeignete Einrichtungen zur Sammlung und Bearbeitung der Milch auf dem Lande zu schaffen oder Geldmittel dafür bereit zu stellen. Jetzt ist durch die Bezirksfettstelle die Einrichtung von sogenannten Wirtschaftsausschüssen in allen ländlichen Gemeinden angeordnet worden. Denselben soll neben anderen Aufgaben auch die Feststellung und Erfassung der überschüssigen Milch obliegen. Wenn jetzt die Landräte die Sache energisch in die Hand nehmen, dann wird hoffentlich endlich die Möglichkeit vorhanden sein, mit einzelnen geeigneten Kreisverwaltungen mit Unterstützung der Bezirksfettstelle Lieferungsverträge für Milch abzuschließen. Es ist aber auch die höchste Zeit, denn die Verhältnisse werden gerade auf diesem Gebiete von Tag zu Tag unhaltbarer.

Wenn die Wirtschaftsausschüsse erst einmal eingesetzt sind, und sich eingesetzt haben, dann können sie eine geeignete Grundlage bilden für eine bessere Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande und für Organisationen, mit denen dann auch Lieferungsverträge, z. B. für Frühkartoffeln, abgeschlossen werden können. Hauptsache ist und bleibt aber, daß die dahingehenden Bestrebungen auch die vorbehaltlose Unterstützung der Regierungsbehörden finden, und daß bei allen neuen Verordnungen der Reichs- und Landesbehörde anders wie bisher auf bereits abgeschlossene Verträge Rücksicht genommen wird.

Kriegsernährungsamt und Stadtverwaltung. Eine Erklärung Balodis.

N Berlin, 7. Jan. (Priv.-Tel., zf.) Die Ausführungen, die der Oberbürgermeister Vermuth in der jüngsten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gemacht hat, haben dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes Anlaß zu einer Erwiderung gegeben, in der er wiederholt, daß man eine Neuregelung mit Frischkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst und Geflügel, unter Umständen auch mit Vollmilch und Magermilch versuchen müsse. Ueber alle diese Waren seien Lieferungsverträge von einzelnen Stadtgemeinden schon bisher abgeschlossen worden. Sie hätten aber wegen der Ungleichmäßigkeit der Durchführung, der häufigen Preisüberbietungen und des ungelärten Verhältnisses zu den Reichsstellen, die mit der Beschaffung derselben Waren für Zwecke der Heereslieferung und der bedürftigen Bevölkerung betraut seien, bisher oft zu Mißerfolgen geführt. Es solle nun eine mit den Reichsstellen Hand in Hand arbeitende allgemeine Beratungsstelle für derartige Verträge geschaffen werden. Dadurch solle eine unerwünschte Preissteigerung durch gegenseitiges Ueberbieten vermieden, die Benachteiligung minder leistungsfähiger oder ungünstiger gelegener Gemeinden eingeschränkt, andererseits aber Initiative und Sachkunde der Gemeinden einer möglichststen Steigerung und zweckmäßigen Verwertung der genannten Waren nutzbar gemacht werden. Er sei überzeugt, daß eine Reichsstelle, mag sie eine noch so eifrige Tätigkeit entfalten, allein diese Aufgaben nicht erfüllen könne. Daß das Kriegsernährungsamt und die ihm nachgeordneten Reichsstellen auf Grund der im Vorjahre gemachten Erfahrungen bei der Erfüllung der Aufgaben in vollstem Umfange mitzuwirken hätten, verstehe sich von selbst. Er zweifle nicht, daß sich auf diesem Wege durch das Zusammenarbeiten zwischen diesen Stellen und den Gemeinden das Ziel werde erreichen lassen, die Beschaffung der genannten Waren zu fördern und die Preise in einer für Verbraucher erträglichen Grenze zu halten und die Verteilung sachgemäß vorzunehmen.

8. I. 1917

100

Oberbürgermeister Wermuth an Präsident Batocki.

Der Oberbürgermeister von Berlin hat auf das Schreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki vom 5. Januar d. J. durch Schreiben vom 8. Januar erwidert, dem wir folgendes entnehmen:

Sehr wertvoll ist den Städten die Mitteilung Euer Exzellenz, daß Sie die Bewirtschaftung der Vollmilch und Magermilch zur Zeit mit allem Nachdruck betreiben und eine Besserung der auf diesem Gebiete bestehenden besonderen schweren Mißstände erwarten. Die großen Städte befinden sich in der unhaltbaren Lage, daß sie, denen die Verteilung bestimmter Mengen von Milch reichsweit vorgeschrieben ist, ohne jede wirksame Hilfe bleiben, um auch diesen allernotwendigsten Bedarf angeliefert zu erhalten. Wir bitten lebhaft, die beabsichtigten Maßregeln zu beschleunigen und die Milch planmäßig in den Landgemeinden an sammeln, planmäßig nach den Städten weiterbefördern zu lassen.

Bei der Milch hat auch eingeseht, was ich in der Stadtverordnetenversammlung über die Preisentwicklung zu sagen hatte. In den Beratungen mit der Reichssetzstelle ist uns wiederholt erklärt, man sei außerstande, die Anlieferung nach den Städten zu beeinflussen und zu festigen und erblicke deshalb für uns die einzige Hilfe darin, den Reiz zur freiwilligen Anlieferung durch höhere Preisangebote zu verstärken. Mit diesem Räte allein kann sich der Städter allerdings weder hier noch bei anderen Lebensmitteln abfinden. Er hält es, solange nicht Stadt und Land gleichgestellt sind, zum wenigsten für die Pflicht der Gesamtheit, ihrerseits den Städten diejenige Menge von Nahrungsmitteln zuzuführen, welche zur Lebenshaltung unbedingt erforderlich ist. Diesen Mindestbeharrungszustand haben die Maßregeln des Reiches noch nicht erzielt. Bis er erreicht ist, bleibt nichts übrig, als auf dem nun einmal — meiner Ansicht nach mit gutem Grunde — beschrittenen Wege amtlicher Ergreifung und Bewirtschaftung der notwendigen Nahrungsmittel unbeirrt weiterzugehen.

Demgegenüber steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Erörterung die Frage, ob in dem Ausbau der Lieferungsverträge, wie Euer Exzellenz ihn vorhaben, ein Systemwechsel liegt oder nicht. Daß Euer Exzellenz einen grundsätzlichen Wechsel nicht wünschen, ist nach Ihrer nunmehrigen Erklärung außer Zweifel. Es bleibt nur zu erörtern, ob die Wirkung nicht dennoch eintreten wird. Der hauptsächlichste Grund, aus welchem unsere Stadtverwaltung und, wie Euer Exzellenz selbst bemerkt haben werden, sehr viele andere Seiten eine Richtungsänderung besorgen, ist folgender:

In Euer Exzellenz Schreiben, auch dem jetzigen, sind wichtigste Nahrungsmittel, so Kartoffeln (Frühkartoffeln), Milch und auch Fleisch (Mastschweine) unter beiden der von Ihnen unterschiedenen Lebensmittelklassen aufgeführt. Einmal bei den Gegenständen der öffentlichen Bewirtschaftung und der Zwangslieferung und dann wiederum auch bei den Lebensmitteln, welche sich ihrer Natur nach für das System der Beschlagnahme zu Höchstpreisen und Bewirtschaftung durch Zentralbehörden nicht eignen, und denen deshalb durch Lieferungsverträge beigegeben werden soll. Sicherlich können Lieferungsverträge als Hilfsmittel auch bei den öffentlich bewirtschafteten Waren am Platze sein; jedoch nur so, daß sie einen Bestandteil der öffentlichen Versorgung bilden, und daß die Verantwortung für das Zureichen der Gesamtversorgung bei der Zentralbehörde bleibt. Aus der Aufnahme von Frühkartoffeln, Milch usw. in die zweite Klasse aber läßt sich die Meinung entnehmen, daß die Zentralbehörde von der weiteren Fürsorge und Verantwortung sich befreit halten kann, wenn die Gemeinden Lieferungsverträge abgeschlossen haben, ja auch dann, wenn sie, die Zentralstelle, die Gemeinden auf den Weg der Lieferungsverträge verweist. Hiervor muß auch jetzt

dringend gewarnt werden. Bei der Milch ohne nähere Begründung, nachdem Euer Exzellenz selbst die Verpflichtung der Reichsbehörde zu wirksamem Vorgehen festgestellt haben. Höchst gefährlich wäre es, wenn der feste Gang der Kartoffelbelieferung dadurch gestört würde, daß die Frühkartoffel, mag sie nun durch Gartenbau oder sonst erzielt sein, ausgeschieden und den Gemeinden überlassen wird. Das letzte Jahr hat gezeigt, daß ein äußerst geschicktes Ineinanderschieben der Winterkartoffel, der ausländischen Frühkartoffel und dann der inländischen Frühkartoffel nötig ist, um bis zum Ende des Erntejahres zu reichen. Im laufenden Jahre wird das noch viel mehr der Fall sein, ja schon muß die Kohlruthe und müssen vielleicht später noch sonstige Gemüse oder auch andersartige Nahrungsmittel in das engere System der Kartoffelversorgung hineingezogen werden, damit der durch die Kartoffel dargestellte Nährwert auf alle Fälle jedem Stadtbewohner das ganze Jahr hindurch zukommt. Ich für meine Person gehe schon deshalb auch beim Obst und Gemüse weiter als Euer Exzellenz und meine, daß hier in der behördlichen Bewirtschaftung nicht genug, dagegen in der Zerstörung städtischer Verträge zu viel geschehen ist.

Was diesen Punkt anlangt, so habe ich unsere herben Erfahrungen in der Stadtverordnetenversammlung, wenn auch nicht erschöpfend, geschildert. Sie sind nicht eine Besonderheit der Stadt Berlin. Fast alle Städte bekunden, wie entmutigend es wirkt, wenn die Gemeinde zugunsten ihrer Bürger, und zwar doch auch gerade der bedürftigen, sich Lieferungen erstritten hat und dann sehen muß, wie eine nach der anderen von den zuständigen Reichsstellen beseitigt oder jeenfalls dem Nutzen der Stadt entzogen wird, die sich Mühe darum gegeben hatte.

Die Verteilung der konstrikierten Lebensmittel in den Städten.

Budapest, 8. Januar.

Der Präsident des Landes-Volksernährungsamtes Baron Ludwig Kürthy hat an die Bürgermeister der Städte, sowie an die Vizegespänner jener Komitate, in denen sich Städte mit geordnetem Magistrat befinden, in Angelegenheit einer gleichmäßigen Verteilung der konstrikierten Lebensmittelvorräte unter B. C. 1916 eine Zuschrift gerichtet, der wir folgendes entnehmen:

Den mir bisher zugegangenen Daten entnehme ich, daß sowohl in den Haushaltungen als auch in den Handelsgeschäften nicht gering zu schätzende Vorräte an Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten, Zucker, Kaffee, Kartoffeln usw. vorhanden sind. Leider ist aber die Verteilung der vorhandenen Vorräte unverhältnismäßig und ungleich. Einzelne Haushaltungen sind übermäßig versehen, andere verfügen über gar keine Vorräte. Auch unter den Kaufleuten ist die Verteilung der Lebensmittel sehr ungleich. Einige verfügen über Mengen, die ihren Jahresumsatz weit übersteigen, während andere Kaufleute ihre Kunden kaum oder gar nicht zu befriedigen vermögen. Diese ungleiche Verteilung der Lebensmittel ist sehr nachteilig; es geht nicht an, daß einzelne Haushaltungen im Ueberfluß leben, während ein Teil ihrer Mitbürger Entbehrungen leiden muß. Eine der wichtigsten Aufgaben der Approvisionierungsadministration ist eine entsprechende Ausgleichung der ungleichen Verteilung der Lebensmittel. Der erste Schritt hiezu wurde bereits getan: die Vorräte wurden konstrikiert, und nun erübrigt noch, die geeigneten Verfügungen zur Behebung der geschilderten Uebelstände zu ergreifen. Da die Ansprüche der Bevölkerung der einzelnen Komitate nicht gleicher Art sind, ist es mir unmöglich, hierüber ein genau umschriebenes Verfahren anzuordnen, weshalb ich mich darauf beschränken will, die leitenden Prinzipien zu bezeichnen, in deren Rahmen die notwendigen Maßregeln getroffen werden sollen.

Die erste Maßregel wäre die Aufarbeitung des Konstriktionsmaterials. Im Verlaufe dieser Arbeit müssen die wirkliche Seelenzahl der Bevölkerung, sowie die Quantität der zusammengebrachten Vorräte festgestellt werden. Auf Grund des Ergebnisses müßte sodann für die einzelnen Städte die Kopfquote festgesetzt werden. Jenen, deren Vorrat dem Bedarf eines Jahres entspricht, ist der Vorrat zu belassen. Wo jedoch der Vorrat diesen Bedarf übersteigt, muß der Ueberfluß, falls es im Orte zahlreiche Haushaltungen gibt, die nicht versehen sind, in Anspruch genommen werden, wozu ich hiemit der zuständigen Behörde die Ermächtigung erteile. Die Besitzer der überflüssigen Vorräte sind verpflichtet, diese gegen die festgesetzten Höchstpreise der Behörde zur Verfügung zu stellen.

Bei Feststellung des Jahresbedarfes kann auch das Alter der Familienmitglieder berücksichtigt werden; zum Beispiel beim Kaffee soll für Kinder eine kleinere, bei Zucker dagegen eine größere, bei Kartoffeln für Arbeiter eine größere, für Kinder dagegen ebenfalls eine kleinere Kopfquote festgesetzt werden.

Gleichzeitig soll auch für eine gleichmäßige Verteilung der Vorräte der Kaufleute gesorgt werden. Zu diesem Zweck muß für jeden Artikel das Kartensystem eingeführt, und jeder Kaufmann verpflichtet werden, seine Ware gegen die auszugebenden Karten zu verkaufen. Zur Deckung der Kosten des Kartensystems kann die Behörde auch bei solchen Waren, für die Höchstpreise festgesetzt wurden, einige Heller zu dem Preise zuschlagen. Auch darauf muß die Behörde achten, daß alle in den Städten eintreffenden neueren Vorräte bei der Behörde angemeldet werden, die diese Vorräte in Evidenz zu halten hat. Diejenigen Haushaltungen, die über Vorräte verfügen, erhalten selbstverständlich keine Lebensmittelkarten. Die Personen, die keine Haushaltungen haben, ferner die Gast-, Kaffeehäuser usw. sind, den Prinzipien der Mehl- und Brotversorgung entsprechend, auch mit den übrigen Lebensmitteln zu versehen.

Baron Kürthy legt der Behörde ans Herz, die Einhaltung aller dieser Verfügungen streng zu kontrollieren und jede Uebertretung sofort zu ahnden. Durch häufige Stichproben soll sich die Behörde überzeugen, ob die Privathaushaltungen und die Geschäfte ihre Vorräte der Wahrheit entsprechend angemeldet haben. Auch dafür sollen die Behörden sorgen, daß denjenigen, die ihren Bedarf in der Regel in der Stadt zu decken pflegen, dies auch nach Einführung des Kartensystems möglich sei. Zum Schluß erklärt der Präsident, daß er durch seine Organe sich von der Befolgung

seiner Instruktionen Gewißheit verschaffen werde.

Die mittels dieser Verordnung angeordnete Regelung der Kopfquote veranlaßte uns, an das Volksernährungsamt die Frage zu richten, ob eine Herabsetzung der für die Budapester Bevölkerung festgesetzten Mehlquote in Aussicht genommen sei. Die Frage wurde verneint.

Gottes Mühlen mahlen langsam.

Aber nicht nur Gottes Mühlen, sondern auch die des Ernährungsamtes. Von Zeit zu Zeit gibt es ein Lebenszeichen von sich, allerdings vorwiegend durch vermehrte Notizen in den Zeitungen und nicht durch vermehrte Borräte auf den Märkten. Sie und da hören wir auch, daß Der oder Jener aus- oder eingetreten sei, so z. B. heute mit der hoffnungsreichen Versicherung, daß man sich von dem Zusammenarbeiten der Verwaltung mit den geköhlten Fachbeamten ein gedeihliches

Wirken verspricht. Man verspricht es augenscheinlich nicht nur sich, sondern auch uns. Hoffen wir, daß das Versprechen gehalten werde.

Versprochen hat man uns auch eine Abteilung des Amtes, die den Verkehr mit Ersatzstoffen regeln und überwachen soll. Von dieser hört man noch nichts. Und doch wäre es so außerordentlich wichtig, denn unausgesetzt wird die Bevölkerung, und zwar gerade der ärmste Teil in Preis und Beschaffenheit der Waren auf das empfindlichste getäuscht. Der „Abend“ hat eine Zeit lang, nicht ohne große Mühe und Kosten, aus eigenem unternehmen, was Sache der Behörde wäre; er hat Ersatzmittel untersuchen lassen und das Ergebnis mitgeteilt. Wir haben geglaubt, diese Tätigkeit einstellen zu sollen und zu dürfen, als die Schaffung der amtlichen Stelle bekanntgegeben wurde. Wir fürchten, daß wir gezwungen sein werden, sie wieder aufzunehmen. Schließlich muß sich ja doch irgend jemand der Bevölkerung annehmen. Um zu zeigen, wie notwendig das ist, verweisen wir auf unsere Mitteilungen über den fälschlich sogenannten „Malzzucker“; er wird noch immer verkauft; „Gerste nach türkischer Art“; sie wird noch immer verkauft; Seifenersatzmittel, die weder Seife noch Ersatz sind; sie werden noch immer verkauft. Aus den allernächsten Tagen nennen wir „Di-San-Le“, die Kräutermischung, deren Eigenschaften durch ein amtliches Schriftstück beaufundet wurden; sie wird noch immer verkauft. Man sollte diesen Geduldsspielen ein Ende machen. Es ist nicht zweckmäßig, mit der Regelung eines Verkehrs so lange zu warten, bis er von selbst endet, einfach weil die zu Beschützenden kein Geld mehr haben, um etwas zu kaufen.

Wieviel Achtel hat ein Kilogramm in Wien?

Die meisten Menschen glauben, ein Kilogramm habe acht Achtel. Merkwürdigerweise glauben das auch die Wiener Hausfrauen. Und doch müßten die Hausfrauen wissen, daß in Wien ein Kilogramm achteinhalb Achtel hat. Das ist merkwürdig, aber es ist nun einmal so. Der Wiener Kaufmann oder Greisler, die Gemüse- oder Obsthändlerin wiegt ein Achtelkilogramm als 12 Dezagramm. Das war auch in Friedenszeiten nicht anders, aber schließlich — man kaufte meist in größeren Mengen ein, auch waren die Preise viel geringer — man spürte einfach das fehlende halbe Dezagramm beim Achtel nicht.

In der Kriegszeit ist das anders: Wir sind durch die Kartenanweisungen auf den Achtelkilogramm-Einkauf angewiesen. Wir bekommen Kaffee, Butter, Fett nur ein Achtelkilo, Zucker sehr häufig ebenfalls. Und da nun Kaffee, Butter und Fett durchschnittlich per Dezagramm 10 Heller kosten, so zahlen wir bei jedem Achtelkilo 5 Heller für ein halbes Dezagramm, das wir in Ware nie erhalten. Seit Jahren werden die zuständigen Stellen gebeten, ein Achtelkilogramm gewicht aus Eisen herstellen zu lassen und streng darauf zu achten, daß nur dieses Gewicht zum Auswiegen der Achtelkilopakete verwendet werde. Das ist leider nicht zu erreichen.

Und doch genügt eine kleine Zusammenstellung dessen, was durch dieses fehlende halbe Dezagramm einerseits dem Verbraucher verloren geht, andererseits dem Verkäufer an un-reellem Nutzen gewonnen wird, um jeden denkenden Menschen von der absoluten Notwendigkeit der Einführung eines Achtelkilogewichtes zu überzeugen.

Nehmen wir einmal an, ein Kolonialwarenhändler erhält 25 Kilogramm Kaffee. Der Kaffee darf nur zu Achtelkilogramm abgegeben werden. Bei jedem Kilogramm, das Achtel zu 12 Dezagramm gerechnet, erübrigt der Mann 4 Dezagramm. Das sind bei 25 Kilogramm 25×4 Dezagramm = 100 Dezagramm = 1 Kilogramm. Dieses Kilogramm Kaffee kann der Kaufmann jetzt ohne Kaffeearte und somit ohne Kontrolle zu jedem ihm genehmen Preise verkaufen. Der Käufer hingegen zahlt für 96 Dezagramm den Höchstpreis von 8 K. 40 h, der selbstverständlich für ein Kilogramm festgesetzt ist. Wenn man dieses kleine Beispiel ins vieltausend-jährige täglich überrechnet, dann erhält man einen ungefähren Begriff dessen, welche Schädigung die Masse der Verbraucher durch diese kleine — sagen wir — Fahrlässigkeit der Marktbehörden erfährt und welche kolossale Summen an — zart ausgedrückt — marktmäßigem Gewinn durch dieses Halbdelagewicht in die Taschen der Verkäufer fließt.

e p e

9. 11. 1917

104

Die Gemeinden und das Kriegsernährungsamt.

WTB Berlin, 8. Jan. (Telegr.) Auf das Schreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 5. Januar hat Oberbürgermeister Bermuth unter dem 8. Januar ausführlich erwidert und unter anderm betont, zur Versorgung der Städte mit der zur Lebenserhaltung notwendigen Menge von Nahrungsmitteln müsse auf dem Wege amtlicher Ergreifung und Bewirtschaftung der notwendigen Nahrungsmittel unbedingt weitergegangen werden. Ein Systemwechsel, den das Kriegsernährungsamt zweifellos nicht wünsche, werde von vielen Seiten gleichwohl befürchtet, weil in dem Schreiben des Präsidenten Frühkartoffeln, Milch und Mastschweine sowohl unter den Gegenständen der öffentlichen Bewirtschaftung und Zwangslieferung, als unter denen genannt würden, welche sich für das System der Beschlagnahme zu Höchstpreisen nicht eigneten, denen vielmehr durch Lieferungsverträge beizukommen sei; die letztere Einreihung lasse befürchten, daß die Zentralbehörde sich von der weiteren Fürsorge und Verantwortung schon dann befreit halten könnte, wenn sie die Gemeinden auf den Weg der Lieferungsverträge verwiesen hätte; davor müsse dringend gewarnt werden, besonders hinsichtlich der in diesem Jahre so sehr schwierigen Kartoffelversorgung. Auch bei Obst und Gemüse sei in der behördlichen Bewirtschaftung nicht genug, aber in der Zerstörung städtischer Verträge zuviel geschehen; fast alle Städte hätten in dieser Beziehung sehr entmutigende Erfahrungen gemacht.

Oberbürgermeister Bermuth knüpft mit diesem Schreiben an die Kritik an, die er schon in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung an der neuen Rundgebung des Kriegsernährungsamts geübt hat und die sich inhaltlich mit den Ausstellungen deckte, die in einer Zuschrift an die Kölnische Zeitung gemacht worden sind. Herr v. Batocki hat inzwischen darauf erwidert, daß er an dem bisherigen System der öffentlichen Bewirtschaftung festhalten und es auch erweitern, so auch auf die Milch ausdehnen werde. Dann aber sagt Herr v. Batocki weiter:

Dagegen gibt es andere Waren, die sich ihrer Natur nach für das System der Beschlagnahme zu Höchstpreisen und Bewirtschaftung durch Zentralbehörden nicht eignen und wo jeder Versuch, derartige Maßnahmen zu ergreifen, aus den in meinem Rundschreiben angegebenen Gründen zu Mißerfolgen führen muß. Als solche Waren habe ich im Anschluß an die schon bestehenden, durch die augenblickliche Futtermittelknappheit zurzeit leider schwer beeinträchtigten Schweinemastverträge, die eigentlich mehr gartenmäßig gezogenen und besonders schnell verderblichen Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst und Geflügel, sowie unter Umständen auch Vollmilch und Magermilch bezeichnet. Über alle diese Waren sind Lieferungsverträge von einzelnen Stadtgemeinden schon bisher abgeschlossen worden. Sie haben aber wegen der Ungleichmäßigkeit der Durchführung, der häufigen Preisüberbietungen und des ungelärten Verhältnisses zu den Reichsstellen, die mit der Beschaffung derselben Waren für Zwecke der Heeresverwaltung und der bedürftigen Bevölkerung betraut waren, wie Eure Exzellenz zutreffend hervorgehoben haben, bisher oft zu Mißerfolgen geführt.

Dem im nächsten Jahr abzuwehrenden, war, wie sich aus dem Inhalt meines Rundschreibens ohne weiteres ergibt, der ausschließliche Zweck der Anregung. Es soll eine mit den Reichsstellen Hand in Hand arbeitende allgemeine Beratungsstelle für derartige Verträge geschaffen werden, dadurch soll eine unerwünschte Preissteigerung durch gegenseitiges Überbieten vermieden, die Benachteiligung minder leistungsfähiger oder ungünstig gelegener Gemeinden eingeschränkt, andererseits aber die Initiative und Sachkunde der Gemeinden einer möglichen Steigerung und zweckmäßigen Verwertung der genannten Waren nutzbar gemacht werden. Ich bin überzeugt, daß eine Reichsstelle, mag sie eine noch so eifrige Tätigkeit entfalten, allein diese Aufgabe nicht erfüllen kann. Daß das Kriegsernährungsamt und die ihm nachgeordneten Reichsstellen auf Grund der im Vorjahre gemachten Erfahrungen bei der Erfüllung der Aufgabe in vollstem Umfang mitzuarbeiten haben, versteht sich von selbst. Ich zweifle nicht, daß auf diesem Wege durch das Zusammenarbeiten zwischen diesen Stellen und den Gemeinden das Ziel sich erreichen lassen, die Erzeugung der genannten Waren zu fördern und Preise in einer für die Verbraucher erträglichen Grenze zu halten und die Verteilung sachgemäß vorzunehmen.

Präsident v. Batocki an die Landfrauen.

Auf dem Kriegslehrgange im Abgeordnetenhaus erschien heute vormittag der Präsident des Kriegsernährungsamtes Exzellenz v. Batocki, um sich einmal persönlich an die deutschen Landfrauen zu wenden. Er wollte, sagte er u. a., die Gelegenheit nicht versäumen, um die Landfrauen zu begrüßen und ihnen eine Bitte zu unterbreiten.

Daß auch ich von begeistertem Danke erfüllt bin für alles, was von den deutschen Frauen jetzt geleistet wird, versteht sich. Sie werden sich ja darüber klar sein, daß Ihnen das nächste Jahr noch vergrößerte Schwierigkeiten bringen wird. Der Arbeitskräfte sind noch weniger, Pferde gibt's ebenfalls weniger, die Einfuhr sinkt fast auf Null, selbst der Boden leistet nach mangelhafter mehrjähriger Bearbeitung weniger. Der große und der kleine Acker aber wächst mehr und mehr. Und dann kommt noch das Kriegsernährungsamt mit seinen Verordnungen vom grünen Tisch, die es „aus Angst vor den begehrlichen Verbrauchern in der Großstadt“ erlassen muß. (Gr. Heiterkeit.) Ja, meine Damen, ich muß da ein eigenes Schicksal erleben. 26 Jahre lang habe ich mich bemüht, auf eigener Scholle die Erzeugung zu fördern, 9 Jahre habe ich in der Landwirtschaftskammer versucht, die ostpreussische Erzeugung zu fördern, und 2 Jahre versuche ich als Oberpräsident, die ostpreussische Landwirtschaft beim Aufbau wieder in Gang zu bringen. Und nun? Jetzt stehe ich in vieler Augen gar als Feind der landwirtschaftlichen Erzeugung da! (Gr. Heiterkeit.) Wenn es mir überhaupt gegeben wäre, mich zu ärgern, müßte ich mich darüber wahrhaftig ganz besonders ärgern! (Gr. Heiterkeit.) Sie können mir glauben, daß ich wirklich alles daran setze, die landwirtschaftliche Erzeugung nach Kräften zu fördern und Schwierigkeiten zu verhindern. Aber die Knappheit ist doch nun einmal so groß, daß wir nur bei richtiger Verteilung auskommen — und hiermit sind eben jene unerfreulichen Eingriffe verbunden, die sich auch in Zukunft nicht vermeiden lassen werden, selbst wenn sie den Betrieb erschweren sollten.

Man spricht jetzt so viel von der Verärgerung der Landwirtschaft. Na, Sie haben wohl auch schon Soldaten von der Sonne und den Sämpfen von Pöpsel gesprochen; da ist auch von Freude nicht die Rede, und man schimpft über schlechtes Wetter, den Schmutz, die feindliche Artillerie und natürlich auch über die Vorgesetzten. Es ist ja eine Erleichterung, sich mal gründlich so den Kummer vom Herzen schimpfen zu können. Auch ich vom Kriegsamt kann Ihnen dieses Verfahren nur bestens empfehlen und freue mich, wenn Sie davon recht reichlich Gebrauch machen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Engländer rechnen wieder einmal „ganz bestimmt“ mit unserem Verhungern. Ich sollte ja die Ungarn gebeten haben, uns was abzugeben, und als sie's nicht taten, soll das Friedensangebot erfolgt sein. (Stürmische Heiterkeit.) Ist natürlichbarer Unsinn. Das zeigt aber, wie sehr die Feinde, wie sehr unsere Feinde auf ein Versagen unserer Erzeugung und Verteilung rechnen.

Es ist richtig; unsere Kartoffelernte war eine Mißernte und war ein harter Schlag. Aber ich kann nach bestem Gewissen versichern, daß keine Gefahr besteht, nicht auszukommen — vorausgesetzt natürlich, wenn jeder trotz der Erschwerungen seine Pflicht tut. Und auch im übrigen können wir sagen: sie werden trotz ihres starken Gebisses auf Granit beißen — nicht nur bei unseren Truppen, sondern auch bei den Einwohnern hinter der Front und nicht zuletzt bei den Frauen. An der Pflichttreue des ganzen Volkes werden die Pläne der Feinde zuschanden werden. Ich bitte Sie aber, in diesem Bestreben auch mich, der ich an einem wichtigen, aber nicht immer angenehmen Teile mitzuarbeiten berufen bin, freundlichst zu unterstützen! (Stürmischer Beifall.)

Die Vorsitzende Frau Boehm-Lamgarben dankte im Namen der Versammlung dem Präsidenten und versicherte ihm, daß die Landfrauen von seinem besten Willen überzeugt seien.

Wermuths Antwort an Batocki.

N Berlin, 8. Jan. (Priv.-Tel.) Auf das Schreiben, das der Präsident des Kriegsernährungsamtes Herr v. Batocki an den Berliner Oberbürgermeister Wermuth nach dessen Rede in der Stadtverordnetenversammlung gerichtet hatte, hat heute der Oberbürgermeister Wermuth ausführlich in einem an Batocki gerichteten Schreiben geantwortet, dem wir folgendes entnehmen:

Sehr wertvoll ist den Städten die Mitteilung Guerer Erzellens, daß Sie die Bewirtschaftung der Vollmilch und Magermilch zur Zeit mit allem Nachdruck betreiben und eine Besserung der auf diesem Gebiete bestehenden besonders schweren Mißstände erwarten. Die großen Städte befinden sich in der unhaltbaren Lage, daß sie, denen die Verteilung bestimmter Mengen von Milch reichsweit vorgegeben ist, ohne jede wirksame Hilfe bleiben, um auch diesen allernotwendigsten Bedarf angeliefert zu erhalten. Wir bitten lebhaft, die beabsichtigten Maßregeln zu beschleunigen und die Milch planmäßig in den Landgemeinden ansammeln und planmäßig nach den Städten weiterbefördern zu lassen. — Bei der Milch hat auch eingesezt, was ich in der Stadtverordnetenversammlung über die Preisentwicklung zu sagen hatte. In den Beratungen mit der Reichsfettstelle ist uns wiederholt erklärt, man sei außer Stande, die Anlieferung nach den Städten zu beeinflussen und zu festigen, und erblicke deshalb für uns die einzige Hilfe darin, den Reiz zur freiwilligen Anlieferung durch höhere Preisangebote zu verstärken. Mit diesem Räte allein kann sich der Städter allerdings weder hier noch bei anderen Lebensmitteln abfinden. Er hält es, solange nicht Stadt und Land gleichgestellt sind, zum wenigsten für die Pflicht der Gesamtheit, ihrerseits den Städten diejenige Menge von Nahrungsmitteln zuzuführen, welche zur Lebenshaltung unbedingt erforderlich ist. Diesen Mindestbeharrungszustand haben die Maßregeln des Reiches noch nicht erzielt. Bis er erreicht ist, bleibt nichts übrig, als auf dem nun einmal — meiner Ansicht nach mit gutem Grunde — beschrittenen Wege amtlicher Eingreifung und Bewirtschaftung der notwendigen Nahrungsmittel unbehindert weiterzugehen.

Demgegenüber steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Erörterung die Frage, ob in dem Ausbau der Lieferungsverträge, wie Guere Erzellenz ihn vorhaben, ein Systemwechsel liegt oder nicht. Daß Guere Erzellenz einen grundsätzlichen Wechsel nicht wünschen, ist nach Ihrer nunmehrigen Erklärung außer Zweifel. Es bleibt nur zu erörtern, ob die Wirkung nicht den noch eintreten wird. Der hauptsächlichste Grund, aus welchem unsere Stadtverwaltung und, wie Guere Erzellenz selbst bemerkt haben werden, sehr viele andere Seiten eine Richtungsänderung besorgen, ist folgender: In Guere Erzellenz Schreiben, auch dem jetzigen, ist die wichtigste Nahrungsmittel, so Kartoffeln (Frühkartoffeln), Milch und auch Fleisch (Rastschweine) unter beiden von Ihnen unterschiedenen Lebensmittelklassen aufgeführt, einmal bei den Gegenständen der öffentlichen Bewirtschaftung und der Zwangslieferung und dann wiederum auch bei den Lebensmitteln, welche sich ihrer Natur nach für das System der Beschlagnahme zu Höchstpreisen und Bewirtschaftung durch Zentralbehörden nicht eignen, und denen deshalb durch Lieferungsverträge beigegeben werden soll. Sicherlich können Lieferungsverträge als Hilfsmittel auch bei den öffentlich bewirtschafteten Waren am Platze sein; jedoch nur so, daß sie einen Bestandteil der öffentlichen Versorgung bilden, und daß die Verantwortung für das Zureichen der Gesamtversorgung bei der Zentralbehörde bleibt. Aus der Aufnahme von Frühkartoffeln, Milch usw. in die zweite Klasse aber läßt sich die Meinung entnehmen, daß die Zentralbehörde von der weiteren Fürsorge und Verantwortung sich bereit halten kann, wenn die Gemeinden Lieferungsverträge abgeschlossen haben, ja auch dann, wenn sie, die Zentralstelle, die Gemeinden auf den Weg der Lieferungsverträge verweist. Hierfür muß auch jetzt dringend gewarnt werden.

Höchst gefährlich wäre es, wenn der feste Gang der Kartoffellieferung dadurch gestört würde, daß die Frühkartoffel, mag sie nun durch Gartenbau oder sonst erzielt sein, ausgeschieden und den Gemeinden überlassen wird. Das letzte Jahr hat gezeigt, daß ein äußerst geschicktes Zueinanderchieben der Winterkartoffel, der ausländischen Frühkartoffel und dann der inländischen Frühkartoffel nötig ist, um bis zum Ende des Erntejahres zu reichen. Im laufenden Jahre wird das noch viel mehr der Fall sein, ja schon muß die Kohlrübe und müssen vielleicht später noch sonstige Gemüse oder auch andersartige Nahrungsmittel in das engere System der Kartoffelversorgung hineingezogen werden, damit der durch die Kartoffel dargestellte Nährwert auf alle Fälle jedem Stadtbewohner das ganze Jahr hindurch zukommt. Ich für meine Person gehe schon deshalb auch beim Obst und Gemüse weiter als Guere Erzellenz und meine, daß hier in der behördlichen Bewirtschaftung nicht genug, dagegen in der Verstärkung städtischer Verträge zu viel geschehen ist.

Erster Wiener Konsumverein.

Der Verein versendet folgende Mitteilung:
Nach der Statthaltereiverordnung vom 5. d. dürfen

mit Rücksicht auf die unmittelbar bestehende Brotrationierung nur mehr Laibe zu 840 Gramm als Einheitsbrot erzeugt werden. Wir sind daher auch genötigt, unsere bisher mit 1120 Gramm ausgebackenen Brotlaibe nunmehr mit 840 Gramm auszubaden. Wir beabsichtigen, infolge der in Aussicht genommenen Brotrationierung das den Abonnenten bei der Rationierung zukommende Quantum Brot voll zuzuweisen, sofern unsere Mitglieder sich für die Brotrationierung bereits bei uns unverbindlich vormerken ließen.

Einer uns heute zugekommenen Mitteilung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt wurde die Lieferung von Mehl für die Broterzeugung wesentlich beschränkt, daher auch wir nicht in der Lage sind, unseren Mitgliedern das volle abonnierte Quantum Brot auszufolgen und eine entsprechende Kürzung des zur Ausfolgung gelangenden Brotquantums vornehmen müssen. Wie schon am 2. Dezember veröffentlicht, ist die Zahl der Personen, die wir mit Brot versorgen können, bei der Brotrationierung wesentlich geringer als die bisher auf Grund unserer Brotabonnements versorgten Mitglieder.

**Reichsorganisation der Hausfrauen
Österreichs.**

Heute, 9. d., im Magazin: VII., Neubaugasse 31, Abgabe von Sardinen, Wurst, Schwämmen, Zucker und Pflaumen. Schwarze Nummern von 4000 bis 9000. Die Abgabe ist von 1/2 9 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Abgabe von Wurst, Sardinen, Zucker, Pflaumen und Marmelade: II., Große Mohrengasse 3, IX., Wasagasse 29, X., Columbusgasse 13, XIII., Penzingerstraße 46, XVII., Hernalser Hauptstraße 202, XVIII., Lazaristengasse 14, XIX., Hardtgasse 6. In der Großen Mohrengasse 3 findet außerdem ein Verkauf von Nüssen statt.

Die „Rohö“-Geflügelarm veranstaltet morgen, 10. d., um 5 Uhr nachmittags im Gewerbeverein, I., Eschenbachgasse 11, einen jedermann zugänglichen Vortrag über „Die Kleintierzucht in der Kriegszeit“, der vom Konsulenten des Ackerbauministeriums Georg Wieninger abgehalten wird. Kostenbeitrag für die Person 30 Heller, beim Eintritt zu entrichten. Voranmeldungen in der Kanzlei der „Rohö“, I., Nibelungengasse 7.

Verband deutscher Hausfrauen Österreichs.

Heute, 9. d., gelangen für die Mitglieder des 1., 2. und 3. Bezirkes im Magazin, XIV., Sechshauerstraße 40, von 10 bis 4 Uhr Kartoffeln zur Abgabe.

Morgen, 10. d., werden für die Mitglieder des 4. und 5. Bezirkes in der Verkaufsstelle IV., Rainergasse 13 von 9 bis 12 und 3 bis 5 Uhr Kartoffeln abgegeben. (Für jedes Mitglied 10 Kilogramm.) Es wird aufmerksam gemacht, daß nur jene Mitglieder, die seinerzeit Säckel abgegeben haben und nur die der angeführten Bezirke an diesen Tagen bezugsberechtigt sind.

Das Kriegsernährungsamt und die Städte. Mit der Antwort des Oberbürgermeisters Bermuth auf Herrn von Batockis Schreiben meinen die Erörterungen über den Vorschlag des Kriegsernährungsamtes, Lieferungsverträge zwischen Bedarfsgemeinden und Erzeugerorganisationen abzuschließen, vorläufig ihr Ende gefunden zu haben. Der Preussische Städtetag sowie die Vereinigung der kleineren Gemeinden werden sich wohl bald mit dem Vorschlage eingehender befassen. Am 22. Januar tritt der Beirat des Kriegsernährungsamtes zusammen, um weitere Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen. Herr von Batocki ist, wie wir hören, noch immer der Ansicht, daß seine Vorschläge keinen Systemwechsel bedeuten. Das Kriegsernährungsamt wünscht nur für solche Lebensmittel Lieferungsverträge eingeführt, deren zentrale Bewirtschaftung schwer durchführbar ist. Es kommen hierfür hauptsächlich in Betracht Obst, Gemüse, Geflügel. Auf diesem Gebiete herrschen ja geradezu bedauernswerte Zustände. Die Frühkartoffel soll aus der zentralen Bewirtschaftung herausgelassen werden, da man sehr schlechte Erfahrung im letzten Jahre hiermit gemacht hat. Hoffentlich bringen die Beratungen des Beirats des Kriegsernährungsamtes baldigst einen wohlthätigen Wandel. Weite Kreise der Verbraucher, nicht nur des Arbeiter-, sondern gerade des Mittelstandes, haben unter der bisherigen Verteilung der Nahrungs-

mittel außerordentlich zu leiden gehabt. In weiten Kreisen herrscht das Empfinden, daß weniger die Nahrungsmittel mangeln, als daß ihre gerechte Verteilung sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Ländlicher Genossenschaftstag.

Die Zuversicht des Kriegsernährungsamts.

Unter sehr starker Beteiligung traten die ländlichen Genossenschaften für Deutschland (Raiffeisen-Gen.) heute vormittag im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses zu ihrem Generalverbandstag — zum ersten Male in der Kriegszeit — zusammen. Das Kriegsamt, das Kriegsernährungsamt, das Landwirtschaftsministerium, das Ministerium des Innern, der deutsche Landwirtschaftsrat, das Landes-Oekonomie-Kollegium hatten zu der Tagung, auf der mehr als 6000 Genossenschaften vertreten waren, Vertreter entsandt.

Nach einem kurzen Begrüßungswort des Vorsitzenden des Vorstandes, Geh. Justizrat Dietrich, erwiderte Herr von Oppen als Vertreter des Kriegsernährungsamtes. Er versicherte, daß wir mit unseren Borräten ausreichen würden, an einen Hungerskrieg ist nicht zu denken. Auch mit den Kartoffeln werden wir, wenn auch etwas schwierig, auskommen. Jeder Landwirt möge aber bedenken, daß wenn er unbedacht Kartoffeln an das Vieh verfüttert, er sich am Nationalvermögen versündigt. Während wir bisher nur solche Gebiete erobert haben, die noch der Zufuhr von Nahrungsmitteln von außen bedurften, haben wir in Rumänien zum ersten Male ein großes Ueberschußgebiet. Getreide, Futtermittel, auch Petroleum finden sich hier in reichem Maße, und die Transportschwierigkeiten, die sich noch entgegenstellen, werden sich hoffentlich bald überwinden lassen. Die Versorgung würde bei uns weit besser von statten gehen, wenn alles genossenschaftlich organisiert wäre. Herr von Oppen warb dann für die Hindenburg-Spende. Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Munitionsarbeiter bedeute die halbe Kriegsführung. In England kostet die Tonne Weizen heute bereits 420 M., und unsere U-Boote werden dafür sorgen, daß die Preise dort auf dieser Höhe bleiben. Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums überbrachte dessen Grüße. Er betonte, daß die Landwirtschaftlichen Genossenschaften auf die fünf Kriegsanleihen 1½ Milliarden gezeichnet hätten.

Alsdann wurde an den Kaiser ein Hulbigungstelegramm abgefaßt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, C. Kaulen, schilderte darauf den Werdegang der von Raiffeisen geschaffenen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland aus Anlaß ihres vierzigjährigen Bestehens. „Den Krieg und die Raiffeisen-Organisation“ behandelte Verbandsdirektor Dr. Nolden. Der Nachmittag ist Verbandsangelegenheiten gewidmet.

Der Abend

10. / 11. 1917

MM

Der 6. te Wiener Konsumverein und seine Mitglieder.

Es verlohnt sich der Mühe, auf die gestern geschilderten Vorgänge beim Ersten Wiener Konsumverein zurückzukommen, nicht nur weil sie eine große Anzahl Hausfrauen derzeit in die größte Verlegenheit bringen, sondern auch weil derartiges danach angetan ist, das Konsumvereinswesen auf das schwerste bloßzustellen. Das aber wollen wir nicht; wir wünschen, daß der Gemeinschaftsgedanke nicht geschädigt, sondern gefördert werde, und deshalb soll alles geschehen, damit solche Vorgänge nicht möglich seien. Geschehen sie aber doch, so ist die schärfste Rüge notwendig.

Man vergegenwärtige sich, was sich zugetragen hat. Der Verein hatte für seine Mitglieder ein Brotabonnement eingeführt, das sich zur vollen Zufriedenheit bewährt hatte; der Verein wußte genau, wieviel Brot er abliefern werde und die Mitglieder waren sicher, ihre Brotmengen zu bekommen und ersparten das Anstellen. Dieses Abonnement dauert seit Monaten und wurde jedesmal bei Ablauf, also alle vierzehn Tage, automatisch erneuert. Dieses Mal nun erfuhr eine große Anzahl Mitglieder, daß es nicht erneuert werde, das heißt, als sie Montag ihr Brot holen kamen, erhielten sie keines, standen also vor der Gefahr der Brotlosigkeit, da es jetzt ja keineswegs leicht ist, unterzukommen. Man kann auch in der Tat nicht verlangen, daß sich andere beeilen, die Rücksichtslosigkeit des Vereines gutzumachen. Als Grund für diese Maßregel wurde angegeben, das Abonnement werde nur den Mitgliedern erneuert, die sich zur Brotanforderung gemeldet hätten. Nun ist aber, wie man weiß, die Rationierung noch keineswegs durchgeführt, es ist noch nicht einmal bekannt, wann dies geschehen werde, und so stehen die strafweise ausgeschlossenen Mitglieder einfach vor der Unmöglichkeit, sich bis zur Einführung der Rationierung den Brotbezug zu sichern. Man darf es ohne Umschweife sagen, daß diese Nichterneuerung, wo bisher sozusagen stillschweigend erneuert worden ist, eine Überlistung gutgläubiger Mitglieder ist; zumindest mußte man sie doch in der beim Ersten Wiener Konsumverein üblichen Weise aufmerksam

machen, wie dies sonst durch die Vereinsangestellten geschieht. Wir glauben geradezu, daß sich die Erneuerung unter Berufung auf den Grundsatz von Treu und Glauben im Verkehr, der hier verletzt wird, erzwingen ließe, und werden Mitgliedern nahelegen, diesbezüglich einen Versuch bei den Markt- und Vereinsaufsichtsbehörden zu machen, wenn nicht die Vereinsleitung, wie wir bestimmt erwarten, ihr Unrecht einsehen und die hinausgedrängten Mitglieder in Gnaden wieder zum Brotbezug aufnehmen sollte. Auf jeden Fall aber wird dieses Vorgehen, das wir als im höchsten Grade unzulässig betrachten, zur Folge haben, daß man sich bei der Wiederverkehr der regelmäßigen Verhältnisse sehr überlegen wird, ob es nicht Pflicht sei, den Verein entweder an Haupt und Gliedern zu erneuern, oder den Mitgliedern einfach den Austritt zu empfehlen; es scheint wirklich wenig Sinn zu haben, daß man Mitglied bleibt, wenn man in Wirklichkeit fallweise als lästige Störung empfunden und auf schlaue Weise um das oberste Recht jeder Vereinigung, um das gleiche Recht für alle gebracht wird. Wir verkennen gewiß nicht, daß die Aufgabe für den Verein sehr schwer geworden ist, aber das berechtigt ihn nur, von allen Mitgliedern die gleichen Opfer zu verlangen, keineswegs aber einzelne dafür zu strafen, daß sie Vertrauen zu der Loyalität ihres Vorstandes hatten und nicht befürchteten, daß man sie künstlich in Unwissenheit über gewisse Vorgänge lassen werde, um dann diese Unwissenheit gegen sie auszunützen.

Wir hoffen, wie gesagt, daß die Zeitung nicht eigenfönnig sein wird, sondern ihren Fehler einsehen und eiligst gutmachen werde. Das Gegenteil würde sicherlich Folgen haben, die den Verein und den Gegenseitigkeitsgedanken schwer schädigen müßten. Beides sollte vermieden werden.

10./I. 1917

M2

Die vollen Ställe. Das „Linger Volksblatt“ erhält am 5. d. vom flachen Bande geschrieben: Die Ställe sind überfüllt. Man hat aus bekannten Gründen so viel Külder als möglich abgenommen und die wachsen allmählich heran und brauchen

immer mehr Futter. Früher pflegten gegen Ende des Jahres und zu Beginn desselben die fetten Ochsen abgeliefert zu werden, was jetzt — wiederum aus bekannten Gründen — nicht in wünschenswertem Maße vor sich geht. Daher eine Ueberfülle von Fettvieh und das Verlangen der Besitzer, liefern zu dürfen. (Zensurkarte.) Daraus folgt, daß man rechtzeitig an die Aufhebung der fleischlosen Tage schreite, sientemalen das Mehl nicht im Ueberfluy vorhanden ist. — Außerdem folgt daraus, daß die Brotkornvorräte sofort einzuziehen sind, wenn man nicht Gefahr laufen soll, daß sie verfüttert werden.

10. I. 1917

M3

Die Lebensmittelversorgung im kommenden Frühjahr.

Eine Unterredung mit dem Minister für Volks-
ernährung Obersten Anton Höfer.

Wien, 9. Januar.

Der neue Minister für Volksernährung, Oberst Anton Höfer, gewährte heute einem unserer Mitarbeiter eine längere Unterredung. Sie fand im Arbeitsalon der eben fertiggestellten Räume des Volksernährungsamtes statt, das in Zukunft die so notwendige Zentralisierung aller einschlägigen Aufgaben ermöglichen soll. Der Amtsvorgänger des Ministers hatte die Adaptierungsarbeiten begonnen, und der Mangel eines eigenen Apparats hatte sich damals wiederholt empfindlich fühlbar gemacht. Nun ist für die Bedürfnisse einer groß gedachten Zentralstelle alles Notwendige vorgekehrt, neue Organisationen können geschaffen und die alten dem Amte enger angegeschlossen werden.

Oberst Höfer empfing unseren Mitarbeiter in der Uniform eines Generalstabsobersten. Er ist ein eleganter, schlanker Offizier von verbindlicher, weltmännischer Art und jugendlicher Lebendigkeit. Das schmale, scharf geschnittene Gesicht, aus dem die Last schwerer Arbeit spricht, hat einen angenehmen Ausdruck.

„Ich bin erst wenige Stunden im Amte,“ begann der Minister, „und habe eine Unmenge Arbeit vorgefunden, neue Aufgaben, über die ich mich eben gründlich orientiere. Ich bin mir durchaus bewußt, auf welchen schwierigen Posten ich gestellt bin, aber ich habe den festen Willen, alles Erdenkliche anzubieten, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Es wäre verfrüht, Ihnen jetzt schon etwas von meinen Absichten zu sagen. Ich habe einen festen Plan und bin glücklich, daß Se. Majestät, dessen Gnade mich an die Spitze des Ernährungsamtes berufen hat, allen Ernährungsfragen das größte Interesse entgegenbringt, ein Anteil, der unablässig rege ist und der auch darin seinen Ausdruck findet, daß mich der Kaiser ermächtigt hat, in Angelegenheiten meines Ressorts jederzeit den direkten Weg zu ihm zu suchen. Ich glaube auch der Unterstützung der Kriegsverwaltung sicher zu sein. Erzellenz Krobatin ist ein gründlicher Kenner aller Verhältnisse, die für die Lösung der mich beschäftigenden Fragen in Betracht kommen, und versprach, mir seine hoch zu veranschlagende Hilfe angedeihen zu lassen.“

„Die Bevölkerung, Erzellenz, beschäftigt insbesondere die Frage, wie sich die Lebensmittelversorgung im künftigen Frühjahr gestalten wird. Im verflossenen Herbst, noch ehe der rumänische Feldzug in siegreichem Fortschreiten war, wurde gelegentlich die Sorge laut, ob die Ernährung in den Monaten März, April und später nicht knapp werden würde, und die Hoffnung auf eine günstige Beeinflussung der Lage durch die erbeuteten Vorräte in Rumänien wurde durch einige bekanntgewordene unoffizielle Ziffern noch gestärkt.“

„Ich kann Ihnen zur Zeit nur sagen, daß wir allerdings eine ansehnliche Hilfe durch die Hereinschaffung rumänischen Getreides zu gewärtigen haben. Nur braucht es noch einige Geduld. Es ist in Rumänien sowohl Getreide als auch Mais vorgefunden worden, und es ist zweifellos, daß wir unseren Anteil daran bekommen werden. Natürlich partizipieren auch Deutschland und unsere übrigen Bundesgenossen daran. Die Ziffern, die bisher in die Öffentlichkeit gelangt sind, muß ich als noch sehr vage bezeichnen. Die Aufnahme der beschlagnahmten Vorräte ist im Zuge, und das Armeekorpskommando wird Ende Januar über definitive Ziffern verfügen. Es ist kein Zweifel, daß sich der wohlthätige Einfluß der Vorräte aus Rumänien geltend machen wird. Es handelt sich bloß um den Zeitpunkt, zu dem die Hereinbringung möglich sein wird. Es ist da notwendig, die Verhältnisse in Rumänien zu betrachten. Es mußte natürlich eine große Organisation geschaffen werden, mit der das Getreide ausgegriffen und zu Sammelplätzen gebracht wird und die Hauptfrage ist und bleibt die günstige Fortschaffung nach Oesterreich. Die Eisenbahn ist nicht sehr praktikabel. Diese reetablierten Eisenbahnen funktionieren nicht etwa so wie im Frieden. Alle Zerstörungen konnten und können doch nicht behoben werden. Diese Art der Verfrachtung ist mühselig und langsam. Der Hauptweg ist die Donau, und wenn sie bis zum 14. Januar eisfrei bleibt — es handelt sich da um ein Erfahrungsdatum — dann ist Hoffnung vorhanden, daß auf dem Donauwege große Quantitäten verschifft werden und daß uns dadurch verhältnismäßig rasch Vorräte zugebracht werden können. Jedenfalls aber sind wir unseres Anteilens sicher, der uns noch sehr zugute kommen wird. Es rollt auch schon Getreide. Man wollte mit der Absendung nicht zögern, obwohl noch nicht bestimmt ist, ob es für Oesterreich oder Deutschland gehört.“

„Wie verteilen also Erzellenz die Ernährung in den nächsten Monaten?“

„Ich glaube, daß zu Besorgnissen kein Anlaß ist. Die Bevölkerung braucht durchaus nicht kleinmütig zu sein. Es wird alles geschehen, um auch lokale Friktionen zu vermeiden. Kleine und vorübergehende Unannehmlichkeiten wird es wohl geben, aber das Publikum, das mit solcher Tapferkeit und solchem patriotischen Opfermut alle Leiden des Krieges erträgt, wird sich durch solche Zwischenfälle nicht verstimmen lassen. Um größere Schwierigkeiten aber wird es sich nicht handeln.“

„Ich will meine Aufgaben nicht bureaukratisch auffassen und die schwebenden Fragen nicht vom grünen Tisch erledigen, sondern mit dem praktischen Leben Fühlung suchen. Eine entsprechende Organisation wird mich täglich mit dem Stande der Dinge in allen Kronländern vertraut machen, und ich werde Vorkehrungen treffen, um mit den Wünschen aller Gesellschaftsschichten bekannt zu werden. So hoffe ich, mit Hilfe der mitarbeitenden Bevölkerung der Schwierigkeiten Herr zu werden.“

Als Ihr Mitarbeiter den Minister verließ, meldete der Adjutant eben, daß eine Versammlung von Direktoren ihn zu einer Sitzung erwarte.

Unterredung mit Minister Höfer.

Die Pläne des Ernährungsministers.

Der zur Leitung des Amtes für Volksernährung berufene Minister Generalstabsobers Anton Höfer hatte gestern die Liebenswürdigkeit, einen Redakteur der „Zeit“ zu empfangen und sich über seine Pläne und Absichten folgendermaßen zu äußern:

„Meine Berufung zur Leitung des Volksernährungsamtes und Ernennung zum Minister ist für mich so gänzlich überraschend erfolgt, daß ich in aller Eile meine Beziehungen zum Armeeeoberkommando lösen mußte. Gestern erst habe ich die Leitung des Amtes übernommen, weshalb es mir gegenwärtig begreiflicherweise noch nicht gut möglich ist, mich über meine Pläne und Absichten im Detail zu äußern. Wohl aber habe ich mir schon einen Plan zu recht gelegt, den ich durchführen beabsichtige. Das Programm, das ich nach entsprechender Durchberatung mit den maßgebenden Faktoren in die Tat umsetzen will, ist ziemlich reichhaltig und umfangreich. Ich habe das Gefühl, daß in bezug auf den Ernährungsdienst noch viel gemacht werden muß und geleistet werden kann, nur muß an der Erledigung dieser wichtigen Fragen im kürzesten Wege und in raschster Weise mit allem Hochdruck gearbeitet werden.“

Vor allem muß Sachliches und Zweckdienliches geleistet werden, weshalb ich der Presse sehr dankbar wäre, wenn sie zum Ausdruck bringen würde, daß alle diejenigen Stellen, wo ich noch nicht Gelegenheit hatte, meiner Repräsentations- und Vorstellungspflicht Genüge zu leisten, mit mir diesbezüglich Rücksicht üben mögen, denn vor den formellen Fragen geht das Meritum, das Sachliche, und das muß in erster Linie in Erwägung gebracht werden.

Das von mir aufgestellte Programm werde ich zunächst mit den einzelnen Vertretern der Praxis und mit allen Ressortstellen, die davon berührt werden, durchberaten. Erst bis ich mir die Durchführung seiner einzelnen Punkte gesichert habe, werde ich zur Tat schreiten, dann muß aber alles schnell gehen, denn auf dem Gebiete der Sicherstellung der Volksernährung darf kein Augenblick versäumt werden. Bögern schadet nur. Besser, vorübergehend eine nicht ganz zureichende, doch änderungsfähige, als gar keine Maßnahme.

Meine Tendenz ist, die Bevölkerung möglichst wenig die Sorgen des Krieges spüren zu lassen, aber doch an sie zu appellieren, in lokaler Weise an der Sicherstellung der Ernährung mitzuhelfen. Die Approvisionnement der Bevölkerung vom grünen Tisch aus ohne ihre eigene Mitwirkung und ohne daß sich jeder einzelne in dieser Hinsicht seiner Verpflichtung gegenüber Staat und Gesellschaft bewußt ist und nicht nach Kräften an der Lösung dieser schwierigen Frage mit ganzen Kräften teilnimmt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich lege den größten Wert darauf, mit allen Kreisen der Bevölkerung in Verbindung zu treten, und habe daher auch die Absicht, das Ernährungsamt in dieser Richtung auszubauen. Alle Vertreter der Bevölkerung, die Arbeiter, die Kaufleute, die Gewerbetreibenden, die Großindustriellen, alle will ich hören: nur so ist die Bildung eines objektiven Urteils möglich.

Ich will auch im Ernährungsamt einen auswärtigen Dienst organisieren. Ich will von meinen Organen draußen ständig über alle Vorgänge in bezug auf die Ernährung, Aufbringung und Verteilung der Vorräte orientiert sein. Jeden Tag will ich wissen, wie es da und dort aussieht. Dank dem überaus großen Interesse, das die allerhöchste Stelle den Ernährungsfragen entgegenbringt, sowie meinen Be-

ziehungen zum Armeeeoberkommando und dem äußerst schätzenswerten Entgegenkommen des Kriegsministers ist ein einmütiges Zusammenarbeiten mit den militärischen Stellen auf diesem wichtigen Gebiete gesichert. Parteipolitik und andere Sonderbestrebungen dulde ich hier an dieser Stelle durchaus nicht. Hier ist jeder Mensch gleich. Wenn jemand bevorzugt wird, so wird es der Arme sein.

Ich will den Ernährungsdienst noch weiter organisieren und ausbauen und auch einen Pressedienst im Amt organisieren, um die Öffentlichkeit immer auf dem laufenden zu erhalten. Ich bitte die Öffentlichkeit um weitestgehende Unterstützung und auch um Anregungen. Ich will zur Erledigung der wichtigen Arbeiten des Ernährungsdienstes alle Kräfte, alle Stände und Berufsstände zusammenfassen, damit alle gemeinsam, gleichsam viribus unitis wirken können. Nicht im Wirken gegeneinander, sondern nur in einhelliger Zusammenfassung aller Kräfte wird dem schwierigen Ernährungsproblem beizukommen sein. Und daß es bei einiger Selbstdisziplin der Bevölkerung gehen wird, das ist meine feste Überzeugung.“

Minister Höfer, der infolge Arbeitsüberhäufung gleichsam die Nacht zum Tage machen muß und der sich im Verlauf der Unterredung in einzelnen Markt- und Ernährungsfragen erstaunlich informiert gezeigt hat, bemerkte zum Schluß der Unterredung, daß er unter anderem in seinem Programm auch auf die Lösung des Preisproblems Rücksicht genommen habe. Aber auch von der Erkenntnis sei er durchdrungen, daß der Ernährungsdienst bei Mangel an Kräften nicht leiden dürfte, weshalb er auch auf diesem Gebiet Vorkehrungen treffen werde.

Regelung des Postpaketbezugs von Lebensmitteln aus Holland und Dänemark.

Berlin, 8. Jan. (B. B.) Der Postpaketbezug von Butter, Margarine, Fleisch und Fleischwaren, Speck, Schmalz, Käse, Dauermilch aller Art und Eiern aus Dänemark und den Niederlanden hat in der letzten Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß wegen Anrechnung der Postpaketbezüge auf die Konsentmengen und wegen der mit der zunehmenden Zahl immer schwieriger werdenden Ueberwachung des Postpaketverkehrs eine Aenderung in der bisherigen Regelung eintreten muß. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat Anweisung erhalten, alle Postpaketsendungen mit Butter, Margarine, Fleisch und Fleischwaren, Speck, Schmalz, Käse, Dauermilch aller Art und Eiern vom 1. Januar 1917 ab zu beschlagnahmen und Freigabeanträge abzugeben, wenn nicht durch einen konsularischen Ausnahmeerschein, der den sonstigen Postbegleitspapieren beigefügt ist, nachgewiesen wird, daß für die einzelne Sendung vom dem Kaiserlichen Generalkonsulat eine Ausnahme bewilligt worden ist.

Derartige Ausnahmeerschein sind nur zu erteilen:

1. Für Postpaketsendungen an Gesandte, Konsuln sowie an Gesandtschafts- und Konsulatsbeamte aller neutralen Staaten in Deutschland ohne Beschränkung der Menge nach, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lebensmittel nur für den Verbrauch im Haushalt der Empfänger bestimmt sind.

2. Für Postpaketsendungen an dänische oder niederländische Staatsangehörige aus Dänemark oder den Niederlanden mit der Beschränkung, daß die Lebensmittel als Geschenk geliefert werden und nur für den Verbrauch in dem Haushalt der Empfänger bestimmt sind, ferner, daß monatlich nicht mehr als 5 Kilogramm Butter, Schmalz und Margarine, 10 Kilogramm Fleisch, Fleischwaren und Speck, 5 Kilogramm Käse und 5 Kilogramm Dauermilch aller Art und 60 Stück Eier bezogen werden können.

3. In sonstigen Fällen sind Ausnahmeerschein nur beim Vorliegen besonderer Gründe zu erteilen, z. B. wenn ein Deutscher Butter, Fleisch usw. von seinen in Dänemark oder den Niederlanden gelegenen landwirtschaftlichen Betrieben beziehen will. Verwandtschaftliche Beziehungen oder geschenkweise Zuteilung allein sind kein Grund zur Ausnahmebewilligung.

Die Erteilung der konsularischen Ausnahmeerschein soll in der Weise erfolgen, daß der Antragsteller die ausgefüllten Postbegleitspapiere vor Absendung des Pakets der dortigen Konsularbehörde einreicht im Falle 2 unter Nachweis der dänischen oder niederländischen Staatsangehörigkeit des Empfängers und nach Empfang des Ausnahmeerschein diesen zugleich mit dem Postpaket und den sonstigen Postbegleitspapieren der Post übergibt. Dabei können Antragsteller, die den Konsularbehörden als vertrauenswürdig bekannt sind, unter Umständen Ausnahmeerschein für einen längeren Zeitraum voraus erhalten. Der Herr Staatssekretär des Reichspostamts ist ersucht worden, wegen der Zulassung und Mitbeförderung der konsularischen Ausnahmeerschein mit der Königlich dänischen bzw. niederländischen Postverwaltung sich zu verständigen. Gebühren sind gemäß § 2 Abs. 2 des Konsulatsgebührengesetzes in den oben unter Biffer 1 genannten Fällen nicht zu erheben; in den anderen Fällen ist der Satz auf das gesetzlich zulässige Mindestmaß zu ermäßigen. Die Uebersendung von Formularen für die Bescheinigungen bleibt vorbehalten.

Alle ohne solche konsularische Ausnahmeerschein eingehenden Postpaketsendungen mit Butter, Fleisch usw. werden in Zukunft von der Post an die Sammelstelle der Zentral-Einkaufsgesellschaft geleitet werden und beschlagnahmt bleiben. Das Gleiche gilt von solchen Butter-, Fleisch- usw. Mengen, die in gemischten Paketen mit anderen als den hier genannten Waren, z. B. Kaffee, Tee usw. zusammen verpackt sind. Die mit einem konsularischen Ausnahmeerschein versehenen Postpaketsendungen werden von der Post ohne weiteres an den Bestimmungsort weitergeleitet und dort ausgehändigt werden. Zur Ausstellung der fraglichen Ausnahmeerschein in den Niederlanden ist das Generalkonsulat Amsterdam und das Konsulat Rotterdam ermächtigt.

Die Lebensmittelversorgung der Städte.

Im „Kriegslehrgang für Landfrauen“ standen auch gestern wieder Vorträge auf der Tagesordnung, die das Verhältnis zwischen Stadt und Land in der Lebensmittelversorgung zum Gegenstand hatten. Die Kaiserin wohnte einem großen Teil der heutigen Tagung bei. — Zunächst sprach Stadtrat Dr. Luther (Berlin) über:

Die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln.

Keinerlei Kritik wollte er üben, sondern nur feststellen, was ist! Er gab ein Bild der städtischen Ernährungsverhältnisse, wie sie sich entwickelt haben zunächst in den wohlhabenden Familien, dann in den unbemittelten und er gab dann einige Zahlen über ein besonders ernstes Kapitel der mangelhaften Versorgung, nämlich der mit Milch. Von 31 Städten z. B., die auf eine Umfrage geantwortet haben, konnten 22 Städte nicht die von der Reichsstelle angenommene Milchmenge geben. Für die Städte bestehen die Schwierigkeiten nicht bloß in dem Mangel, der Knappheit, sondern auch in der Heranschaffung. Dr. Luther besprach dann die Maßregeln der Abhilfe, wie sie von den Städten, den Zentralbehörden, von der Landwirtschaft geübt werden oder geübt werden sollten. Das Entscheidende erwartet er jedoch von der Landwirtschaft. Gemeinsam müssen Stadt und Land arbeiten, gemeinsam die Sorgen tragen, gemeinsam durchhalten. Es war eine prächtige Maßregel, daß man begonnen hat, den Unterschied zwischen Selbstversorgern und Versorgungsberechtigten auf ein geringes, gewissermaßen technisches Ausmaß herabzusehen. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat, das hob der Redner freudig hervor, selber beantragt, die Fettmenge der Selbstversorger herabzusehen. Das ist der Weg! Aber es gibt ja auch freiwillige Wege, wie z. B. bei den kommenden Gemüselieferungsverträgen. Möge da auf dem Lande die Bereitwilligkeit recht freundlich sein. Es sei gestern hier von „städtischen Schimpfereien gegen das Land“ gesprochen worden. Demgegenüber wolle er doch an den Geist der Einigkeit appellieren. Die Vorsitzende bemerkte in ihrem Danke, „daß der Ton der Versöhnlichkeit auf dem Lande immer großen Widerhall finde.“

Im zweiten Vortrage gab Pastor H. Siegmund Schulke ein sehr eindrucksvolles und dennoch schlichtes Bild von den

Wirkungen der Lebensmittelknappheit auf die städtische Bevölkerung.

Erfreulich war gleich am Anfang die Feststellung, daß diese Wirkungen in geistiger Beziehung keineswegs so traurig sind, wie es manche Gerüchte behaupten. Zu vergessen ist auch nicht, daß diejenigen Leute, die alle Schwierigkeiten gern, ja leuchtenden Auges tragen für die heilige Sache des Vaterlandes, stille Helden sind und nicht laute Menschen. Nach des Redners Ansicht leiden am meisten die mittleren und kleineren Beamten. Gar nicht leiden wohl zwei Gruppen: die sich vom Lande her versorgen können und die ganz Reichen. Die Arbeiterbevölkerung zeigt in sich die größten Unterschiede. In den Kreisen der Munition- und Lederarbeiter gibt es Familien, die bei Mitarbeit von Kindern ein Jahreseinkommen von 15 000 M. haben. In solchen Kreisen ist nicht bloß keine Not, sondern oft geradezu Verschwendung. Es ist ja bekannt, daß in Arbeiterkreisen oft drei Viertel des Verdienstes auf das Essen verwendet werden. Auf der anderen Seite gibt's aber auch Not, bitterste Not. Mit Schädigungen der Volksgesundheit durch die Knappheit wird man noch auf Jahre hinaus rechnen müssen. Die inneren Wirkungen der Knappheit sind sehr verschieden. Die Frage ist ganz in den Vordergrund getreten. Das Verhältnis zum Lande, von dem es heißt, daß es nur „gut lebe“, ist schlechter geworden. Man muß bei der großen Masse sogar einen gewissen Haß gegen das Land feststellen. Trotz alledem kann die arbeitende Bevölkerung doch auch von Verschwendung nicht freigesprochen werden. Man gehe einmal am Sonnabend Abend durch den Osten und Norden und man wird erstaunt sein über die vielen gebratenen Gänse, die aus den Schaufenstern gekauft werden von Arbeitern, die gut verdienen. Viele leben nur für Essen und Vergnügen. Die große Zeit kommt ihnen nicht zum Bewußtsein. Eine böse Wirkung ist die Verwirrung der Gewissen, daß man die behördlichen Bestimmungen sehr allgemein zu umgehen sucht. Noch schlimmer war die allgemeine Unzufriedenheit. Da hat das Friedensangebot geradezu ungeheuer gewirkt. Jetzt ist es allen klar: Hungern gehört zum Kriege. Die Ablehnung des Angebots hat ebenso ungeheuer gewirkt. Der Redner bekennt, daß er seit Monaten nicht mit so großer Freude die Familien im Osten besuche. Die Macht des guten Gewissens ist bei allen durch das deutsche Friedensangebot erneuert worden. Fühlen wir alle uns nur mehr als eine Familie, verstehen und helfen wir einander, dann wird uns der große Sieg werden!

Die Lebensmittel-Versorgung der Städte

Die Kaiserin im Kriegslehrgang.

Den gestrigen Verhandlungen des dritten Kriegslehrganges für Frauen vom Lande, die im Herrenhause stattfanden, wohnte die Kaiserin bei, die kurz nach 3 Uhr erschien und von der Vorsitzenden Gräfin Kayserlingk im Namen der Versammlung begrüßt wurde.

Als erster Redner sprach über die Lebensmittelversorgung der Städte der Geschäftsführer des Deutschen Städtetages Dr. Luther. Er schilderte zunächst, wie die Schwierigkeiten der Ernährung in den Städten fortwährend gestiegen sind, und zwar nicht nur bei den Unbemittelten, deren Kreis obendrein jetzt weit in den Mittelstand hineinragt, sondern auch bei den Bessergestellten, soweit ihnen nicht besondere Beziehungen zur Landwirtschaft zur Hilfe kommen. Der Redner belegte seine Ausführungen durch ein reiches Zahlenmaterial. Als am meisten beunruhigend bezeichnete er den Rückgang der Milchversorgung, weil dadurch die Jugend gefährdet werde. In Berlin ist die Milchversorgung gegenüber der Friedenszeit auf ein Drittel zurückgegangen. In sehr zahlreichen Städten wird die Milchmenge, die nach den Berechnungen der Reichsfettstelle erreicht werden soll, tatsächlich nicht geliefert. Abhilfsmassregeln, die sicher in solchem Umfang möglich sind, daß das Durchhalten nicht gefährdet ist, können bei aller Nahrungsmittelbeschaffung nur in sehr geringem Umfang von den Städten selbst ausgehen. Das Wichtigste sind die Massregeln der zentralen Stellen und größte Bereitwilligkeit der Landwirtschaft, den Grundsatz gleichmäßiger Verteilung zwischen Stadt und Land durchzuführen. Wie notwendig die Bereitwilligkeit der Landwirte bei den jetzt in den Mittelpunkt des Interesses gerückten Lieferungsverträgen ist, und zwar auch in Form eines organisierten Zusammenarbeitens der einzelnen Produzenten, legte der Redner alsdann dar. Dabei erkannte er die gewaltigen Leistungen der Landwirte und besonders der Landwirtsfrauen bereitwillig an. Abschließend wies er darauf hin, daß sich gegen die am Vortage vom Rednerpult in dem gleichen Kreise gemachten Bemerkungen von städtischen Schimpfereien gegen die Landwirtschaft und von Städtern, die in Haufen auf das Land kämen und um Butter bettelten, sehr Bitteres sagen lasse. Er aber wolle lieber den Geist beschwören, der in den Räumen des Herrenhauses (wo die Versammlung stattfand) bei der letzten Tagung dieses Hauses abgewaltet habe, wonach zu der Einigkeit und zu der Treue, die uns nützt, auch das auf gegenseitiges Verstehen und auf gegenseitigen Opferwillen aufgebaute gute Verhältnis zwischen Stadt und Land gehöre. Die Vorsitzende, Gräfin Kayserlingk, leitete ihre Dankworte in die Form, daß der Geist, der aus den Ausführungen des Redners hervorgegangen sei, es den Frauen vom Lande leicht mache, im Sinne seiner Wünsche draußen im Lande zu wirken.

Darauf schilderte Pastor Lic. Siegmund-Schulke die Wirkungen der Lebensmittelknappheit auf die städtische Bevölkerung. Nach des Redners Ansicht leiden am meisten die mittleren und kleineren Beamten. Gar nicht leiden wohl zwei Gruppen: die sich vom Lande her versorgen können und die ganz Reichen. Die Arbeiterbevölkerung zeigt in sich die größten Unterschiede. In den Kreisen der Munition- und Lederarbeiter gibt es Familien, die bei Mitarbeit von Kindern ein Jahreseinkommen von 15 000 Mark haben. In solchen Kreisen ist nicht bloß keine Not, sondern oft geradezu Verschwendung. Es ist ja bekannt, daß in Arbeiterkreisen oft $\frac{1}{4}$ des Verdienstes auf das Essen verwendet wird. Auf der andern Seite gibt's aber auch Not, bitterste Not. Mit Schädigungen der Volksgesundheit durch die Knappheit wird man noch auf Jahre hinaus rechnen müssen. Die inneren Wirkungen der Knappheit sind sehr verschieden. Die Magenfrage ist ganz in den Vordergrund getreten.

Die Groß-Berliner Fettstelle plant, wie wir hören, eine dringliche Eingabe an die Reichsfettstelle, damit diese schleunigst den Mißständen auf dem Gebiete der Milchversorgung ein Ende bereite. Die Verhältnisse in Berlin sind kaum noch haltbar. Es ist geradezu eine Notlage eingetreten, der man nicht mit Redensarten von „städtischen Schimpfereien“, wie sie der Leiter der Reichsfettstelle Landrat Frauen beliebte, wirksam begegnet. In Friedenszeiten erhielt Berlin von auswärts täglich über eine Million Liter. Diese Zufuhr ist im Dezember v. J. auf 275 000 Liter gesunken, also noch nicht annähernd ein Drittel von der Menge in Friedenszeiten. Innerhalb eines Jahres, seitdem die Reichsfettstelle ins Leben gerufen wurde, sank die gelieferte Milchmenge um $33\frac{1}{2}$ v. H. Wie sollen die zahlreichen Säuglinge, wie die Kranken Berlins versorgt werden, wenn ein so notwendiges Nahrungsmittel wie die Milch für sie fast völlig fernbleibt? Dabei ist auf dem Lande durchaus kein Milchmangel. Herr Landrat von Gräbenitz beweist das selber, wenn er erzählt, daß die Städter sich vom Lande Butter für 8 bis 10 Mark das Pfund fortkohlen. Warum werden auf den Dörfern nicht Sammelstellen für Milch, warum nicht genügende Kontrollen eingerichtet, um zu verhindern, daß heimlich gebuttert und diese Butter zu ganz außerordentlichen Preisen abgegeben wird? Deconomierat Hertzer hat unlängst in den „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaft“ darauf hingewiesen, daß Milch in ganz gewaltigen Mengen an Mastkälber verfüttert wird. Hoffentlich wird man an der Reichsfettstelle sich darüber klar, daß die Städter nicht zu „bitteln“ brauchen, sondern ein Recht haben, zu verlangen, daß auch auf ihre Ernährung Rücksicht genommen wird.

Dr. Heim gegen die Kriegsgesellschaften

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* München, 10. Januar.

Der Direktor der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des bayerischen Frauenvereins für Ein- und Verkauf, Dr. Georg Heim in Regensburg, wurde, wie berichtet, zu Königsgeburtstag mit dem Titel eines Geheimen Landesökonomierats ausgezeichnet, obgleich nicht unbekannt ist, daß er gegensätzlicher Ansicht mit dem gegenwärtigen neuen Minister des Innern von Preußen ist. Heute erscheint im Mittagsblatt der München-Augsburger „Abendzeitung“ die Veröffentlichung einer Unterredung eines Mitarbeiters mit Dr. Heim. Dr. Heim begann die Unterredung mit einer Erörterung der Frage, ob durch die Schaffung des Kriegsernährungsamtes die Selbstständigkeit Bayerns und auch der übrigen Bundesstaaten in der Ernährungspolitik aufgehört habe.

„Minister v. Preußen hält den Verzicht auf diese Selbstständigkeit im Interesse der Gesamtheit des Deutschen Reiches für geboten. Nunmehr aber liegt ein großer Unterschied zwischen der Erkenntnis eines allgemeinen Satzes und seiner praktischen Durchführung. Durch den Umstand, daß der gesamte wirtschaftliche Verkehr — und das gilt für die meisten Nahrungsmittel — heute in Berlin zentralisiert ist, ergibt sich naturnotwendig für jene Staaten, die diesem Zentrum am fernsten liegen, eine gewisse Benachteiligung. Alle Kriegsgesellschaften haben in Berlin ihren Sitz und verwalten Milliardenwerte. Dadurch wurde eine Zentralisierung des Wirtschaftsverkehrs in diesen Gesellschaften groß gezogen, in denen Bayern überhaupt nicht vertreten ist. Daraus ergibt sich naturnotwendig für Bayern eine Verkürzung. Ich möchte zum Beweis hierfür an einen praktischen Vorgang erinnern, namentlich an die Beschlagnahme der Zwetschen und des Obstes zur Marmeladenverarbeitung im Herbst 1916, eine Maßnahme, die von Berlin ausgegangen ist, deren unheilvolle Folgen Batocki in seiner Rücksichtnahme zugestanden hat. Diese Maßnahme war nicht nur nicht erfolgreich, sondern sie war ein schwerer Mißgriff, der mitten in der Entwicklung des Marktes die größten Schäden zur Folge hatte, ein Schulbeispiel dafür, wie man es nicht machen soll.“

Wenn Sie mich nun nach der Ursache solcher Mißgriffe fragen, so lautet meine Antwort: Weil in den Gesellschaften die Exekutive in den Händen solcher Leute liegt, denen die Kenntnis der Verhältnisse im Süden abgeht. Da Bayern nicht vertreten ist, finden die bayerischen Verhältnisse eben keine Berücksichtigung. Die Folgen sind, daß der Süden unter den Mißgriffen des Nordens unschuldig mit leiden muß. Die Frage, ob der Süden und speziell Bayern, wie es im Volksmunde heißt, in der Verteilung der Nahrungsmittel zu kurz gekommen ist und noch zu kurz kommt, ist unbedingt zu bejahen. Ich stehe da auf einem anderen Standpunkt als Minister v. Preußen, der sich wohl nicht so äußern kann, wie es mir als unabhängigen Mann möglich ist. Für mich steht fraglos fest, daß bei der Zuteilung von Lebensmitteln der Süden zu kurz gekommen ist und zu kurz kommt. Das liegt in der Positivität der Zentralisierung in Berlin und in einer gewissen menschlich erklärlichen Bevorzugung der nächsten Umgebung.“

Dr. Heim schloß seine Unterredung: „Das Durchhalten hängt nach meiner festen Ueberzeugung in erster Linie von der Lösung der Produktionschwierigkeiten ab, und da kann nur eine gründliche Organisation von unten helfen, weil vereint von jeher auch die Schwächeren mächtig waren. Planmäßige Organisation: das ist und bleibt die Grundforderung, und dieses Problem beschäftigt mich und — ich darf wohl auch annehmen — die maßgebenden Stellen des Reiches und der Bundesstaaten am meisten. Das ist erfreulich. Es wäre aber noch erfreulicher und förderlicher gewesen, wenn diese Erwägung schon im vorigen Jahre Platz gegriffen hätte: aber, schließlich ist es für alles Gute nie zu spät!“

Die gemeinsamen Ernährungsfragen.

Der Leiter des ungarischen Ernährungsamtes Geheimer Rat Baron Nürthy, der gestern in Begleitung des ungarischen Ackerbauministers Baron Ghillanyi in Wien verweilte, um über Ernährungsfragen mit der österreichischen Re-

gierung und dem neuen österreichischen Ernährungsminister Obersten Höfer zu konferieren, hatte die Liebenswürdigkeit, vor seiner Abreise nach Budapest einen Vertreter der „Zeit“ zu empfangen und sich ihm gegenüber folgendermaßen zu äußern:

„In der letzten Zeit haben unsere Arbeiten durch die Krönungsfeierlichkeiten wohl eine kurze Unterbrechung erfahren, jedoch wurde auch die Zwischenzeit zu internen Arbeiten benützt. Wir gehen in Ungarn mit aller Energie daran, die Sicherstellung der Volksernährung durchzuführen. Die Erhebungen über die angeordnete Getreiderequisition stehen vor dem Abschluß; erst Ende Januar wird das Resultat bekannt sein. Die rumänischen Getreidezuschüsse werden der Monarchie sicherlich zustatten kommen, wenn auch heute keine effektiven Daten über deren Höhe vorliegen. Die Ansicht, daß wir in Ungarn im Ueberfluß schwelgen, ist nicht gerechtfertigt. Wir haben die besten Absichten, alles für Oesterreich zu tun, was wir tun können, und wir tun dies auch. Jetzt haben wir als Delegaten des ungarischen Ernährungsamtes für das österreichische und für das deutsche Ernährungsamt den Sektionsrat Niszely ernannt. Für Budapest wurde seitens des deutschen Ernährungsamtes der Geheime Regierungsrat Fischer desoriert. Die Ernennung des Delegaten des österreichischen Ernährungsamtes für Budapest steht, wie ich heute erfährt, unmittelbar bevor.“

Es ist zu begrüßen, daß die drei Ernährungsämter endlich einmal in ständigem Kontakt miteinander arbeiten können, damit die Unvertrautheit verschwinde und ein gegenseitiger Einblick in die wirklichen Verhältnisse gewonnen werden kann.

Ich hoffe, daß durch die Mitarbeit der genannten Herren die Allgemeinheit den Eindruck gewinnen wird, daß wir in Ungarn alles tun. Dann wird auch die gewisse Gereiztheit verschwinden, die nur auf die Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Für viel Geld bekommt man auch in Wien und in Berlin noch so manches. Daß wir bei uns mit aller Schärfe vorgehen, beweist die angeordnete Aufnahme der Vorräte der privaten Haushaltungen in Budapest und im ganzen Lande. Eine Requisition dieser Vorräte war bisher noch nicht notwendig, wird aber auch nur dann kommen, wenn die Verhältnisse es erfordern sollten, wovon ich aber jetzt noch nicht glaube. Sowohl in Oesterreich als auch in Ungarn und in Deutschland werden wir bei einiger Sparsamkeit und Selbstdisziplin des Konsums durchhalten können. Das ist meine feste Ueberzeugung.

Das für Oesterreich bewilligte Schweinekontingent, das regelmäßig geliefert wurde, wurde inzwischen stillschweigend verlängert. Im nächsten Monat wird darüber offiziell weiter verhandelt und auch das Kontingent ohne Zweifel entsprechend erneuert werden. Jetzt haben wir die Frage der Eierausfuhr nach Oesterreich geregelt. Die ungarische Eierausfuhr wird an eine in Wien errichtete Eierzentrale durchgeführt werden, in deren Vordergrund die österreichische Zentral-einkaufsgesellschaft steht.“

13. I. 1918

124

„Englische Tischzeit.“

Direktor Rachwalsky, Vorsitzender des Interessenverbandes des Gastwirtsgewerbes und verwandter Betriebe, erklärt uns zu der von uns eröffneten Aussprache über die Einführung der „Englischen“ Tischzeit:

„Die Gastwirte haben an einer Neuregelung der Essenszeiten kein Interesse. Sie müßten ihre Betriebe auf die Umänderung neu einstellen, wodurch ihnen neue Unkosten erwachsen. Denn mit neu einstellen, wodurch ihnen neue Unkosten erwachsen. Denn mit demselben Personal, das bisher die Mittagstost zubereitet hat, können sie ein zweites Essen am Nachmittag nicht bewältigen. Durch eine allgemeine „Englische Tischzeit“ würden den Gastwirten auch insofern Nachteile entstehen, als die Angestellten, die bei der Kriegsnahrung nicht von morgens bis spät nachmittags ohne Speisen (insbesondere ohne warmes Essen) durchhalten können, ein Frühstück oder kleines Mittagessen einnehmen müssen, das dann wohl in erster Linie in den Volks-, Beamten- und Mittelstandsküchen eingenommen werden dürfte. Damit würde für die Gastwirte der Mittagstisch entweder ganz ausfallen oder er müßte mit dem Abendtisch zusammengelegt werden. Bei dem an sich schon jetzt sehr knappen Personal und den erhöhten Unkosten würde eine weitere Verminderung des Umsatzes die Gastwirte sehr stark belasten.“

Aus Angestelltenkreisen wird uns zu dem gleichen Thema geschrieben:

Die Direktion eines großen industriellen Werkes beabsichtigte vor wenigen Tagen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit. Da aber verschiedene Kriegswirtschaftsgesellschaften und Aufsichtsbehörden besonders in den Spätnachmittagsstunden die Firmen in Anspruch zu nehmen pflegen — vor kurzem erschien ein Kontrollbeamter zur Revision des Lagers um 6 Uhr abends — hat die Direktion von dieser zweifellos sehr wünschenswerten Einrichtung Abstand genommen. Es wäre daher wünschenswert, daß die amtlichen Stellen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Ein Angestellter einer Großbank rückt die Versorgung der Meinstehenden in den Vordergrund, indem er schreibt:

Es ist zu begrüßen, daß man aus Sparsamkeitsrücksichten den früheren Geschäftsfluß eingeführt hat und damit auch den Angestellten mehr freie Zeit gibt. Wenn nun für offene Geschäfte der 7-Uhr-Schluß möglich ist, so sollte man auch imstande sein, ein Durcharbeiten für alle kaufmännischen Betriebe anzuordnen. Die Großbanken z. B. haben zwar offiziell um 6 Uhr Büroschluß. Die Direktoren gehen aber erst zwischen 7 und 8 Uhr — oft noch später — nach Hause, wodurch ein großer Teil der Angestellten gezwungen ist, ebensolange im Büro zu bleiben. Abgesehen von dem erhöhten Verbrauch an Licht und Heizung, ist es auch für die Gesundheit der Angestellten von Nachteil, ihre knappe Tischzeit noch zu Besorgungen verwenden zu müssen. Wann soll aber ein kaufmännischer Angestellter ohne Angehörigen seine Lebensmittel besorgen? Die Lebensmittelgeschäfte sind meistens in der Tischzeit geschlossen, abends aber kommt man bei den meist großen Entfernungen zwischen Büro und Wohnung nicht rechtzeitig zu den Läden, bei denen man eingetragen ist. An andere Besorgungen ist überhaupt kaum zu denken, oder man muß sie sich durch übermäßiges Gehen in der Tischzeit teuer erkaufen. Es würde wahrscheinlich bedeutend mehr geleistet werden, wenn in den großen Betrieben durchgearbeitet werden würde, denn nachmittags sind die Angestellten nach einer kurzen Tischzeit weniger leistungsfähig. Für eine warme Mahlzeit ist in den meisten Großbetrieben durch eine Kantine gesorgt; andernfalls könnte man sich auch wohl mit einer späteren Mahlzeit gegen 5 Uhr begnügen.

Aus der Beamtenenschaft wird uns die folgende Äußerung übermittelt:

Wiederholt ist aus Beamtenkreisen die Anregung ergangen, daß sämtliche Behörden die ungeteilte Arbeitszeit einführen möchten, um den Beamten mehr Gelegenheit zur Erholung von ihrer anstrengenden Berufsarbeit zu geben. Der Vortragende Rat im Ministerium des Innern, Geheimer Obermedizinalrat Dr. Krohne hat kürzlich in einem Vortrag darauf hingewiesen, daß die berufliche Tätigkeit des Beamten besondere gesundheitliche Gefahren mit sich brächte, denen durch möglichst ausgiebige körperliche Bewegung in frischer Luft entgegengetreten werden müßte. Es sei daher notwendig, daß der Beamte seine freie Zeit zu längeren Spaziergängen, zu ausgiebiger Körperbewegung, und, wenn möglich, zur Gartenarbeit ausnütze. Der Befolgung dieser Ratschläge steht jedoch die geteilte Arbeitszeit hindernd im Wege, weil bei ihr der Beamte, abgesehen von der Mittagspause, die für einen Aufenthalt im Freien keine Zeit bietet, den ganzen Tag in seinen Diensträumen beschäftigt ist. Im allgemeinen hatten die Zentralbehörden vor dem Kriege die ungeteilte Arbeitszeit grundsätzlich vermehrte Arbeitsleistung der Beamtenenschaft es ermöglicht, beibehalten. Aber es gibt noch Behörden in großer Zahl, in denen die geteilte Arbeitszeit als Regel gilt. Diese Behörden sollten den Privatbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen und grundsätzlich die durchgehende Arbeitszeit einführen.

(Behner-Kommission für Volksverpflegung.)
Die Kommission hielt heute abend unter dem Vorsitze des
Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bödy, der den seit einigen
Tagen abwesenden Bürgermeister vertrat, eine geschlossene
Sitzung. Die neugewählten Mitglieder Dr. Béla Feleki und
Béla Perczel nahmen zum ersten Male an den Beratungen
der Kommission teil.

In der Sitzung berichtete Magistratsrat Dr. Eugen Per-
czel über die Kartoffelzufuhr und die Versorgung der
Bevölkerung mit diesem wichtigen Lebensmittel; Magistratsrat
Dr. Emil Vita beschäftigte sich mit der Kohlen- und
Petroleumfrage. Er teilte mit, daß der Petroleumbedarf
der Bevölkerung ungefähr 42 Waggons pro Monat beträgt; da
die Regierung der Hauptstadt bisher zirka 50 Waggons zur
Verfügung gestellt hat, steht der schon seit langem geplanten
Einführung von Petroleumkarten nichts mehr im
Wege. Das Petroleumkartensystem tritt am
1. Februar ins Leben. — Ausführlich berichtete
Magistratsrat Ludwig v. Fokuszázy über die jetzigen
Approvisionnementverhältnisse. Mit Befriedigung nahm die Kom-
mission zur Kenntnis, daß die Versorgung der Bevöl-
kerung mit den wichtigsten Lebensmitteln in
ziemlich befriedigender Weise von statten geht.
Nur die Milchfrage bietet nach wie vor Schwierigkeiten.
Einen längeren Gedankenaustausch rief eine Zuschrift des
Volksernährungsamtes hervor, worin das Amt den
Wunsch äußert, die Hauptstadt möge eine abermalige
Erhöhung der Höchstpreise für Milch zum Besten
der Milchproduzenten in Erwägung ziehen, um die Pro-
duzenten zu veranlassen, mehr Milch als bisher nach Budapest
zu liefern. Die Redner sprachen sich jedoch gegen die Erhö-
hung der Milchpreise aus; sie verwiesen darauf, die
Hauptstadt habe schon zweimal die Preise der Milch
in der Hoffnung erhöht, daß dies die Milchzufuhr günstig beein-
flussen werde, doch leider erfüllten sich die hieran geknüpften
Erwartungen nicht. In der Provinz gibt es nämlich keine Höchst-
preise für Milch, infolgedessen jede Provinzstadt in der Lage ist,
die Budapester Höchstpreise zu überbieten und die in ihrer Um-
gegend produzierte Milch für ihren eigenen Bedarf zu sichern.
Eine neuere Erhöhung der Budapester Höchstpreise für Milch
würde nur dann zu einem günstigen Resultat führen, wenn für
das ganze Land, oder wenigstens für einzelne
Rayons, die für Budapest in Betracht kommen, Höchst-
preise für Milch festgesetzt würden. Die Behner-
Kommission beschloß, dem Volksernährungsamte diese Maßregel
zu empfehlen.

Die Lebensmittelversorgung.

Ein schwer errungener Erfolg.

Nach mühseligem, monatelangem Kampfe der „Reichspost“ ist es jetzt endlich doch gelungen, daß die vor ungefähr einem halben Jahre erlassene Regierungsverordnung gegen die namenlosen Lebensmittel- und Bedarfsartikelanzeigen von der Wiener Händlerpresse beachtet wird. Dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, der lediglich das nackte Geschäftsinteresse verfolgt, sind die namenlosen Anzeigen seit einigen Tagen aus dem Ankündigungsteile der Wiener Händlerpresse verschwunden. Das ist ein Erfolg, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Es ist ja noch nicht lange her, daß mitunter in einer einzigen Nummer einer Händlerzeitung bis zu dreitausend Waggons unentbehrliche Nahrungsmittel von Leuten angeboten wurden, deren Namen man

niemals erfahren hat. Nur durch die stamm- und gesinnungsverwandte Pressförderung konnte sich der Kettenhandel zu einer ungeheuren Gefahr für unsere Lebensmittelversorgung entwickeln. Zahllose Geschäftsleute, die ihren Laden nicht zusperren wollten, waren gezwungen, aus fünfter, achter, zehnter Hand zu kaufen, da sie auf andere Weise ihre Warenbestände nicht ergänzen konnten. Der Preis einer und derselben Ware stieg mitunter zwei-, dreimal im Tage. Um Abnehmer war der Kettenhändler nie verlegen. Die Händlerpresse hat ihm dieselben in reichlicher Auswahl zugeführt und der Wucherer hatte ein leichtes Spiel, die Preise förmlich zu diktiert. Der ganze Handel war in ernstester Gefahr, in die Abhängigkeit des Geheimmonopols der Schiebehändler zu geraten. Da erließ die Regierung eine Verordnung, die die namenlosen Anzeigen, soweit sie sich auf den Warenverkehr beziehen, verbot, um eine Kontrolle über die Elemente zu erlangen, die den Lebensmittel- und Warenwucher zu ihrer einträglichen Beschäftigung erkoren. Wir brauchen unseren Lesern nicht zu sagen, welche Beachtung diese Verfügung in der Welt der Preistreiber und ihrer Presse gefunden hat. Monatelang ist die Verordnung täglich in der gröblichsten Weise verletzt worden, ohne daß die Wucherer und ihre Pressförderer zur Verantwortung gezogen worden wären. Erst seit den allerletzten Tagen ist hier ein Umschwung zu verzeichnen. Aber ebensowenig wie die Katze das Mausen lassen kann, wird das Krähel der Preistreiber und Händlerzeitungen sich loyal an ein bloßes Verbot halten. Das Wucheramt wird die Pflicht haben, sich täglich darüber zu vergewissern, ob das Verbot noch beachtet wird und wird gegen jede Uebertretung unnachsichtlich einschreiten müssen. Nur so wird ein dauernder Erfolg zu verzeichnen sein.

Der Speisezettel in den Versorgungshäusern.

Neumann stellt folgende Anfragen: 1. Ist dem Bürgermeister bekannt, daß die Verköstigung in den Versorgungshäusern nicht mehr genügt, um die Pflöglinge vor Hunger zu schützen? 2. Will der Bürgermeister prüfen, ob die Brotportionen bei dem kargen Mittagessen, welches nach der Kriegsspeiseordnung verabsolgt wird, ausreichen, um den Hunger der Pflöglinge zu stillen? 3. Glaubt der Bürgermeister, daß alte gebrechliche Menschen vier fleischlose Tage in der Woche vertragen können? 4. Glaubt der Bürgermeister nicht, daß es Pflicht sei, eine größere Sorgfalt für das Wohl der bedauernswerten Menschen an den Tag zu legen, die im späten Alter in einem städtischen Versorgungshaus Zuflucht nehmen müssen, als bisher?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich will dem Wunsche des Herrn Gemeinderates Neumann entsprechen und werde eine solche Prüfung vornehmen. Ich kann Ihnen infolgedessen heute nur mitteilen, was mir altemäßig bekannt ist. Sowie in allen privaten Haushaltungen hat auch in den Versorgungsanstalten der Gemeinde Wien der Speisezettel während der Kriegszeit Veränderungen erfahren. Diese Veränderungen bestehen hauptsächlich darin, daß anstatt zwei fleischloser Tage, wie in Friedenszeiten, jetzt deren vier eingeführt sind und daß bei jenen Nahrungsmitteln, deren Verbrauch gesetzlich beschränkt ist, nämlich Mehl, Brot, Fett, Kaffee, Zucker, die gesetzliche Verbrauchsgrenze eingehalten wird. Auch andre Nahrungsmittel, die der Allgemeinheit in genügender Menge zur Verfügung stehen, werden natürlich durch solche ersetzt, die eher zu beschaffen sind.

Der Bürgermeister verliest sodann den Speisezettel einer Anstalt, welchen er unter dem Patet der vielen ihm vorliegenden zufällig herauszieht, und bemerkt noch folgendes: Alle jene, welche sich in der

geschlossenen Armenpflege befinden, sind zumindest der Sorge, wo sie ein Obdach hernehmen und wie sie sich Nahrungsmittel beschaffen sollen, ledig. Die Leute stehen in der Früh auf und bekommen ihren Kaffee, mittags ihre Mahlzeit und am Abend wieder ihre Nahrung. Ich werde konstatieren lassen, ob das, was die Gemeinde Wien während des Krieges den Pflöglingen bietet, zur Ernährung derselben hinreicht oder nicht. Ich bin überzeugt, daß die Pflöglinge, ebenso wie die ganze übrige Bevölkerung unter den Kriegsfolgen zu leiden haben. Weder Gemeinderat Neumann noch auch ich wünschen, daß den Pflöglingen irgendein Abbruch in der Sorgfalt für ihr Wohl geschehe.

v. Steiner stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgern Ater geneigt: 1. Schritte zu unternehmen, um für die Zivilbevölkerung die Versorgung mit Leder und Schuhwerk erträglich zu gestalten? 2. Bei der k. k. Regierung nachdrücklich dahin zu wirken, daß über die Gebarung und Verwendung des Reingewinnes der Zentralen Mitterlangen in die Deffentlichkeit gelangen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation betrifft eine ungemein wichtige und für die Bevölkerung einschneidende Frage. Ich habe mich bemüht, bis zur heutigen Sitzung das Material zu sammeln, bin aber nicht fertig geworden und werde mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit dieser Interpellation dieselbe in der nächsten Sitzung ausführlich beantworten.

Dr. Weiskirchner über die Kartoffelversorgung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner fährt dann fort: Ich möchte über gewisse Tatsachen auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung einen wahrheitsgetreuen Bericht erstatten und lege denselben hiemit den Anwesenden vor.

Während nach den vorübergehenden Störungen in den Kartoffelzufuhren nach Wien im Laufe des Monats November der Einlauf in der ersten Hälfte Dezember sich derart gestaltete, daß nicht nur die Märkte entsprechend beschickt, die sonstigen Anforderungen der Verbrauchervereinigungen, Spitäler usw. befriedigt werden konnten, sondern auch der Lagerbestand in den Mieten eine weitere Zunahme erfuhr, und in den sonstigen Lagern der Gemeinde Borräte von 200 bis 300 Waggons angesammelt werden konnten, änderte sich von Mitte Dezember an die Lage vollständig. Die Zufuhren wurden immer spärlicher und betragen von den Weihnachtstagen oft nur einige wenige Bahnwagen; an einigen Tagen setzten sie gänzlich aus. Seit 1. Jänner dieses Jahres bis einschließl. 11. d., das ist also in einem Zeitraum von elf Tagen, bezifferte sich der Gesamteinlauf mit 19 Bahnwagen.

Diese Verhältnisse machten es nötig, die ohnehin nicht bedeutenden Lagerbestände der Gemeinde zur Versorgung heranzuziehen und auch an die Deckung der Kartoffelmieten zu schreiten, obwohl die Heranziehung der Borräte aus den Mieten erst für einen weitaus späteren Zeitraum in Aussicht genommen war.

Da die Lagerborräte bald aufgezehrt waren und die Beförderung der Kartoffeln aus den Mieten aus technischen Gründen und mit Rücksicht auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse in den letzten Tagen nicht mehr wie 10 bis 15 Waggons umfaßte, konnten leider in den letzten Tagen die Märkte nicht mehr entsprechend beschickt, geschweige denn den sonstigen dringenden Anforderungen Rechnung getragen werden.

Es besteht die Hoffnung, daß binnen kurzem eine Besserung der Verhältnisse eintreten wird, indem über wiederholte Interventionen die Regierung durch Herrn Minister Generalmajor Söfer die Zusage gab, daß einerseits die Zufuhren aus Böhmen wieder in ausgiebigerem Maße einfließen, andererseits auch Zuzüge aus Galizien stattfinden werden. Weiter wird die Regierung mit allem Nachdruck dahin wirken, daß eine größere Anzahl von Bahnwagen aus russisch-polen der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt werden.

Die oben erwähnten ungünstigen Verhältnisse auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung veranlaßte die Gemeindeverwaltung, bereits im Laufe dieser Woche mit der Ausgabe deutscher Kohlrüben (auch Wruken genannt), die der Gemeinde von der Regierung im Wege der Kriegsgetreibeverkehrsanstalt zur Verfügung gestellt wurden, als Ersatz für Kartoffeln zu beginnen. Die erste Abgabe auf den Märkten fand am 11. d. statt und ist vorläufig in Aussicht genommen, dieses Gemüse an Diensttagen und Donnerstagen jeder Woche an die Märkte abzugeben.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Stockende Lebensmittelversorgung.

Aus verschiedenen Stadtteilen Berlins, zum Teil auch aus den westlichen Vororten, kommen Klagen darüber, daß die Brotversorgung außerordentlich zu wünschen übrig läßt. Die verschiedenen Magistrate erklären, daß weniger die Mängel in der Mehlerverteilung daran schuld seien als die Mängel der Kohlenzufuhr. Auch mit der Fleischverteilung sieht es an verschiedenen Stellen nicht zum besten aus. In Wilmersdorf warten zahlreiche Leute, die bei der II. städtischen Fleischhalle eingetragen sind, schon seit mehreren Tagen vergebens auf die ihnen zustehende Fleischrate. Ähnliche Klagen kommen aus Charlottenburg und Schöneberg. Auch die Kartoffelknappheit hält an vielen Stellen an. Der Magistrat von Charlottenburg erklärt diesen mißlichen Zustand damit, daß es bei den Schneeverhältnissen der letzten Tage einfach unmöglich war, die noch eingetroffenen Kartoffeln regelmäßig den Kartoffelhändlern zuzuführen. Er fordert die Einwohner auf, sich vorläufig an die 33 städtischen Verkaufsstellen und die Kartoffelstellen auf den Wochenmärkten zu wenden. Freilich fügt er hinzu, die Bevölkerung möge mit den gegenwärtigen Bitterungsverhältnissen kleine Stockungen und Verzögerungen erklären und entschuldigen.

In einem merkwürdigen Gegensatz zu der amtlichen Mitteilung, daß in Preußen die Unordnung ergangen ist, überall da, wo genügend Kartoffeln vorhanden sind, die Wochenkopfmenge auf 3 Pfund Kartoffeln herabzusetzen und die fortfallende Kartoffelmenge durch mindestens die doppelte Menge Kohlrüben zu ersetzen, steht die in den letzten Tagen mehrfach beobachtete Erscheinung, daß die gelieferten Kohlrüben außerordentlich schlecht sind. In den Markthallen sind übrigens so gut wie gar keine Kohlrüben zu haben, höchstens ausländische Ware, wofür im Großhandel 7—8 Mark für den Zentner gezahlt werden. Dabei wird von verschiedenen Seiten versichert, daß es in nicht allzu weiter Entfernung von Berlin durchaus nicht an Kohl, Kartoffeln usw. fehlt. Vielleicht werden die Magistrate von Groß-Berlin beim Kriegs-Ernährungsamt und der Reichskartoffelstelle sowie den übrigen zuständigen Stellen mit Nachdruck vorstellig.

Nochmals sei betont, daß niemand glaubt, es fehlen Nahrungsmittel in erheblichem Maße. Vielmehr trage die mangelhafte Verteilung die Schuld an der unleugbaren Knappheit.

4 Pfund Kartoffeln und 4 Pfund Kohlrüben.

Die Gemeinden der Groß-Berliner Kartoffelgesellschaften haben beschlossen, für die nächste Woche die Wochenmenge an Kartoffeln auf 4 Pfund zu bemessen und daneben eine Kopfmenge von 4 Pfund Kohlrüben aufzugeben. Dem Bestreben, die Kartoffeln in noch höherem Grade durch Kohlrüben zu ersetzen, steht der Umstand entgegen, daß die Groß-Berliner Gemeinden zurzeit nicht in Besitz einer so großen Menge von Kohlrüben sind. Die Groß-Berliner Kar-

toffelstelle hat bei dieser Gelegenheit erneut der dringenden Bitte an die Staatsregierung Ausdruck gegeben, dafür zu sorgen, daß durch die am 15. Februar in Kraft tretende Preiserhöhung die Kartoffelzufuhr in den vorhergehenden Wochen nicht zur Lage gehalten wird.

Für die Sicherung der Volksernährung.

Die Aufgaben der neuen Ämter.

Die Notwendigkeit eines engen und verständnisvollen Zusammenarbeitens zwischen den Militär- und Zivilbehörden auf dem gerade in der Kriegszeit besonders wichtigen Gebiete der Volksernährung ließ die Schaffung besonderer Kriegswirtschaftsämter als wünschenswert erscheinen. Das preussische Staatsministerium hat daher jetzt entsprechende Beschlüsse gefaßt und die Grundsätze für die Errichtung solcher Ämter festgelegt. Durch diese Ämter, die an die bereits bestehenden Provinzialbehörden angegliedert werden sollen, werden die stellvertretenden Generalkommandos und das Kriegsamt in den Stand gesetzt, die in ihren Geschäftsbereich fallenden Aufgaben zu erfüllen. Zugleich erschien es angebracht, den Wirtschaftsausschüssen bei den Landkreisen für ihre Aufgaben eine festere Form zu geben.

Ueber die Ausgestaltung und Zuständigkeit dieser neuen Kriegswirtschaftsämter und der für die Landkreise zu bildenden Kriegswirtschaftsstellen erfahren wir folgende Einzelheiten: Für jede Provinz wird ein Kriegswirtschaftsamt gebildet. Vorsitzender des Kriegswirtschaftsamtes ist ein vom Kriegsamt ernannter Offizier, der mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten genau vertraut ist. Mitglieder des Kriegswirtschaftsamtes sind zwei vom Oberpräsidenten ernannte höhere Verwaltungsbeamte, je ein Vertreter der Eisenbahndirektionen, zu deren Bereich die Provinz gehört, sechs von der Landwirtschaftskammer zu benennende Landwirte und ein vom Kommandierenden General am Siege des Kriegswirtschaftsamtes ernannter Veterinär. Der vorsitzende Offizier vertritt sämtliche Generalkommandos, zu deren Bereich die Provinz gehört. Bei den nicht am Siege des Kriegswirtschaftsamtes befindlichen Generalkommandos werden Nebstellen des Kriegswirtschaftsamtes nach Bedarf gebildet, die aus einem landwirtschaftlich erfahrenen Offizier als Leiter und den erforderlichen Hilfskräften bestehen. Das Kriegswirtschaftsamt hat die Aufgabe, innerhalb der Provinz die landwirtschaftliche Produktion, soweit diese zum Geschäftsbereich des Kriegsamtes gehört, zu unterstützen und zu fördern durch Beschaffung und nötigenfalls militärische Zurückstellung von Betriebsleitern und Arbeitern, Beschaffung von Arbeitspferden, Maschinen und Betriebsmitteln (Kohlen, Benzol usw.), Fürsorge für die restlose Bestellung der Felder, für die Einbringung der Ernte.

Bei der Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte wirkt das Kriegswirtschaftsamt nicht mit. Das Kriegswirtschaftsamt hat in den genannten Angelegenheiten den zuständigen Stellen Vorschläge zu machen und auf Erfordern Gutachten zu erstatten. Vom Kriegsamt kann ihm die Entscheidung in bestimmten Angelegenheiten übertragen werden. Der Vorsitzende des Kriegswirtschaftsamtes kann einzelne Mitglieder mit der Erledigung einzelner Angelegenheiten betrauen. Für jeden Kreis wird eine Kriegswirtschaftsstelle gebildet. Vorsitzender ist der Landrat; sein Stellvertreter (praktischer Landwirt) und vier bis acht Mitglieder werden auf Vorschlag des Kriegsausschusses nach Anhörung der Landwirtschaftskammer durch den Oberpräsidenten ernannt. Die Aufgabe der Kriegswirtschaftsstelle ist für den Bezirk des Kreises die gleiche, die dem Kriegswirtschaftsamt für den Bezirk der Provinz zugewiesen ist. Auch der Vorsitzende der Kriegswirtschaftsstelle kann einzelne ihrer Mitglieder mit der Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauen.

Die Schaffung der Kriegswirtschaftsämter liegt in der Hand der Oberpräsidenten im Einvernehmen mit den stellvertretenden Generalkommandos, die die in Frage kommenden Mitglieder der Ämter ernennen. Für die landwirtschaftlichen Personen werden die Landwirtschaftskammern herangezogen. Da die neuen Ämter bereits auf die Frühjahrbestellung Einfluß ausüben müssen, soll ihre Errichtung sofort erfolgen. Der Minister des Innern und der Landwirtschaftsminister erwarten binnen kurzem über die Schaffung der Ämter Bericht.

Gleiche Lieferungsschwindereien in Oesterreich

In ganz gleicher Weise sind auch in Oesterreich Betrügereien ausgeführt worden und es hat sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß es sich um das Treiben der nämlichen Betrügerbande handelt. Ueber die in Oesterreich ausgeführten Gaunereien erfahren wir: Mit verschiedenen Provinzfirmen trat ein Mann in Unterhandlungen, der sich Hartwig nannte und sich fälschlich für den Inhaber der Firma Hartwig u. Vogel ausgab. Er bat den Firmen waggonweise Lieferung von Schokolade an, ohne offenbar in der Lage zu sein, seinem Lieferungsversprechen nachzukommen. Ueber die Bezahlung ließ er sich ein Akkreditiv bei einer Großbank eröffnen, auf Grund dessen die Auszahlung gegen Vorweisung des Verladungsdokumentes erfolgen soll.

In den bisher bekannt gewordenen Fällen beträgt die Gesamtsumme der Lieferungsbeträge 140.000 Kronen, bei den Behebungsversuchen bediente sich der Betrüger eines zweifellos gefälschten Frachtokumentes, genau so wie der Betrüger im Deutschen Reiche. Der Mann, der in Wien in einem Hotel im 1. Bezirk gewohnt haben soll, wird beschrieben als 45 bis 48 Jahre alt, mittelgroß, unterseht, mit schwarzem Haar und hellerem Schnurrbart. Er war zuletzt mit schwarzem, steifen Hut und schwarzem Stadtpelz mit Nerzfragen bekleidet.

Errichtung von Kriegswirtschaftsämtern.

N Berlin, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Zum Zwecke des Zusammenarbeitens zwischen den bestehenden Provinzialbehörden und den stellvertretenden Generalkommandos in den Fragen der Volksernährung sind jetzt sogenannte Kriegswirtschaftsämter gebildet worden. Ueber die Ausgestaltung und Zuständigkeit dieser neuen Kriegswirtschaftsämter und der für die Landkreise zu bildenden Kriegswirtschaftsstellen erfährt die „Voss. Ztg.“:

Für jede Provinz wird ein Kriegswirtschaftsamt gebildet. Vorsitzender des Kriegswirtschaftsamtes ist ein vom Kriegsamt ernannter Offizier, der mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten genau vertraut ist. Mitglieder des Kriegswirtschaftsamtes sind zwei vom Oberpräsidenten ernannte höhere Verwaltungsbeamte, je ein Vertreter der Eisenbahndirektionen, zu deren Bereich die Provinz gehört, sechs von der Landwirtschaftskammer zu benennende Landwirte und ein vom Kommandierenden General am Sitz des Kriegswirtschaftsamtes ernannter Veterinär. Der vorsitzende Offizier vertritt sämtliche Generalkommandos, zu deren Bereich die Provinz gehört. Bei den nicht am Sitz des Kriegswirtschaftsamtes befindlichen Generalkommandos werden Nebenstellen des Kriegswirtschaftsamtes nach Bedarf gebildet, die aus einem landwirtschaftlich erfahrenen Offizier als Leiter und den erforderlichen Hilfskräften bestehen. Das Kriegswirtschaftsamt hat die Aufgabe, innerhalb der Provinz die landwirtschaftliche Produktion, soweit diese zum Geschäftsbereich des Kriegsammtes gehört, zu unterstützen und zu fördern durch Beschaffung und nötigenfalls militärische Zurüstung von Betriebsleitern und Arbeitern, Beschaffung von Arbeitspferden, Maschinen und Betriebsmitteln (Kohlen, Benzin usw.), Fürsorge für die restlose Bestellung der Felder und für die Einbringung der Ernte. Bei der Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte wirkt das Kriegswirtschaftsamt nicht mit. Das Kriegswirtschaftsamt hat in den genannten Angelegenheiten den zuständigen Stellen Vorschläge zu machen und auf Erfordern Gutachten zu erstatten. Vom Kriegsamt kann ihm die Entscheidung in bestimmten Angelegenheiten übertragen werden. Der Vorsitzende des Kriegswirtschaftsamtes kann einzelne Mitglieder mit der Erledigung einzelner Angelegenheiten betrauen.

Für jeden Kreis wird eine Kriegswirtschaftsstelle gebildet. Vorsitzender ist der Landrat. Sein Stellvertreter (praktischer Landwirt) und vier bis acht Mitglieder werden auf Vorschlag des Kriegsausschusses nach Anhörung der Landwirtschaftskammer durch den Oberpräsidenten ernannt. Die Aufgabe der Kriegswirtschaftsstelle ist für den Bezirk des Kreises die gleiche, die dem Kriegswirtschaftsamt für den Bezirk der Provinz zugewiesen ist. Auch der Vorsitzende der Kriegswirtschaftsstelle kann einzelne ihrer Mitglieder mit der Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauen.

Die Schaffung der Kriegswirtschaftsämter liegt in der Hand des Oberpräsidenten im Einvernehmen mit den stellvertretenden Generalkommandos, die die in Frage kommenden Mitglieder der Ämter ernennen. Für die landwirtschaftlichen Personen werden die Landwirtschaftskammern herangezogen. Da die neuen Ämter bereits auf die Frühjahrseinstellung Einfluß ausüben müssen, soll ihre Errichtung sofort erfolgen.

Die Verpflegsfragen.

Minister Höfer im Wiener Handels- und Industrieverein.

Im Wiener Handels- und Industrieverein fand Samstag den 13. d. ein Vortrag des Direktors des Ersten Wiener Konsumvereines kaiserl. Rates Alois Marešch über die Nahrungsmittelversorgung im Kriege statt. Die sachkundigen Ausführungen fanden das regste Interesse der Versammlung, welcher auch der Leiter des Volksnährungsamtes Minister Generalmajor Höfer beiwohnte und nach dem Vortrage Anlaß nahm, mit dem Redner einzelne Punkte des Vortragsgegenstandes sofort durchzusprechen. In seinem Vortrage entrollte kaiserl. Rat Marešch ein anschauliches Bild der Veränderungen, denen die Beschaffung der für den Lebensbedarf notwendigen Waren, deren Vertrieb und deren Preise in den letzten zweieinhalb Jahren unterworfen waren. Die vom Staate angeordneten Verbrauchsregelungen, die staatliche Bewirtschaftung wichtiger Lebensmittel und die Bemühungen der Regierung zur Regelung der Verkaufspreise wurden vom Redner kritisch beleuchtet und die charakteristischen Erscheinungen, in deren Zeichen die Approvisionierung der letzten Jahre stand, wie Hamsterei, unbefugter Zwischenhandel, Preistreiberei, Zufuhrstochungen, Käuferansammlungen vor den Geschäften etc. in kurzen Zügen dargestellt. Kaiserl. Rat Marešch behandelte sodann eingehend die Ausgestaltung, welche der Begriff der Konsumentenorganisationen während des Krieges gefunden hat und die Schwierigkeiten, mit denen die Verbrauchervereinigungen bei der Verteilung der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel zu kämpfen haben. Die dem neugeschaffenen Ernährungsamte zunächst bevorstehenden Aufgaben, wie Steigerung der Produktion, Erfassung aller vorhandenen Vorräte, deren gleichmäßige Verteilung auf alle Gebiete des Staates, Regelung des Lebensmittelverkehrs mit der jenseitigen Reichshälfte und einverständliches Vorgehen mit der Seeresverwaltung besprechend, schloß der Redner mit einem Appell an die Regierung, durch entsprechende Maßnahmen einer gerechten und gleichmäßigen Aufteilung aller vorhandenen Lebensmittel den Bedürfnissen der im Hinterlande schaffenden Bevölkerung gerecht zu werden, und einer Mahnung an diese, alle notwendig gewordenen Einschränkungen und Entbehrungen mit Geduld auf sich zu nehmen, und so die Erfolge unserer sieggeläuterten Truppen zu sichern und zu mehren.

Außer Minister Höfer wohnten dem Vortrage bei: die Minister a. D. Dr. Ritter v. Wittel, Dr. August Engel Freiherr v. Mainfelden, Dr. Franz Freiherr v. Zenker, Sektionschef Dr. Harold Demel Ritter von Elswehr, die Hofräte Karl Moser Ritter v. Moosbruch und Dr. Rudolf Marešch, in Vertretung des Leiters des Kriegsfürsorgeamtes Johann Ritter von Böhl, Marine-Oberingenieur Reeh, Militäröverintendant Meißner, Ministerialsekretär Dr. Kraus, die Gemeinderäte Dr. Stich, Hilscher, Bierödl und Partik, Generaldirektor Traut, Professor Jellinek von der Neuen Wiener Handelsakademie u. a. m.

Die Kakaodose in Brünn.

Ein unfaßbares Vorkommnis.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Sehr geehrter Herr Redakteur! Ein bei mir wohnender Studierender Schweizer Staatsbürgerschaft erhielt von seinen Verwandten aus der Schweiz ein Paket als Geschenk. Er begab sich mit dem Aviso auf das Zollamt und bekam eine Dose Kondensmilch, nachdem er vorher versprechen mußte, daß er die Dose selbst verbrauchen werde und sie nicht dem Verkaufe diene. Ein halbes Kilogramm Kakao, das beige packt war, wurde ihm nicht ausgefolgt, da es „Bannware“ bilde und daher zurück gesendet oder vernichtet werden müsse. Auf Ersuchen des Studenten, den Kakao den Militärspitälern zu spenden, wurde ihm mitgeteilt, daß das nicht statthaft sei. Schließlich entschied man sich den Kakao, der gegenwärtig einen Wert von über 15 Kronen besitzt, zu vernichten. Der Beamte öffnete eine Osfentür, der Kakao wurde in die Glut geworfen, darüber ein Protokoll aufgenommen und von dem Studenten gefertigt. So geschähen am Vormittage des 11. Jänner 1917 am Zollamte in Brünn. Hochachtung v." — Man greift sich bei dieser Nachricht an den Kopf. Der Kakao war ein Geschenk an einen hier wohnenden Ausländer. Die Valutafrage kommt nicht in Betracht, da ja der Kakao ein Geschenk war. Der Jüngling aus der Schweiz hatte ein gutes Herz und wollte, daß der Kakao sodann verwundeten Soldaten zugute käme. „Es geht nicht!“ hieß es. Vernichtet mußte er werden. Das halbe Kilogramm Kakao — bleiben wir bei dem tatsächlichen Sachverhalt — hätte unbedingt, ohne unsere Valuta zu schädigen, da es ohne Gegenwert als Geschenk kam, geholfen, für einen Menschen etwa drei Monate das Frühstück „durchzuhalten“. Es war nicht möglich, das kostbare Lebensmittel mußte in die Flammen! Warum wohl? Was mag jener Unglücksrabe in Brünn glauben?

Minister Höfer im Handels- und Industrieverein.

Im Wiener Handels- und Industrieverein fand am Samstag ein Vortrag des Direktors des Ersten Wiener Konsumvereins kais. Rates Mojs Mareš über die Nahrungsmittelversorgung im Kriege statt. Die Ausführungen fanden das regste Interesse der Versammlung, der auch der Leiter des Volksernährungsamtes Minister Generalmajor Höfer beiwohnte und nach dem Vortrag Anlaß nahm, mit dem Redner einzelne Punkte des Vortragsgegenstandes sofort durchzusprechen. In seinem Vortrag entrollte kais. Rat Mareš ein Bild der Veränderungen, denen die Beschaffung der für den Lebensbedarf notwendigen Waren, deren Vertrieb und deren Preise in den letzten zweieinhalb Jahren unterworfen waren und erörterte sodann die Ausgestaltung, die der Begriff der Konsumentenorganisation während des Krieges gefunden hat. Die dem neugeschaffenen Ernährungsamt zunächst bevorstehenden Aufgaben, wie Steigerung der Produktion, Erfassung aller vorhandenen Vorräte, deren gleichmäßige Verteilung auf alle Gebiete des Staates, Regelung des Lebensmittelverkehrs mit der jenseitigen Reichshälfte und einverständliches Vorgehen mit der Seeresverwaltung besprechend, schloß der Redner mit einem Appell an die Regierung, durch entsprechende Maßnahmen eine gerechte und gleichmäßige Aufteilung aller vorhandenen Lebensmittel den Bedürfnissen der im Hinterland schaffenden Bevölkerung gerecht zu werden.

Der Abend
16. I. 1917

138

Noch einmal die Ersatzmittel.

Eine Unterredung unseres Berliner Berichterstatters mit Gerichtschemiker Dr. Paul Jeserich.

Berlin, im Jänner 1917.

Angefihts der ständig zunehmenden Beschwerden der Bevölkerung über Ersatzmittel, die den Verbrauchern für teuren Preis aufgefahst werden und deren Wert gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu dem dafür aufgewendeten Gelde steht, habe ich heute Gelegenheit genommen, den hiesigen Gerichtschemiker Dr. Paul Jeserich, dessen Ruf als Sachverständiger weit über die Reichsgrenze hinaus bekannt ist, aufzusuchen und ihn zu bitten, mir einerseits über die Verhältnisse in Deutschland Auskunft zu geben, anderseits mich über Maßnahmen zu belehren, die geeignet wären, einer fortdauernden Schädigung der Volksgesundheit durch schwindelhafte Mittel vorzubeugen.

Dr. Jeserich, der schon in Friedenszeiten als einer der namhaftesten Nahrungsmittelschemiker Deutschlands galt, hat während der Kriegszeit, die die Hochflut der Ersatzstoffe heraufbeschwor, in vielen Tausenden von Fällen vor Gericht als Sachverständiger gewirkt. Er ist aber auch ein Vertrauensmann der Industrie, die sich wegen aller einschlägigen Gutachten an ihn wendet.

„Es hat keinen Zweck zu leugnen,“ begann Dr. Jeserich seine Mitteilungen, „daß wir heute Ersatzmittel brauchen, ja daß wir ohne Ersatzmittel nicht auskommen können. Damit ist schon die Berechtigung für eine gesunde Ersatzmittelindustrie bewiesen. Zahlreiche Nahrungsmittel, die wir schwer oder gar nicht entbehren können, sind zur Zeit so knapp, daß die berechnigte Forderung nach Ersatzmittel sich von selbst ergibt. Eine grundlegende Bedingung ist jedoch, daß der Bevölkerung bei Einkauf des Ersatzmittels völlig reiner Wein eingegeben wird, d. h. daß der Käufer genau weiß, was er für sein Geld erwirbt.“

Nachdem ich Dr. Jeserich über die gegenwärtig in Österreich bestehenden Verhältnisse auf diesem Gebiet aufgeklärt hatte, meinte er:

„Ähnlich war ja die Lage bis vor kurzem auch bei uns. Eine große Besserung ist aber durch die gesetzlichen Vorschriften eingetreten, die den Schwindel, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch zum größten Teil verhindern. Heute darf kein neues Ersatzmittel in Deutschland in den Handel gebracht werden, das nicht vorher dem Reichsgesundheitsamt zur chemischen Begutachtung vorgelegen hat. Allerdings möchte ich hierbei gleich bemerken, daß diese Untersuchung nur bedingten Wert hat. Die dem Reichsgesundheitsamt vorgelegte Probe genügt oft den Anforderungen des Reichsgesundheitsamtes, während das wenige Wochen später unter dem gleichen Namen in den Handel gebrachte Erzeugnis entweder viel minderwertiger oder gar gesundheitschädlich ist. Damit ist nicht gesagt, daß der Erzeuger aus betrügerischen Absichten seine Ware verschlechtert hat. Sehr häufig kommt es vor, daß der Rohstoff, den er vielfach aus dem Auslande bezieht, nach und nach derartig an Güte nachläßt (wenn er nicht gar völlig verfälscht wird), daß der Fabrikant selbst der Getäuschte ist. Es genügt also nicht, daß der Fabrikant sein Erzeugnis einmal dem Gesundheitsamt vorlegt, sondern staatliche Organe müßten dauernd den weiteren Verlauf überwachen. Weiter ist bekannt, daß in Deutschland ein Gesetz besteht, das die Fernhaltung unzuverlässiger Elemente vom Handel mit Lebensmitteln vorschreibt. Tausenden von Personen ist bereits auf Grund dieses Gesetzes der Handel mit Lebensmitteln, also auch mit Ersatzmitteln, verboten worden.“

Was den Preis anbelangt, so sind im Laufe der letzten Jahre so viele Tausende von Beurteilungen wegen Wuchers mit Lebensmitteln erfolgt, daß die Erzeuger vorsichtig geworden sind. Heute wird wohl keiner etwas Neues in den Handel bringen, ehe er sich nicht mit der Preisprüfungsstelle wegen des festzusetzenden Preises in Verbindung gesetzt hätte. Noch eine Verordnung bestimmt schließlich, daß auf jedem Ersatzmittel die genaue chemische Zusammensetzung vermerkt sein muß. Durch alle diese Maßnahmen ist tatsächlich erzielt worden, daß eine erhebliche Gesundung des Ersatzmittelmarktes eingetreten ist, womit nicht gesagt ist, daß nicht noch zahlreiche Verbesserungen Platz greifen könnten. Vor allem ist unbedingt die Forderung zu erheben — der bisher nur teilweise nachgekommen wird — daß auf jedem Ersatzmittel deutlich sichtbar vermerkt ist, wozu es in Wirklichkeit dient. Der Vermerk auf einem Eierfah etwa „Ein Kaffeelöffel dieses Präparates ersetzt ein Ei“ ist irreführend und durchaus unreell. Richtig müßte die Angabe lauten, beispielsweise „Färbt wie ein Ei“ oder „Bindet wie ein Ei“ oder „Schmeckt wie ein Ei“. Wenn der Käufer einen solchen Vermerk liest, dann weiß er schon genauer, was er vor sich hat und was er mit diesem Ersatzmittel anfangen kann. Die chemische Zusammensetzung, die er dann liest, klärt ihn über den Nährwert auf und damit auch einigermaßen über die Tatsache, ob der Preis angemessen ist oder nicht.“

Plato über Höchstpreise und Lebensmittelfälscher.

Unter den vielen Stellen aus Dichtern und Dichtern, die im fortbauenden Kriege ganz merkwürdig beziehungsreich klingen, sind wohl zwei Stellen aus den „Gesetzen“ des Plato (427—347 v. Chr.) besonders bemerkenswert.

Deutlicher als irgendwo anders erkennt man beim Lesen dieser Sätze die tiefe Wahrheit des Goetheschen Satzes: „Alles Gescheite ist schon gedacht worden; man muß nur versuchen, es noch einmal zu denken.“

Alles, was wir jetzt für Gedanken aus unserer Zeit halten, die Höchstpreise und die Bestrafung der Lebensmittelfälscher, das alles hat Platos Genie erdacht.

Nachstehend bringen wir einige Sätze aus den Gesetzen, die Plato für seinen Idealstaat entwickelte. Im elften Buch (Kapitel 736) sagt er wörtlich:

„Auf das ein solcher mit Einwohnern unserer Staaten zu möglichst großer Tugend angehalten oder doch möglichst vor Unsitlichkeit bewahrt werde, sollen unsere Gesetzgeber bedenken, daß sie nicht bloß über die zu wachen haben, die leicht zu überwachen und davon zu behüten sind, daß sie die Gesetze verletzen und dem Laster verfallen, da sie von Natur und durch Erziehung wohlgebildete Leute sind, sondern noch viel mehr über die, welche ohne diesen Vorzug der Geburt und Erziehung sind und überdies noch Geschäfte treiben, in denen eine starke Verlockung zur Schlechtigkeit liegt. Da nun diese Klasse von Gewerbe vielerlei Arten umfaßt, so müssen daher die Gesetzgeber zunächst nur diejenigen Zweige im Staate zulassen, welche als notwendig und unentbehrlich für denselben erscheinen, und sodann in allen Zweigen erfahrene Männer zu Rate ziehen und mit diesen gemeinschaftlich ermitteln, bei welchen Einnahmen und Ausgaben der Händler seinen billigen Gewinn haben könne und danach die Warenpreise schrift-

lich feststellen, deren Einhaltung dann teils von Markt-, teils von Stadt- oder Landaufsehern überwacht werden soll! Bei einer solchen Einrichtung wird möglichst dafür gesorgt sein, daß der Kleinhandel jedermann im Staate nütze und daß diejenigen, welche ihn betreiben, am wenigsten fittlichen Schaden dadurch erleiden.

Auch die Lebensmittelfälscher borgt sich Plato aus. Die Strafen, die er für sie vorschlägt, sind ungemein strenge. Im Kapitel 729 des elften Buches der Gesetze sagt er darüber:

Wenn jemand der anderen Sachung zu Troß gefälschte Waren zu Markte bringt, so soll jeder, der dazu kommt und es bemerkt, ihn vor der Obrigkeit dessen zu überführen suchen, und — gelingt ihm dies — so soll er, wenn er ein Sklave oder ein Weisabe ist, die verfälschte Ware dafür erhalten. Ist er aber ein Bürger, so soll er, wenn er die Sache nicht zur Anzeige bringt, der öffentlichen Rüge unterliegen, daß er die Götter beraubt habe; zeigt er es aber an und beweist es, so soll er die verfälschte Ware den Göttern des Marktes weihen.

Derjenige aber, der dessen überführt worden ist, daß er dergleichen Waren feilgeboten hat, soll nicht bloß ihrer verlustig gehen, sondern auch für jede Drachme^{*)}, die er für seine Ware fordert, je einen Geißelhieb vom Herold auf öffentlichem Markte erhalten, nachdem letzterer den Grund der Bestrafung öffentlich verkündet hat. Die Marktaufseher und Gesetzgeber aber sollen sich bei erfahrenen Leuten über die Verfälschungen und sonstigen Unredlichkeiten, die die Verkäufer vorzunehmen pflegen, erkundigen und danach eine Marktordnung entwerfen, welche den Verkäufern vorschreibt, was sie tun dürfen und was nicht; diese Bestimmungen sollen dann an einer Säule vor dem Amtshause der Marktaufseher angebracht werden und erklären, daß dies die Gesetze seien, die jedermann, der auf dem Markte Geschäfte treiben will, das Nötige klar und deutlich vorschreiben.

17.11.1917

1110

Stadtrat Angermayer über Wiener Ernährungsfragen.

In einer gut besuchten Versammlung des Christlichsozialen Arbeitervereines Margareten, die am 13. d. im Katholischen Arbeiterheime, V. Kohlgrasse 39, abgehalten wurde, sprach Stadtrat Angermayer über Ernährungsfragen; er führte aus: Die Volksernährung ist durch diesen Krieg in völlig neue Bahnen gelenkt worden. Der Handel und Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten wurde ausgeschaltet, die Abwicklung des Marktes ist in andere Hände übergegangen; in eine Zentralstelle für die gesamte Volksernährung. Diese Zentralstelle wurde unter den schwierigsten Verhältnissen ins Leben gerufen; ihre Aufgabe ist es nunmehr, für die Herbeischaffung und Zufuhr der Lebensmittel, ferner für eine gerechte Verteilung sowie für eine derartige Festsetzung von Preisen, die sowohl den Erzeuger als auch den Abnehmer der Lebensmittel zufriedenstellen, Sorge zu tragen. Alle diese Notwendigkeiten hat die Gemeinde Wien, hat unser Bürgermeister Dr. Weistrichner schon längst angeregt (Großer Beifall) und schon bald nach Ausbruch des Krieges darauf verwiesen, daß nur die Staatsgewalt imstande sein könne, die Frage der Volksernährung zu lösen. (Beifall.) Um eine völlig gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel zu erzielen, wäre die gesamte Aufbringung derselben in Oesterreich und in Ungarn, ein einheitliches Versorgungsgebiet, notwendig. Die österreicherische Regierung war aber nicht imstande, eine diesbezügliche Vereinbarung mit der ungarischen Regierung zu erreichen, weshalb wir uns eben begnügen müssen, nur innerhalb der Grenzen Oesterreichs die Aufbringung der Lebensmittel zu erzielen. Die bisherigen Maßnahmen zur Aufbringung der Lebensmittel lagen in den Händen der einzelnen Kronländer, beziehungsweise deren Bezirkshauptmannschaften, die aber oft ihre Gebiete gegenseitig durch ein strenges Ausfuhrverbot voneinander absperren, so daß in Gegenden, wo vorwiegend Städte- und Industriebevölkerung wohnhaft ist, die Lebensmittelknappheit infolge dieses Abperrungssystems stark fühlbar wurde. Die eigentlich größte Bezirkshauptmannschaft in unserem Reiche ist die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die aber nur verbraucht und so gut wie nichts erzeugt. Die Zufuhr war infolge dieser Abperrungsregeln alsbald unterbunden und konnte nur unter den größten Schwierigkeiten durchgeführt werden. Die Versuche, aus Amerika und seinerzeit aus Italien und Rumänien Getreide zu bekommen, hatten einen geringen Erfolg, einerseits infolge der Beschagnahme durch die italienische Regierung, andererseits infolge der unglaublichen Transport-schwierigkeiten. Es sei hier nur auf die Tatsache verwiesen, daß die Gemeinde Wien rumänisches Getreide gekauft hatte, die Ware aber infolge des Umstandes, daß die Staatsbahnverwaltung keine Waggons bestellte, nicht befördern konnte. Der von den niederösterreichischen Landesbahnen mit größter Mühe zusammengestellte Approvionierungszug durfte die Strecke nicht befahren usw. Aus all dem ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit einer einheitlichen Zentralstelle für Lebensmittelversorgung. Die Schaffung der verschiedenen einzelnen Zentralstellen machten sich die Lebensmittelwucherer, junger, indem sie einen Kettenhandel ins Werk setzten, der an das Fabelhafte grenzt.

(Lebhafter Beifall.) Redner erörterte sodann die Tätigkeit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und brachte die Klagen der Bevölkerung zur Sprache, welche in gänzlicher Verkennung der Tatsache dem Bürgermeister die Schuld zuschiebt, wenn die Mehlabgabestellen schwarz oder minderes Mehl abgeben. Der Bürgermeister, fuhr Redner fort, kann durch das städtische Mehlabgabebüro eben nur das Mehl den einzelnen Verkaufsstellen zuweisen, das er von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bekommt, er ist also weder für die Qualität noch für die Quantität desselben verantwortlich zu machen. (Lebhafter Beifall.) Auch bei den übrigen Lebensmitteln verhält es sich so; die Gemeinde Wien ist heute ein Verteilungsapparat geworden. In längeren Ausführungen schilderte Redner die Kartoffelversorgung, wobei er auf den Nutzen verweist, den die Bevölkerung aus den von der Gemeinde Wien errichteten Kartoffelmieten ziehe. Als in den letzten Monaten die Kartoffelzuflüsse immer geringer wurden, hat die Gemeinde Wien die Kartoffelmieten geöffnet, und eine arge Gefährdung der Approvionierung Wiens hintangehalten. Hoffen wir, schloß Redner, daß es dem neuen Minister für Volksernährung gelingen möge, uns in kürzester Zeit die nötigen Mengen Kartoffel aus Böhmen, Mähren und Rußisch-Polen zu verschaffen. (Stürmischer Beifall.) Sodann schloß der Vorsitzende Kooperator Suchit die Versammlung.

17. I. 1917

A41

**Besichtigung von Märkten durch Minister
GM. Höfer.**

Minister GM. Anton Höfer, Präsident des Amtes für Volksernährung, hat am 15. d. in Begleitung seines Adjutanten Hauptmannes Gréger um 7 Uhr früh den Markt auf dem Eugenplatz in Favoriten besucht. Der Minister wurde dort vom Marktamtsdirektor Kommerzialrat Adolf Bauer, von den anderen Beamten des Marktamtes und den Beamten des Polizeikommissariates Favoriten erwartet und hat den ganzen Markt besichtigt. Der Minister orientierte sich über die vorhandenen Vorräte, über die Beschickung des Marktes und andere Einzelheiten. Dann begab sich Minister GM. Höfer in Begleitung des Marktamtsdirektors Bauer auf den Naschmarkt im vierten Bezirke und besichtigte dort den Klein- und Großmarkt. Er nahm auch das Gebäude des Marktkommissariates in Augenschein und orientierte sich eingehend über die Einrichtungen sowie über die Beschickung des Marktes in den einzelnen Artikeln, die dort vertreten sind, sowie über die Preise. Vom Naschmarkt kehrte der Minister in das Amt für Volksernährung zurück.

Bu viel Verordnungen.

Von den zahllosen Verordnungen, die den Verkehr mit Lebensmitteln betreffen, ist ein namhafter Teil bereits völlig in Vergessenheit geraten. Die Häufung der Verordnungen, ihr meist beträchtlicher Umfang und der nicht leicht verständliche Amtsstil, in dem sie abgefaßt sind, haben es von Anfang an nicht dazu kommen lassen, daß sie sich einlebten und populär wurden. So überließ das Publikum den Schutz, der ihm von behördlicher Seite zugebracht war, und wurde auch kaum weiter daran erinnert, da es eben an der ersten Durchführung der Verordnungen in vielen Fällen mangelte. Es mag sein, daß die Regierungsgewalt in Oesterreich, die sich in der langen parlamentslosen Zeit daran gewöhnte, Legislative zu sein, darüber ihren eigentlichen Beruf als Exekutive ein wenig verlernte. Die geringe Energie in der Durchführung an sich guter und wohlgemeinter behördlicher Vorschriften ist übrigens ohne Zweifel auch auf Mangel an Beamtenpersonal zurückzuführen. Wenn die Organe fehlen, die darüber wachen, daß eine Vorschrift befolgt werde, was Wunder, daß sie dann auf dem Papier stehen bleibt? Auf die kontrollierende Mitwirkung des Publikums selbst ist gegenwärtig gar nicht zu zählen, da im Lebensmittelhandel der Käufer dem Verkäufer gegenüber in eine so bescheidene Rolle zurückgedrängt ist, daß der eine nur widerstandslos hinnimmt, was der andere diktiert. Wie kann also dem Publikum geholfen werden? In der Verfolgung der Preistreiberei tun die Ver-

waltungs- und Justizbehörden gewiß ihre Pflicht. Aber jedermann weiß, daß nur ein sehr geringer Bruchteil der strafbaren Fälle überhaupt zu amtlicher Kenntnis gelangt. Die große Mehrzahl bleibt unbestraft, weil die Uebervorteilten schweigen, und sie schweigen, weil sie eingeschüchtert sind und sich in die Händlerwillkür schon gewohnheitsmäßig schicken.

Es ist unter solchen Umständen klar, daß das konsumierende Publikum zur Kontrolle und Selbsthilfe erzogen werden muß, und dies kann nur dadurch geschehen, daß man ihm die Sache leichter macht, indem ihm die zu seinem Schutz erlassenen Vorschriften immer wieder klar und verständlich vor Augen geführt werden. Höchstpreisbestimmungen zum Beispiel müssen nicht gelegentlich einmal publiziert, sondern müssen dauernd durch öffentlichen Anschlag in allgemeiner Kenntnis erhalten werden. Auch die seinerzeit getroffene sehr nützliche Anordnung, daß die Preise der Lebensmittel in jedem Laden für die Käufer in deutlich lesbare Schrift ersichtlich gemacht werden sollen, wäre neuerdings einzuschärfen und die Durchführung mit strengsten Mitteln zu erzwingen. Das ist eine der einfachsten und praktischsten Schutzvorschriften für das Publikum, und hier kann man nicht einmal sagen, daß Beamtenmangel die wirksame Ueberwachung verhindere. Es kann nicht in jedem Laden ein Wachorgan stehen, um den Kundenverkehr zu kontrollieren, aber bei jedem Händler die Anbringung von Preistafeln durchzusetzen, dazu haben wir wohl noch Wachorgane genug. So einleuchtend der Nutzen dieser Vorschrift ist, es kümmert sich doch kein Mensch darum, und in den meisten Wiener Lebensmittelgeschäften wird man die Preistafel vergebens suchen. Bei den Fleischhauern, wo sie am notwendigsten wäre, fehlt sie entweder ganz oder man sieht dort eine mit Preisbestrichen beschriftete Tafel, auf der sich niemand auskennt. Hier Ordnung zu schaffen, wäre doch ein Leichtes, es müßte nur endlich fest zugegriffen werden. Im allgemeinen aber würde es sich empfehlen, die Ueberfülle von Verordnungen, die unser Ernährungsweisen nicht fördert und die für den Volksverstand ein Mystereum bildet, einmal gründlich zu sichten, das Veraltete und Unbrauchbare gänzlich auszuschneiden, das praktisch Erprobte hingegen übersichtlich zusammenzufassen und in gemein-

verständlicher Form neuerlich kundzumachen. Selbst für die profunderen Sachkenner ist unsere Ernährungsgesetzgebung in ihrem gegenwärtigen Zustand kaum entwirrbar. Für die große Masse ist sie totes Papier. Gerade auf diesem Gebiete ist aber eine klare und einfache Gesetzgebung nötig, denn zur Durchführung gehört hier unbedingt die Mitwirkung der Öffentlichkeit. Wenn unser Volksernährungsamt sich zur Revision des Wustes von Verordnungen entschliesse, so würde aus dem toten Papier lebendiges Recht werden, und dabei würden Staatsautorität und öffentliches Vertrauen in gleichem Maße gewinnen.

Ernährungsfragen.

Von Jenny Secklich.

Gemeinsame Konferenzen aller Ernährungsminister von Ungarn, Oesterreich und Deutschland, täglich neu ercheinende scharfe Bestimmungen in betreff der Approvisionierungsfragen und Einföhrung eines aus allen Landesstellen Ungarns herbeigerufenen Sachmänner-Komitees zur Lösung der Lebensmittelfragen und Festsetzung von Normen, um dieselbe für die ganze Bevölkerung gleichmäßig zu behandeln, lassen erwarten, daß ein solches in den leitenden Kreisen der feste Entschluß gereift ist, in Ungarn eine stramme Organisation in der Approvisionierung einzuföhren. Unser Landesernährungspräsident wird auf seinen Reisen in Oesterreich die großartige Organisation dort wohl bemerkt haben und auch, daß es dort eine Bedorragung einzelner Klassen nicht gibt. Wenn wir auch niemals für ein „affenartiges“ Nachahmen von in anderen Ländern eingeföhrteten Gesetzen sind, so wollen wir doch bekennen, daß die einzigartige Organisation in Deutschland betreffs der Lebensmittelfragen uns doch als vorbildlich erscheint und daß wir Mutter Ungaria auf Mutter Germania hinneigen, die, wenigstens in diesen Fragen, alle ihre Kinder gleichmäßig behandelt und Lieblingskindern nicht kennt. Bis heute haben alle in Ungarn erscheinenden verstärkten Bestimmungen den Be-

stimmungen im Bereich der Lebensmittelgeankosten, die fast ausschließlich die städtische Bevölkerung trafen.

Am Lande wird jetzt wie vorher ein reich gedeckter Tisch beobachtet. Dort kennt man keine Milch-, Butter-, Fett- oder Mehlnapppheit. Während wir in der Stadt für ein Ei 50 Heller bezahlen mußten, hat die Landbevölkerung in Eisen, mit Butter oder Fett reichlich bereitet, geschmeißelt. Sie haben es nicht mehr nötig, ängstlich jedes ihrer hauswirtschaftlichen Produkte zu Geld zu machen. Die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise für die landwirtschaftlichen Produkte gewährt ihnen eine solch hohe Einkünfte, daß sie vom Verkaufe von Milch, Butter, Eiern usw. getrost absehen können und doch ihre Geldtruhen vollgefüllt bekommen. Aber jetzt sei es genug des grausamen Spieles!

Wir Hausfrauen in den Städten haben uns auch als gute Patriotinnen während der langen Kriegsdauer bewährt und die städtische Bevölkerung hat genau so wie die ländliche ihre Blutopfer dargebracht, ohne dafür in Form von Zugeständnissen welcher Art immer ein Äquivalent zu erhalten. Tapfer und geduldig haben wir bis jetzt alle Entbehrungen ertragen, weil wir das „Durchhalten“ im Interesse des heißgeliebten Vaterlandes gelobten. Aber Bitterkeit erfüllt unsere Seele, wenn wir sehen müssen, daß der eine Teil der Bevölkerung sich auf Kosten des anderen bereichern darf. Das gilt sowohl von der Landwirtschaft, auf

die ein goldener Regen herabfiel, als auch von den in Ungarn allmächtigen Banken, welche große Gändereien ihr Eigen nennen und den Preis der Produkte selbstherrlich bestimmen konnten. Wir haben jetzt Bilanzen lesen gelernt und fragen uns bekümmert, wohin es mit dem Mittelstand kommen wird, wenn nicht bald eine gründliche Remedur der für den Mittelstand so betrübenden Zustände eintritt.

Wir hier in Rezsomly suchten uns ja nach Möglichkeit selbst zu helfen, nachdem uns niemand half. Wir haben den Hausfrauenverein „Unitas“ gegründet, der sich nach Kräften bemüht, seinen Mitgliedern Lebensmittel und Haushaltsartikel billiger herbeizuschaffen und dem hoffentlich in Würdigung seines gemeinnützigen Wirkens vom Landesernährungsamte auch die erbetene Zulassung von Kaffee, Zucker, Seife, Kerzen und Rübölholzen seitens der „Zentralen“, resp. Fabriken angewiesen wird. Wir müssen leider wieder bei dieser Gelegenheit auf Deutschland und Oesterreich hinweisen, wo solche Verbände wie der unfruchtbar Ministerial-Berordnungen bevorzugt werden müssen, und zwar sowohl in der Zuteilung der Ware als auch bezüglich deren Transporte.

Wir hoffen ja auch aufrichtig, daß unser Versuch um Heberrettung der obenstehenden Artikel durch die betreffenden Zentralen vom Landesernährungsamte zustimmend und rasch erledigt wird.

Die neu errichtete städtische Mittelstandsküche

Warnung vor Olerersatzmitteln.

Wie sind Suppenwürfel zu beurteilen?

Eine Unterredung unseres Berliner Ersatzmittel-Sachverständigen Gerichtschemiker Dr. Paul Jeserich.

Wir haben vergangenen Dienstag eine Unterredung unseres Berliner Berichterstatters mit dem bekannten Ersatzmittel-Sachverständigen Gerichtschemiker Dr. Paul Jeserich veröffentlicht. Im Anschluß an diese Unterredung, die sich mit den allgemeinen Fragen der Ersatzmittelerzeugung beschäftigte, veröffentlichen wir heute eine zweite, die sich mit der wichtigen Frage der Olerersatzmittel und der Suppenwürfel befaßt. Die Warnungen, die hier ausgesprochen werden, mögen von den Hausfrauen beherzigt werden.

Im nachfolgenden die Unterredung:

Berlin, im Jänner 1917.

„Sind im Kriege Ersatzmittel erfunden worden, die einen bleibenden Wert haben und nach dem Kriege ihre Existenzberechtigung behalten werden?“

„Nein,“ erklärt Dr. Jeserich. „Eine überraschende Entdeckung ist durchaus nicht gemacht worden. Abgesehen vom Gefeteig als Fleischersatz, der wenigstens eine Neuerung darstellt, hat uns der Krieg keine neuen Erkenntnisse gebracht, deshalb werden auch alle Ersatzmittel sofort wieder verschwinden, wenn die eigentlichen Nahrungsmittel ihren Einzug bei uns halten.“

In einem längeren Vortrag aus dem reichen Schatz seiner Erfahrung machte mir Dr. Jeserich interessante und bemerkenswerte Mitteilungen über alle Arten des Ersatzes. Ich entnehme ihnen, daß beispielsweise bisher keinerlei Olerersatz gefunden wurde, der nur den geringsten realen Wert besitzt. Bekanntlich bestehen die meisten Olerersatzzeugnisse, die eine Hochflut von Prozessen und Beurteilungen nach sich gezogen haben, zu 98 v. S. aus Wasser und einem Färbemittel. Weitere Bestandteile haben höchstens den Zweck, die Flüssigkeit trüb und schwerflüssig zu machen. Die besten vorhandenen Olerersatz haben bestenfalls die Fähigkeit, einen Salat einen geringen Grad von Sämigkeit zu verleihen. Da angesichts der Beschaffenheit des Erzeugnisses auch der Feinschmecker gern auf diesen geringen Vorteil verzichten wird, kann die Bevölkerung vor dem Kauf von Olerersatz unter allen Umständen nur gewarnt werden. Einen Fettersatz hat es nie gegeben, gibt es nicht und wird es nach dem Stande der Wissenschaft niemals geben. Damit können auch alle Ersatzmittel, die sich Fettersatzmittel nennen, ruhig in das Gebiet des Schwindels verwiesen werden.

Etwas anderes ist es mit den gestreckten Fetten. Wie schon ihr Name besagt, bestehen sie aus einem geringen Zusatz Fett und einem Beiwert, das sich meist aus Kartoffeln und Milchweiß zusammensetzt. Auch diesen gestreckten Fetten gegenüber ist die größte Vorsicht anzuempfehlen, da die Kartoffeln in dem benötigten Zustande den günstigsten Nährboden für Bakterien abgeben und damit zu einem Gefahrträger erster Ordnung werden. Man laufe also nur gestreckte Fette, die sich in durchaus frischem Zustande befinden oder deren chemische Zusammensetzung sich als erprobt bewiesen hat. Mit Vorsicht sind auch die gegenwärtig auf den Markt gebrachten Suppenwürfel zu betrachten, namentlich jene, die aus dem Auslande stammen. Um ihre sonstige Beschaffenheit „würdigen“ zu können, ist es gut, sich die Vorschriften anzusehen, die in Deutschland für die Herstellung von Suppenwürfeln bestehen. Nach den Mitteilungen Dr. Jeserichs haben Suppenwürfel laut gesetzlicher Vorschrift zu enthalten:

Höchstens 65 v. S. Salz;
mindestens 7½ v. S. Fleischextrakt;
etwa 18¾ v. S. Stickstoffsubstanz (Eiweiß).
Würfel, die weniger als 7½ v. S. Fleischextrakt enthalten, dürfen nicht mehr die Bezeichnung Suppenwürfel tragen, sondern müssen deutlich als Brüherersatzwürfel gekennzeichnet sein. Aber auch die Brüherersatzwürfel dürfen nicht mehr als 70 v. S. Salz enthalten und nicht weniger als 10 bis 12 v. S. stickstoffhaltigen Zusatz. Vergehen gegen die Anordnung werden streng geahndet. Sehen wir uns nun daraufhin die Zusammensetzung der dänischen Würfel an, die man unter dem Namen Bouillonwürfel in den Handel zu bringen versucht.

„Sind keine Mittel denkbar, um dem Publikum gute geeignete Ersatzmittel zukommen zu lassen, ohne andererseits die anständige Industrie zu schädigen?“

„Gewiß,“ sagt Dr. Jeserich nachdenklich, „könnten solche Maßregeln ergriffen werden. Zunächst wäre da eine behördliche Vorschrift wünschenswert, die den Erzeugern genaue Anhaltspunkte bezüglich der gesetzlich zulässigen Herstellung von Ersatzmitteln gibt. Denn auch der bestehende Zustand, daß man den Fabrikanten einerseits frei gewähren läßt und ihn andererseits streng bestraft, sobald er fehlt, ist nicht sehr erfreulich, besonders da auch der Fabrikant oft — was das Publikum übersieht — im guten Glauben handelt. Der ihm von der Preisprüfungsstelle zugebilligte Nutzen von 15 bis 20 v. S. ist durchaus hinreichend. Weiter aber und dar-

über hinaus wäre die Förderung der Ersatzmittelindustrie durch den Staat sehr wünschenswert, etwa in der Art, daß das Reichsgesundheitsamt die denkbar besten Rezepte erprobt und zur Ausführung empfiehlt. Fabrikanten, die sich der staatlichen Kontrolle unterwerfen, könnten durch Lieferung von Rohmaterialien unterstützt werden, und wir bekämen auf diese Weise Ersatzmittel, von denen wir wissen, daß sie tatsächlich die besten ihrer Art sind und deren Qualität durch die staatliche Kontrolle gewährleistet ist. Der große Nutzen, den uns einzelne Ersatzmittel geleistet haben — ich will da nur auf einzelne Eierersatzmittel hinweisen, die sich verhältnismäßig gut bewährt haben — und das große Interesse, das der Staat an der Volksernährung hat, beweisen ja zur Genüge, wie wichtig für uns die Förderung guter Ersatzmittel ist. Sie sind heute eine Notwendigkeit. Aber wie Tausende von Fällen bewiesen haben, unter Umständen eine ungeheure Gefahr. Deshalb muß das betrügerische Ersatzmittel beseitigt werden, indem man das gute Ersatzmittel fördert. Aller strengste staatliche Aufsicht ist wohl auf keinem Gebiete so dringend notwendig wie hier.

Paul Lotzinger.

19. I. 1917

147

Die Approvisionnement im Kriege.**Beratung der deutschen Städte Oesterreichs über Ernährungsfragen.**

Heute Freitag findet im Wiener Rathaus eine Sitzung des erweiterten großen Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt, an der die Vertreter aller deutschen Städte des Reiches teilnehmen können. Diese Beratung ist ausschließlich der Erörterung der Ernährungsfragen gewidmet, die durch die Errichtung eines Ernährungsministeriums und die bevorstehenden einschneidenden Maßnahmen besonders dringend geworden ist. Der im September 1916 in Wien stattgefundene Städtetag hatte bekanntlich eine solche Fülle von Reformfragen zu erledigen, daß damals für die gegenseitige Aussprache der Städtevertreter über die Einzelerfahrungen bei Durchführung der verschiedenartigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Ernährungswesens nicht genügend Zeit erübrigte.

Die Sitzung der deutschen Städtevertreter wird durch einen Bericht der Geschäftsleitung über die Tätigkeit der letzten Arbeitsperiode eingeleitet werden, woran sich sodann die Beratung über Ernährungsfragen anschließen wird. Die Debatte dürfte sich, da gegen 80 Städtevertreter anwesend sein werden, sehr interessant gestalten. Vormittags 11 Uhr findet eine Geschäftsleitungssitzung statt, in welcher über die laufenden Tagesfragen, insbesondere über die Errichtung der Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte, beraten wird. Samstag vormittag findet beim Ernährungsminister eine Vorgesprache statt, in welcher die deutschen Städtevertreter die Ergebnisse ihrer Beratung und die auf Grund derselben gefaßte Entschliehung vortragen werden.

* * *

19. 11. 1917

148

Beratung der deutschen Städte Oesterreichs.

Heute findet im Rathaus eine Sitzung des erweiterten großen Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt, an der die Vertreter aller deutschen Städte des Reiches teilnehmen können. Diese Beratung ist ausschließlich der Erörterung der Ernährungsfragen gewidmet, die durch die Errichtung eines Ernährungsministeriums und die bevorstehenden einschneidenden Maßnahmen besonders dringend geworden ist. Der im September vorigen Jahres in Wien stattgefundenen Städtetag hatte bekanntlich eine solche Fülle von Reformfragen zu erledigen, daß damals für die gegenseitige Aussprache der Städtevertreter über die Einzelerfahrungen bei Durchführung der verschiedenartigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Ernährungswesens nicht genügend Zeit übrigblieb.

Die Sitzung der deutschen Städtevertreter wird durch einen Bericht der Geschäftsleitung über die Tätigkeit der letzten Arbeitsperiode eingeleitet werden, woran sich sodann die Beratung über Ernährungsfragen anschließen wird. Die Debatte dürfte sich, da gegen 80 Städtevertreter anwesend sein werden, sehr interessant gestalten.

Vormittags fand eine Geschäftsleitungssitzung statt, in welcher über die laufenden Tagesfragen, insbesondere über die Errichtung der Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte beraten wird.

20. I. 1917

20
ASA**Die Versorgung mit Lebensmitteln.****Postpakete mit Lebensmitteln und die Z.-E.-G.**

~ Berlin, 19. Jan. (Telegr.) Der Reichszanzer hat Weisung erteilt, alle Postpaketendungen aus den Niederlanden und Dänemark mit Butter, Margarine, Fleisch und Fleischwaren, Speck, Schmalz, Käse, Dauermilch aller Art und Eiern — einzeln oder mit andern Waren gemischt — vom 1. Januar 1917 an zu beschlagnahmen und Anträgen auf Freigabe nicht mehr stattzugeben. Über die Gründe dieser Maßregel wird uns mitgeteilt: Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. erfüllt mit der Beschlagnahme der aus dem Auslande in Postsendungen eingeführten Lebensmittel lediglich eine ihr von Gesetzes wegen übertragene Pflicht; denn ihr ist vom Gesetzgeber die Aufgabe zugewiesen worden, die Einfuhr einer Reihe wichtiger Lebensmittel aus dem Auslande, darunter der obengenannten, einheitlich durchzuführen. Diese Aufgabe löst die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H., indem sie durch ihre Vertreter im neutralen Ausland die erwähnten Lebensmittel aufkauft und sie nach Deutschland bringt. Dabei muß sich die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in den Grenzen halten, die von den neutralen Staaten für die Ausfuhr nach Deutschland gezogen sind; sie kann nicht beliebig große Mengen Lebensmittel aus Holland oder Dänemark oder aus den andern neutralen Ländern nach Deutschland hereinbringen, sondern die Regierungen dieser Länder lassen, um die Ernährung ihrer eignen Bevölkerung sicherzustellen, für einen bestimmten Zeitraum nur ziffermäßig genau festgesetzte Mengen der betreffenden Warengattungen zur Ausfuhr nach Deutschland zu. Um diese Mengen ausführen zu können, bedarf es der Erteilung einer Erlaubnis — eines sogenannten Konsentes — seitens der neutralen Regierung. Über diese festbestimmten Mengen — die sogenannten Konsentmengen — hinaus können Lebensmittel nach Deutschland nicht gelangen; auch jedes Pfund Butter oder Käse usw. in einem Postpaket, welches der Privatmann aus Holland oder Dänemark — ohne Unterschied ob gekauft oder geschenkt — erhält, wird zur Ausfuhr nur nach Erteilung eines Konsentes zugelassen. Es werden mithin auch diese Geschenkendungen von der neutralen Regierung auf die Deutschland zustehende ziffermäßig begrenzte Gesamtmenge angerechnet und bilden keineswegs eine Vermehrung der Gesamteinfuhr nach Deutschland. Hieraus folgt: Je mehr Postpakete mit Lebensmitteln nach Deutschland gehen, desto geringer wird die Einfuhr der von Reichs wegen mit diesem Teile der Lebensmittelversorgung beauftragten Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H., die durch ihre Auslandsvertretungen in der Lage ist, die von den neutralen Regierungen Deutschland zugewilligten Lebensmittelmengen restlos zu erfassen und nach Deutschland hereinzubringen. Da nun die Einfuhr durch Postsendungen einen sehr großen Umfang angenommen hat, so würde damit der Zweck, den die Vereinheitlichung der Einfuhr in der Hand der Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. verfolgt, vereitelt werden. Der Zweck ist, eine möglichst gleichmäßige Verteilung aller eingeführten Lebensmittel unter alle Kreise des Volkes sicherzustellen. Würde die private Einfuhr von Lebensmitteln ungehindert gestattet werden, so würde jeder, der ein Paket aus dem Auslande erhält, sich einen Sondervorteil auf Kosten der Gesamtheit verschaffen. Dies sind die Gründe, die zu einer allgemeinen Beschlagnahme der oben genannten Artikel, auch wenn sie in Postpaketen enthalten sind, mit Notwendigkeit führen, und die es nicht gestatten, daß Ausnahmen gemacht werden. Der Bezug von andern Waren als den genannten aus den neutralen Ländern wird von Vorstehendem nicht berührt, ebenso nicht der Bezug von

Butter, Margarine, Fleisch und Fleischwaren, Speck, Schmalz, Käse, Dauermilch aller Art und Eiern aus Schweden, Norwegen und der Schweiz. Diese werden vielmehr, wenn sie in kleinen Mengen nach Deutschland eingeführt werden, in der Regel freigegeben und bedürfen nur der Anmeldung bei der Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. oder der sonst zuständigen Stelle.

Die Ernährungsfrage der Städte.

Gestern nachmittags fand im Gemeinderatssitzungsaal des Wiener Rathhauses eine zahlreich besuchte Sitzung des erweiterten Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt. Gegenstand der Beratung waren ausschließlich Ernährungsfragen. Vor der Ausschusssitzung fand eine Sitzung der Geschäftsleitung statt, in der eine Reihe dringender Fragen besprochen wurde.

Suldigungstelegramm an den Monarchen.

Die Sitzung des erweiterten Ausschusses wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet. Er begrüßte die Städtevertreter und beantragte, nachstehendes Telegramm an den Kaiser abzuschicken:

„Hundertfünfzig deutschösterreichische Städte und Märkte, die im Bund der deutschen Städte Oesterreichs vereint sind und deren Vertreter sich heute zum erstenmal seit dem Regierungsantritt Eurer kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät versammelten, erneuern das Gelübnis un-

Sie danken Eurer Majestät auf das ehrfurchtsvollste für das von edelster Menschlichkeit zeugende Friedensanbot, nach dessen übermühtiger Zurückweisung durch die Feinde wir im Verein mit unseren bewährten Bundesgenossen kämpfen werden bis zum endgültigen Siege. Die deutschen Städte Oesterreichs, seit Kriegsbeginn eifrig bemüht, den ihnen erwachsenen neuen großen Aufgaben und verantwortungsvollen Pflichten gerecht zu werden, werden auch in Zukunft durch Anspannung aller Kräfte in ihrem Wirkungsbereich dazu beitragen, daß wir durchhalten, bis der ehrenvolle Friede für unser Vaterland erkämpft ist.“

Die Versammlung hatte durch Erheben von den Stühlen ihre Zustimmung erteilt.

Die Approvisionierungsschwierigkeiten.

Der Obmann der Geschäftsleitung Reichsratsabgeordneter Kraft erstattete sodann einen Bericht, in dem der Referent daran erinnerte, daß die Geschäftsleitung seit dem letzten Städtetag, der am 28. September 1916 stattfand, vier Sitzungen abgehalten habe, in denen verschiedene laufende Angelegenheiten zur Beratung gelangten. Auf Grund der gefaßten Beschlüsse hat der Bund bei den Zentralstellen mehrere Aktionen eingeleitet, so unter anderem betreffend die Entschuldigungen unentbehrlicher Gemeindefunktionäre, die Beschaffung von Schutzwerk für die Zivilbevölkerung und die Lösung der Frage des Städtetredits.

Den breitesten Raum sowohl in den Beratungen der Geschäftsleitung, als auch in der Tätigkeit der Bundeskanzlei nahmen die Approvisionierungsfragen in Anspruch. Die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiet bestehen, sind den Bürgermeistern ja am besten bekannt. Diese Schwierigkeiten haben ihren Grund nicht allein in der Knappheit der im Inland vorhandenen Nahrungsmittel, sondern auch darin, daß es immer noch nicht gelungen ist, die vorhandenen Vorräte zu erfassen und in einer den Interessen der Allgemeinheit entsprechenden Weise zu verteilen. Die Schaffung des Amtes für Volksernährung begrüßen wir mit Freude und wir hoffen, daß die Ausgestaltung dieses Amtes dadurch, daß dessen Präsident den Rang eines Ministers bekleidet und dem Kaiser unmittelbar Vortrag erstatten kann, gute Früchte zeitigen wird. Aber durch die Verzögerung dieser Maßregel, die der Städtebund und viele andere Faktoren des öffentlichen Lebens schon vor mehr als Jahresfrist forderten, ist viel kostbare Zeit versäumt worden, die Vorräte sind knapper geworden, die Lebensmittelpreise haben infolge des unerlösten Wuchers eine für weite Kreise der Bevölkerung katastrophale Höhe erreicht, die Transport-schwierigkeiten sind so groß wie noch nie, kurz, es wird hier ganzer Arbeit bedürfen, um in die Volksernährung jene Ordnung zu bringen, die nötig ist, damit das Durchhalten im Hinterland gesichert sei. Für die Städte ist es im Laufe der Zeit immer schwerer geworden, die Nahrungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Gerade in den wichtigsten Nahrungsmitteln ist es ihnen verfaßt, eine selbständige Tätigkeit zu entfalten, und sie sind darauf angewiesen, auf die Zuteilungen seitens der Zentralstellen zu warten. Daß diese Zuteilungen den Bedürfnissen nicht entsprechen, ist eine jedermann bekannte Tatsache. Man braucht nur die Worte Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fett, Zucker, Bier, Milch, Petroleum, Kohle auszusprechen, um sich die endlosen Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, mit denen die städtische Approvisionierung zu kämpfen hat.

Das Projekt der Gründung einer Einkaufsstelle.

Der Städtebund hat im Wege von Entschuldigungen und Vorreden eine Verringerung auf dem Gebiet der Volksernährung angestrebt. In einer der letzten Geschäftsleistungssitzungen hat das Ausschussmitglied Abg. Dr. Preßler über die Reform und Ausgestaltung der Kriegsläden berichtet. Wir sind der Meinung, daß die Städte diese Kriegslädenaktion, die von der Regierung aufgegriffen wurde, nach Kräften fördern sollen.

Die dem Bund belangig gewordenen Bedürfnisse einzelner Städte haben im Laufe der Zeit dazu geführt, daß sozusagen automatisch der Bund begonnen hat, sich mit der Vermittlung von Approvisionierungsartikeln an seine Mitglieder zu beschäftigen. Schon im vorigen Jahre, halb nach Gründung des Bundes, hat Magistratsdirektor Grüner aus Troppau in der Ausschusssitzung den Vorschlag gemacht, eine Einkaufsstelle des Bundes ins Leben zu rufen. Damals hat die Mehrheit mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung und ferner mit Rücksicht darauf, daß eine immer größere Anzahl gerade der wichtigsten Lebensmittel in staatliche Bewirtschaftung genommen wurde, die Errichtung einer solchen Einkaufsstelle einer weiteren Zeit vorbehalten zu sollen geglaubt. Es hat sich aber dann doch gezeigt, daß verschiedene Lebensmittel von Wien aus leichter zu beschaffen sind als in einzelnen Provinzen, und daß viele Städte eine Vermittlung in Wien wünschen. Die Geschäftsleitung hat sich daher neuerlich mit dem Plan der Gründung einer Einkaufsstelle beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß nicht eine Einkaufsstelle des Bundes, wohl aber eine Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte Oesterreichs als Genossenschaft m. b. H. gegründet werden soll, die zwar im Einvernehmen und mit Unterstützung des Bundes, im übrigen aber selbständig zu arbeiten haben wird. Die Einkaufsstelle, die wir gründen wollen, stellt sich zwar im jetzigen Augenblick als ein Stroh der Not dar, sie soll aber in Zukunft ein wichtiges Instrument für die Städteapprovisionierung werden.

Die Berichte der Städtevertreter.

Bürgermeister Dr. Schnitzler (Brünn) eröffnet die einzelnen Punkte der Entschuldigungsrede. Redner betont, daß wir auf die Erzeugung aller notwendigen Bedarfsartikel unser größtes Augenmerk lenken müssen, weil ja die Einfuhr immer schwieriger wird. Weiter wendet sich der Redner gegen die Ausschöpfung der Nahrungsmittel zu Spekulationszwecken und gegen die Pansterei. Betreffend die Preisregelung betont der Redner, daß es notwendig sei, auf das strengste darauf zu achten, daß die Höchstpreise eingehalten und in ein gewisses System gebracht werden. Ein Ins-Augen-fassen des Abbaues der Preise sei schon heute unbedingt notwendig. Was die Ueberleitung von Lebensmitteln an den Verbraucher anlangt, so kommt entweder die Gemeinde unmittelbar in Betracht oder es wird der Großhandel in Anspruch genommen. Redner betont, daß in ersterem Falle gute Erfahrungen gemacht worden sind. Da wäre nun notwendig, daß die Gemeinden die Verteilung entweder selbst vornehmen oder auf diese Verteilung einen Einfluß ausüben können. Was die Doppelverforgung betrifft, so meint Redner, müßte diese unbedingt unmöglich gemacht werden, denn es gehe nicht an, daß Leute sich in den Kriegsläden ihr Essen besorgen und gleichzeitig zum Beispiel die Zeitkarte beziehen. Redner schlägt vor, die Zeitkarten für die Kriegsläden auf längere Zeit auszugeben. Eine weitere wichtige Frage sei die Verbilligung der Meate. Des weiteren bespricht Redner die

Im Interesse der Volksernährung.

Eine bemerkenswerte Lebensmittelaffäre bildete gestern beim Straßbezirksgericht Josefstadt den Gegenstand einer Verhandlung, in der der Bäckermeister Rudolf Striegl und der Agent Josef Siegmund wegen Uebertretung des Lebensmittelgesetzes angeklagt waren. Im Juni 1916 hatte der Kaufmann Josef Rohrbacher in Mariazell durch Herrn Siegmund 25 Kilogramm sogenanntes „Famosgerstel“ zum Preise von 320 Kronen für das Kilogramm bezogen. Das Gerstel, das zum Einkochen in die Suppe verwendet werden sollte und das vom Bäcker Striegl erzeugt worden war, war nach einer Anzeige des Herrn Rohrbacher vollkommen ungenießbar. Eine von der staatlichen Untersuchungsanstalt für Lebensmittel vorgenommene Prüfung einer Probe des fraglichen Gerstels ergab, daß dieses Gerstel aus Kartoffelstärke und Tapiokamehl erzeugt war, daß es beim Auflösen im heißen Wasser einen sehr unangenehmen Geruch verschärfen lasse. Es wurde auch ein Nisengehalt von 0,12 vom Hundert vorgefunden. Nach dem Gutachten der Lebensmittelanstalt war dieses „Famosgerstel“ verderben und es durfte nach dem Codex Alimentarius nicht unter der Bezeichnung Gerstel, worunter nur eine Teigmasse aus Mehl zu verstehen sei, in den Handel gebracht werden. Auf Grund des Gutachtens wurde gegen den Bäckermeister Striegl und gegen den Agenten Siegmund die Anklage wegen Falschhaltens eines verderblichen Lebensmittels, dies überdies unter einer falschen Bezeichnung, erhoben. In der gestern vor dem Bezirksrichter Dr. Decker durchgeführten Verhandlung erklärten sich beide Angeklagten nichtschuldig. Herr Striegl gab an, daß er seit Beginn des Krieges „im Interesse der Volksernährung“ nach eigenem Rezept aus einer Teigmasse „Famosgerstel“, „Famosgerst“ und „Famosbrüfel“ erzeugt und waggonweise in den Handel gebracht habe. Zu der Herstellung habe er das beste auf dem Markt erhältliche Kartoffelmehl sowie andere Bestandteile bester Beschaffenheit verwendet. Die von ihm erzeugten Ernährungsmittel seien von den verschiedensten bürgerlichen und militärischen Anstalten in der Nähe verwendet worden und es sei gegen deren Beschaffenheit nie eine Klage laut geworden. Als Gerstel habe er nach feiner Antshaltung die Teigware bezeichnen dürfen. Der als sachverständiger Zeuge vernommene Marktamtsinspektor Karl Fabich erklärte: Unter Gerstel versteht der Wiener eine geriebene feste Teigmasse oder ähnliche Wechszergewinne und

ich kann mir nicht denken, welche Bezeichnung man sonst wählen könnte.

Die als Zeugin vernommene Leiterin eines Wiener Garnisonsspitals Frau Marianne Stern erklärte, daß sie das von Striegl erzeugte „Famosgerstel“ in der Spitalküche verwendet habe und daß dieses allen gut geschmeckt habe. Ein Urstand gegen die Beschaffenheit des Gerstels habe sich nie ergeben. — Der Verteidiger legte einen Brief der „Rohd“ vor, worin von der Leitung dieser Organisation dem Herrn Striegl für die Erzeugung seiner Volksernährungsmittel besonderes Lob gezollt wird. — Der als Sachverständiger der Verhandlung zugezogene Leiter der staatlichen Untersuchungsanstalt für Lebensmittel Regierungsrat Professor Schacherl hielt das schriftlich erstattete Gutachten über die schlechte Beschaffenheit des zur Untersuchung gelangten „Famosgerstels“ aufrecht. Er führte aus, daß zur Herstellung der fraglichen, fälschlich als Gerstel bezeichneten Teigmasse S e l u n d a -Kartoffelmehl verwendet wurde, woraus sich auch bei dem Kochen in Wasser verpöferte unangenehme, an saure Gurken gemahnende Geruch erklären lasse. Als Gerstel könne die aus Stärkeorten ohne jeden Eiweißgehalt erzeugte Masse vom Standpunkt des Codex Alimentarius nicht bezeichnet und unter dieser Bezeichnung auch nicht in den Handel gebracht werden. — Der Verteidiger suchte das Gutachten des Regierungsrates Schacherl als seiner Ansicht nach unrichtig zu bekämpfen. — Der Richter sprach den Angeklagten Josef Siegmund mangels persönlichen Verschuldens frei, fand dagegen Rudolf Striegl der Uebertretung des Lebensmittelgesetzes, begangen durch öffentlichen Verkauf eines verderblichen Lebensmittels, schuldig und verurteilte ihn zu einer Arreststrafe von vier Tagen, die in eine den Vermögensverhältnissen des Angeklagten entsprechende Geldstrafe von vierhundert Kronen umgewandelt wurde. Von der Anklage, ein Lebensmittel unter falscher Bezeichnung feilgeboten zu haben, wurde Herr Striegl freigesprochen mit der Begründung, daß die Bezeichnung „Gerstel“ für die aus Kartoffelmehl hergestellte Masse nicht als falsch und zur Täuschung des Publikums geeignet angesehen werden könne, da mit Rücksicht auf den Mangel von Weizenmehl vielfach auch Kartoffelmehl von den Wienern im Haushalt verwendet wurde.

Die Ernährungskonferenz in Berlin.

Die Rückreise der österreichischen und ungarischen Minister.

Aus Berlin, 19. d., wird telegraphiert:
Die Ministerpräsidenten Graf Clam-Martinic und Graf Tisza verblieben vormittags im Hotel, wo sie verschiedene Besuche empfingen. Die österreichischen und ungarischen Minister sowie die Referenten setzten die Verhandlungen mit den deutschen Staatsmännern fort.

Mittags gab der Präsident des Kriegs-ernährungsamtes v. Batocki zu Ehren der österreichischen und ungarischen Gäste ein Frühstück.

Nachmittags werden die Besprechungen der Referenten fortgesetzt, worauf im Anschluß an den vom Staatssekretär Dr. Helfferich gegebenen Tee eine gemeinsame Schlusssitzung stattfindet, an der auch die Ministerpräsidenten Graf Clam-Martinic und Graf Tisza teilnehmen.

Um 7 Uhr abends kehren die beiden Ministerpräsidenten und die Minister nach Wien zurück. Mitteilungen von informierter Seite über den Zweck der Konferenz.

Von informierter Seite wird uns über den Zweck der Berliner Konferenz mitgeteilt:

Die Fragen, die bei den Berliner Konferenzen zu regeln waren, sind sehr umfangreich. Einen besonderen Gegenstand der Beratung bildete die Verteilung der bei uns vorhandenen und der in Rumänien aufgefundenen Getreidevorräte.

Ueber den genauen Stand dieser Vorräte wird es erst Ende dieses Monats möglich sein, ein abschließendes Urteil zu bilden.

Eine offiziöse deutsche Stimme.

Aus Berlin, 19. d., wird telegraphiert:

Die Nordd. Allg. Stg. schreibt: Der österreichische Ministerpräsident Graf Clam-Martinic und der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza sind heute abends nach Wien zurückgereist. Graf Clam-Martinic hatte Gelegenheit, zum erstenmal nach seinem Amtsantritt mit den leitenden Staatsmännern des Deutschen Reiches Rücksprache zu nehmen. Zwischen den beiden Ministerpräsidenten und den deutschen maßgebenden Stellen sind verschiedene schwebende Angelegenheiten zur Besprechung gekommen, unter denen die kriegswirtschaftlichen Fragen, an denen beide Mächte interessiert sind, den breitesten Raum einnehmen. Es fanden unter Zuziehung von Vertretern der beiden Seeresverwaltungen ausführliche Beratungen statt, in denen die volle Übereinstimmung der Auffassungen erzielt wurde.

Vom Volksernährungsamt.

Reserven für Notfälle.

Die letzte Sitzung des Direktoriums des Ernährungsamtes, die am Dienstag unter Vorsitz des Ministers G. M. Höfer stattfand, befaßte sich wieder mit wichtigen Ernährungsfragen. Insbesondere wurde die Schaffung von Reserven für Notfälle eingehend beraten.

Neue Subkomitees.

Es wurde weiter ein Komitee unter Vorsitz des Sektionschefs H. v. Keller eingesetzt, das sich mit der Beschaffung, Aus-

nützung und Prüfung von Ersatznahrungs- und Futtermitteln zu befassen haben wird. Einem zweiten Komitee, unter Vorsitz des Hofrates Freiherrn v. Fries, wird die Förderung des Frühjahrsanbaues übertragen. Insbesondere soll auf den zweckmäßigen Anbau der notwendigen Fruchtarten gesehen werden. Das Komitee wird auch eine richtige Relation der Preise der einzelnen Fruchtartikel herzustellen haben. Es werden auch solche Feldfrüchte, die bisher im freien Handel zu haben waren, der staatlichen Preisbildung unterworfen werden, insbesondere die Futtermittel. Die Landwirte, die sich bei der Wahl des anzubauenden Artikels von den heute geltenden Preisen leiten lassen würden, würden sich daher arg verrechnen, da das Ernährungsamt dafür sorgen wird, daß die Produktion gewisser für die menschliche Nahrung minderwertiger Artikel nicht lukrativer sei als etwa der Weizenanbau. Zur Hintanhaltung einer spekulativen Ausnützung des Bodens soll gegebenenfalls mit einem Verbot vorgegangen werden, gewisse Artikel anzubauen.

Die äußere Organisation des Ernährungsdienstes.

Die äußere Organisation des Ernährungsdienstes nimmt einen breiten Raum in den Beratungen des Direktoriums ein. Die Anweisung von Organen an die politischen Behörden erster Instanz zum Zweck der Ueberwachung des Ernährungsdienstes ist im Zuge. In allen Gemeinden muß ein Wirtschafts- oder Ernährungsausschuß geschaffen werden.

Weitere Mahonierungen.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, steht der Plan in Erwägung, für alle staatlich bewirtschafteten Lebensmittel in ganz Oesterreich die obligatorische Mahonierung einzuführen. In Betracht kommen zunächst außer Mehl und Brot Kaffee, Zucker und Fett.

Die Kriegsküchen.

Der Erlaß an die politischen Behörden erster Instanz über den Ausbau der Kriegsküchen, dessen Bestimmungen wir bereits in großen Umrissen mitgeteilt haben, ist fertig und kommt demnächst zur Verlebung. Hand in Hand mit der Ausgestaltung der Kriegsküchen wird auch die Einführung des Kartenzwanges für die in Gast- und Schankwirtschaften verabreichten, aus Mehl zubereiteten Speisen gehen. Die Künigsellenbrotkarte, die heute keine Mehlabstmitte aufweist, würde wieder mit solchen ausgestattet. Wahrscheinlich wird nach Berliner Muster auf den Speisekarten bei jeder dieser Speisen vermerkt sein müssen, wie viel Brot-, respektive Mehlabstmitte dafür abzuliefern sind.

Die Belieferung der Industrien.

Im Kriegsministerium fand gestern eine Konferenz statt, an der auch Vertreter des Ernährungsamtes teilnahmen, und die sich mit der Organisation der Belieferung der industriellen Betriebe mit Lebensmitteln befaßte. Die Grundzüge dieser Organisation wurden festgelegt.

Ernährungsfragen und Stadtvertretungen.

Zum Schlusse der Ausschüßzungen des Deutschen Städte-
tages, über die wir im Morgenblatte berichteten, sprach noch
einmal Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Er wies darauf
hin, daß das Bestreben, die kriegsindustriellen
Beamten und Arbeiter bei der Rationierung in
einem eigenen Verband zusammenzuschließen, den
Gemeinden große Schwierigkeiten bereite und forderte, daß,
wenn die Regierung oder die Militärverwaltung Wert darauf
legen, die genannten Betriebe besonders zu versorgen, eine
gleichmäßige Dotierung erfolge. Des weiteren
betont der Bürgermeister die Notwendigkeit einer gleich-
mäßigen Handhabung der Höchstpreise in den
beiden Reichshälften; die Höchstpreise müßten
snitmtlich verordnet werden und dürften nicht lokaler
Natur sein.

Das Ergebnis der Beratungen war eine Reihe von
Beschlüssen, in denen es u. a. heißt: Die Einhaltung
der gesetzlich festgestellten Höchstpreise ist sorgfältig zu über-
wachen. Es muß aber auch für die Möglichkeit der Einhaltung
der Höchstpreise dadurch gesorgt werden, daß die Verordnungen
über die Höchstpreise in ein System gebracht werden, welches
vom Erzeuger bis zum letzten Verkäufer reicht, jedem, der in
gesetzlicher und notwendiger Weise zur Verteilung der
Waren beiträgt, einen bürgerlichen Gewinn
sichert und den Kettenhandel ausschaltet. Höchst-
preise ohne gleichzeitige staatliche Bewirtschaftung
sind wirkungslos und haben immer zu einem Verichwinden
der betreffenden Waren geführt. Dies gilt insbesondere von
lokalen Höchstpreisen, welche unbedingt zu ver-
meiden sind. (Bekanntlich hat Dr. Weiskirchner schon in den
ersten Kriegsjahren die Regierung auf diese Tatsachen aufmerksam
gemacht — leider blieben seine wiederholten Warnungen lange
Zeit ungehört! Anm. d. R.) Die durch die behördlich legiti-
mierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungs-
mittel und Bedarfsartikel müssen allen Ländern und allen
Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden,
wobei die notwendige Bevorzugung der Schwerarbeiter aufrecht-
zu bleiben hat. Doppelversorgungen sind auch in allen öffent-
lichen Auspreisanstalten streng zu vermeiden. Bei den vom
Staat eingesetzten Approvisionierungs-
stellen ist auf möglichste Verbilligung der Verwaltungs-
einrichtungen hinzuwirken und es sind diese Stellen zur
öffentlichen Rechnungslegung zu verpflichten.
Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs erwartet von dem
Ami für Volksernährung insbesondere eine Verbesserung der
Versorgung der Städte mit Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchten,
Fett und Milch, aber auch die Lösung der immer dringlicher
werdenden Kohlen- und Petroleumfrage. Der Bund der deutschen
Städte Oesterreichs ist überzeugt, daß mit den vorhandenen
Vorräten das Durchhalten möglich ist, er erachtet es jedoch für
seine Pflicht, die verantwortlichen Stellen dringendst anzu-
fordern, in die Lebensmittelversorgung jene Ordnung zu
bringen, welche die bestmögliche Verwendung und Verteilung
gewährleistet.

21. / 1. 1917

A 60

Städte und Lieferungsverträge.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr von Batocki, hat in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen für gewisse Nahrungsmittel, wie Frühkartoffeln, Gemüse, Mohl, Obst und Geflügel, aber auch für Voll- und Magermilch, den Abschluß frühzeitiger Lieferungsverträge zwischen den Städten und den Erzeugern angeregt. Die Frage wird demnächst den Beiräten des Kriegsernährungsamtes beschäftigen, sie ist auch innerhalb der städtischen Verwaltungen bereits eifrig erörtert worden. Wenn sie dabei bisher wenig Zustimmung gefunden hat, so ist das nur zu begreiflich, denn mit solchen Lieferungsverträgen, die ja an und für sich nahe liegen, haben die Städte gerade unter der Herrschaft der Kriegsernährungsämter Erfahrungen gemacht, die ein bedenkenliches Mißtrauen gegen sie großziehen mußten. In der Sorge, die Ernährung ihrer Bevölkerung nach Möglichkeit sicherzustellen, sind gerade die aktiven Städteverwaltungen bereitwillig zum Abschluß derartiger Verträge mit den Erzeugern geschritten. Zum Teil wurden sie auch von den Zentralstellen direkt zum Abschluß bestimmter Lieferungsverträge veranlaßt. Die Städte mußten Mühe, Risiko und Kapital in die Sache stecken. Sie lieferten zur Ausführung vielfach Saatgut, Düngemittel und sonstiges Material oder stellten auch Arbeiter und Vorschüsse zur Verfügung. Wenn es aber dann zur Lieferung wirklich kommen sollte, fanden es die Zentralstellen richtig, entweder ihrerseits in die Verträge einzutreten, oder es erfolgte Beschlagnahme oder ein örtliches oder bundesstaatliches Ausfuhrverbot. In den wenigsten Fällen also konnten sich die Städte des Nutzens ihrer nicht geringen Anstrengungen erfreuen. Besonders ärgerlich für sie war es, wenn sie hinterher nicht einmal, wie bei den Mammelade-Verträgen, ihr angewendetes Material, z. B. den Zucker, zurückhalten konnten, der ihrer Bevölkerung demnach entzogen blieb, so daß deren Nation gekürzt wurde. Es waren also die Städte, die am eifrigsten diesen Weg beschritten hatten und am meisten benachteiligt wurden.

Hätte nun Herr von Batocki diese ihm wohl bekannten Verhältnisse in seinem Rundschreiben erwähnt und die eigentlich selbstverständliche Zusicherung gegeben, daß den neuen Lieferungsverträgen ein entsprechender Schutz gegen Beschlagnahme und gegen Ausfuhrverbote gewährt werden sollte, dann wäre voraussichtlich das Echo seines Vorschlages schon ein weniger unwilliges gewesen. Innerhalb der städtischen Verwaltungen wird aber weiter befürchtet, daß das Kriegsernährungsamt einen Teil der ihm allein obliegenden Verantwortung auf die Städte abzuwälzen gedenke, ohne daß diesen die volle Möglichkeit zur Übernahme gesichert werden soll. Diese Verantwortung ist aber infolge Fehlens eines freien Marktes eine besonders schwere, und sie kann sachgemäß lediglich von den dazu berufenen Zentralstellen getragen werden. Jede Verschiebung, aber auch jede Unklarheit hierin ist bedenklich und führt naturgemäß zur Unruhe.

Es müssen deshalb, wenn der neue Plan wirklich Erfolg haben soll, den Städten unter allen Umständen gewisse Garantien gegeben werden, ohne die ein Eingehen darauf unbedingt abgelehnt werden müßte. Die Städte werden ihrerseits genötigt sein, die ihnen durch den Krieg zufallenden Pflichten zu erfüllen; es kann auch zugestanden werden, daß die Bedingungen, unter denen sich zurzeit die Versorgung mit Lebensmitteln abspielt, wechseln und daß deshalb eine Abänderung der bestehenden Pläne und ihre bessere Anpassung an die Verhältnisse nicht im vorhinein abgelehnt zu werden braucht. Aber die Hauptfrage ist doch, ob der neue Vorschlag in der Tat eine Besserung verspricht und ob seine Grundlagen derart sind, daß die Städte darin eine Pflichterfüllung finden, nun im Interesse ihrer Bevölkerung neue Opfer auf sich zu nehmen. Herr von Batocki verspricht sich davon eine sehr wünschenswerte Steigerung der Erzeugung. Eine solche könnte nur erzielt werden, soweit die Städte in der Lage sind, die Landwirtschaft ihres Versorgungsgebietes mit Produktionsmitteln zu unterstützen, sei es in Gestalt von Kapital, von Saatgut, Kraftfutter und Düngemitteln oder auch mit Arbeitskräften. Es wäre also nötig, daß die Zentralstellen ihrerseits diese Produktionsmittel über die Städte leiten, damit die Erzeuger vor allem ein Interesse daran erhalten, unter den jetzigen Umständen, die ja keine Absahrscheinlichkeiten bieten, sich ihrerseits frühzeitig den Städten gegenüber zu binden. Eine Einwirkung auf die Erzeuger würde sich aber auch darüber hinaus als wünschenswert er-

weisen, um die zerrissenen Fäden neu anzuknüpfen. In vielen ländlichen Bezirken fehlt es noch an Organisationen, die den Abschluß von Lieferungsverträgen betätigen könnten, während es für die Städte eine absolute Unmöglichkeit bedeutet, etwa mit jedem einzelnen Kleinproduzenten einen besonderen Vertrag zu vereinbaren. Solche Organisationen lassen sich sehr schwer in der kurzen Zeit schaffen, die zur Verfügung bleibt. Es wäre vielleicht zu prüfen, ob diese Lücke durch eine Bundesratsverordnung geschlossen werden könnte, die für den vorliegenden Zweck die Möglichkeit schafft, die Erzeuger gemeinde-, kreis- oder provinzweise zusammenzufassen.

Aus dem Rundschreiben des Kriegsernährungsamtes ist weiterhin nicht ersichtlich, wie die Interessen der Städte gegeneinander zur Vermeidung eines unwirtschaftlichen Wettbewerbes abgegrenzt werden sollen. Herr von Batocki schwebt ein von den Städten zu errichtendes Beratungsamt vor, das mit den Zentralstellen Hand in Hand arbeiten soll. Ueber die Befugnisse dieses Amtes ist nichts Näheres gesagt. Soll es nun den Städten gestattet sein, ihre Lieferungsverträge in ganz Deutschland, allerdings mit Sicherung gegen Ueberbedeckung durch das Beratungsamt, abzuschließen? Oder soll jede Stadt ein besonderes Versorgungsgebiet zugewiesen erhalten? Wählt man den ersteren Weg, so entsteht natürlich ein sehr starker Wettbewerb, der nur durch Höchstpreise gezähmt werden könnte. Ebenso wird hierbei der Schutz gegen Ausfuhrverbote und Beschlagnahmen besonders dringlich. Im zweiten Fall ergeben sich bei der Abgrenzung der einzelnen Versorgungsgebiete kaum geringere Schwierigkeiten, wenn man auch dahin streben würde, die natürlichen Zusammenhänge zwischen Verbrauchs- und Versorgungsgebiet wieder einigermaßen herzustellen. Besonders schwierig gestalten sich dabei die Verhältnisse für Städte wie Frankfurt a. M., die an der Grenze verschiedener Bundesstaaten liegen. Im Frieden waren sie in ihren Staaten willkommen Käufer, jetzt im Kriege schließen sie ihre Grenzen durch Ausfuhrverbote ab. Hier müßten unbedingt Vereinbarungen zu dem Zwecke getroffen werden, die unter Zustimmung einer Zentralstelle abgeschlossenen städtischen Lieferungsverträge von jedem Ausfuhrverbot frei zu lassen.

Der Batockische Vorschlag stößt demgemäß auf nicht geringe Schwierigkeiten, die sich nur dann lösen ließen, wenn man bereit wäre, den Städten dabei vollen Rechtsschutz und die verständige Mitwirkung der Landesverwaltungen zu gewähren. Die Städte haben aber seit langem die Empfindung, daß ihre Interessen jenen der landwirtschaftlichen Erzeuger gegenüber stark zurückgesetzt werden. Das Wort Lindenburger über so manche Verwaltungsbeamte, die den vollen Ernst der Zeit noch nicht begriffen hätten, dem übrigens die dazu berufenen Stellen durch Stillschweigen zugestimmen scheinen, hat auch in den Städten eine verständnisvolle Ausnahme gefunden. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß auch nach Friedensschluß noch Veranlassung gegeben sein wird, der Versorgung der Städte mit preiswerten Nahrungsmitteln die größte Beachtung dauernd zu widmen. Ein Zusammenschluß der Verbraucher und Erzeuger zu diesem Zwecke wäre durchaus zeitgemäß, richtig und jedenfalls auch fruchtbringend. Er böte zudem manche technischen Möglichkeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch planmäßige Zuführung der städtischen Abfallstoffe. Es wäre deshalb durchaus zu wünschen, daß die bevorstehenden Verhandlungen zur Befestigung der Schwierigkeiten führen und es dann gelingt, Stadt und Land in der Form leistungsfähiger Zweckverbände zu gemeinsamem Wirken zu vereinen!

Kammerrat Mendl über das Ernährungsproblem.

Im Saale des Industriehauses am Schwarzenbergplatz hielt kürzlich der Präsident der Futtermittelzentrale Handelskammerrat Frih Mendl in einer von der Wirtschaftlichen Zentrale für Handel, Gewerbe und Industrie einberufenen, überaus zahlreich besuchten Versammlung einen Vortrag über das Ernährungsproblem im dritten Kriegsjahr und über die Aufgaben des Amtes für Volksernährung. Der Vortragende führte im wesentlichen aus, es sei klar, daß während des Krieges mit den im Inland befindlichen und noch zu erzeugenden Nahrungs- und Futtermitteln das Auslangen gefunden werden müsse, wenn man nicht leichtfertig mit Zuschüben rechnen wolle, die erst erobert werden sollen. Um den Schwierigkeiten zu begegnen, müssen alle im Inland befindlichen Vorräte herausgeholt und planmäßig verteilt werden. Im Frieden werden die Bedürfnisse insbesondere durch den im hohen Grade anpassungsfähigen Handel befriedigt, jeder, der Ware besitzt, will sie verkaufen, und der Ware braucht, kann sie kaufen. Im Kriege haben sich aber diese Verhältnisse vollständig geändert. Niemand will jetzt verkaufen. Der Staat will nun das bisherige lebendige organische Wirtschaftsleben durch eine große Maschine — das Amt für Volksernährung — ersetzen. Dieses neue Amt wird sich nun darüber klar sein müssen, daß es die Lebensmittel nur auf zwei Arten erhalten kann: Entweder wird das Ernährungsamt die Macht haben, den Besitzern von Nahrungsmitteln diese abzunehmen, oder es wird sich dazu bequemen müssen, diejenigen Preise zu bezahlen, die sie jeweils verlangen.

Es werde nicht möglich sein, erklärte der Vortragende, die Versorgungsmaschine nur durch die Kraft der Verordnungen in Bewegung zu bringen, es werde deshalb von Vorteil sein, auch diejenige Energie dazu zu verwenden, die durch das eigene Interesse der einzelnen Besitzer ausgelöst werden kann. Diese Einzelinteressen können durch eine vernünftige Preispolitik im Interesse der Allgemeinheit geweckt werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Preise für wichtige Bedarfsartikel erhöht werden müssen. Soll zum Beispiel die Milchproduktion gehoben werden, muß der Fleischpreis derart herabgesetzt werden, daß der Milchproduzierende Landwirt nicht veranlaßt wird, seine Kühe zu verkaufen, weil bei zu hohen Viehpreisen die Milchwirtschaft sich nicht rentiert. Unter dem „Herausholen der im Inlande befindlichen Vorräte“ sei nicht nur die Ablieferung der Produkte, sondern auch eine Beeinflussung der Produktion zu verstehen. Man müsse den für die Allgemeinheit höchsten Wert aus allen Nahrungs- und Futtermitteln herausholen. Unter keinen Umständen dürfe auf Interessen einzelner Individuen oder Berufsgruppen Rücksicht genommen werden. So darf zum Beispiel Gerste unter keinen Umständen in Bier verwandelt werden, ehe nicht der Mangel an Brot, Fett, Milch usw. vollständig beseitigt ist. Futtermittel dürfen nicht nach der Rentabilität der Einzelwirtschaft, sondern nur nach dem Bedürfnisse der Allgemeinheit verwendet werden. Dieser Eingriff in das Wirtschaftsleben könne aber mit dem jetzigen Verwaltungsapparate nicht durchgeführt werden.

Der Vortragende verwies nun auf seinen bereits im Vorjahr gemachten Vorschlag, von der Einteilung nach Ländern und Bezirkshauptmannschaften für die Kriegszeit abzugehen und das ganze Reich in so kleine Sprengel einzuteilen, daß die einem Sprengel vorstehende Person in der Lage ist, aus eigener Anschauung die Verhältnisse aller einzelnen Produzenten kennen zu lernen. In den einzelnen Sprengeln müssen alle landwirtschaftlichen Produkte, die auf den Markt gelangen sollen, aufgebracht werden. Bei dem gegenwärtigen System hat jeder Bezirkshauptmann das Interesse, daß sein Bezirk versorgt ist, und jeder Gemeindevorsteher das Interesse an seiner Gemeinde, deshalb sei bei der Aufbringung von Lebensmitteln eine passive Resistenz nicht zu vermeiden. Es ist zum Beispiel im gegenwärtigen Augenblick der Gemeinde Wien nicht möglich, gekauftes Heu nach Wien zu bringen, weil die Bezirkshauptmannschaften sich noch immer trotz aller Verordnungen absperrten. Nach einigen Mitteilungen aus seinen gemachten Erfahrungen, welche die von den Landeschefs und Bezirkshauptleuten geübten Maßnahmen illustrierten, betonte der Vortragende die Notwendigkeit, daß mit der Erfassung der Nahrungs- und Futtermittel Organe betraut werden, die dem Ernährungsamt direkt unterstehen. Diese Organe dürfen in normalen Zeiten nicht in den Bezirken wohnen, in denen sie ihre Funktion ausüben; sie sollen durch ortsanständige Kaufleute und Landwirte unterstützt werden, die lokalen Interessen würden durch diese genügend gewahrt bleiben.

Eine große Schwierigkeit für die Nahrungsmittelproduktion entsteht daraus, daß nicht all-

Mendl
1916

Die Ernährungsfrage.

Von Professor Dr. Karl Hoffmeister.

Das Problem des Durchhaltens stellt vier Aufgaben: erstens die Vorsorge für größtmögliche Produktion, zweitens die Organisation für die Erfassung und Einziehung dessen, was produziert wurde, durch den Staat (beziehungsweise durch die zu diesem Zwecke von ihm geschaffenen Monopolsorganisationen, wie die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, die Zuckerzentrale etc.), drittens die Verteilung der erfassten und eingezogenen Produkte in gleichmäßiger, gerechter Weise und ohne Störungen auf den gesamten Konsum, und viertens endlich die Regelung der Preise.

Zu die Produktion einzugreifen ist nicht leicht; auch ist heute der Zeitpunkt hierfür schon sehr vorgeschritten. Im wesentlichen ist der Landwirt an sein einmal gewohntes Betriebssystem gebunden und kann große Umwälzungen desselben am allerwenigsten zu einer Zeit vornehmen, da es ihm — wie noch nie zuvor — an Arbeitskräften, Zugtieren und Kunstdünger etc. mangelt. Bedeuten die Eingriffe könnten also hier ohnehin nicht gemacht werden. Was zu erreichen ist, beschränkt sich darauf, daß unter Beibehaltung der gegebenen Betriebssysteme jeder relativ so viel als möglich produziere. Der bloße Befehl hierzu müßte natürlich wenig: Wer ihm nicht sozusagen freiwillig folgen will und auch angesichts des Ernstes der Zeit kein erhöhtes Pflichtgefühl aufbringt, der wird sich auch nicht mehr anstrengen als gewöhnlich. Das Lockendste ist daher natürlich überall dort, wo eine Leistung nicht zu erzwingen ist, sondern auf die persönliche Initiative des einzelnen ankommt, die Gewährung eines Reizmittels für dieses persönliche Interesse, und das ist in erster Linie ein hoher Preis.

Setzt man nun für die allerwichtigsten Artikel, wie es geschehen ist, Höchstpreise fest, so ist ganz systematisch und genau hierbei vorzugehen, das heißt, es sind vor allem die innerlichen Preiszusammenhänge der verschiedenen Artikel zu berücksichtigen. Nehmen wir beispielsweise an, daß eine Getreideart den Höchstpreis von etwa 26 K. hätte und man dem Landwirt seine Ernte um diesen Preis abnimmt, so dürfte man andererseits nicht etwa die Kleie einer freien Preisbildung überlassen, bei welcher sie — nehmen wir an — auf 70 K. hinauffiege, weil sonst der Landwirt, der die Kleie behufs Fütterung seiner Haustiere zurückkaufen muß, alles daransetzen wird, seinen Getreidevorrat zu verheimlichen und sein Vieh mit dem wertvollen Getreide selbst zu füttern anstatt mit Kleie, die ebensovielmal teurer als minderwertiger wäre als Getreide. Aber auch bei Produkten, die sich in andere umwandeln und sich auch in der umgewandelten Form verkaufen lassen, ist bei Höchstpreisbestimmungen, die in Wirklichkeit eigentlich Preistagen darstellen, Rücksicht zu nehmen; so sollte beispielsweise der Höchstpreis für Milch im genauen und richtigen Ausmaße stehen zum Höchstpreis für Butter, dieser wieder zu dem aller andern Speisefette, ja sogar zum Preise für Wagenschmiere, weil sonst, wie wir erlebt haben, der Bauernwagen mit Butter geschmiert wird.

Das Festsetzen von vereinzelt Höchstpreisen war also eine sehr gefährliche halbe Maßnahme, denn zunächst ertötete sie den freien Verkehr, der eben nur durch bestehende Wertgefälle zwischen Konsumtionsort und Produktionsort sich dadurch vollzieht, daß der Handel, mit dem Spürsinn eines Jagdhundes jedes Wertgefälle sofort ausnützend, die Warenverschiebung bewirkt. Andererseits sind die Höchstpreise fortwährend in Gefahr, unhaltbar zu werden, wenn nur vereinzelt Waren mit ihnen belegt werden. Ein oft fast wertloses Surrogaterlangt, nur weil es im freien Verkehr steht, schwindelhaftige Preise, die natürlich verlocken, statt des elenden Surrogats lieber das Originalprodukt zu erlangen, was sofort zu einem verbotenen geheimen Handel mit dem Originalprodukt zu noch mehr schwindelerregenden Preishöhen führt, wobei, wie kürzlich Regierungsrat Dr. Horowitz ausführte, das Risiko der Straffälligkeit auch noch als Zuschlag zum Phantasiepreis hinzutrete. Zu einem solchen verbotenen, geheimen Handel wird es aber um so mehr kommen, je schlechter die Verteilungsorganisation fungiert.

Das heißt, je weniger dafür vorgesorgt wird, daß jederzeit die Ware zum Höchstpreis auch tatsächlich erhältlich ist. Das Höchstpreissystem benötigt also einen Ausbau auf alle innerlich in ihrer Preisbildung zusammenhängenden Artikel des tagtäglichen Lebensbedarfes, worunter natürlich nicht nur die Nahrungsmittel allein zu verstehen sind, und zweitens, da die Höchstpreise den freien Handelsverkehr lähmen, bedingen sie den vollen Ausbau jener Organisationen, welche diese Waren in die Hände des Staates gelangen lassen und an den Konsum jederzeit gerecht und ohne Störung verteilen, das heißt die Monopolisierung der Höchstpreisartikel. Wo dies nicht geschieht, sehen wir nur stets das Bild, daß Käufer wie Verkäufer einträchtig raffinierte Auswege erfinden, um die Höchstpreise zu umgehen.

Der einmal eingeschlagene Weg der Höchstpreisfixierungen drängt also mit unterbittlicher Konsequenz einerseits zur fortwährenden Erweiterung auf neue, bisher noch nicht erfasste Artikel des täglichen Lebensbedarfes und andererseits auf eine ebenso fortschreitende Monopolisierung all dieser Artikel. Da freier Verkehr aber nur verbunden mit freier Preisbildung bestehen kann, so ist natürlich überall dort, wo die Monopolsorganisation, welche die Vorräte zu erfassen und dann zu verteilen hat, noch nicht befriedigend funktioniert, eben diese Monopolsorganisation auszubauen, nicht aber darf etwa der Versuch gemacht werden, sie durch freien Verkehr zu unterstützen, denn Individualismus und Sozialismus lassen sich ebensowenig vereinen wie Feuer und Wasser oder wie Organismus und Mechanismus.

Wir sind nun aber einmal im Staatssozialismus drinnen und müssen unser Denken danach einrichten. Es ist daher auch eine in der letzten Gemeinderatssitzung geübte Kritik als unrichtig zu bezeichnen, derzufolge das Monopol der Kondensmilcheinfuhr aus dem Ausland, das der österreichischen Zentralkaufsgesellschaft übertragen wurde, schädlich sei, weil dieses Monopol für alle andern die Möglichkeit bemehe, durch eigene Einkäufe die Vorräte und das Angebot im Inland zu vermehren. Ein solches Monopol hat sich — vor allem ändern — schon dadurch als absolut notwendig erwiesen, weil viele Einkäufer im Ausland sich im Einkauf Konkurrenz machen und den Preis der Waren sofort übermäßig hinaufreiben. Aber auch aus dem Grund sind solche staatliche Monopolzentralen nötig, weil sie allein der Forderung gerecht werden können, alle habhaften Vorräte wirklich in die Hand des Staates gelangen zu lassen, wodurch vor allem der so notwendige Ueberblick über das überhaupt verfügbare ermöglicht wird, wonach erst dessen gerechte Verteilung durchführbar wird. Es gibt eben nur zwei Möglichkeiten, die sich, wie gezeigt, gegenseitig ausschließen: entweder völlig freier Verkehr oder völlige Monopolisierung. Eine solche macht natürlich im Anfang Schwierigkeiten. Und als zum Beispiel die Regierung seinerzeit das Eiermonopol durch die Miles durzuführen versuchte, da gab es allerdings Klagen genug. Dennoch erkannte derselbe Redner im Gemeinderat an, daß es mit der Wiederaufhebung dieser Maßregel in der Folge nicht besser, sondern noch schlechter geworden sei. Uebrigens ist es gerade ihre aus der alten Miles hervorgegangene und nunmehr allerdings nicht mehr auf Gewinn berechnete, sondern gemeinnützig arbeitende Zentralkaufsgesellschaft, welche ebenso wie ihre Berliner Schwestergesellschaft enorme Mengen von Nahrungsmitteln aus all den Auslandsstaaten, die uns erreichbar sind, und aus den okkupierten Gebieten herbringt und nach Anweisung des Ernährungsamtes, ohne selbst über die Waren verfügen zu dürfen, diese verteilt. Ihrer regen Tätigkeit ist es auch zu verdanken, daß in der erwähnten letzten Gemeinderatssitzung der Bürgermeister mit Befriedigung konstatieren konnte, daß in Wien serbisches Rindfleisch um 5 K. pro Kilogramm verkauft werde.

Allerdings ist zu fordern, schon um das Vertrauen des Publikums auf diese staatlichen kommerziellen Zentral- und Monopolstellen nicht zu erschüttern, daß sie insgesamt nicht auf Gewinn berechnete, sondern gemeinnützig arbeitende Stellen seien, denn nur dies entspricht ihrem Monopolcharakter und ihrem

Zweck. Nicht zu vergessen ist auch, daß alle diese gigantischen Gründungen sozusagen über Nacht und ohne jedes Vorbild ins Leben gerufen werden mußten, wie überhaupt alle die Aufgaben, die uns der Krieg auf jedem Gebiete stellt, ohne Beispiel und Vorbild dastehen. Wir müssen demnach konsequent sein und müssen, wenn wir einmal statt freien Verkehrs und freier Preisbildung den Zwangsweg gewählt haben, nicht gleich bei den ersten kleinen Mißerfolgen und Kinderkrankheiten wieder den freien Verkehr zurück- oder doch wenigstens zu Hilfe rufen wollen, sondern nur die Verbesserung und den weiteren Ausbau der Zwangsinstitutionen verlangen. Auch bedenke man, daß diese unter den ungünstigsten Verhältnissen ins Leben traten: ohne Vorbereitung, ohne Vorbild und zu einer Zeit der Knappheit, in der selbst ihr mustergültigstes Funktionieren dennoch den Mangel nicht ganz beheben könnte. Unterscheiden wir daher genau, was auf das Konto der Mangelhaftigkeit der Organisationen und was auf das Konto der wirklichen Knappheit zu setzen ist.

Ein schwieriges Problem ist endlich, wie schon angedeutet, das Preisproblem, das Kammerat Mendl jüngst in seinem Vortrage über die Aufgaben des Ernährungsamtes dadurch kennzeichnete, daß er mit Recht die Tendenz der Preise, unausgesetzt fortzusteigen, mit einer Schraube ohne Ende verglich. Auch hier ist — soweit die Preisbildung nicht vom Auslande mitabhängig ist — nur mit einem möglichstem Ausbau des Höchstpreissystems und gleichzeitigen Monopolismus vorzugehen, den zu allen andern Ursachen der Geldentwertung kommt heute auch noch die bisher in der Geldwirtschaft nie dagewesene Erscheinung hinzu, daß allgemein der Warenbesitz höher geschätzt wird als der Geldbesitz und das Verhältnis von früher sich völlig umkehrte: Früher lief der Warenbesitzer dem Geldgeber nach, heute läuft der Geldgeber dem Warenbesitzer nach. Wie würde sich unter solchen Umständen die endlose Schraube erst bewahren, wenn wir statt Höchstpreisen und Monopolsorganisationen freien Verkehr mit freier Preisbildung und freier Spekulation hätten? Während man früher das Geld als höchstes Genutzmittel und somit auch als höchstes Erziehungsziel betrachtete, empfindet man heute, daß das, was wir wirklich genießen können, doch nur die Ware ist. Das Geld ist also nur Mittel zum Zweck, und dazu nicht einmal mehr ein besonders gut taugliches, denn wir tauschen bereits lieber Ware gegen Ware, wie der Verkehr mit dem Auslande zeigt, aus dem wir nur Ware bekommen, die wir brauchen, gegen eine Gegengabe von Waren, die das Ausland braucht.

Erzeugung und Verteilung.

Das Kunstwerk der Verteilungsmaschine, das zunächst in Deutschland im ersten Kriegsjahr erfunden und eingerichtet, im zweiten Kriegsjahr bis in die kleinsten Einzelheiten ausgestaltet worden ist und jetzt auch von den Ententestaaten nachgebildet wird, dieses unerreichte Vorbild der Organisationsgabe beginnt in seiner Heimat allmählich in den Hintergrund der Kriegswirtschaft zu rücken und anderen Kriegsaufgaben den Platz zu räumen. Der Vaterländische Hilfsdienst verrät es: diese tief einschneidende, in der Geschichte ganz unerhörte Maßregel dient der Sicherstellung der Arbeitskräfte zur Fortführung der Produktion. War die Schaffung des Ernährungsamtes die erste organisatorische Tat, so ist die Schaffung des Kriegswirtschaftsamtes die zweite. Das Aufgebot an Machtmitteln aber ist bei der zweiten noch größer als bei der ersten. Das Ernährungsamt galt eben bloß der Verteilung und sein verwickelter Apparat arbeitet zunächst nur mit Papier, mit Bezugsscheinen und Karten; das Kriegswirtschaftsamt jedoch betrifft die Organisation der Produktion selbst, und das ist ein unendlich schwierigeres, noch weit verwickelteres und ernsteres Problem.

Wir sind dabei natürlich überholt worden; wir sind erst mit dem Verteilungsapparat fertig geworden, als schon die planmäßige Fürsorge und Ordnung der Produktion ihre eigenen Einrichtungen forderte!

Wie ist dieser Szenenwechsel vor sich gegangen? Der Massen- und Dauerkrieg nimmt allgemach beinahe die ganze männliche Arbeitskraft in Anspruch, wenigstens ihren rüstigen und entscheidungsfähigen Teil. Dieser Ausfall beeinträchtigt nicht einmal die Munitionserzeugung am stärksten, er greift an die landwirtschaftliche Erzeugung in ihrem ganzen Umfang. Und da wir ausschließlich vom Heimatboden leben, läuft die beste Verteilungsmaschine Gefahr, von einem bestimmten Moment an leer zu laufen. Weil dem so ist, gleitet ganz allmählich, aber auch ganz unvermeidbar das Schwergewicht der Ernährungsfragen auf das Produktionsgebiet hinüber.

Wenige Andeutungen werden genügen, das anschaulich zu machen. Die Statistik aller Länder, selbst der neutralen, verrät uns eine Verminderung der angebauten Ackerflächen von Kriegsjahr zu Kriegsjahr. Die Mannschaften der Kriegsländer zieht eben ins Feld, die der neutralen Länder jagt den höheren Verdiensten in Industrie und Handel nach. Leidigerweise ist die Landarbeit heute geradezu Saisonarbeit, sie benötigt sehr viele Hände je zur Anbau- und Erntezeit, viele zur Frühjahrs- und Herbst- und der Herbst der Ernte sind zugleich die Zeit der tatkräftigsten Kriegsführung und des stärksten Munitionsaufwandes. Und so verengt sich nicht nur die bestellte Fläche, es verschlechtert sich die Bestellung selbst. Will man also die Erzeugung und Gewinnung der Bodenprodukte auf der alten Höhe erhalten, so muß man den Anbau und die Ernte mit der strammsten Zusammenfassung in geschlossener Organisation der Arbeitskräfte bewerkstelligen. Im zweiten Kriegsjahr ist darauf wenig geachtet worden, im dritten ist einiges geschehen, aber in durchaus unzulänglicher und in unsicherer Weise: Mannschaften wurden vielleicht in ausreichender Zahl beigelegt, aber sie wurden nicht in geschlossenen Formationen eingesetzt, die Wirkung, die der Zahl hätte erreicht werden können, wurde nicht erzielt!

Nur bei der übersehbaren, leichter organisierbaren Zuckergewinnung hat man eine vollkommene Arbeitsverteilung bewerkstelligt. Was hier gelungen ist, das muß nun im nächsten Jahre auf dem ganzen Felde der Urproduktion glücken, wenn der Ausfall an Bodenerzeugnissen nicht zu empfindlich sein soll. Dabei aber handelt es sich nicht nur um die Arbeitskraft allein, sondern auch um die Hilfsstoffe der Produktion, unter anderem um die Saatmittel. Schon dieses Jahr hat die Kartoffelernte in weiten Landstrichen kleine und schlechte Kartoffeln geliefert, weil das angepaßte Saatgut aufgezehrt war und im letzten Augenblick minderwertiges Material aufgetrieben und beigelegt werden mußte. Solche Landstriche werden viele Jahre sorgsamster Auslese und Pflege brauchen, bis sie das schlechte Saatgut ausgemerzt haben. Man kann den Ernst dieser Umstände gar nicht eindringlich genug hervorheben!

Indessen ist die Minderung der Erzeugung noch nicht einmal das Hauptübel, wie bedrohlich es an sich ist. Gefährlicher noch scheint uns die Verschiebung in der Produktionsrichtung. Wo die Hilfsstoffe, Arbeitsmittel und Arbeitskräfte spärlich werden, drängt die Bodenbestellung mit unweigerlicher Gewalt auf solche Zweige hin, die weniger Arbeit und Hilfsmittel verlangen. In Extremen ausgedrückt: der sonst mühsam bestellte Körnerboden wird mit Klee bestellt, die Futterwiese als Weide behandelt, das Rind weicht dem Schaf, das Großvieh dem Kleinvieh und so fort, im ganzen aber weicht der Körnerbau und gewinnt die Viehhaltung. Was den Pflanzenbau betrifft, so weicht die hochkultivierte Industriepflanze der einfachen Futterpflanze ebenso wie das Brotkorn dem Futterkorn, und im Reiche der Tiere weicht nicht nur das Großvieh dem Kleinvieh, sondern das Haustier überhaupt dem Wild! Wohl gemerkt, das sind durchaus Extreme, die noch nicht vorliegen; aber schon

offenbart sich in tausend Anzeichen eine starke Wendung nach dieser Richtung.

Diese unheilbrohende Wendung wird auf das äußerste verschärft durch die bisherige ungelungene Preispolitik, besser durch den Mangel einer zielgerichteten Preispolitik. Man hat die Fleischpreise ins Herlose wuchern lassen, unerhörte Viehpreise geradezu taatlich festgelegt und läßt, um den Reichen einen besonderen Bissen vorzubehalten, die Preise für Edelmilch ins Fabelhafte ansteigen. Zahlt nun Wild besser als Bieh, Bieh besser als Korn, so erhöht die Preisbildung geradezu den Drang nach extensiver Wirtschaft. Zahlt das Fetteschwein besser als das Rind, wer wird nicht das Kleinvieh dem Großvieh vorziehen?

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen und wiederholen noch einmal, was die ernstesten Fachleute des Reiches mit Sorge betont haben: die hohen Fleisch- und Viehpreise müssen zum Ruin unserer Bodenkultur werden! Wir gestatten unserer zahlungsfähigen Bourgeoisie, die Fleisch kauft um jeden Preis, die saatenstolze Ackerkultur in Weideboden zurückzuverwandeln, wenn das so fort geht! Alle Samenhändler erzählen voll Erstaunen, daß jetzt Futter- und Hackfruchtamen in unglaublicher Menge von den Landwirten gekauft werden. Das besagt nicht weniger, als daß im nächsten Anbaujahr der Anbau von Körnerfrüchten gewaltig zurückgehen muß. In der Tat ein Vorzeichen, das warnt und droht!

Diese Verschiebung der Produktionsrichtung von dem arbeitsreichen Erzeugnis zum arbeitsarmen, vom billigen zum teuren bedroht am allermeisten die Zuckergewinnung. Deutschland und Oesterreich zählen seit langem zu den ersten Zuckeländern der Welt. Und obchon beide jetzt weit weniger ausführen als im Frieden, ist das Unglaubliche Tatsache geworden: Drüben und herüber leidet man unter Zuckerknappheit und fürchtet man eine noch empfindlichere Knappheit im nächsten Jahre. Woher dieser Wandel? Die Zuckerrübe benötigt bekanntlich nicht nur die allerumständlichste und teuerste Samenkultur, sie verschlingt unendlich viel Arbeit, schon bei der Zurichtung des Bodens, der tief gepflügt, vorzüglich gedüngt und sorgfältig gereinigt sein muß, dann auch bei der Pflege der Pflanze selbst bis zu ihrer Einbringung in die Fabrik. Wohl meist billige Arbeit von Frauen und Kindern, aber doch so viel. Frauen und Kinder auf dem Lande haben heute anderswo zu schaffen, verdienen auch sonst Geld und stehen nicht auf die Löhne der Meierhofmagnaten an! Dazu aber kommt nun, daß der Staat auf die konzentrierte Zuckerindustrie und damit auf den Rübenbau im Punkte der Preise Einfluß genommen hat, nicht aber auf die übrigen Hackfrüchte. Er hat in Deutschland wie bei uns zu spät auf die bequeme Futterrübe geachtet und übersehen, daß bei einem Zuckerrübenpreis von vier Kronen ein Meterzentner Futterrübe — bei uns — lustig auf fünf, sechs und acht Kronen, ja auf mehr anstieg: das Schweinemästen ist ja doch der allerrentabelste Betriebszweig! Die Landwirte begannen die Zuckerrübe zu verfüttern, begannen statt Zuckerrüben Futterrüben zu bauen, die weit weniger Arbeit kosten und mehr tragen!

Das Problem der Produktion überschattet das Problem der Verteilung!

In Preußen hat man den Kampf um den Zucker aufgenommen. Wir brauchen den Zucker, viel Zucker sogar, denn er hat für uns nebenher geradezu Nutzwert. In Preußen hat man nun den Landwirten für den Zentner Zuckerrüben 4 Mark eingeräumt und außerdem noch andere Lockmittel angewendet: Sie müssen 85 Prozent der Rübenschnitte zu Futterzwecken von der Fabrik zurückhalten, bekommen den Kunstdünger, die Arbeitskräfte und die Bespannung werden ihnen von der Militärverwaltung sichergestellt. Indirekt zahlt man aus dem Staatsäckel auf, nur daß Rübe gebaut werde! Man hätte das billiger haben können: die Viehpreise wären von Anfang an eben mit den einmal festgelegten Körnerpreisen, die Futtermittel mit den Brotfruchtpreisen in Einklang zu halten und die landwirtschaftliche Arbeit allgemein einheitlich zu organisieren gewesen!

Die Zuckerrübe ist dabei nur ein Beispiel. Man kann bei langer Kriegsdauer auf dem vereinzelt eingegriffen in die wirtschaftliche Verteilung nicht stehen bleiben, man muß die Regelung der Produktion im ganzen in Angriff nehmen, sonst wird die gewaltige Flut des Wirtschaftslebens die da und dort vereinzelt eingebauten Wehren überfluten und wegschwemmen. Heute schon droht der Viehpreis den Getreidebau, das Futtermittel die Brotfrucht fortzuschwemmen. Mit gransiger Folgerichtigkeit drängt der Krieg weiter: Kriegswirtschaft ist heute schon in erster Linie Produktionspolitik!

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Haupt-Expedition: Breits Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Vertretungen im Auslande: Madrid E. Dossat, Plaza de S. Ana 9. New York E. Sielger & Co., 49 Murray Street. Rotterdam H. Nijgh & van Ditmar. Wien M. Dukas Nachf. A.-G., L. Wollzeile 16; H. Goldschmidt, L. Wollzeile 11.

Stand und Aussichten unserer Ernährung.

Berlin, 11. Dez. (Telegr.) Je weniger Trost und Aussichten unsern Feinden die militärische Lage bietet, desto inniger hoffen sie begreiflicherweise, daß der Weg zu ihrem Sieg durch den Magen der Deutschen führt. Aber das kann heute mit voller Bestimmtheit gesagt werden, daß, so unleugbar unsere Schwierigkeiten, so erfolglos manche behördliche Maßregel, so dringlich nötig sorgsamstes Haushalten ist, wir unbedingt durchhalten können. Die Hauptschwierigkeit wurzelt in der Kartoffel-Misernernte. Hatten wir im vorigen Jahr etwa 800 Millionen Zentner zur menschlichen Ernährung übrig, so werden es dieses Jahr wohl nur 279 Millionen Zentner sein. Die Kartoffelstatistik ist besonders schwierig. Wie man die Getreidevorräte erst genau schätzen kann, wenn sie im Speicher liegen, so die Kartoffeln erst im Frühjahr, wenn die Mieten geöffnet werden. Das bedeutet, daß sich die Ziffern vielleicht noch als höher als die immer darunter greifende Statistik herausstellen. Aber bis zum Frühjahr müssen wir uns darauf einstellen, daß die Kartoffelration auf den Kopf auf drei Viertel Pfund gesetzt werden muß. Das ist nicht viel, ist aber sicher. Damit können wir bis Juli aushalten, und dann hilft die neue Ernte. Trotz schlechter Ernte und Wagenmangels — dieser mit zunehmender Größe der Kriegsschauplätze und eroberten Gebiete fühlbarer gewordenen Tatsache — steht es diesen Winter um die Kartoffelversorgung der Großstädte in Bezug auf Regelmäßigkeit besser als im Vorjahr.

Was die Getreideernte betrifft, so hat die Nachschätzung ergeben, daß wir die bisherige Versorgung nicht werden vermehren können. Vom 1. Januar an muß die Streckung des Brotes mit Kartoffeln aufhören. Die Streckung wird künftig mittels Gerste erfolgen. Um die hierzu nötigen Mengen einzusparen, wird eine Herabsetzung des Braukontingents erfolgen. Um wieviel, steht noch nicht fest. Bayern wird, entsprechend dem Wunsch seiner Bevölkerung, an dieser Maßregel nicht teilnehmen. Jedenfalls braucht, da das Einteilungssystem nach den bisherigen Kriegserfahrungen verbessert ist, keinerlei Befürchtung gehegt zu werden, daß es etwa im Frühjahr zu schlimmen Zuständen kommen werde, und die Hoffnungen der Feinde darauf werden genau so enttäuscht werden wie ihre bisherigen. Eine wertvolle Ergänzung der Ernährung werden Graupen, Grüße, Hafersfloken bilden, wovon soviel als möglich hergestellt werden, aber zunächst zurückgehalten werden sollen, um etwaige unvorhergesehene Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Nährmittel werden gleichmäßig verteilt werden.

In der Fleischfrage sind die Fachleute und Abgeordneten geteilter Meinung. Ein Teil der Parlamentarier ist für vermehrte Schlachtungen, die große Mehrheit ist anderer Ansicht. Das Kriegsernährungsamt bemüht sich, dafür zu sorgen, daß jedes Schlachttier zur Schlachtung kommt. Vielleicht wird vom Februar an eine Erhöhung der Fleischration möglich. Auf die Bedeutung, welche die ungünstige Kartoffelernte mittelbar und unmittelbar auf die Viehzucht hat, braucht nur hingewiesen zu werden. Da der Futtermangel durch Kartoffelfütterung nicht verbessert werden kann, so liegt es auf der Hand, daß die Milch- und Fetterzeugung darunter zu leiden haben wird.

Gegenüber dem Umstand, daß die, wenn man sie so nennen will, Neben-Nahrungsmittel, wie Obst, Gemüse und dergleichen, das Publikum am meisten beschäftigen und ihre Beschaffung in der Öffentlichkeit am stärksten erörtert wird, tut man gut, daran festzuhalten, daß wir durch richtige Einteilung und unter tatkräftiger vaterländischer Mitwirkung des Publikums ganz sicher sind, mit den fünf Hauptnahrungsmitteln: Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett und Milch, wenn auch mit großer Sparsamkeit, durchzuhalten. Demgegenüber spielt nur eine geringe Rolle, was an sich ja beschwerlich genug ist, wie z. B. die unerträglich hohen Obst- und Gemüsepreise, die Preise für Gänse und dergleichen. Den Schwierigkeiten der Niederhaltung der Obstpreise ist man in diesem Jahr nicht gewachsen gewesen. Die Einführung von Höchstpreisen für Gänse hätte zu den an andern Dingen beobachteten Mißständen geführt.

ernähren kann, auch ohne Hilfe von außen, nicht, wenn nicht das ganze Volk mitgeht. Hindenburgs Brief hat uns das gesagt. Es gilt für Stadt und Land, für Erzeuger wie für den Verbraucher. Damit es auch jeder einsehe, wem unsere Pflicht daraus für ihn folgt, wollen wir kurz und rüchellos die Grundlage unserer Ernährungsmöglichkeit im kommenden Winter und bis zur nächsten Ernte klarlegen. Wir haben vor dem Auslande nichts zu verbergen und wollen ihm auch nichts beschönigen. Vor allem aber muß unser Volk selber klar sehen, was auf dem Spiele steht.

Die verschiedenen Teile der Ernährungswirtschaft eines Landes greifen wie Ringe ineinander. Fehlt es an einem Punkte, so pflanzt der Mangel sich fort und alle anderen sind in Mitleidenschaft gezogen. Das trifft, wie wir auch bereits in unserem Artikel „Kartoffelversorgung bis zur nächsten Ernte“ (Nr. 341 B) darlegten, in bedauerlichem Maße dieses Jahr bei unserer Kartoffelernte zu. Statt 50 bis 54 Millionen Tonnen im Vorjahre sind nur einige 20 Millionen Tonnen geerntet. Statt 800 Millionen Doppelzentner im Vorjahre sind diesmal nur 279 Millionen für die menschliche Ernährung verfügbar. Dazu ist auch die Qualität schlechter. Auf die Ursachen weitläufig einzugehen, hat keinen Zweck. Sie liegen zum Teil an dem vorzeitigen Verbrauch der Frühkartoffel und der Wegnahme von Saatkartoffeln zu Ernährungszwecken, die wiederum notwendig geworden war infolge starker Verfüllung der vorjährigen Kartoffelernte. Jedenfalls wird die Tagesleistung, die uns vom 1. Januar bis 30. Juni zur Verfügung steht, $\frac{1}{3}$ Pfund täglich nicht übersteigen. Dabei ist einbezogen, daß selbstverständlich Schnaps aus Kartoffeln für die Zivilbevölkerung überhaupt nicht mehr gebraunt werden darf. Und gleichzeitig ist dabei einbezogen, daß Exzentrikartoffeln zur Streckung des Brotgetreides (10 Prozent Kartoffeln auf 90 Prozent Getreide) uns im kommenden Halbjahr nicht zur Verfügung stehen.

Damit sind wir beim Getreide. Auch hier muß man vor einer Uberschätzung der Ernte warnen. Obwohl sie gut war, hat gegenüber der ursprünglichen Schätzung die Nachschätzung doch ein Weniger von 1,084 Millionen Tonnen ergeben. Es ist zwar zu hoffen, daß diese Differenz in Wirklichkeit nicht ganz so groß ist. Aber verlassen darf man sich darauf nicht. Das Brotgetreide muß also auch weiter gestreckt werden. Hierzu dient die Gerste. Das hat zur Folge, daß den Brauereien zur Biererzeugung künftig nur noch 25 Prozent des Friedenskontingents überlassen werden können (gegenüber 48 Prozent im Vorjahre). Von dieser Menge verbraucht das Heer ein Drittel, zwei Drittel sind für die Zivilbevölkerung. Nur Bayern soll von jener Gerste, die den Landwirten sowieso verbleibt, mehr zur Biererzeugung verwerten dürfen, und zwar insgesamt bis 35 Prozent des Friedenskontingents. Denn die Bayern und gerade auch die Arbeiterorganisationen dort wollen lieber etwas weniger essen und dafür mehr Bier trinken. Die Biererzeugung ganz einzustellen, wäre vor allem aus psychologischen Momenten verfehlt. Außerdem muß man bedenken, daß es nur $\frac{1}{3}$ Prozent der Getreideernte sind, die künftig ins Bier gehen, wenn man das Braukontingent künftig auf 180 000 Tonnen festsetzt.

Eine weitere Folge der durch die Knappheit an Kartoffeln beeinflussten und notwendig gewordenen Getreidesparmaßnahmen ist die Erschwerung der Produktion von Fleisch, Milch und Fett. Denn das Getreide muß schon ausgemahlen werden, so daß die Kleie nicht verbessert wird, die eng zumal mit der Milchproduktion zusammenhängt. Auch die Kollruben werden ja den Bauern zumest weggenommen. Man hat erwogen, ob deshalb nicht schon jetzt vermehrte Schlachtungen vorzunehmen seien. Man hat davon abgesehen, in der Erwägung, daß von Februar ab eine Vermehrung der Fleischration nützlich sein wird, als schon jetzt. Selbstverständlich aber wird jedes Tier, das schlachtreif ist, oder

bei dem wegen Futtermittelmangels die Gefahr der Gewichtsverminderung besteht, schon jetzt abgeschlachtet werden. Hier ist in der Tat mit der Theorie nichts zu machen, wie seinerzeit bei dem großen Schweinemorde. Gerade mit Bezug auf die Schweine allerdings wird eine Vanzucht und Wahrung infolge des Futtermittel- oder letzten Endes Startmangels nicht in dem Umfange möglich sein, wie man gehofft hat. Die Nachschüsse auf die Versorgung mit Fett ergeben sich von selbst.

Wir fügen noch hinzu, daß die Herstellung von Graupen, Gerste und Haferflocken fast in Angriff genommen sind, daß ihre Verteilung mittels Karten aber gewissmaßen als Reserve vorbehalten bleiben muß, für den Fall eines schweren Winters, also ebenfalls erst für die Anfangsmonate nächsten Jahres.

Das sind in großen Zügen die Ernährungsverhältnisse der fünf großen Volksernährungsmittel: Kartoffeln, Getreide, Fleisch, Milch und Fett. Zusammenfassend können wir sagen, daß dank der guten Getreideernte, trotz der schlechten Kartoffelernte, der Gesamtbeitrag an diesen beiden wichtigsten Produkten nur wenig schlechter ist, als im vorigen Jahre. Wir brauchen also keine Sorge zu haben, daß der Vorrat nicht reicht. Wohl aber wird sich für jeden von uns ergeben, daß wir gerade diesem Hauptnahrungsmittel unsere Aufmerksamkeit alle zuwenden und mitteilen, an ihnen zu sparen. Denn das ist weit wichtiger als die, die öffentliche Diskussion bisher weit aufspringender erfüllende Sorge um Verteilung und Preisentwertung von Nebenprodukten wie Obst, Gemüse und ähnlichem.

Wer sich hinten herum ein Pfund Butter bejagt, entzieht damit 10 Säuglingen die Nahrung, die sie brauchen. Wer widerrechtlich die Fleischbestimmungen umgeht, schwächt die Kraft unserer Munitionserzeuger. Wer Kartoffeln verfaßert, begeht ein Verbrechen an der Gesamtheit. Den Bauern wie den Hausfrauen muß gleichweise von ihren Mitmenschen ans Herz gelegt werden, daß sie eben deshalb, als einen als Erzeuger, die anderen als Verbraucher, um so mehr die Pflicht der Gewissenhaftigkeit tragen, als die Behörde als solche — und darin geben wir Herrn v. Batocki recht — tatsächlich im Kampf mit der Hausfrau wie mit den Bauern stets in Gefahr ist, zu unterliegen und ihre Bestimmungen unangesehen zu sehen, wenn nicht die tiefste Notwendigkeit dieser Bestimmungen und ihre Erfüllung von allen erkannt wird, als eine solche des eigenen Existenzinteresses. Erreichen wir das und hilft dazu das ganze Volk mit, so brauchen wir keine Sorge zu haben, daß uns der Sieg entzogen werden kann und daß uns in aller Zukunft damit bedroht würde. Aber dazu ist nötig, daß wir alle diese Wahrheit wirklich begreifen.

Unsere Ernährung im kommenden Winter.

Ein Mahnwort für jeden.

Hamburg, 14. Dezember.

W. Mit unwiderstehlicher Kraft bewältigen unser Vorkämpfer und seine Führer die Aufgabe, die ihnen der Krieg stellt. Unsere Freunde wissen, daß sie uns militärisch nicht besiegeln können. Ihre Hoffnung geht einzig und allein dahin, uns durch den Hunger zu Boden zu zwingen. Sie glauben, zu dieser Hoffnung Grund zu haben, je länger der Krieg währt. Sie werden sich täuschen. Es geht um unsere Existenz. Wir schmecken daher die Klagen enger, da es sein muß. Und wenn wir es alle tun, jeder ohne Ausnahme, so gibt es keine Schwierigkeit, die uns den geliebten Sieg entreißen kann. Aber darüber muß sich jedermann in unserem Volke klar sein, daß keine Laubheit einreißen darf in der Erfüllung der Pflichten, die jedem von uns auferlegt, sich zu beschreiben. Wenn die Auffassung einreißt, daß es geradezu Ehrensache sei, auf krummen Wegen sich besser zu versorgen als der andere, oder wenn solche Auffassung, wenn sie schon besteht, damit entschuldigt wird, daß die behördliche Verteilungsorganisation hier und da immer wieder einmal versagt, so wären wir auf einem gefährlichen Wege. Wir können nur Verräter an Vaterlande diejenigen nennen, die so denken. Gerade diejenigen, die auf geistige Reife und Bildung Anspruch erheben, haben die Ehrenpflicht, darin voranzugehen und auf Schritt und Tritt, in der Familie, im Geschäft und auf der Straße und in den Gastwirtschaften solche Auffassung mit derselben Wucht zu bekämpfen, wie sie politisch oder militärisch die Verkörperung einer vaterländisch-verräterischen Gesinnung nicht gleichgültig mit anhören würden. Die beste Verteilung und die sicherste Gewißheit, daß unsere Vorräte reichen und daß Deutschland sich selber

Knappheit und Teuerung der Lebensmittel in England.

Von Professor Dr. Alfred Maues (Berlin).

Berlin, 14. Dezember.

Kein Land Europas, wahrscheinlich überhaupt kein Land der Welt, bleibt während des Weltkrieges von Knappheit und Teuerung der Lebensmittel verschont. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: viele Millionen Männer in den kräftigsten Jahren sind der Produktion durch den Heeresdienst entweder vollkommen entzogen worden, oder müssen, statt für Nahrungsmittelherstellung zu sorgen, Kriegsmaterialien anfertigen. Der Verbrauch an Nahrungsmitteln hat aber ungeachtet der erheblichen Menschenverluste offenbar nirgendwo abgenommen, ist vielmehr durchweg erheblich gestiegen; denn die Millionen in Waffen erhalten von den Armeeverwaltungen viel reichlicher Nahrungsmittel, als sie sich vor Kriegsausbruch in ihrer Mehrzahl selbst zu beschaffen in der Lage oder gewillt waren.

Einen genauen Vergleich darüber anzustellen, in welchem Verhältnis Knappheit und Teuerung in einzelnen Ländern der Welt während des Krieges eingetreten sind, wird zu den interessantesten wirtschaftsvergleichenden Studien gehören, die nach dem Krieg zu erwarten sind. Die Vorarbeiten dazu sind neuestens auch in Großbritannien in umfassender Maße geliefert worden. Wir besitzen jetzt eine ganze Reihe amtlicher wie privater Untersuchungen englischen Ursprungs über die Verhältnisse des Lebensmittelmarktes in England während des Krieges, Untersuchungen darüber, wie es kommt, daß auch im „meerbeherrschenden Albion“ die Versorgung der Bevölkerung bald mit diesem, bald mit jenem Erzeugnis ins Stocken gerät, bald diesen, bald jenen Schwierigkeiten ausgesetzt ist und Preise aufweist, die früher als undenkbar angesehen worden sind. So hat sich notgedrungen auch die Lebensweise des englischen Arbeiters nicht unerheblich unter dem Einflusse des Krieges und der damit verbundenen allgemeinen Störung der Weltwirtschaft geändert. Und selbst ohne daß, bisher wenigstens, eine Blockierung Englands durch die Flotte der Zentralmächte eingetreten ist, zeigen sich doch in Großbritannien wie auch in seinen Ueberseebesitzungen Wirkungen, die ganz ähnlich sind denen, welche England durch seine Blockierung Mittel- und Südamerikas, durch seinen sogenannten Aushungerungskrieg hervorrufen zu können überzeugt ist. Die Unterschiede, die hier wie dort vorhanden sind, sind durchaus nicht grundlegender Art, sondern unterscheiden sich nur quantitativ.

Sowohl von Seiten englischer Genossenschaften wie von Seiten der Frauenbewegung dienenden englischen Organisationen sind genaue Nachforschungen über die finanzielle Lage in Arbeiterhaushaltungen in England angestellt worden. Das Ergebnis, zu dem die Privatuntersuchungen im allgemeinen gelangt sind, stimmt ziemlich genau überein mit den vom Handelsministerium in dem amtlichen Arbeitsblatt monatlich veröffentlichten Ziffern über das Steigen der Kleinhandelspreise und ähnlicher Angaben. Im Verhältnis zu den Kleinhandelspreisen, welche bei Kriegsbeginn herrschten, werden die jetzigen in der amtlichen Statistik um 60 Prozent höher veranschlagt. Die Privatuntersuchungen zeigen eine Steigerung von 65 Prozent. Die nicht erhebliche Abweichung der beiden Ziffern voneinander erklärt sich daraus, daß die amtlichen Untersuchungen über ein reicheres Material verfügten als die Privatuntersuchungen.

Wie die Steigerungen im einzelnen aussehen und welche Veränderung in der Ernährungsweise des Krieges bewirkt worden ist, veranschaulicht das folgende Beispiel, in dem die Ziffern für den gleichen Arbeiterhaushalt vor dem Krieg und während des Krieges gegenübergestellt sind:

	Vor dem Krieg:	sh	d
7 Pfund Fleisch	---	1	8
4 " Zucker	---	1	---
3 1/2 " Schinken	---	2	4
3 1/2 " Käse	---	2	4
50 " Kartoffeln	---	4	10 1/2
3 1/2 " Mehl	---	---	5
56 " Brot	---	8	3
12 Liter Milch	---	8	---
	Pf. St. 1.-	10 1/2	a
	Während des Krieges:	sh	d
3 Pfund Fleisch	---	3	---
2 " Zucker	---	1	---
2 " Schinken	---	2	4
1 " Käse	---	1	2
20 " Kartoffeln	---	2	9
1 1/4 " Mehl	---	---	5
84 " Brot	---	14	---
7 Liter Milch	---	2	1/2
	Pf. St. 1.6	8 1/2	a

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß dieselbe Arbeiterfamilie während des Krieges weniger oder knapp nur die Hälfte Fleisch, Zucker, Schinken, Käse, Kartoffeln, Mehl und Milch kaufen kann und daß eine Steigerung des Verbrauchs lediglich auf Kosten aller übrigen Nahrungsmittel in bezug auf Brot eingetreten ist. Für drei Pfund Fleisch zahlt der englische Arbeiter im Krieg fast doppelt so viel wie früher für sieben Pfund. Ein ähnliches Verhältnis besteht für die übrigen notwendigen Lebensmittel. Aber trotz der Steigerung um 6 Schilling oder 25 Prozent der Ausgaben für Nahrungsmittel finden wir hier eine starke Abnahme im Verbrauch der Arbeiterfamilie. Dabei handelt es sich hier noch um eine verhältnismäßig gut dastehende Arbeiterfamilie, da diese für den Hauptverbraucher, den Mann, nicht zu sorgen hat. Es ist ausdrücklich dabei zu vermerken, daß das herausgegriffene Beispiel keineswegs ein vereinzelt dastehender Fall ist, sondern als typisch gelten darf und keineswegs etwa die Lebenshaltung

einer besonders schlecht dastehenden Familie kennzeichnet. Das Gesamteinkommen dieser Familie vor dem Krieg betrug 36 Schilling, während es sich jetzt infolge der Kriegsunterstützung auf 41 Schilling beläuft.

Einige besonders lehrreiche Bemerkungen, die sich in den Untersuchungen finden, seien angefügt. Allenfalls zeigt sich starker Fleischmangel und die Frage erhebt sich, was mit dem vorhandenen Geld als Ersatz für das fehlende oder zu teure Fleisch gekauft werden soll. In Familien, in denen es vor Kriegsausbruch jeden Tag warmes Mittagessen und dazu jeden Morgen Schinken gab, gibt es jetzt nur einmal in der Woche ein warmes Mittagessen und zweimal in der Woche Schinken. Eine Familie, die im Frieden Sonntags ihren guten Braten hatte, kann jetzt nur höchstens noch sechs Pence für Fleisch die Woche ausgeben. Als besonders mißlich wird hervorgehoben, daß viele Nahrungsmittel, die an Stelle von Fleisch den Arbeitern empfohlen werden, lange kochen müssen, um genießbar zu sein. Kochgas oder Kohlen sind aber bei der Preissteigerung dieser ebenso wie das Fleisch als Luxusartikel zu betrachten. Viele Arbeiterfamilien verwenden Mehl überhaupt nicht mehr, weil das Kochen zu teuer ist, sondern begnügen sich hauptsächlich mit Brotnahrung. Brot tritt an die Stelle von Milch, Käse, Zucker und Kartoffeln; Fleisch, Fett, Zucker ist in weitem Umfang verschwunden. Auch für Anschaffung von Kleidern fehlt es durchaus an Mitteln. Der Gesamteindruck, der aus den Privatuntersuchungen gewonnen wird, ist der, daß zahlreiche Familien, die bis zum Kriegsausbruch als wohlhabende Arbeiterfamilien zu bezeichnen waren, auf die Stufe der ärmsten Bevölkerung herabgesunken sind. Je mehr Kinder im Haushalt und je jünger die Kinder sind, desto stärker ist dieser Rückschlag wahrnehmbar, zumal auch die Milchpreise eine entsprechende Ernährung der jüngsten Kinder trotz aller Vorkehrungsmaßregeln sehr erschweren. So wird von Fällen berichtet, in denen stillende Mütter sich von Hafermehl mit Wasser nähren mußten, da sie keine Milch bekommen konnten, während andere gezwungen waren, von Hafer, Brot und Margarine zu leben.

Man wende demgegenüber nicht ein, daß die englischen Arbeiterlöhne während des Krieges stark gestiegen seien. Dieser Umstand kommt vor allem nur solchen Arbeiterfamilien zugute, deren Ernährer nicht im Feld steht. Dann aber zeigen die angeführten Untersuchungen deutlich, daß die Lebenssteigerungen für die Arbeiter keineswegs als allgemeine Erscheinungen betrachtet werden dürfen. Wesentlich höhere Einnahmen erzielen nur die Allerärmsten, solche, die früher gar keine Arbeit bekommen konnten, jetzt aber leicht solche finden. Was jedoch die im Frieden schon besser bezahlten Arbeiter betrifft, so sind deren Einnahmen in sehr vielen Fällen unverändert geblieben oder sind nur so gering gestiegen, daß die Preissteigerung der Nahrungsmittel nicht wettgemacht wird. Hierunter fallen die städtischen Arbeiter, die Regierungsangestellten, die Textilarbeiter, Geschäftsangestellten, Drucker, Eisenbahnbeamten. Steigerungen finden sich wohl öfter in lang verheirateten Familien mit erwachsenen Töchtern und Söhnen, umso seltener aber in jungen Ehen, wo nur der Mann ein Arbeitseinkommen hat, sich aber viele ganz kleine Kinder befinden.

Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß man in den englischen Kreisen, die unbeeinträchtigt durch alle überhöhten Kriegshoffnungen und unberührt von den großemwahnsinnigen oder tobsüchtigen Gedanken der Northcliffepresse ein Herz für die Mehrzahl des englischen Volkes hat, diese Verhältnisse scharfster Kritik unterzieht und laut nach Besserung ruft, wobei insbesondere die englische Besteuerung scharf getadelt wird, auf welche die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise wenigstens teilweise zurückzuführen ist.

Den bisher allein in Betracht gezogenen Privatuntersuchungen ist Anfang Oktober eine umfassende amtliche Veröffentlichung gefolgt, nämlich der erste Bericht des Regierungsausschusses zur Untersuchung der Lebensmittelpreise. Auch hier findet sich die Feststellung, daß die Lebensmittelpreise um 65 Prozent gestiegen sind, während für die Durchschnittspreise der gesamten Lebenshaltung eine 45prozentige Steigerung ermittelt worden ist. Die Lohnerhöhung, wo sie wirklich eingetreten ist, bleibt hinter diesen Preissteigerungen weit zurück, aber in nicht unerheblichem Maße haben sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt doch insofern gebessert, als viele Personen eine regelmäßige und längere Arbeitszeit finden.

Mit viel Scharfsinn haben die Mitglieder des Untersuchungsausschusses die Gründe der Preissteigerung festzustellen gesucht. Sie gelangen zu der Schlussfolgerung, daß sich hier eine allgemeine Formel als Erklärung nicht geben läßt, wie überhaupt die negativen Feststellungen die positiven übertreffen. Etwas überraschend wirkt es, daß der Ausschuss in der gewaltigen Steigerung der Ueberseefrachtkosten keine Hauptursache für die Steigerung des Fleischpreises erblicken will. Das ist sicher nicht zutreffend! Die Viehzüchter, die Weidenbesitzer, die Viehhandelsvermittler und die Fleischverarbeitungsanstalten sollen diejenigen sein, welche die Preise in die Höhe getrieben haben. Aber auch ihnen macht der Ausschuss keinen Vorwurf. Es klingt geradezu wie eine Entschuldigung der Kriegsspekulanten, wenn gesagt wird, der eigentliche Grund der abnorm hohen Gewinne sei das Ueberwiegen der Nachfrage über das Angebot. Mit solchen Gemeinplätzen glaubt der naive Ausschuss die englischen Arbeiter beruhigen zu können. Der Preissteigerung durch irgendeine Ringbildung wird keine Bedeutung beigemessen. So wenig befriedigend wie dieses Ergebnis der Untersuchung über die Gründe der Fleischteuerung ist, sind auch die Vorschläge des Ausschusses in der englischen Presse bezeichnet worden, die Abhilfsmassregeln bringen sollen.

Was schlägt der Ausschuss vor? Er empfiehlt den Bau von möglichst vielen Handelschiffen, namentlich

auch solchen mit Gefriereinrichtung zur Erleichterung des Transports von Fleisch aus Uebersee nach Europa. Die Arbeitskräfte auf den Eisenbahnen wie in den Docks sollen vermehrt werden. Die Einfuhr von Waren, die nicht unbedingt notwendig sind, will der Ausschuss weiter beschränken. Nichtschlachtreife Tiere sollen nicht geschlachtet werden. Die Regierung soll ihr bisher bereits erfolgreiches Eingreifen in die Fleischbeschaffung aus den Ueberseebesitzungen weit ausdehnen und neue Fleischbeschaffungsquellen erschließen. Dem gesamten Handel, dem Großhandel wie dem Kleinhandel, sollen angemessene Preise auferlegt werden. Schließlich wird die schleunige Errichtung von Gefrierfleischanstalten in Brasilien und der Bezug von brasilianischem Gefrierfleisch gefordert. Auch ein fleischloser Tag soll eingeführt werden, aber nicht durch Gesetz, sondern durch freiwillige Entsaugung! Weitere Maßregeln, die der Ausschuss empfiehlt, bestehen in einer sparsameren Fleischverteilung an das Feldheer ohne Herabsetzung der Ration; die Förderung der Frauenarbeit in Molkereien, die Kommunalisierung des Lebensmittelverkaufs jedoch nur für den Fall, daß seitens der Kleinändler von Gemeinden übermäßige Preise erzielt werden. Die Ernährungsregelung für kleine Kinder steht der Regierungsausschuss für unerlässlich an. Er schlägt vor, daß Ortsbehörden Kleinkinderbewahranstalten und Krankenhäuser wie Wöchnerinnenheime errichten und eine Wöchnerinnen- sowie Kinderpeisung vornehmen sollten.

Wer möchte leugnen, daß die Kritik, die in vielen englischen Organen an diese Vorschläge gelegt wird und die eine zu große Zurückhaltung, eine zu weitgehende Beschränkung, eine zu ängstliche Vorsicht vorwerfen, voll berechtigt ist? Man ist allenthalben darüber enttäuscht, daß England bis auf den heutigen Tag nicht genug von der Organisation der Nahrungsmittelverteilung bei den Zentralmächten gelernt hat. Aber man fürchtet in England, daß ein großzügiges Verteilungswesen mehr Schaden als Nutzen stiften könnte, wenn es nicht wirklich in jeder Beziehung tadellos funktioniert, und darauf hofft man offenbar nicht.

Daß in Arbeiterkreisen der Ausschussbericht die schärfste Verurteilung erfährt, ist selbstverständlich. So äußert sich das Arbeiterblatt Justice in einem Aufsatz, der die Ueberschrift trägt „Lebensmittelpreise und Pflichtvergessenheit der Regierung“: Es sei bedauerlich gewesen, wenn sich überhaupt zwei Arbeitervertreter an den Arbeiten des Ausschusses beteiligt hätten, von denen nichts zu erwarten gewesen sei. Denn er sei von Munciman, dem Vertreter der Reederinteressen im Kabinett und Leiter der „nach dem Auswärtigen Amt strupellosesten und korruptesten Behörde Englands“ eingeseht und die Leitung dem typischen Laissez-faire-Freihändler Robertson anvertraut gewesen. Dennoch, fährt er fort, sei der Druck von außen so stark gewesen, daß der Ausschuss die ganze leichtfertige Verdrehung der Dinge durch Munciman habe über Bord werfen müssen und selbst in dem vom Vorsitzenden mitunterzeichneten Hauptbericht den Ernst der Lage nicht habe verschweigen können, in die Englands arme Leute unwillig gekommen seien. Die weiteren Ausführungen gipfeln in folgenden Sätzen: „Das englische Volk ist in einen furchtbaren Krieg verwickelt, für den unsere reichen Kenner keine angemessene Vorbereitung trafen. Solange das Volk ruhig bleibt, solange kümmert es diese reichen Kenner wenig, zu welchen Höhen die Preise sich versteigen. Unsere prachtwollen Soldaten an der Front kämpfen für die Freiheit Europas, und das ist ein glorreicher Kampf. Aber sie sehen auch Leib und Leben für eine Insel ein, die ihnen in keiner Weise gehört, und für ein Lohnsystem, das Sklaverei für sie und die Ihren bedeutet. Sie haben das Recht, so wie sie die Macht haben, zu verlangen, daß man ihre Angehörigen zu Hause nicht halb verhungern läßt. Laßt die Reichen Mangel leiden, wenn Sparbarkeit nötig ist! Beginnen wir einmal wenigstens das Sparen am rechten Ende. Aber um das zu erreichen, ist etwas nötig, was mehr als dieser Ausschussbericht alarmiert, und dieses Etwas ist — Furcht.“

Als Beweis dafür, daß die Unzufriedenheit über die Fürsorgemaßnahmen der englischen Regierung keineswegs sich auf die Arbeiterkreise beschränkt, sei noch angeführt, daß sogar die Times dem Ausschuss Furchtbarkeit vorwerfen, während gerade der Augenblick ein offenes Wort erfordert. Selbst das Blatt, das bis heute möglichst gegen jede Einmischung des Staates in die Angelegenheiten des englischen Handels eintritt, der Manchester Guardian, kann nicht umhin, die ganze Art und Weise, in der der Regierungsausschuss vorgegangen ist, scharf zu tadeln. Dazu vergleiche man, was Daily News an leitender Stelle im Anschluß an die Unterhausverörterungen über die Lebensmittelfrage sagen; dieses Blatt erklärt, die Lebensmittelversorgung Englands sei von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang des Krieges. Die Zentralmächte rechneten auf einen Stieg des Ausharrungsvermögens und erhofften, daß die Erschöpfung der Verbändmächte eher eintrete als die der Zentralmächte. Man müsse offen in England zugeben, daß sich diese Auffassungen begründen ließen. Denn die Stellung der Engländer und ihrer Verbündeten sei in bezug auf Lebensmittel und Geld weniger sicher als militärisch, da sie den Krieg auf einer Goldbasis führen müßten, und an dem Tag, wo sie das nicht mehr könnten, sich in Gefahr befänden. Auch seien sie unter allen Umständen auf die überseeischen Transportmittel angewiesen und in jeder Weise abhängig von ausreichendem Schiffsraum.

Wie mühte es nun erst um die englische Volksernährung bestellt sein, wenn die Hinderung der Zufuhr einige Wochen lang in dem Maße ausrechterhalten werden könnte, wie sie die Tätigkeit der neuen deutschen großen Unterseeboote Mitte Oktober vielversprechend eingeleitet haben!

Ernährung und Rohstoffbeschaffung

Aus Vorträgen im Niederösterreichischen Gewerbeverein.

Wien, 20. Dezember.

Die Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahre.

Von Regierungsrat Dr. Alexander Porvitz, Generalsekretär der Börse für landwirtschaftliche Produkte.

Mit berechtigtem Bangen trat besonders die städtische Bevölkerung in das dritte Kriegswirtschaftsjahr, wo das Durchhalten wohl seine härteste Feuerprobe zu bestehen haben wird. Wir und Ungarn werden auch in diesem Jahre, als in zwei Kriegsjahren, durch drei schlechte Ernten heimgejagt, deren Wirkungen für die Versorgung wir durch Ausnutzung aller Hilfsmittel soweit als möglich abzuschwächen uns bemühen müssen, denn sie gänzlich zu beheben, dazu reicht keine menschliche Kraft und keine Organisationskunst der Welt aus. Wir werden auch diesen sorgenvollsten althergebrachten Winter überdauern, der Hunger wird uns nicht zwingen, die siegreichen Waffen zu strecken, aber wir dürfen uns nicht blind und taub stellen. Vor allem nicht blind stellen gegen die alle Vorstellung übersteigende Teuerung der unentbehrlichsten Gegenstände des täglichen Bedarfs; das ist keine Preissteigerung mehr, sondern eine Preis anarchie, die bereits alle Grundlagen der Erzeugung und des Austausches von Waren ins Uferlose verschoben hat, die als wahre Heimtücke empfunden wird, welcher die breiten Volksschichten hilflos und wehrlos gegenüberstehen.

Zeitweilige Störungen oder Stockungen des Verkehrs gefährden aufs ärgste die geregelte und regelmäßige Versorgung der größeren Städte, insbesondere Wiens. Jede plötzliche Marktstörung führt zu einer Marktentblöhung, bringt die Masse der Verbraucher in Verwirrung, züchtet Angstkäufer, die bei behobener Marktstörung den Markt überrennen und ohne Rücksicht auf den augenblicklichen Bedarf, aus Furcht vor einer sich wiederholenden Marktstörung die Waren in jeder Menge und um jeden Preis kaufen, und der Schluß ist eine neuerliche, verstärkte Marktentblöhung.

Wirksamkeit und Erfolg vieler Maßnahmen in Ernährungsfragen hängen von dem Verhalten Ungarns ab. Vom Getreideüberschuß Ungarns werden im Frieden mehr als 93 Prozent, demnach nahezu die gesamte verfügbare Ausfuhrmenge, in Oesterreich, und zwar überwiegend in Wien und in den Alpenländern abgesetzt; es ist daher einleuchtend, daß das plötzliche Wegfallen dieser Einfuhr auf die Lebensmittelversorgung bei uns die unheilvollsten Wirkungen ausüben muß. Manche Maßnahmen der ungarischen Regierung scheinen ja förmlich darauf zugeschnitten zu sein, die österreichischen Verbraucher in eine fürchterliche Klemme einzuzwängen, denn alljährlich beobachten wir in Ungarn dieselben Erscheinungen: ein nahezu schrankenloses Recht der Selbstversorgung, solange genügend Vorräte vorhanden sind; ein mit dem Endergebnis im auffälligen Mißverhältnis stehender hoher Ansaß des zulässigen Eigenverbrauches. Es ist unjagbar traurig, daß noch immer die Einsicht sich nicht durchringen konnte, daß in zwei so eng verwachsenen Staaten es ausgeschlossen sein muß, daß die Bewohner des einen Staates ihre Mehl- und Brotversorgung nicht viel anders als in Friedenszeiten haben, während die Bewohner des anderen Staates im zweiten Kriegsjahre verheimlichtes Maisbrot essen müssen und im dritten Kriegsjahre sehr oft überhaupt nicht wissen, ob und welches Brot sie von heute auf morgen zu essen bekommen werden. Dieser Zustand muß umso peinlicher empfunden werden, als die ungarische Landwirtschaft hiedurch die besten ihrer technischen Rückständigkeit und überlebten Wirtschaftsmethoden auf uns überwälzt, obwohl die hohen Zölle hauptsächlich der ungarischen Landwirtschaft zugunsten gekommen sind.

Eine bedenkliche Kurzsichtigkeit war die weit über das notwendige Maß hinausgehende, nahezu gänzliche Ausschaltung jeder freien Kaufmännischen Handelstätigkeit. Buchstäblich in zwölf Stunden ist der Versuch unternommen worden, zur Behebung der vielfachen Uebelstände sämtliche Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung in einer selbständigen, außerhalb der Ressortministerien stehenden Zentralbehörde für die Volksernährung zusammenzufassen. Vollkommen betriebliegend dürfte diese schwierige Verwaltungsaufgabe in diesem vorgerückten Zeitpunkt wohl nicht mehr zu lösen sein, da wir ja selbst heute noch nicht den Bedarf der Bevölkerung, das Endergebnis, die verfügbaren Vorräte verlässlich kennen. Diese Unsicherheit nötigt aber zur allergrößten Vorsicht bei der Verteilungsorganisation, da sämtliche Maßnahmen auch den ungünstigsten Fall im Auge behalten müssen, und über den vollen Ernst einer solchen Möglichkeit darf sich niemand einer Selbsttäuschung hingeben. Der Angelpunkt unserer Versorgung mit Brot und Mehl liegt im dritten, ebenso wie in den beiden vorangegangenen zwei Jahren, in Ungarn, und wir wägen von vielen Bitternissen in der Brotversorgung während der ganzen Kriegszeit verschont geblieben, wenn die Ernährungsfrage von allem Anfang an in beiden Reichshälften eine gemeinsame Angelegenheit, Oesterreich-Ungarn ein einziges, einheitliches Wirtschaftsgebiet gebildet hätte.

Auch mit der tüchtigsten Organisation, mit den härtesten staatlichen Zwangsmitteln kann nur dann ein voller Erfolg erzielt werden, wenn sich der Einordnungssinn der Öffentlichkeit hinzugesellt. Wir stehen heute vor der wohl schwersten Stunde unserer wirtschaftlichen Gegenwart; es wäre eine arge Selbsttäuschung, wenn wir nicht den wirtlichen Ernst der Lage erkennen würden; nicht nur für die Helden draußen, sondern auch für uns im Hinterlande heißt es: geduldig ausspannen. Unflüchtige Verwirklichung in Auslandsabhängigkeit zu bieten, andererseits aber dem be-

lung der leitenden Stellen, strenge Selbstzucht und höchstes Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit, rücksichtslos und unterchiedslos der Kampf gegen alle Ausartungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung werden die Schreckgespenst einer Lebensmittelnot bannen und leitend noch so lange Kriegsdauer wird uns mehr den Erfolg unserer siegreichen Waffen entwenden können.

Die Rohstoffversorgung nach dem Kriege.

Von Regierungsrat Dr. Robert Mayer, Sekretär der Brünner Handels- und Gewerbe-Kammer.

Der Vortragende faßt zunächst die Anregungen zusammen, die Handelspolitiker, Vertreter wirtschaftlicher Körperschaften, des Handels und Gewerbes hinsichtlich der Rohstoffversorgung gegeben haben, und erwähnt auch die diesbezüglichen Vorschläge eines bekannten Industriellen und eines Führers der Industrie in der Neuen Freien Presse, vom 8. und 10. November 1916. Er führt dann folgendes aus:

Von vornherein abzuschneiden sind wohl alle handelspolitischen Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen. Wenn wir zu einem dauernden Frieden kommen wollen, und dies hoffen wir doch, müssen wir auch durch einen dauernden Wirtschaftsfrieden die Grundlage für eine gesicherte und ruhige Produktion bieten. In einem solchen System ist aber für handelspolitische Einfuhrverbote, die von den übrigen Staaten wohl sofort mit derselben Maßregel und mit Ausfuhrverboten beantwortet würden, kein Platz, um so weniger, als wir und Deutschland schon im Interesse unserer Valuta das größte Gewicht darauf legen müssen, möglichst rasch und viel zu exportieren. Auch darf die Bedeutung der Einfuhr als preisregelnder Faktor, der weit wirksamer ist als Höchstpreise und andere Maßregeln, wohl nicht außeracht gelassen werden.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Rohstoffbeschaffung im Auslande von Staats wegen und durch unsere Rohstoffzentralen lassen es als geraten erscheinen, so rasch als möglich in dieser Hinsicht die Eigenbetätigung von Industrie und Handel wachzurufen, auch aus dem Grunde, weil die Aufstellung allfälliger Rohstoffbezüge zwischen den beiden Reichshälften nach dem Quotenschlüssel statt nach der Leistungsfähigkeit unsere wichtigsten Industrien beeinträchtigen müßte. Gegenüber dem Verlangen nach voller Freiheit, ohne jede Einschränkung muß wohl daran festgehalten werden, daß die Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich schwächeren Elemente gerade in der Uebergangszeit gewisse Vorkehrungen für die Sicherung des Rohstoffbezuges der mittleren und kleineren Industrien und Gewerbsleute erfordert. Behördliche Einschränkungen der Produktion und Lagerhaltung sind nur in einer ganz kleinen Zahl von Industrien möglich, bei Industrie und Gewerbe schwer, beim Handel fast gar nicht kontrollierbar. Jede Produktionsbeschränkung müßte die Herstellungskosten wesentlich verteuern und damit unsere Exportfähigkeit herabsetzen oder aber die Inlandpreise zugunsten der Exportpreise unverhältnismäßig belasten, ganz abgesehen von der Arbeitslosigkeit und anderen Folgen derartiger Maßnahmen. Auch dürfte die Vorausbestimmung darüber, welche Rohstoffe für den Export, welche für den Inlandmarkt dienen sollen, zu meist den allergrößten Schwierigkeiten begegnen. Ob es durchsetzbar sein wird, der Bevölkerung auch nach Friedensschluß außer den durch die Teuerung unvermeidlichen Beschränkungen noch weitere staatliche Konsumregelungen aufzuerlegen, ist zweifelhaft. Die Absicht, etwa unsere gesamte Wirtschaft staatlich zu organisieren, wird bei den Praktikern des Wirtschaftslebens gerade im Hinblick auf die Erfahrungen im Kriege wenig Freunde finden, obgleich es einzelnen Industrien oder Industriefrieden vielleicht nicht unerwünscht wäre, unter staatlicher Mithilfe zu einer selbständigen, von Außenseitern unabhängigen Organisation zu gelangen. Der Kreis jener Industrien, welche in monopol- oder syndikatreif sind, ist ein relativ kleiner und durch die bisherige Entwicklung beinahe gegeben. Darüber hinauszuweisen und andere weiter verzweigte Industrien in die staatliche Wirtschaft einzubeziehen, würde wohl auch hinsichtlich des finanziellen Erfolges eine mehr als zweifelhafte Maßregel bilden.

Bei Beurteilung der eben erörterten Vorschläge darf man wohl nicht außeracht lassen, daß das Valutaproblem geradezu den Angelpunkt der hier in Betracht kommenden Fragen bildet. Für die Regelung der Valutafrage müssen aber die geeigneten Maßregeln auf dem Gebiete der Valuten- und Devisenpolitik versucht werden. Produktionsbeschränkungen und Exportbeschränkungen der Produktion bedeuten hiefür nur einen wenig wirksamen, unter Umständen schädlichen Umweg, denn es läuft schließlich den Interessen unserer Volkswirtschaft entgegen, Beschränkungen in der Erzeugung und Lagerhaltung etwa auch demjenigen aufzuerlegen, der ohne Inanspruchnahme und ohne Schädigung unserer Valuta in der Lage ist, Rohstoffe im Auslande zu beschaffen. Eine auf gesetzlicher Grundlage aufgebaute Devisenzentrale im Verein mit einer Verkehrsbehörde nach den bekannten Vorschlägen der Brünner Handelskammer, beraten von Vertretern der erwerbenden Stände, kann, richtig gehandhabt, das einwandfreie Mittel bilden, um die begründeten Forderungen nach freier Betätigung im Gewerbe und Handel mit den Rücksichten auf unsere Valuta und auf die wirtschaftlich Schwächeren in Einklang zu bringen.

Vor allem sind aber augenblicklich zwei Vorkehrungen wichtig. In erster Linie müssen wir dafür sorgen, daß alle im Auslande gekauften und bereits bezahlten Rohstoffe unserer Volkswirtschaft erhalten bleiben, indem man den Eignern von Regierung wegen die freie Verfügung nach Friedensschluß, allenfalls unter gewissen Einschränkungen hinsichtlich der Verwendung für Heeresbedarf oder Artikel des Massenkonsums, zusagt. In zweiter Linie muß eine Stelle geschaffen werden, in der nach Art des Deutschen Reichskommissariats für Uebergangswirtschaft die gesamten Vorarbeiten zusammenlaufen. Daß diese Vorarbeiten auf den verschiedensten Gebieten, namentlich auch auf rein technischem Gebiete, liegen, wird vielfach übersehen. Es ist der Sache nicht zweckdienlich, wenn diese Probleme zusammenhanglos in den verschiedensten Ministerien behandelt werden. Die Zentrale für Uebergangswirtschaft soll in Fühlung mit allen Erwerbszweigen die Vorbereitungen treffen, um für alle Eventualitäten des wirtschaftlichen Friedensschlusses gerüstet zu sein. Sie soll aber auch schaffensveranlassen, um noch jetzt im Kriege die Bereitstellung der Rohstoffe für unsere Industrie und für unser Gewerbe mit allen Kräften zu unterstützen. Hierzu zählt vor allem die Festsetzung jener Bedingungen, unter welchen private Käufer von Rohstoffen im Auslande diese feinerzeit nach Friedensschluß werden verwenden können. Der Vorschlag, schon jetzt zu bestimmen, daß in der Uebergangszeit von jedem privaten Rohstoffbezug aus dem Auslande ein gewisser, je nach der Inanspruchnahme staatlicher Mithilfe abgestuftes Prozentsatz zur Versorgung der mittleren und kleinen Industrie- und Gewerbebetriebe an eine geeignete Stelle abzuführen ist, dürfte vielleicht den richtigen Mittelweg darstellen, um einerseits der privaten Initiative die heute schwer vermehrte Sicherheit für ihre Beschaffung im Auslande zu bieten, andererseits aber dem be-

rechtigten Verlangen der schwächeren Elemente im Wirtschaftsleben nach staatlicher Vorsorge in der Uebergangszeit Rechnung zu tragen.

Beim Friedensschluß werden die schwierigsten Probleme an uns herantreten, die Demobilisierung, die Rückkehr vieler Millionen arbeitsfähiger Männer in ihren gewohnten Beruf, die Ueberleitung der Betriebe von der gegenwärtigen Kriegsproduktion auf die normale Friedenserzeugung, die Verwendung und Verwertung des unzähligen, für Kriegszwecke nicht mehr benötigten Materials, der Wiederaufbau zerstörter Ortschaften, all dies wird unsere Verwaltung vor ungeahnte Aufgaben stellen, für die es bisher in der Weltgeschichte an Beispielen und Erfahrungen völlig fehlt. Wer mit Erfolg Krieg führen will, muß schon im Frieden zum Kriege rüsten. Aber auch die Aufgaben nach Friedensschluß müssen, soweit menschliche Erkenntnis und Voraussicht reicht, noch im Kriege auf das sorgfältigste durchgearbeitet werden. Wir alle hoffen und wünschen, daß die unendlichen Opfer dieses Krieges nicht vergeblich waren, daß wir bald zu einem ehrenvollen, dauernden und gesicherten Frieden kommen. Die verantwortlichen Leiter unseres Staatswesens aber mögen ohne Verzug alles Erreichbare vornehmen, daß der Uebergang zur Friedenswirtschaft uns vorbereitet finde und daß rechtzeitig die Grundlagen für eine gesicherte Produktion und damit für das Gedeihen unseres Staates geschaffen werden.

an. Geringere resultierte bei Seefischen im Vergleiche zum Vorjahre ein empfindlicher Anstieg, der 217.000 Kilo beträgt. Die infolge Transporterschwierigkeiten ausgebliebenen 3 Waggons dürften noch heute eintreffen und zum Verlaufe gelangen.

In Butter und Eiern war die Lage während der letzten Tage eine günstigere, nachdem von der Gemeinde Wien größere Mengen auf die Märkte gebracht wurden. Auch von der „Deseg“ war die Butterausgabe eine bessere. Entsprechend den höheren Gestehungskosten wurden die Preise merklich erhöht. Die zum Verlaufe gebrachten Eier bestanden zum Großteile aus Kühlhausware. Der Obstmarkt wies zwar günstigere Beschickung auf, allein der Verkehr ließ auffallenderweise viel zu wünschen übrig. Tiroler Ware war nur schwach vertreten. Infolge der extrem hohen Preise war die Kaufkraft für Südfische eine reduzierte.

Auf dem besser sortierten Gemüsemarkt war der Verkehr bei Wochenbeginn weniger lebhaft und gelangte erst gegen Schluß eine animiertere Stimmung zum Durchbruch. Der Jahreszeit entsprechend wurden Weißkohl, Kohlsprossen und Kohlrüben im Preise erhöht. Neu eingeführt wurde ausländisches Rotkraut. Eine empfindliche Knappheit machte sich auf den Kartoffelmärkten fühlbar, die aber zum Großteile auf die bestehenden Verkehrsschwierigkeiten zurückzuführen ist.

Reichswirtschaftsbund der Festangestellten, Warenabteilung.

Morgen (Montag) bleiben die Verkaufsstellen geschlossen. Die für Montag eingeteilten Mitglieder besorgen ihren Einkauf bereits heute von 7 bis 1 Uhr. Ab heute (Sonntag) findet in den Verkaufsstellen: 1. Bezirk, Kochgasse 8, 3. Bezirk, Löwengasse 39, 4. Bezirk, Wiedenrgürtel 64, 7. Bezirk, Richterergasse 7, 8. Bezirk, Mserstraße 58, 9. Bezirk, Ruhdorferstraße 43, 13. Bezirk, Gschäbnerstraße 106 und 18. Bezirk, Mariahilferstraße 95.

Fremdenk

Kriegsernährung in Landeshauptstädten.

Die Einwirkung des Weltkrieges auf das gesamte Wirtschaftsleben läßt sich heute nach Umfang und Tragweite auch nicht annähernd abschätzen. Tief einschneidende Umwälzungen, vom harten Zwang der Zeit diktiert, vollziehen sich schon jetzt vor unseren Augen, sie weisen besonders der praktischen Ernährungspolitik neue Bahnen und deuten die Umrisse einer Wirtschaftsordnung an, die gegenüber den alten Formen grundlegende Änderungen aufweisen wird. Natürlgemäß wird diese Neugestaltung besonders in den größeren Konjunkturkreisen, deren Bewohner unter den erschwerten Daseinsbedingungen in erster Linie zu leiden haben, scharf hervortreten. Das Ernährungsproblem der Städte ist in einem Umwandlungsprozeß begriffen. Die Verwaltungen der Städte haben ausnahmslos in der richtigen Erkenntnis ihrer Pflichten der Approvisionnement das Hauptaugenmerk zugewendet und sie sind in edlem Wettstreit bestrebt, die mannigfachen Erschwernisse in der Lebensmittelversorgung zu beheben oder zu lindern, für die ausreichende Bedürfnisdeckung sich einzusetzen und durch vorbauende Tätigkeit den Zukunftsaufgaben gerecht zu werden. Das gilt besonders von den freigewählten Vertretungen der Großgemeinde Wien und der Landeshauptstädte. Was die Reichshauptstadt Wien mit ihrem Bürgermeister Dr. Weiskirchner an der Spitze in den Kriegsjahren für die allgemeine Wohlfahrt geleistet hat und noch an fürsorglicher nützlicher Arbeit sich vorgezeichnet, ist bekannt und findet Anerkennung. Auf diesem Gebiete stehen die Gemeindervertretungen der meisten Hauptstädte an hervorragender Stelle. Ihre Approvisionnementseinrichtungen sind vorzüglich, die im eigenen Wirkungsbereich durchgeführten Organisationen haben sich bewährt, die mannigfachen selbständigen Reformen der Beschaffung und zweckmäßigen Verteilung unentbehrlicher Nahrungsmittel sind von bestem Erfolge begleitet.

Die Gegenwart widmet allen Problemen der Verbrauchswirtschaft im Kriege mit Recht die größte Aufmerksamkeit. Deswegen wird eine übersichtliche Darstellung der Kriegsernährung und Lebensmittelbeschaffung in einigen Landeshauptstädten gewiß Beachtung finden und Interesse erregen. Dank der Bereitwilligkeit der Herren Bürgermeister Regierungsrat Schnitzler in Brünn und Reichsrats-Abgeordneten Dr. Dinghofer in Linz, sowie des Herrn Magistratsdirektors Grünner in Troppau können wir unseren Lesern eine Auslese bieten. Wir beginnen mit der Veröffentlichung der Darlegungen des Herrn Bürgermeisters der Landeshauptstadt Linz Reichsrats-Abgeordneten Franz Dinghofer. Von den uns gütigst zur Verfügung gestellten Beiträgen der Herren Bürgermeister Regierungsrat Schnitzler und Magistratsdirektor Grünner können wir wegen Raummangels nur kurze Auszüge bringen; die vollständigen selbst werden wir nachtragen.

Die Lebensmittelversorgung der Landeshauptstadt Linz.

Von Reichsrats-Abgeordneten Bürgermeister Dr. Franz Dinghofer.

Unter dem Eindruck der Balkanwirren, insbesondere der Ergebnisse des Bukarester Friedens, die keineswegs eine vollständige Reinigung und Ordnung der Balkanverhältnisse gebracht haben, wurde bereits im November 1913 im Magistratsrat die Frage der Lebensmittelversorgung der Stadt für den Kriegsfall aufgerollt und hierbei festzustellen versucht, für welche Lebensmittel besondere Vorkehrungen sich als notwendig erweisen werden. Die Erhebungen erstreckten sich besonders auf Mehl, Mehlprodukte, Vieh aller Art, Milch, Butter, Reis, Fett, Zucker, Kaffee, Tee, Kohle und verschiedene Gemüse. Als der Krieg ausbrach, zeigte sich diese Vorsicht als sehr nützlich. Ohne zu zaudern und ohne lange zu fragen, ob die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung überhaupt Sache der Gemeindeverwaltung sei und ob die gesetzlichen Grundlagen gegeben seien, wurde von Seite der Stadtverwaltung sofort in den oben gegebenen Richtungen eingegriffen. Zunächst war der Kohlenbedarf für die Stadt zu sichern und möglichst viel Mehl und Reis zu erwerben. Infolge der Anläufe von Weizen und Weizenmehl, Korn, Gerste, Kartoffelmehl war es lange Zeit möglich, den Preis für diese Produkte gegenüber jenen in anderen Orten verhältnismäßig billiger zu stellen und insbesondere auch die Kranken sowie die zahlreichen Krankenanstalten unserer Stadt bis gegen Ende 1915 mit tadellosem Weizenmehl aus den Vorräten selbst wenigstens teilweise zu versorgen. Reis wurde von Anfang an nur gegen Bezugsscheine zur gleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung gegeben, leider reichten diese Vorräte nur bis Jänner 1916. Zur Erleichterung der Fleischversorgung, insbesondere aber auch, um die Preise möglichst nieder zu halten, wurde ausländisches Fleisch in reichlichem Maße bezogen. Es war notwendig, Einkäufer für die verschiedensten Lebensmittel im Lande und außerhalb desselben zu bestellen, Verkaufsstellen in der Stadt zu errichten, es wurde auch der legitime Zwischenhandel, soweit als möglich, herangezogen, welcher sich gerne den Anordnungen des Magistrats anpaßte. Auch Gemüse wurde im Großen gekauft, ein Teil desselben durch eine neu angekaufte elektrisch betriebene Gemüsebörse der Konservierung zugeführt; Eier wurden eingelegt, soviel man habhaft werden konnte, der Bezug von ziemlich großen Innereien zu verhältnismäßig geringem Preise durch einen Vertrag mit einer Konservenfabrik gesichert. Der Bezug derselben kommt den ärmeren Volksklassen zugute. Neben der bereits bestehenden Volksschlächterei wurde im Herbst 1915 in einem ehemaligen Gasthofbetriebe ein städtisches Speisehaus eröffnet, wo heute noch um 30 bis 50 Heller ein gutes Mittag- und Abendessen zu haben ist. Dasselbe sowie die Volksschlächterei erfreuen sich des regsten Besuches.

Auch die Fabriksuntersuchungen errichteten zum großen Teile Sonderküchen und gibt die Stadtverwaltung an dieselben Lebensmittel ab. In letzterer Zeit fügte sich diesen Maßnahmen eine Kriegsschlächterei ein, welche eben im Begriffe ist, in der Stadt verschiedene Abgabestellen zu errichten und in ihrer weiteren Entwicklung die Möglichkeit haben wird, täglich zehn bis fünfzehntausend Personen zu speisen. Eine größere Anlage einer Schweinezuchtanstalt der Stadtverwaltung ist soeben im Entstehen. Aber nicht allein um die menschliche Ernährung kümmert sich die Stadtverwaltung seit Kriegsbeginn, auch in der Futtermittelbeschaffung für die Tiere bemüht sie sich, wenn auch oft unter sehr schwierigen Verhältnissen das Bestmögliche zu erreichen. Selbstverständlich war auch eine Hauptaufgabe die Beeinflussung der Preisbildung für die einzelnen Lebensmittel, soweit dies der Wirkungskreis einer Stadtgemeinde überhaupt gestattet und auch in dieser Richtung kann die Stadt Linz auf vielfache gute Resultate hinweisen. Neben diesen Vorhaben durften die verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen nicht außer acht gelassen werden und muß hiebei der Tätigkeit unseres Rathshilfsausschusses, der sich sofort bei Kriegsbeginn bildete, der Kriegsvormundschaft und Familienpflege, sowie der liebevollen Betätigung unserer Frauen und Mädchen in den verschiedensten Richtungen besonders gedacht werden. Auch eine Aktion zur Beschaffung von Schuhen und Lebensmitteln zu billigeren Preisen oder zum ausschließlichen Bezuge zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung wurde eingeleitet. Der Gemeinderat widmete hierzu allein den Betrag von 100.000 Kronen.

Für die unbemittelten Schulkinder ist dadurch gesorgt, daß solche, welche vermutlich eines Frühstückes entbehren, vor Schulbeginn derzeit eine Suppe mit einem Stück Brot bekommen. Auch ein Mittagessen wird ihnen auf Kosten der Stadtgemeinde durch die Kriegsküche vermittelt.

War es der Stadtverwaltung im ersten Kriegsjahre möglich, selbständige Einkäufe in größerem Maße zu machen, so wurde diese Tätigkeit in letzter Zeit durch die von den staatlichen Behörden auf die wichtigsten Artikeln verhängte Sperre immer mehr beengt und ist daher die Stadtbevölkerung derzeit wie überall in den österreichischen Konsumzentren von den staatlichen Zuweisungen abhängig. Diese lassen leider sehr viel zu wünschen übrig, insbesondere sind sie hier in Kartoffeln, Eier, Fett und Butter ganz ungenügend, auch Milch, Mehl und Kohle ist derzeit sehr knapp. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorarbeiten für die Ernährung der Bevölkerung hat die Stadtverwaltung ein eigenes städtisches Lebensmittelamt errichtet, welches zum größten Teile in einem speziell zu diesem Zwecke gemieteten Hause untergebracht ist. Dieses Amt besteht aus einem sachlichen Beirat für die einzelnen Artikel, wobei

Ein neues Ernährungsprogramm.

Eine Unterredung mit dem bayerischen Minister des Innern, Erzellenz Dr. Ritter v. Brettreich.

An dem Tage, da der Präsident des Kriegsernährungsamtes in seinem Rundschreiben an sämtliche deutsche Bundesregierungen eingestehen mußte, daß sein bisheriges System der Beschlagnahme und Höchstpreise zu einem Teil versagt hat, hatte ich mit dem neuen bayerischen Minister des Innern, Erzellenz Dr. v. Brettreich, eine Unterredung über Ernährungsfragen.

Den Ausgangspunkt der Unterredung bildete die Frage: „Wie steht es bei den Bundesstaaten um die Selbstständigkeit der Ernährung? Sind wirklich, wie man es so vielfach lesen kann, den Bundesstaaten alle Hände gebunden, müssen sie sich auf Gnade und Ungnade Berlin fügen?“

„Die Beantwortung dieser Frage,“ gab der Minister zurück, „ist leicht. Bayerns Selbstständigkeit in der Ernährung hat mit der Schaffung des Kriegsernährungsamtes aufgehört. Das ist bei allen Angriffen vergessen worden. Nicht nur wir, sondern alle übrigen Bundesstaaten, mögen sie groß oder klein sein, sind durch das Kriegsernährungsamt in ihrer Zuständigkeit und darum naturnotwendig auch in ihrer Selbstständigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung in gewissem Sinne beschränkt; namentlich ist die Rationierung Sache des Reiches geworden. Zum allgemeinen Verständnis lassen Sie mich folgendes Bild anwenden: Vor der Gründung des Kriegsernährungsamtes bildeten die Bundesstaaten die Einzelsfamilien eines Hauses des Reiches. Jede dieser Einzelsfamilien kümmerte sich lediglich um ihren eigenen Familienkochtöpfe, brauchte sich weder um den Mangel noch um den Ueberschuß der anderen Familien des Reichshauses zu scheren. Diese Familien-einzelwirtschaft hörte mit einem Schlage auf, als das Kriegsernährungsamt ins Leben trat. Das Kriegsernährungsamt hat die keineswegs leichte oder etwa gar beneidenswerte Aufgabe, Wirtschaftsmeister zu sein und dafür zu sorgen, daß die Erzeugnisse des Landes auch für das Land, so gut oder so schlecht es eben geht, ausreichen. Es werden nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel die einzelnen Bundesstaaten mit Lebensmittel versorgt. Wo die Eigenenerzeugnisse jene nach dem Verteilungsschlüssel zu stehenden Mengen übersteigen, da muß der Ueberschuß an das Reich zum Ausgleich für die Gegenden mit Mindererzeugung abgeliefert werden. Sie ersehen daraus, daß nicht nur Bayern, sondern daß allen Bundesstaaten in der Ernährung aus wohl erwohnenen

Gründen des Durchhaltenkönnens

die Hände gebunden sind. Meine bisherigen Beobachtungen gehen dahin, daß im einzelnen die Versorgungsstellen gut eingerichtet sind, daß aber eine straffere, zusammenfassende Organisation der Stellen angezeigt ist. Aber nicht die Organisation von oben, sondern die Organisation von unten ist zurzeit das wichtigste. Da ist der Hebel zunächst einzusetzen. Mit allem Nachdruck ist dahin zu wirken, daß ein durchgreifenderes Sammel- und Ankaufssystem im Lande geschaffen wird. Alle Erzeugnisse der Ernährung, die der Erzeuger bei zwar ausreichendem, aber nicht zu hoch bemessenem Bedarf nicht braucht, sind sorgfältig zu sammeln und nach Anleitung der Landesstelle den Bedarfsbezirken zuzuführen. Es wird daher notwendig sein, ein über das ganze Land verästeltetes Sammel- und Ankaufsnetz zu spannen. In dieses Netz ist zunächst jede Gemeinde — denn selbst in der kleinsten Gemeinde gibt es Lebensmittelerzeuger — einzubeziehen. Die Knotenpunkte dieses Netzes haben allen Erzeugern leicht zugängliche Sammelstellen zu bilden, die von erprobt zuverlässigen Leuten betrieben werden müssen. Diese Tätigkeit soll in der Regel keine ehrenamtliche, sondern eine bezahlte sein; ich gehe sogar noch weiter und möchte die Einsammler an der Menge der der Sammelstelle zuzuführenden Waren finanziell interessieren. Aufgabe der Sammler und der Aufkäufer ist es: bei den Waren, die ablieferungspflichtig sind (Butter, Fett, künftig wohl auch Eier), ein Mehr an Butter, Schmalz, Fett und Eiern über die Ablieferungsschuldigkeit hinaus zu erzielen. Für Mehrablieferungen sind allenfalls als Belohnung und Ansporn Prämien auszusetzen. Den Erzeugern ist fortgesetzt vor Augen zu führen, daß es ihre Pflicht ist, im Interesse der Allgemeinheit und des siegreichen Durchhaltens alles Entbehrliche an die Allgemeinheit abzugeben.“

Ein wichtiger Punkt des Ernährungsprogrammes ist der Kampf gegen die Lebensmittelwucherer und Lebensmittelverteuerer. Diese Subjekte, die ich als

Kriegshyänen der Heimat

bezeichnen möchte, müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gebrandmarkt und unschädlich gemacht werden. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich für meinen Teil gegen

30./XII. 1916

Neue Wege des K. E. A.

Die Gemeinden sollen helfen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat an sämtliche Bundesregierungen nachstehendes Rundschreiben gerichtet:

Das nächste Erntejahr wird uns hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln vor neue schwierige Aufgaben stellen. Auch die Beendigung des Krieges würde daran zunächst wenig ändern, da die Knappheit an Lebensmitteln den ganzen Weltmarkt berührt und bei unseren Feinden, denen der Weltmarkt offensteht, schon jetzt für die wichtigsten Waren zum Teil weit höhere Preise, als sie bei uns gelten, hervorgerufen hat. Neben der Förderung der Erzeugung, die aber, solange der Krieg Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren, Kunstdünger, Kraftfutter und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sowie an Verkehrsmitteln hervorruft, leider an enge Grenzen gebunden ist, wird die Zuführung genügender Waren in die Städte und Industriebezirke auch weiter sorgsamster, vorausschauender Fürsorge bedürfen. Bisher hat man die Fürsorge im wesentlichen auf Festsetzung von Höchstpreisen, Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel beschränkt. Bei verhältnismäßig wenig verderblichen und leicht zu bewirtschaftenden Waren, wie Brotgetreide, Hafer, Gerste und den aus Getreide hergestellten Nährmitteln ist das durchführbar. Bei leichter verderblichen und schwerer zu bewirtschaftenden Massenbedarfsgegenständen, wie Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch ist die Schwierigkeit der zentralen Bewirtschaftung weit größer. Auch bei einzelnen anderen Waren, wie zum Beispiel Fischen und Käse, wird die zentrale Bewirtschaftung in einer der Art dieser Waren angepassten Form versucht werden müssen. Andere Lebensmittel entgegen sich dagegen ihrer Natur nach der Bewirtschaftung durch die Zentralfstellen. Die Versuche, sie durch Festsetzung von Höchstpreisen allein den Minderbemittelten zugänglich zu machen, sind gescheitert. Der Höchstpreis ohne gleichzeitige öffentliche Bewirtschaftung hält die Waren von den Städten und Industriebezirken fern und veranlaßt, daß sie fast ausschließlich den Erzeugern und den in der Nähe der Erzeugunggebiete wohnenden Verbrauchern zugute kommen. Auch der Versuch, durch Abgestufte für die größeren Bedarfsbezirke höher festgesetzte Höchstpreise dem abzuwehren, wie er früher bei der Butter und neuerdings bei Wild gemacht ist, ist gescheitert. Die Erzeuger steigern auch in solchem Falle bei der unter Höchstpreis gesetzten, aber nicht öffentlich bewirtschafteten Ware ihren eigenen Verbrauch und die in den Nähe der Erzeugungbezirke wohnenden Verbraucher finden Mittel und Wege, um sich trotz der Höchstpreisabstufung den Rest der Ware zu sichern. Auch der Versuch, durch Beschlagnahme beim Erzeuger zu helfen, wie er bei Zwetschen und Wirtschaftäpfeln in diesem Jahr gemacht worden ist, hat sich bei der Natur solcher Waren als nicht erfolgreich erwiesen. Jeder Höchstpreis ohne öffentliche Bewirtschaftung hält die Ware vom Bedarfsort fern. Läßt man dagegen, wo die öffentliche Bewirtschaftung unmöglich erscheint, unter Abstandnahme von Höchstpreisen die Entwicklung frei laufen, so wird zwar — der diesjährige Gänsehandel gibt dafür ein deutliches Beispiel — die Ware den großen und verhältnismäßig zahlungsfähigsten Städten zugeführt. Der Andrang der Käufer, die bereit sind, fast jeden Preis zu zahlen, zu solcher Ware wird dann aber so groß, daß die Preisentwicklung völlig ungesund wird und der Minderbemittelte die Ware überhaupt nicht erhalten kann.

Ganz beseitigt werden sich diese Mißstände während der Dauer der Kriegswirtschaft und der Knappheit nicht lassen. Wesentlich eingeschränkt können sie aber werden, wenn die Städte und größeren Landgemeinden das bei den Schweinemastverträgen schon mit Erfolg eingeführte System der frühzeitig zwischen Bedarfsgemeinde und Erzeugerorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge weit-

finnreich und einladend und kann niemals schaden. Solche Tees sind besonders geeignet, um zu schmecken, wenn man reichlich Arrak oder Rum hinzuschüttet, weil man dann unter dem angenehmen Geschmack der Spirituosen nicht mehr merkt, was man trinkt. Die Suppenextrakte, besonders der Liebig'sche, sind vom Markte verschwunden, da sie aus Rindfleisch hergestellt werden. Wenigstens behaupten dies die Fabrikanten. Es gibt dafür keine anderen Ersatzstoffe als Pflanzenextrakte. Ein solcher angenehm anregender und wohlschmeckender Ersatz soll „Döhena“ sein, bei dessen Genuß man allerdings den Träger des Namens, den Döhnen, schmerzlich vermisst. Können wir, daß auch diese Bonillon belebend wirke, wie wirkliche Fleischbrühe. Als Suppenersatz kann man in jedem Ladenfenster eine Menge der vielversprechendsten Würfel und Pulver finden. In einigen ist tatsächlich etwas enthalten. So ist in einem Suppenpulver, das den verheißungsvollen Namen „Milchsuppe“ führt, Maisgrieß, Kartoffelmehl, Vollmilchpulver und Rohrzucker gefunden worden. Ein anderes Pulver enthielt sogar Spuren von Fleischextrakt, was ja schon als phänomenale Leistung angesehen werden muß.

Der Suppe am nächsten kommt die Sauce, die jetzt kernhaft deutsch „Soße“ geschrieben wird, wenn man nicht den lieblicheren Namen „Tunke“ vorzieht. Ein Erzeugnis, das die schöne Bezeichnung „Gulaschsoße“ führt und wovon ein Tafelchen zehn Pfennig kostet, besteht aus Kartoffelstärke, Weismehl und Kochsalz und ist sehr kunstvoll gefärbt, gewürzt und papriziert, so daß man es füglich als eine zungenbeizende „Soße“ zu sich nehmen kann. Sehr verlockend bei den heutigen Preisen war es, Ersatzmittel für Eier zu beschaffen. Bei 41 Erzeugnissen von Eierersatz fand die Untersuchung, daß sie aus Milchweiß oder Pflanzenprotein bestanden, wozu noch Mehl kam und chemische Stoffe, die Kohlenäure entwickeln. Um sie dem Dotter ähnlich zu machen, wird ein gelber Farbstoff beige gemischt. Diese Ersatzmittel sollen zumeist nur der Küchentechnik der Kochsee zu Hilfe kommen, sie sollen entweder binden oder Kohlenäure erzeugen, die als Triebmittel für die Mehlspeise dient, sie enthalten also Backpulvergemische oder doppelkohlenäures Natron und ähnliches. Hauptächlich aber müssen sie das Vermögen besitzen, den Speisen eine cremegelbe Farbe zu verleihen, gleichgültig, wie dieses Gelb zustande kommt. Der Verbraucher solcher Ersatzmittel gelangt bald zur Erkenntnis, daß sich der Nährwert des echten Eigelbs kaum durch ein Surrogat ersetzen läßt. Ein Fabrikant verkaufte „Dottofix“ zum Preise von Mark 4.50 das Kilo. Also so teuer, als wirkliche Eier kosten mögen. Das gelbgefärbte Pulver bestand fast zur Hälfte aus Kartoffelstärke und im übrigen aus getrockneter Magermilch. Einem Eierersatz „Eidol“ war beige gedruckt, es sei hergestellt unter Zusatz von echtem Hühnereigelb, verwendbar an Stelle frischer Eier für alle Speisen, vorzüglich für Kuchen und sonstiges Gebäck, Mehlspeisen, Puddings, Suppen, Soßen, Hackbraten, Nudeln, Eierkuchen, Kartoffelpuffer; geeignet zum Panieren... Ein kleiner Teelöffel Eidol entspricht ungefähr einem Hühnerei“. Dieses Hauberpulver bestand im wesentlichen aus gefärbter Kartoffelstärke mit etwas Kochsalz und enthielt ein Hundertstel eines Eiweißstoffes, von dem sich nicht sagen ließ, ob es aus tierischer oder pflanzlicher Vergangenheit herrühre. Spuren von wirklichem Hühnereigelb, das ja nach der Ankündigung reichlich vorhanden sein sollte, ließen sich nicht nachweisen.

Das wichtigste Lebensmittel ist Fleisch. Könnte man dieses ersetzen, so wäre nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden der Menschheit geholfen. Das nächste ist natürlich die ausreichende Nahrungsmittelversorgung des Blutes in den Schlachthäusern. Bei der Herstellung von Mahlzeiten, besonders bei den Massenmahlzeiten der Kriegsküchen, läßt es sich sehr gut andere Gerichten beimischen. So hat der Küchenverwalter eines Krankenhauses Schulkindern verjüngt mit einer Mahlzeit nach eigener Zusammenstellung gefüttert. Nach seinem Rezept wurde das Schlachtblut mit einem vierten Teil Mehl und den zur Herstellung von frischer Blutwurst gebräuchlichen Gewürzen zu einem dickflüssigen Teig gemischt. Das im Ofen gar gemachte Produkt bildete schließlich einen Aufkuchen, den man in Würfel schnitt, die dann den Gemüsegewürsten der Kinder beigelegt wurden. Der wohlmeinende Erfinder ist natürlich überzeugt, daß die Kinder sie sehr gern gegessen haben. Wünschen wir ihm diesen Erfolg! Aber wir müssen zu unserem Bedauern feststellen, daß im allgemeinen die Ersatzkunststücke für die alte, gute, frische Blutwurst nicht recht gelingen. Zwar erhielt man in guten alten Wiener Gasthäusern hier und da noch ganz leidlich wohl-schmeckende Blutwürste, die durch irgendeine Einlage von Tarrhonga oder Griech gestreckt waren. Nach und nach aber verschlechterten sie sich, so daß wir auf Grund unserer letzten Erfahrung nicht geneigt sind, der „gestreckten Kriegsbloodwurst“, und noch weniger der angeblichen Kriegsbloodwurst besonderes Lob zu spenden, nachdem wir schon wiederholt in die Zwangslage gekommen sind, uns von unserem entrißten Magen bittere Bortwürste gefallen zu lassen. In Berlin, wo jede Tugend auf die Spitze getrieben und durch eine besondere „Organisation“ gefestigt wird, gibt es eine private Erwerbsgesellschaft, die den stolzen Titel „Fleischersatzzentrale“ führt. Diese besitzt ein patentiertes Verfahren, das Blut unter Zusatz einer bleichenden Flüssigkeit zu entfärben und das entfärbte Gerinnsel zu konservieren, so daß eine grauweiße, krümelige Masse entsteht, die gar keinen Geschmack besitzt, und die wie gewöhnlich zur Speisenzubereitung Verwendung finden. Sobald man ihr noch wirkliches Fleisch zusetzt, Bon der Nährweise hat man bei uns schon lange nichts mehr gehört. Dagegen wird die Verwendung von Seefischen, wie Klippfisch, Stockfisch, Salzfish, an Stelle von Rindfleisch jetzt auf das eifrigste betrieben. An

den besten Räden sieht man öfter Konservenbüchsen mit besonders angebrachten Fischköpfen aus den Nordländern: „Fische Wollers“. In Erinnerung an die Klöße der Rindermärchen und Bauernnovellen denkt man sich darunter etwas sehr Schmachthafes. Die Breie sind auch nicht niedrig. Wer aber darauf hineinfällt, erhält ein ganz gut eßbares Gericht aus Kartoffel-, Griech- oder mehllähnlichen Stoffen zubereitet, die auf irgendeine unerklärliche Art einen fernen Hochschein von Fischgeschmack bekommen haben. Vielleicht, daß man bei der Herstellung der Klöße das Kochwasser gesottener Fische über sie geschüttet oder daß man ihnen von fern ein solches Kochwasser gezeigt hat, damit sie sich mit dem Fischgeschmack befreundeten. Bedenkt man, daß bei uns ein Kilogramm Mehl bloß eine Krone zwanzig kostet, so erscheint eine solche Dose mit einem Kilogramm „Fische Wollers“ für drei bis vier Kronen reichlich überzahlt.

Unzweifelhaft gibt es auch Ersatzmittel und Surrogate, die für den Käufer einigen Wert besitzen. Aber die Konsumenten müßten viel vorsichtiger sein, als sie gewöhnlich sind. Es ist heute ganz leicht, Fabrikant von solchen Lebensmittelerzeugnissen zu werden. Man muß sich nur die Rezepte zu diesen Surrogaten zu verschaffen suchen. So erhält man schon für eine Mark ein Rezept zur Herstellung von Backpulver. Läßt man sich für sechs Mark ein Rezept zum Ersatz für Seifenpulver oder für zehn Mark ein solches für Kunstschmalz kommen, so kann man über Nacht Seifenpulver- oder Kunstschmalzfabrikant werden. Man mietet einen Schuppen oder Keller, fabriziert Kunstschmalz und wird in wenigen Monaten ein reicher Mann. Dergleichen Rezepte werden im Anzeigenteil der Zeitungsblätter feilgeboten. Der Mann, der auf den Gedanken kam, diese Rezepte anzufertigen und zu verkaufen, war besonders schlau, da er sein Geschäft ohne jegliche Arbeiterschaft, bloß mit der Abschreibemaschine besorgen kann. Die Anzeige eines solchen Rezeptenhändlers führt die verlockende Ueberschrift: „Eine Stange Gold!“ und bietet dreißig Anleitungen zur Herstellung von Ersatzmitteln zum Preise von bloß ein bis fünfzehn Mark an. Das Problem des blühenden Reichwerdens ist damit aufs glänzendste gelöst.

Die Zeit

31/1

Nahrungsmitteleratz.

Die jüngste deutsche „Großindustrie“. Man wird vielleicht, durch diesen Krieg belehrt, in den kommenden Friedenszeiten einen ganz anderen Begriff von der Beschaffung der Lebensmittel bekommen, als dies früher der Fall war. Man wird wahrscheinlich viel vernünftiger und systematischer bei der Erzeugung und Verteilung vorgehen, weil man jetzt erst gelernt hat, zu würdigen, was ein reicher Vorrat und eine richtige Verwendung der Lebensmittel bedeutet. Früher hat man rücksichtslos darauf los gelebt, und ob eine Speckseite in den Magen wanderte oder zum Schnürrieren von Stiefeln verwendet wurde, bildete keine solche Gewissens- und Magenfrage wie heute. Nun hat sich eine Großindustrie von Ersatzstoffen und Surrogaten darauf geworfen, fehlende Lebensmittel durch Kunstprodukte zu ersetzen. So konnte ein Händler in Stettin einen Schmalzerersatz zum Preise von etwa vier Kronen das Kilogramm anbieten. Wenn man es einer Hausfrau erzählte, rief sie unwillkürlich: „Er soll's mir herschicken!“ Die Besteller erhielten für ihr billiges Geld eine gelecartige Masse, die zu vier Fünftel aus Wasser bestand. Auch Kochsalz und Knochenleim waren darin. Erst der letzte Teil des Ganzen bestand vielleicht aus Fett. Möglicherweise auch aus etwas anderem. Bei Genussmitteln, die eigentlich mehr Reizmittel sind, macht sich der Ersatz leichter. Statt des chinesischen Tees kann man sich einfach mit einheimischen Pflanzen helfen. Man verwendet die jungen Blätter der Erdbeere, des Waldmeisters, der Brombeere, der Walnuß. In Süddeutschland sehr beliebt sind die Kerne der Hagebutte. Die Aufschrift auf so einem Blatt heißt dann „Blutreinigender Kernleste“. Der Zusatz „blutreinigend“ ist

4

Die Fälschung von Lebensmitteln im Kriege.

Budapest, 5. Januar.

Der verwerfliche Brauch, die Lebensmittel zu verfälschen, ist so alt, wie der Lebensmittelhandel selbst. Denn die Habgucht, die Triebfeder des Handelstreibens, ist kein neues Laster, wie auch die Mittel zu ihrer Befriedigung nicht neu sind. Sie haben sich bloß vermehrt, sie werden in neuerer Zeit bloß mit größerem Raffinement angewendet als in früheren Zeiten. Mit dem Fortschreiten der Zeit haben sich auch die Methoden der Lebensmittel-fälschung entwickelt, die selbstverständlich auch die Errungenschaften der modernen chemischen Wissenschaft ihrem sündhaften Verfahren dienstbar zu machen verstehen. Allein die Wissenschaft dient glücklicherweise nicht nur den Fälschern, sie dient auch deren Verfolgern. Mit Hilfe der chemischen Analyse läßt sich auch die mit größter „Kunst“ und Schlaueit vollführte Fälschung sicher und genau feststellen. Die Chemie bietet den Behörden eine sichere Waffe zur Verfolgung der Lebensmittel-fälscher; durch die Chemie werden diese entlarvt, an den Pranger gestellt, und die wohlverdiente Strafe ist ihnen gewiß. Seitdem die Behörden erkannt haben, daß durch die Fälschungen von Lebensmitteln das Publikum nicht nur materiell, sondern oft auch an der Gesundheit geschädigt wird, betreiben sie die Verfolgung der Lebensmittel-fälscher mit größerer Energie als früher und sind bestrebt, durch empfindliche Strafen — häufig sogar Freiheitsstrafen — ihnen das Handwerk zu legen. Leider gelingt dies nicht, denn bei weitem Fälschern ist die Habgucht stärker als die Furcht vor der Strafe. Oft gibt gerade die Strafe, wenn sie nur in einer mäßigen Geldbuße besteht, dem Fälscher den Ansporn zu weiteren Fälschungen, um sich so zu den Auspöckeln zu weitern. Die Geldstrafen so hoch bemessen werden, daß den Fälschern die Lust zur Fortsetzung ihrer Manipulationen benommen würde. Wie ich erfahren, wird nach dem Kriege gegen die Fälscher als bisher vorgegangen werden; die gegenwärtigen Verhältnisse sind aus verschiedenen Gründen nicht geeignet, um den Kampf gegen die Lebensmittel-fälschungen neu zu organisieren.

Die Untersuchung der Lebensmittel.

Es gibt eine kommunale Institution, die den ziemlich meinten Kreisen der Lebensmittel-fälscher nichts weniger als sympathisch ist. Es ist dies die hauptstädtische Lebensmitteluntersuchungsanstalt. Das Institut befindet sich im Zentralstadthause, angrenzend an die Lokalitäten der Approvisionierungssektion, der sie untersteht. In entsprechend ausgerüsteten Laboratorien arbeiten unter der bewährten Leitung des Direktors Ivan Ráczény 23 Chemiker, Spezialisten auf diesem Gebiete. Ihre Kunst macht alle Bemühungen der Fälscher zunichte; sie decken untrüglich jede, auch die raffinierteste Fälschung auf, stellen das Maß und die Art der Fälschung fest, und ihr Befund bringt dem Schuldigen sicher die verdiente Strafe.

Die Tätigkeit der Anstalt beschränkt sich nicht auf die Untersuchung von Lebensmitteln allein; zu ihren Aufgaben gehört auch die Untersuchung des Wassers der Brunnenleitungen, des Brunnenwassers, der Mineralwässer, ferner die Untersuchung von Arzneien und kosmetischen Mitteln, von Heizmaterialien, Ölen, Seifen, Farben usw. Organe der Anstalt haben ständig auch das in den Gasen enthaltene Kohlenstoffgas zu untersuchen, auf seinen Kaloriengehalt, seine Leuchtstärke usw. zu prüfen.

Den größten und schwierigsten Teil der Arbeit der Chemiker bildet die Untersuchung der von den Angehörigen sogenannten Proben. Ist irgendein Lebensmittel „verdächtig“, wird von ihm eine Probe genommen und der Anstalt zur Untersuchung eingesendet, und zwar Proben von Flüssigkeiten in dazu bestimmten, hermetisch verschlossenen Flaschen, von festen Artikeln gemessene Proben in geeigneten Behältern. Flaschen und Behälter sind bloß mit Nummern versehen, der Name des Eigentümers des betreffenden Artikels ist der Anstalt unbekannt. In der Anstalt wird der Inhalt der Flaschen und Behälter chemisch oder mikroskopisch untersucht, und die Sendung geht dann samt dem genauen Besunde der Anstalt an die betreffende Behörde wieder ab, die, wenn der Befund auf eine Fälschung hinweist, die Angelegenheit an die zuständige Bezirksvernehmung „zur weiteren Amtshandlung“ leitet; diese besteht darin, daß gegen den Schuldigen das Strafverfahren eingeleitet und der der Tat überführte Fälscher verurteilt wird.

Die Anstalt steht a u ß B r i d a t e n zur Verfügung; wenn jemand eine Probe oder ein Getränk verdächtig findet, möge er dies der zuständigen Bezirksvernehmung melden, die den verdächtigen Artikel durch die Anstalt untersuchen läßt.

Die vielfachen Aufgaben der Lebensmitteluntersuchungsanstalt stellen, wie man sieht, an die Leistungs-

fähigkeit ihrer Funktionäre große Anforderungen, seit Kriegsausbruch noch größere als in Friedenszeiten. Denn obgleich die Fälscher von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auch in Friedenszeiten eine Rührigkeit an den Tag gelegt haben, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, sind sie während des Krieges noch viel rühriger geworden. Auch die Lebensmittel-fälscher wollen die „Kriegskonjunktur“ ausnützen; bei den hohen Preisen, die die Lebensmittel und Haus-haltungsartikel (Seife, Öl, Petroleum usw.) erreicht haben, ist das Verfälschen der Artikel jetzt noch lohnender als früher. Die Zahl der Fälschungen hat während des Krieges zugenommen, nur die Technik des Fälschens hat sich teilweise den außer-ordentlichen Verhältnissen des Kriegszustandes anpassen müssen, infolge dessen die Art des Fälschens bei gewissen Artikeln eine entsprechende Aenderung erfuhr. Die Chemiker der Anstalt haben über die Kriegsfälschungen inter-essantes Material gesammelt, das einigen Einblick in die Werkstätten der Lebensmittel-fälscher gestattet.

Ausländische Fälschungsmittel.

Die merkwürdigste Beobachtung der Funktionäre der Anstalt ist, daß obgleich sich die Zahl der Lebens-mittelfälschungen während des Krieges erheblich (um 25—30%) vermehrt hat, einzelne Lebensmittel in ge-ringerem Maße gefälscht werden als vor dem Kriege. Nicht als ob es den Herren Fälschern an gutem Willen hiezu fehlen würde; der gute Wille war bei ihnen immer vorhanden, doch außer diesem gehören die anderen Dinge zum Fälschen. Wir meinen die Artikel, die zum Fälschen verwendet werden. Nun gibt es einige Spezialartikel, die bei der Verfälschung gewisser Lebensmittel in Friedens-zeiten eine große Rolle gespielt haben; diese Spezial-artikel mußten aber aus dem Auslande bezogen werden, aus Ländern, mit denen wir, zum Nachteile der Fälscher, im Kriege stehen. Da man nun aus diesen Ländern seit Kriegsausbruch nichts einführen kann, so müssen die Fälscher auf diese Artikel verzichten. Ein solcher Artikel ist zum Beispiel die coriaria myrsinifolia, die im Frieden zur Verfälschung des Majoran verwendet wurde. Die erwähnte Pflanze wächst in Frankreich, wo man einen Gerbstoff aus ihr erzeugt. Die Vorräte an dieser Pflanze, über die die Fälscher des Majorans verfügten, sind schon lange erschöpft, so daß jetzt der Majoran — man muß sagen, dank dem Kriege — kaum verfälscht wird.

Ein anderer Fälschungsmittel, der im Frieden aus dem Auslande eingeführt wurde, sind die Olivenkerne, die, als sie noch zu haben waren, massenhaft zur Verfälschung einiger Gewürzarten (Paprika, Zimt, Pfeffer usw.) dienen. Doch die Fälscher sind fündig, und sie fanden auch ein Ersatzmittel, das sich wohl an „Qualität“ mit dem ausländischen Mittel nicht messen kann, das aber ihren habgüchtigen Zwecken vollkommen entspricht. Ein solches Mittel ist das sogenannte Maiz-kolbenmehl, das bei der Verfälschung der Paprika vortreffliche Dienste leistet. Dieses so harm-lose Mittel bringt den Fälschern einen riesigen Nutzen; das Maizkolbenmehl kostet ja so gut wie nichts, der Paprikapreis dagegen steht auf einer nie geträumten Höhe!

Der Rohn.

Im Frieden ist aus Rußland viel Rohn nach Ungarn eingeführt worden. In Rußland werden die reifen Rohnköpfe nicht gebrochen; die Landwirte machen die Sache viel einfacher, indem sie die Rohnpflanzen mit Sichel oder Sense mahlen und den Mehl durch Drusch gewinnen. Dieser Rohn ist minderwertig, unrein und enthält in der Regel eine Menge von Bilsen-fraut samen (hyoscyamus niger); das auf den Rohnfeldern wachsende Bilsenkraut wird nämlich mit dem Rohn zusammen gemahlen und beim Drusch ge-langt. Der Samen des Bilsenkrauts unter den Rohn. Dieser Samen ist aber giftig und hat schon wieder-holt Vergiftungen hervorgerufen. Die Gefährlichkeit des mit Bilsenkraut samen verunreinigten Rohns hat schon vor Jahren den Magistrat veranlaßt, den Rohnhan-del streng kontrollieren zu lassen. Doch auch die strengsten Maßregeln vermochten die Einfuhr und den Verkauf von russischem Rohn nicht zu verhindern. Infolge des Krieges mit Rußland ist von dort eine Zeit-lang kein Rohn eingeführt worden, doch seitdem die ver-bündeten Truppen Teile des Zarenreiches eingenommen haben, wird aus diesen Teilen wieder solcher Rohn ein-geführt. Wir lenken hierauf die Aufmerksamkeit unserer Spezialehändler und machen sie gleichzeitig darauf auf-merksam, daß man den Rohn mit Hilfe eines entsprechenden Siebes von dem gefähr-lichen Bilsenkraut samen vollständig befreien kann.

Die Verfälschung von Milch.

Wie im Frieden blüht auch jetzt am stärksten das Gewerbe der Milchfälscher. Diese gefährlichen Elemente beachten nicht im geringsten die Gefahr, die ihnen droht und die Strafen, die sie zu gewärtigen haben. Im schlimmsten Falle einige Tage Arrest und einige Hundert Kronen Geldstrafe! Kann das einen hartgesottenen Milch-

pantischer abschrecken, dem unser vortreffliches, ihm in un-erschöpflicher Menge zur Verfügung stehendes Wasser ohne jede Anstrengung ermöglicht, seinen Milchvorrat zu verdoppeln, zu verdreifachen? Welchen Nutzen muß jetzt selbst der bescheidenste Milchfälscher bei den hohen Milch-preisen und der kostlosen Milchfrage nach Milch ein-heimen! Im Durchschnitt enthält die verfälschte Milch 30 bis 50 Prozent Wasser, doch es gibt wahre Fälscherchampions, die bei der Milch auch 200 bis 300 Prozent Wasser beibringen. Und für diese Wassermilch, für dieses Milchwasser muß die arme Haus-frau den für echte Milch festgesetzten Kriegs-Hochpreis bezahlen! Einige der Milchpantanten begnügen sich nicht mit dem Einwiegen der Milch allein, sie räumen sie a u ß n o c h a b, was für die Qualität der Milch ebenfalls nicht sehr vorteilhaft ist.

Außer dem Wasser werden noch andere Milchfäls-chungsmittel verwendet. In zahlreichen Fällen wird bei der chemischen Untersuchung der Milch das Vorhandensein von natrium hydrocarbonicum festgestellt, was zur Abschwächung der Säure benutzt zu werden pflegt. Eine derart präparierte Milch ist gesundheits-g e f ä h r l i c h, denn das genannte Mittel fördert die Ent-wicklung der in der Milch etwa vorhandenen gesundheits-schädlichen Bakterien.

Gegen die Milchfälscher müßte schon jetzt, noch wäh-rend des Krieges, viel energischer, ohne Schonung, vor-gegangen werden, denn sie richten gar viel Unheil an. Die Milchrazzien, die die Approvisionierungssektion eingeführt hat, erweisen sich wohl als vorzügliches Wä-scherungs- und Abwehrmittel, doch müßte es noch häu-figer und in weiterem Umfang als bisher angewendet werden. Auch die Strafen müßte man verschärfen, um so endlich den Umtrieben der gefährlichen und gewissenlosen Elemente ein Ende bereiten zu können.

Mehl- und Wurstwaren.

Angenehm erfreulich ist die Tatsache, daß Fäls- chungen von Mehl nur in geringem Maße vorkommen. Auch im Frieden hatte man in dieser Hinsicht kaum Anlaß zu Klagen, die Quali-tät des ungarischen Weizens, seine Reinheit rechtfertigen es, wie zu Friedenszeiten, den Ausgezeichneten auf, den es auch außerhalb der Landesgrenzen genießt.

Wurst- und Fleischwaren werden dagegen noch stärker verfälscht, als vor dem Kriege. Das ge-bräuchlichste Fälschungsmittel ist die Stärke. Der Preis der Stärke ist wohl ebenfalls erheblich gestiegen, doch kommt dieser Umstand bei den jetzigen Fleischpreisen, die das Vier- bis Fünffache der Friedenspreise betragen, nicht in Betracht. Die Fälschung von Wurst- und Fleisch-waren lohnt sich vorzüglich, die Fälscher kommen sehr auf ihre Rechnung, ihr Geschäft blüht, wie nie zuvor. Je höher die Fleisch- und Wurstpreise steigen, desto mehr wird gefälscht.

Obwohl die Stärke an sich ein unschädliches Mittel ist, macht sich jeder einer strafbaren Handlung schuldig, der den Wurstwaren mehr als zwei Prozent Stärke beimengt. Außer der Stärke werden oft auch Farbstoffe in den Wurstwaren festgestellt; obwohl das Färben von Fleisch selbst mit ganz un-schä-dlichen Farbstoffen einzelner Lebensmittel-fälscher so weit, daß sie sogar die g e s u n d h e i t s s c h ä d l i c h e Farbe Orange II. benützen, um ihrer Ware eine je hübschere Farbe zu verleihen.

Butter, Fett, Essig, Seife.

Die Verfälschung der Butter kommt jetzt seltener vor, als im Frieden, was hauptsächlich darauf zurück-zuführen ist, daß die Margarine, das Hauptfäls-chungsmittel, teurer geworden ist, als die Butter selbst. Statt der Butter enthält die Kriegsbutter oft übermäßig viel Wasser.

Aus ähnlichem Grunde wird auch das Fett in geringerem Maße verfälscht, als vor dem Kriege. Für Fett wurden nämlich Höchstpreise festgesetzt, für Fett aber nicht. Zum Glück für die Fälscher sind aber vor kurzem auch für Talg Höchstpreise festgesetzt worden; seither ist Talg viel billiger, so daß sich seine Ver-wendung zur Vermehrung des Fetts verlohnt.

Die Manipulationen der Essigpantanten empfehlen wir der besonderen Aufmerksamkeit der Kaufleute. Der Essig wird nämlich seit Kriegsausbruch häufig mit der giftigen Ameisensäure verfälscht, was im Frieden nur selten geschah. In dem Essig, den die Lebensmittel-untersuchungsanstalt während des Krieges zu unter-suchen hatte, wurden häufig 40 bis 50 Prozent Ameisensäure gefunden!

Die außerordentlich hohen Seifenpreise ver-leiten viele Seifenerzeuger zum Fälschen der Seife. Die schlechte Qualität der Kriegsseife, deren Mittel der Fett-säure oft mangelhaft ist, wird deshalb, wenn die Fett-säure Seifenfälscher bedienen, nichts weniger als gehoben. Diese Mittel sind: Lon, Wasserglas, Salze usw. Sie wurden im Frieden kaum verwendet und sind als Kriegsfälschungsspezialitäten zu be-trachten.

Kriegsurrogate.

Zur Frieden sind verschiedene Mittel die Haus-haltung mehr oder weniger wichtige Artikel aus dem Auslande importiert worden. Da die Einfuhr dieser Artikel jetzt nicht möglich ist, mußte für ihren Ersatz gesorgt werden. Die feilgebotenen Ersatzmittel können selbstver-ständlich nicht als Fälschungen betrachtet werden, sondern als Aushilfsmittel in der Not. Kaffeeturrogate zum Beispiel werden jetzt häufig aus Maismehl und Kukurzuben erzeugt, Maistärke wird als Reismehl verkauft, ein im Handel gebräuchter Suppen-ersatz besteht nach dem Befunde der Lebensmittel-untersuchungsanstalt aus Gese und Kartoffeln usw. Viele Hausfrauen müssen eben mit diesen Kriegs-ersatzmitteln vorlieb nehmen, die, wenn sie auch an Qualität viel zu wünschen übrig lassen, in der Not dennoch willkommen sind.

Der Wechsel in der Leitung des Amtes für Volksernährung.

Von sachmännischer Seite.

Wien, 5. Januar.

Der bereits seit einigen Tagen erwartete Wechsel in der Leitung des Amtes für Volksernährung ist heute vollzogen worden. An Stelle des Präsidenten Kofstein ist Oberst Anton Höfer an die Spitze des Ernährungsamtes berufen worden. Eine militärische Persönlichkeit ist nunmehr mit diesem wichtigen Amte betraut worden. Es ist sicher, daß zu einer gedeihlichen Lösung der Ernährungsfrage ein inniges Zusammenarbeiten der Zivil- und Militärbehörden unbedingt geboten ist. Die Erfahrungen, die in der jüngsten Zeit gemacht wurden, haben zu der Anschauung geführt, daß ein erspriechliches Zusammenarbeiten der Zivil- und Militärbehörden gefördert werden würde, wenn an die Spitze des Ernährungsamtes eine militärische Persönlichkeit gestellt wird. Oberst Höfer bringt aus seiner bisherigen Stellung eine reiche Erfahrung auf dem Gebiete des Ernährungswesens mit. Diese wird er auf die Verhältnisse des Ernährungswesens der Zivilbevölkerung zu übertragen haben. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß die Anpassung des neuen Leiters des Ernährungsamtes an seine neue Aufgabe sich möglichst rasch vollzieht. Bisher war das Amt für Volksernährung hauptsächlich mit Organisations- und Einrichtungsarbeiten beschäftigt. Bei der Schwierigkeit und Dringlichkeit der Aufgaben ist jeder verlorene Tag nur schwer einzubringen. Die Bevölkerung hofft mit Bestimmtheit, daß nunmehr die Vorbereitungszeit zu Ende ist und das Amt für Volksernährung unter seinem neuen Leiter sofort seine energische Tätigkeit in vollem Umfange aufnimmt.

Man kann feststellen, daß in der letzten Zeit manche Klagen der Bevölkerung zum Teil verstummt, zum Teil minder dringlich geworden sind und daß eine Reihe von Mißständen beseitigt erscheint. So wäre hervorzuheben, daß die Mehlmangelung wenigstens bei den Mehlläden das Anstellen beseitigt hat, gleichzeitig aber auch eine reichlichere, bis jetzt den Mehlläden vollkommen entsprechende Verteilung mit Mehl an die Bevölkerung ermöglicht. Dasselbe ist für die Brotverteilung in erfreulicher Aussicht. Schon hat die Nationierung, gegen die vor ihrer Einführung von verschiedenen Seiten Widerstand erhoben worden war, sich insofern vollkommen bewährt, als die Mehlverteilung genau nach der Karte vor sich gegangen ist. Allerdings sichert dies

die Nationierung allein noch nicht für die weitere Kriegsdauer. Es wird hiedurch nur ermöglicht, daß etwaige Kürzungen der Karte gleichmäßig durchgeführt werden. Nun entsteht die Frage, ob eine solche Kürzung im größeren Maße zu besorgen ist. Diefelbe kann verneint werden. Wir haben erst dieser Tage die authentische Mitteilung gehört, daß das Kronland Böhmen aus den Vorräten des Landes bis zur neuen Ernte vollkommen versorgt ist. Ein gleiches kann natürlich nicht für Niederösterreich und die Alpenländer gelten, die durch Zufuhren aus anderen Gebieten versorgt werden müssen. Aber auch für diese Gebiete scheint die Mehl-, beziehungsweise Brotversorgung gesichert, da wir mit Bestimmtheit starke Zufuhren aus Rumänien erwarten können. Bei den großen gefundenen Vorräten ist anzunehmen, daß die Oesterreich zugewiesene Quote genügen wird, um die Brot- und Mehlversorgung jener Länder, die nicht, wie Böhmen oder Mähren, aus der eigenen Produktion ernährt werden können, zu sichern. Trotz dieser Gewißheit ist es nicht ausgeschlossen, daß sich in der einen oder anderen Woche oder sogar in dem einen oder anderen Monat infolge der Transportschwierigkeiten Störungen ergeben können und infolgedessen vorübergehend die Mehlversorgung nicht bloß wie jetzt qualitativ, sondern auch quantitativ eine nicht ganz entsprechende sein wird, das heißt zu vorübergehenden Kürzungen der Mehlkarte geschritten werden muß. Dies ist eben die Folge der bestehenden Transportschwierigkeiten, die insofern für die Getreide- und Mehlversorgung allerdings minder bedrohlich erscheinen, als der Donauweg offen ist.

Befriedigender wickelt sich die Zuckerversorgung ab. Hier scheinen nunmehr die Zufuhren zu den Konsumplätzen sich vollkommen regelmäßig zu vollziehen und auch über die Detailzuweisungen an den Konsum liegen weder in Wien noch in der Provinz jetzt weitere Klagen vor. Selbstverständlich wird es aber notwendig sein, hier insofern Vorsorge zu treffen, daß zu den Konsumplätzen Zufuhren über den gegenwärtigen Bedarf hinaus erfolgen, damit nicht durch irgend welche Verkehrsstörungen eine vorübergehende Zuckernot hervorgerufen wird, was um so mehr vermieden werden muß, als durch die Inlandproduktion der gesamte Konsum nicht nur leicht und vollkommen gedeckt werden kann, sondern sogar Exportmengen zur Verfügung stehen werden. In der abgelaufenen Kampagne haben sich die Störungen in der Konsumversorgung in Zucker nur dadurch ergeben, daß den einzelnen Verbrauchsstellen immer nur knapp der jeweilige Bedarf zugeführt worden war, so daß jede vorübergehende Verkehrserschwerung einen Zuckermangel hervorgerufen hätte. Es ist daher zu hoffen und sicher zu erwarten, daß das Ernährungsamt mit aller Energie darauf sehen wird, daß die Konsumorte in reichem Maße sobald als möglich mit Zucker versehen werden, um den Fährnissen vorübergehender Transportschwierigkeiten begegnen zu können.

Auch in der Fettversorgung der Bevölkerung ist in den letzten Wochen eine, wenn auch schwache Besserung zu verzeichnen gewesen. In den letzten Dezembertagen war der Auftrieb an Fettschweinen etwas reichlicher und die Verteilung der aufgetriebenen Schweine unter die einzelnen Schlächter und Secher scheint auch nach der Richtung gut gewirkt zu haben, daß die Fettverteilung in entsprechender Weise erfolgt. Allerdings hat nach diesem stärkeren Auftrieb wiederum eine Verminderung der Schweinezufuhr stattgefunden. Hier scheint aber denn doch schon ein planmäßiges Zusammenarbeiten des Amtes für Volksernährung mit den ungarischen Behörden vorzuliegen, so daß für die nächste Zukunft für eine den bescheidenen Anforderungen des Publikums genügende Fettzufuhr zu rechnen sein wird.

Auch der Eiermarkt ist etwas besser beschickt. Es beginnt jetzt die Periode der stärkeren Eierproduktion und so ist denn doch zu hoffen, daß die nächsten Monate eine günstigere Konsumversorgung bringen werden, wobei allerdings unbedingt notwendig ist, daß das Amt für Volksernährung einem wucherischen Kettenhandel oder einer spekulativen Zurückhaltung der Produzenten entsprechend entgegenarbeitet.

Am unbefriedigendsten sind die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt. Wenn auch die Hauptschuld daran die Schwierigkeit der Transportverhältnisse trägt, so wird hier ein zielbewusstes Eingreifen einer Zentralstelle gewiß die bessere Versorgung des Konsums fördern. Ueber Kartoffelnot klagt nicht nur die Wiener Bevölkerung, sondern auch die der Alpenländer, und es ist dies um so bedauerlicher, als die Temperaturverhältnisse außerordentlich günstige waren und sind und die Kartoffelverderbnis hiedurch nicht gefährdet worden wäre. Man kann noch immer Klagen hören, daß in manchen Gebieten die Kartoffelausfuhr verboten wurde und daß die Bauern infolgedessen in ausgedehnterem Maße Kartoffel zur Viehfütterung verwendeten. Auf der anderen Seite werden auch Klagen laut, daß bei Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise für die Produzenten der Wert verhältnismäßig gegenüber anderen Nahrungsmitteln nicht entsprechende Berücksichtigung gefunden hat und die Bauern infolgedessen den Selbstverbrauch und die Viehfütterung vorziehen. Hier wird die Tätigkeit des Ernährungsamtes wohl schleunig einsetzen, werden Vorratsaufnahmen rasch durchgeführt, Verbrauchspläne aufgestellt werden müssen und schließlich wird man auch hier und da die Frage einer neuerlichen Preisfixierung in Erwägung ziehen.

Es hatten also wichtige Fragen der Volksernährung einer dringenden Lösung, vor allem auch die Kardinalfrage eines Abbaues der abnorm hohen Preise wichtiger Lebensmittel. Es gilt nun, einerseits die glücklichen Umstände festzuhalten, die eine Erleichterung in der Ernährungsfrage ermöglichten, andererseits weit aussehende Maßnahmen zu treffen, damit bei gerechter und sparsamer Verteilung mit den vorhandenen Lebensmitteln unbedingt das Auskommen gefunden werde. Erfassung der Vorräte, örtliche und individuelle Verteilung derselben, Anregung der Produktion und Bekämpfung jedes wucherischen Kettenhandels in Lebensmitteln ist die Aufgabe, die dem Amte für Volksernährung gestellt ist. Das Amt ist eingerichtet, das Beamtenpersonal zusammengestellt, nun tritt ein Leiter an dessen Spitze, dem offenbar sehr weitgehende Vollmachten

erteilt wurden. Die Bevölkerung kann erwarten, daß eine zielbewusste und energische Ausübung der erteilten Machtvollkommenheit erfolgt.

Die Berufung des Leiters des Ernährungsamtes ins Kabinett.

Eine amtliche Begründung.

Das k. k. Ministerratspräsidium beruft zu der Ernennung des Obersten Höfer zum Minister und seiner Betrautung mit der Leitung des Ernährungsamtes das folgende Communiqué:

„Mit dem Handjahren weiland Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. vom 13. November 1916 war der Allerhöchste Wille bekundet worden, daß während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse für die Bedürfnisse der Volksernährung durch ein mit ausreichenden Befugnissen ausgestattetes Amt einheitlich vorgeführt werde.“ Auf Grund dieser Allerhöchsten Anordnung erfolgte am gleichen Tage die Errichtung des Amtes für Volksernährung und unter dem 30. November die Erlassung des Statuts für dieses Amt, das mit 1. Dezember v. J. seine Wirksamkeit begann.

Angesichts der Besondereit der dem Amt obliegenden Aufgaben mußte von vornherein mit der Notwendigkeit gerechnet werden, dessen Organisation den Bedürfnissen entsprechend weiterzugestalten, zumal eine richtunggebende Ueberlieferung und vollwertbare Erfahrungen auf diesem Gebiete der haaltlichen Fürsorge bisher fehlten. In diesem Sinne stellt sich die Betrautung eines der Armeeleitungen entstammenden Ministers mit der Führung des Amtes für Volksernährung als eine weitere Maßnahme in der Richtung dar, unter Aufrechterhaltung der Organisation und Bestimmung des Amtes die Erreichung der ihm gesteckten Ziele tunlichst zu gewährleisten.

Die Erfahrungen des praktischen Lebens hatten die allgemeine Erkenntnis — Notwendigkeit gezeigt, zwischen den Fragen der Ernährung des Hinterlandes und der Verpflegung des Heeres einen möglichst engen Zusammenhang herzustellen. Der nunmehr mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betraute Minister, der sich bereits im Frieden als Chef des Stappensbureaus des Generalstabes mit Fragen der Heeresverpflegung eingehend zu beschäftigen hatte, war seit Kriegsbeginn Chef der Quartiermeisterabteilung des Armeoberkommandos und in dieser Eigenschaft nicht nur mit allen Angelegenheiten des Verpflegungsnachschubes für die Armee im Felde, sondern auch mit den Ernährungsfragen in den besetzten feindlichen Gebieten befaßt und besitzt infolge seiner Verwendung auch eine genaue Kenntnis der Ernährungsprobleme des Hinterlandes. Seine Vertrautheit mit allen einschlägigen Fachfragen bietet volle Gewähr dafür, daß die in dem großen Organismus des Heereswesens in schwierigen Zeiten gewonnenen umfassenden Erfahrungen auf dem Gebiete der Ernährung des Hinterlandes nutzbringende Verwertung finden und ein verständnisvolles Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Faktoren im Interesse der Gesamtheit fördern werden. Die Berufung ins Kabinett gibt ihm die Stimme im Ministerrat und dadurch auch die Möglichkeit, in allen die Volksernährung betreffenden Angelegenheiten unverweilt und unmittelbar Fühlung mit den Ministern zu nehmen und so dem von ihm geleiteten Amte deren werktätige Mitarbeit in jenen Fragen zu sichern, die, dem Ressortbereiche der einzelnen Ministerien angehörend, doch Zusammenhänge mit den Ernährungsproblemen besitzen.

Audienz des Ministers Obersten Höfer.

Minister Oberst Höfer wurde heute vom Kaiser in Audienz empfangen.

Die Persönlichkeit des Ministers Anton Höfer.

Mitteilungen aus seinem Freundeskreis.

Ein Mann von Energie und Kenntnisreichtum tritt an die Spitze des Ernährungsamtes. Es ist ein junger Minister, der in das Kabinett des Grafen Lam-Martini aufgenommen wird. Der neue Leiter des Ernährungsamtes hat das 45. Lebensjahr nur um weniges überschritten. Er stammt aus einer deutsch-italienischen Beamtenfamilie und hat von Jugend auf, trotzdem er sich der militärischen Laufbahn widmete und schon als Jüngling in eine militärische Bildungsanstalt eintrat, stets regen und lebhaften Zusammenhang mit den Kreisen der Zivilbevölkerung bewahrt. Seine Karriere im Generalstab ist eine überaus rasche gewesen. Die hohen Ordensauszeichnungen, die seine Brust zieren, beweisen, daß seine vielseitige Benutzbarkeit, der praktische Sinn, mit dem er seine umfassenden Fachkenntnisse zu werten verstand, Schätzung und Anerkennung gefunden haben.

Als der Krieg ausbrach, fungierte der nunmehrige Minister für Volksernährung als Generalstabschef der Quartiermeisterabteilung beim Armeoberkommando. Sein Referat war die Heeresapprovisionierung. Aber es ist selbstverständlich, daß Ernährung der Armee und Ernährung der Zivilbevölkerung in untrennbarem Zusammenhange miteinander stehen, ein einziges großes Uhrwerk darstellen, dessen Räder vielfach ineinander greifen. Das Armeoberkommando mußte sein Interesse in beinahe ebenso hohem Grade den Ernährungsfragen der Bevölkerung im Hinterlande zuwenden. Die Gebiete, die unsere siegreiche Armee und ihre Verbündeten besetzt haben, bilden in mancher Beziehung ein Reservoir für die Zivilbevölkerung, nicht nur dieser Gebiete selbst, sondern auch anderer Landesteile, die weitab vom Kriegstheater gelegen sind.

Oberst Höfer hat sich mit Tatkraft und Zielbewußtsein für alle ihm erwachsenen großen und mannigfaltigen Aufgaben eingesetzt. Eine ganz ausnehmende Vertrautheit mit den einschlägigen Fachfragen wird ihm nachgerühmt. Per-

sönlichkeiten des Zivildienstes, die mit ihm in dienstlichen Verkehr getreten sind, sagen ihm schnelle und scharfe Auffassung und besondere Konzipienz und Liebenswürdigkeit nach, welche letztere unbeschadet der Energie, mit der er dem von ihm in Aussicht genommenen Ziel zustrebt, in überaus angenehmer Weise in die Erscheinung tritt.

Lebenslauf des Ministers Obersten Anton Höfer.

Oberst Anton Höfer, der im Jahre 1871 zu Bozen als Sohn eines Obergeringens der Südbahn geboren ist, trat am 1. Januar 1888 aus der Hainburger Pionierkadettenschule in den Verband des Heeres. Als Oberleutnant der Pioniertruppe absolvierte er im Jahre 1896 die Kriegsschule mit vorzüglichem Erfolg und wurde im Jahre 1900 zum Hauptmann im Generalstabskorps ernannt. Nach verschiedenartigen Verwendungen im Generalstabs- und Truppendienst wurde er im Jahre 1912 zum Chef des Stappensbureaus des Generalstabes bestellt, in welcher Stellung er im Jahre 1914 zum Obersten aufrückte. Seit Kriegsbeginn fungiert Oberst Höfer als Generalstabschef der Quartiermeisterabteilung des Armeoberkommandos. Er besitzt den Orden der Eisernen Krone zweiter Klasse mit der Kriegskriegsdekoration, das Ritterkreuz des Leopolds-Ordens mit der Kriegskriegsdekoration, das Ritterkreuz des Franz-Josefs-Ordens, das Militärverdienstkreuz sowie das Ehrenzeichen erster Klasse vom Roten Kreuz mit der Kriegskriegsdekoration und das Signum laudis am roten Bande.

Oberst Anton Höfer ist ein Vetter des Stellvertreters des Chefs des Generalstabes, FML. v. Höfer, und seit mehreren Jahren mit einer Tochter des Großindustriellen Budischowsky in Sglau verheiratet.

Oberst und Minister.

Oberst Höfer wird unter Beibehaltung seines militärischen Ranges Minister. In der österreichischen Regierung saß bereits einmal ein Oberst als Minister. Es war dies Landwehroberst Julius Horst. Dieser ist am 25. November 1871 mit der Leitung des Landesverteidigungsministeriums betraut worden. Am 23. März 1872 wurde Horst Landesverteidigungsminister. Er bekleidete bei seiner Ernennung zum Minister noch den militärischen Rang eines Obersten.

Rückkehr des Präsidenten Kofstein in die niederösterreichische Finanzlandesdirektion.

Der bisherige Präsident des Ernährungsamtes Oskar Kofstein wird, wie wir erfahren, die von ihm vor Uebernahme dieses Amtes innegehabte Stelle des Finanzlandesdirektors und Vizepräsidenten der Finanzlandesdirektion in Wien wieder übernehmen.

Außerdem wird Kofstein, der über einen reichen Schatz von Erfahrungen auf dem Gebiete der Finanzverwaltung verfügt, vom Finanzminister bei der von ihm geplanten Reform der staatlichen Finanzverwaltung als Beirat herangezogen werden.

7.11.1917

Fett- und fleischarmer Kriegsküchenszettel mit Kochvorschriften.

Von Luise Holle.

Sonntag: Krebsuppe. Geschmortes Schweinefleisch mit Apfelpurpuren (Vorschrift bereits gebracht). Darmstädter Gebäck, eingemachte Kürbisse.

Krebsuppe. Aus Fleischbrühe, die man aus Brühwürfeln bereitet, und einigen Krebsuppentafeln läßt sich diese Suppe rasch und wohlschmeckend bereiten. Sie wird im Geschmack noch verfeinert, wenn man in Salz- und gewürzloser Knochenbrühe kleine Perlgräupchen — 50 Gr. auf 1 Liter Brühe — ausquillen läßt und damit die glattgerührten Suppentafeln verkokelt. Zuletzt kocht man einen Teelöffel Eierparapulver durch und gibt, wenn man kann, ein kleines Glas eingemachte Erbsen in die fertige Suppe.

Darmstädter Gebäck, außerordentlich ergiebig und feinschmeckend. Zwei ganze Eier rührt man mit einer Prise Salz und 200 Gr. feinem Zucker zu weicher dickflüssiger Masse, gibt die abgeriebene Schale einer halben Zitrone, 1 Teelöffel Backpulver und so viel Mehl dazu, wie der Teig annimmt, um sich glatt ausrollen zu lassen. Man sticht kleine Kuchen mit kleinem Weinglas aus und bäckt sie bei mäßiger Hitze hellbraun. Man belegt die Kuchen, will man sie zum Nachtisch geben, eine Stunde vor dem Anrichten mit abgetropften eingemachten Kürbissen, bindet den Kürbis mit etwas aufgelöster Gelatine und gießt ihn über die Kürbisse, sowie er anfängt, dicklich zu werden. Die kleinen Kuchen sind auch ein gutes Gebäck zum Tee oder Kaffee, aus der angegebenen Masse bekommt man nach Größe 60 bis 80 Stück.

Montag: Nierenuppe mit Schwarzwurzelstücken. Kartoffelpudding ohne Eier, Milch und Mehl.

Nierenuppe. 500 Gr. beliebige Niere kocht man in zwei Litern Wasser mit reichlich verschiedenen Suppenwürzeln weich, wobei man recht sorgfältig schäumen muß. 500 Gr. Schwarzwurzeln püht man und schneidet sie in halbfingerringe Stücke, die man in leicht gesalzenem Wasser weich kocht. Das Kochwasser der Schwarzwurzeln wird mit der durchgeseihten Nierenbrühe vereinigt und mit trocken hellbraun geröstetem Mehl die Suppe leicht gebunden. In die Suppe, die man mit wenig Paprika würzt, gibt man die kleinstückig geschnittene Niere, die Suppengemüse und die Schwarzwurzeln und schlägt ganz zuletzt vor dem Auftragen ein kleines Stückchen Fett durch die Suppe.

Kartoffelpudding. Einfachste Vorschrift. Am Tage vorher kocht man 1 Kg. Kartoffeln mit der Schale, reibt sie durch die Maschine und vermischt sie mit 200 Gr. Grieß, 125 Gr. Zucker, der abgeriebenen Schale und dem Saft einer Zitrone und einem Paket Backpulver. Man füllt die Masse in die vorgeformte Form, kocht den Pudding 1½ Stunden, stürzt ihn und gibt eine beliebige Fruchtstücke dazu.

Dienstag: Riesmuschelgericht mit Pilzen und Brechspargel. 100 Gr. getrocknete Pilze weicht man am Abend vorher ein und schmort sie mit dem Weichwasser, in dem man, wenn es kocht, einen Brühwürfel löst, am folgenden Tage weich, worauf man 250 Gr. abgetropften eingemachten Brechspargel darunter mischt. 5 Kg. geäuberte Speisemussheln kocht man mit wenig siedendem Wasser, schüttet sie auf ein Sieb, löst die Mussheln aus den Schalen, befreit sie von Bart und Fuß und hackt sie gröblich. Auch sie werden dann zu den Pilzen und Spargeln getan. Mit der durch ein Tuch geseihten Muschelbrühe rührt man Mehl glatt und kocht das Mischgericht damit bündig,

schmeckt es mit Salz, Pfeffer und etwas Weißwein ab und richtet es in einem Kranz von kleinen Kartoffelbällchen an.

Mittwoch: Bunte Gemüsesuppe (Vorschrift bekannt). Gebäckene Fruchtpolenta mit Maisgrieß.

Gebäckene Fruchtpolenta. 250 Gr. beliebiges Dörrobst weicht man am Abend vorher ein und schmort es im Weichwasser mit etwas Zitronenschale und Zucker weich. 150 Gr. Maisgrieß wird ebenfalls über Nacht mit leichtem Salzwasser bedeckt, hingestellt und am folgenden Tage so lange abgeschleimt, bis das Wasser klar bleibt. Dann kocht man in 1 Liter halb Magermilch, halb Wasser mit etwas Salz einen glatten, dicken Brei von dem Maisgrieß. In eine eingeseitete Auflaufform gibt man den Maisbrei, deckt die abgetropften Schmorfrüchte darüber und streicht über die letzteren ein zu Schnee geschlagenes Eiweißpulver, bestreut die Oberfläche mit Zimtzucker und bäckt die Fruchtpolente leicht braun. Der abgetropfte Fruchtfaß, den man mit 1 Glas Apfelwein und etwas Zitronenschale vermischt, wird mit Kartoffelmehl leicht gebunden und als Tunte zu der Fruchtpolenta gegeben.

Donnerstag: Apfelsuppe mit altbackenem Brot (Vorschrift bekannt). Bulgarische Dolmas.

Bulgarische Dolmas. 1 Kopf Weißkohl muß in Salzwasser weich kochen und im Wasser auch erkalten. 500 Gr. Hammelfleisch schneidet man in Stücken und eine mittelgroße Zwiebel fein, auch schleimt man 125 Gr. dicke Graupen ab. Fleisch und Zwiebel röstet man ohne Fett zusammen durch, füllt ½ Liter kochendes Wasser auf und gibt die Graupen dazu, worauf man nach 10 Minuten Anlocken die Mischung zwei Stunden in den Garlocher stellt. Der erlachte Kohl wird entblättert und zwischen zwei Blätter immer etwas von den Fleischgraupen gefüllt und gut am Rande eingerollt. Man legt die Dolmas in eine Tunte aus Kohlwasser, Tomatenbrei und einem Brühwürfel und schmort sie darin etwa 30 Minuten langsam. Man bindet die Tunte und füllt sie über die Röllchen beim Anrichten.

Freitag: Geschmorter Kapernfisch. Bettelmannskuchen.

Geschmorter Kapernfisch. Man kann beliebigen Fisch zu diesem Gericht verwenden, er wird vorgekocht und aus Haut und Gräten gelöst, worauf man die Abfälle mit reichlich feingeschnittener Suppengrün eine halbe Stunde austocht. Die Brühe gibt man durch ein Sieb, bindet sie, fügt 2 Eßlöffel Kapern und den Saft einer halben Zitrone daran und legt die Fischstücke, nachdem man sie gesalzen hat, in die kochende Tunte. An heißer Herdstelle müssen sie damit durchziehen, bis sie gar sind und dann möglichst bald aufgetragen werden. In der Schale gekochte Salzkartoffeln gibt man dazu.

Bettelmannskuchen. 1 Kg. geschälte Äpfel schneidet man in Viertel und kocht sie mit 2 Teelöffel voll Korinthen und 2 Teelöffel voll feingeschnittener Suflade in etwas Apfelwein mit Zucker und Zimt gar, so daß ein steifes Schmorobst entsteht. Man kann den Zucker durch Süßstoff sehr gut ersetzen, muß ihn dann aber erst zufügen, wenn die Schmoräpfel fertig sind. 370 Gr. altbackenes Schwarzbrot reibt man und vermischt es mit 50 Gr. geriebenen Rüssen, etwas Zimt und Zucker. Die Hälfte des Brotes wird in eine ausgestrichene Auflaufform gegeben, die Schmoräpfel darauf gefüllt und mit dem Rest des Brotes bedeckt. 20 Gr. zerlassenes Fett träufelt man auf die Oberfläche und bäckt den Bettelmannskuchen bei mäßiger Hitze lichtbraun.

Sonabend: Gefüllter Steckrübenberg. Gläser Süßspeise.

Gefüllter Steckrübenberg. 500 Gr. Kartoffeln kocht man mit der Schale, zieht sie ab und reibt sie durch die Maschine, außerdem kocht man 1½ Kg. geschälte Steckrüben ab und in leicht-

tem Salzwasser so weich, daß man sie durchstreichen kann. Man mengt Steckrübenbrei und Kartoffelmus miteinander und schlägt beides mit etwas Fleischbrühe und, wenn man kann, 10 bis 15 Gr. Fett zu einer steifen, aber geschmeidigen Masse. Man richtet sie bergförmig an, höhlt den Berg vorsichtig aus und füllt in die entstandene Öffnung ganz nach Belieben ein Würzgericht von Fleisch- oder Fischstücken oder geschmorte Pilze. Die ausgehöhlte Masse streicht man als Deckel über die Füllung, streut gebratene, feingeschnittene Zwiebeln und Semmelkrumen darüber und schiebt das Gericht zum Durchziehen etwa 10 Minuten in den heißen Ofen.

Gläser Süßspeise. 50 Gr. Honig rührt man warm und flüssig, gibt ½ Liter Wasser, den Saft einer halben Zitrone und 30 Gr. geriebene Rüsse dazu, löst 8 Blatt rote Gelatine in Wasser ab, gibt sie zu der Masse, fügt, wenn nötig, noch etwas Süßstoff zu und schlägt nun in kaltem Wasser die Speise, bis sie dicklich wird. Sie wird in Glasschalen zum völligen Erstarren gefüllt.

Die Ernährungspolitik Batodis. Ein Systemwechsel?

N. Berlin, 5. Jan. (Priv.-Tel.) Das Neujahrsschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki stand gestern im Mittelpunkt der Erörterungen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, und der Oberbürgermeister Bermuth nannte mit Recht die Eröffnungen, die Herr v. Batocki darin gemacht hat, „überraschend, um nicht zu sagen atemberaubend“. Das Heil der Zukunft liegt nach dieser autoritativen Mitteilung in den Lieferungsverträgen der Gemeinden, und das bedeutet eine grundsätzliche Aenderung in der Ernährungspolitik, wie sie bisher eingeschlagen worden ist. Es bedeutet aber gleichzeitig auch bis zu einem gewissen Grade eine Kapitulation vor dem preussischen Landwirtschaftsminister, dessen Widerstand es hauptsächlich zuzuschreiben ist, daß zwischen Stadt und Land die Gegenläufe von Monat zu Monat größer geworden sind und größer werden müßten.

Von den Begründern der Sozialdemokratischen und bürgerlichen Anträge, die die Unterlage zu der gestrigen Debatte im Berliner Stadtparlament bildeten, ist das mehr oder minder deutlich ausgesprochen worden, und man kann es keinem verdenken, der in der Kommunalverwaltung an verantwortlicher Stelle steht, daß bei ihm der Unmut über die Behandlung der großen Städte und Industriezentren in anwachsendem Maße durchbricht.

Deutschland ist Gott sei dank ein Land, das von zahlreichen Schienensträngen durchzogen ist und in dem ein reger Austausch zwischen den verschiedensten Gebieten stattfindet. Es muß in den dichtbevölkerten Bedarfsbezirken eine Erschütterung Platz greifen, wenn man bei Reisen durch das weite Deutsche Reich konstatieren kann, daß an vielen Orten die Ernährungsmittel wenig oder nicht im Ueberfluß so doch noch reichlich vorhanden sind, während in den großen Verbrauchsgebieten die Schwierigkeiten immer größer werden und weite Schichten sich die größten Entbehrungen auferlegen müssen. Lange Zeit hat sich die Industrie und großstädtische Bevölkerung damit trösten lassen, daß man Geduld haben möge; die Organisationen müßten erst ordentlich in Gang kommen, dann würde alles besser werden. Nun bestehen die Organisationen über Jahr und Tag und es nicht besser, sondern schlechter geworden.

Die zentralen Organisationen des Reiches und des Staates sind nun gleich bei der Hand gewesen, die städtische Unterverteilung verantwortlich zu machen für die Mißstände, die Platz gegriffen haben, und wir haben das zuletzt erst erlebt bei der ungeschickten und unverständlichen Anordnung des Kriegsernährungsamtes über die Freigabe von Gemüsekonserven.

Nun wird gewiß niemand behaupten, am allerwenigsten die Stadtverwaltungen selbst, daß immer alles geklappt hat, aber was nützt die beste Unterverteilung, wenn die Lieferung aus den Ueberflußbezirken ausbleibt. Als lehrreichstes Beispiel führte dafür der Oberbürgermeister Bermuth die Milch an. Die Reichsfeststelle hat von Woche zu Woche vertröstet, sie müsse erst ihre Fühler über das ganze Land ausstrecken, dann würde die Milchzufuhr glatt vom Platzen gehen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die seit Monaten ungenügende Milchzufuhr hat immer weiter nachgelassen und die Zustände sind jetzt derart, daß, wie Herr Bermuth unter der Zustimmung der ganzen Stadtverordneten-Versammlung sagte, „wir uns ganz unmöglich mit diesem Zustand beruhigen können.“ „Wir müssen erwarten und verlangen“, so fuhr er fort, „daß planmäßig die nötigen Milchmengen in den Dörfern angesammelt und planmäßig von den Dörfern nach den Städten hingeführt werden. Die Vorräte dafür sind in der Tat vorhanden, nur muß dafür gesorgt werden, daß die Aufsicht der Mastkälber mit Milch auf das äußerste beschränkt wird.“

Damit trifft der Berliner Oberbürgermeister, der kein Mann der leeren Phrase ist, durchaus das Richtige, und er hätte noch hinzufügen können: man muß endlich verlangen, daß der Ueberhandnahme der Zentrifuge auf dem platten Lande Einhalt getan wird.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sucht zwar heute Abend Herrn Bermuth von oben herab zu belehren, daß der Milchmangel auf den großen Rückgang der Produktion zurückzuführen sei, und auch den Vertretern der Städte könne es eigentlich nicht unbekannt sein, daß die Milchherzeugung gegen den Winter hin regelmäßig stark abnehme. Das ist gewiß niemand unbekannt, aber mit Recht und mit gutem Grund wird bestritten, daß der Rückgang in der Milchproduktion so stark ist, wie es immer von den behördlichen Stellen behauptet wird. Jeder weiß, daß selbstverständlich bei dem Mangel an Kraftfuttermitteln der Ertrag nicht mehr auf der Höhe stehen kann, aber jeder, der mit offenen Augen durchs Land gegangen ist, weiß auch, wie ungeheure Mengen in den Futtertrögen verschwinden, und wie ungeheure Mengen verbuttert werden, ohne daß diese Butter von der Reichsfeststelle erfasst würde.

Das ist ein trauriges Kapitel in unserer Ernährungsfrage, hervorgerufen durch die falsche Preispolitik, die vom preussischen Landwirtschaftsminister in der letzten Tagung des Landtages mit einer bewundernswerten Kühnheit vertreten worden ist und gegen die das Kriegsernährungsamt leider nicht genügend Energie aufzubringen versteht. Nach vielen Fehlgriffen und vielen Mißerfolgen, die sich das Kriegsernährungsamt zuzuschreiben hat, kommt ihm plötzlich die Einsicht, daß es ja viel besser wäre, wenn man die einst so heftig geschmähten Städte mit Aufgaben belaste, die man selbst zu erfüllen nicht stark genug war, weil man sich scheute, mit dem nötigen Nachdruck gegen die leider auch im Kriegsernährungsamt so einflussreichen agrarischen Interessen aufzutreten.

Die Städte sollen mit den Produzenten Lieferungsverträge abschließen. So früh wie das Kriegsernährungsamt waren die Städte auch aufgestanden, im Gegenteil viel früher. Die Stadt Berlin und andere große Gemeinden hatten in weiser Voraussicht vor Jahr und Tag mit den Produzenten Lieferungsverträge vereinbart. Man braucht nur zu erinnern an den gut funktionierenden Schweinemastvertrag der Stadt Berlin mit den Pommerischen Landwirten. Mit rauher Hand haben die amtlichen Organisationen diese mühsam geknüpften Fäden wieder zerrissen, und der Oberbürgermeister Bermuth fügte noch hinzu, wie tiefe Entmutigung der kommunalen Tätigkeit dadurch verursacht worden ist, daß die staatlichen Monopole dazwischen fahren, kaum daß die Städte wieder irgendeinen Lieferungsvertrag nach vielen Schereereien zustande gebracht haben.

Von grundsätzlicher Bedeutung bleibt aber die Warnung des Berliner Stadtoberhauptes: „Das allerschlimmste ist das Schwanken und der Systemwechsel. Nur wenn die Maßnahmen klar und bestimmt sind, kann die Ausführung durch die Gemeinden von Erfolg sein, und der Magistrat hat immer die Auffassung vertreten, daß der einmal begonnene Plan folgerichtig und eifern durchgeführt werden müsse.“ Wenn wir nicht irren, hat Herr von Batocki bald nach seinem Amtsantritt einen ähnlichen Standpunkt vertreten, indem er äußerte, daß jetzt nicht mehr darüber zu streiten sei, ob das System richtig oder falsch wäre; nachdem einmal der Weg eingeschlagen worden sei, müsse er auch folgerichtig bis zu Ende beschritten werden, denn nichts sei gefährlicher, als mitten im Kriege das System zu wechseln und dadurch die ganze Maschinerie in Unordnung zu bringen.

Wir möchten zunächst immer noch glauben, daß Herr von Batocki bei diesem seinem Grundsatze bleibt. Denn wir haben leider schon zu viel traurige Erfahrungen mit dem Hin- und Herschwanke machen müssen. Wenn nur der nötige Nachdruck bei den Verwaltungsbehörden dahinter gesetzt wird, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Und wir müssen es wiederholen, was wir früher schon geschrieben haben: Die Verordnungen sind zumeist gut, aber es fehlt an der richtigen Durchführung, es fehlt an der freudigen und freiwilligen Mitarbeit bei den unteren Verwaltungsorganen. Der bekannte Brief des Generalfeldmarschalls

von Hindenburg spricht in dieser Hinsicht für sich. Es ist tief traurig, daß er notwendig wurde und die Anklage, die darin lag, wird auch durch die gewiß begriffswürdige Hindenburgspende nicht aus der Welt gehafft.

Es scheint fast, als hätte das Kriegsernährungsamt nicht die nötigen Machtmittel oder zu viel innere Hemmungen, um sich den preussischen Verwaltungsbehörden gegenüber durchzusetzen. Vielleicht ist es überhaupt ein Systemfehler, Anordnung und Durchführung in einer Behörde zusammenzufassen. Und deshalb möchten wir die Anregung geben, eine unparteiische Kommission zu schaffen, deren einzige Aufgabe es ist die Durchführung zu überwachen. Wird diese Behörde, deren Machtbereich sich auf das ganze Reich erstrecken müßte, mit den nötigen Machtmitteln ausgestattet, dann muß es ihr gelingen, und sei es mit den härtesten und abschreckendsten Strafen, die guten Absichten der Reichsregierung in die Tat umzusetzen und zu verhindern, daß wohlgemeinte und gutdurchdachte Verordnungen mit Hohn beiseite geschoben werden, als seien sie nur für die Dummen gemacht und als sei es ein Verdienst, sich zum Nutzen des eigenen Geldbeutels über sie hinwegzusetzen.

Mangelnde Konsequenz in unserer Kriegsernährungspolitik.

Von F. Hoff, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes Herr von Batock weist in seinem, in der „Frankfurter Zeitung“ bereits erwähnten, sehr beachtenswerten Artikel über die Fleischherzeugung auf die Gefahren hin, die mit einer übermäßigen Viehhaltung für die Ernährung des Volkes mit Brotgetreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchten, kurz für die pflanzliche Ernährung des Volkes, verbunden sind und richtet in dieser Beziehung ernste Mahnungen an unsere Landwirte. Man wird seinen Ausführungen in vollem Umfange beitreten können. Sie zeigen, daß im Kriegsernährungsamt die klare Erkenntnis vorhanden ist, die ich erst kürzlich an dieser Stelle in meinem Artikel: „Wieschützen wir Brotgetreide und Kartoffeln vor der Verfüttung?“ vertreten habe, daß es zunächst und vor allen Dingen darauf ankommt, die pflanzliche Grundlage der Volksernährung zu sichern und daß die Tierhaltung nur in dem Maße und dem Umfange gestattet sein kann, als ausreichende Futtermittel vorhanden sind und die Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln nicht gefährdet wird.

Wie in den vergangenen Kriegsjahren so liegt auch im laufenden Erntejahre die Gefahr für unser Durchhalten nicht in der größeren oder kleineren „Lieferung von Fleisch und anderen tierischen Erzeugnissen“, sondern darin, daß ein übermäßig großer Teil unseres Ernteertrages, der nicht ersetzt werden kann, in den Tiermagen wandert und so mit etwa drei Viertel seines Nährwertes der Volksernährung verloren geht. Mit dieser, übrigens nicht neuen Stellungnahme des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes zu der Grundfrage unserer Volksernährung dürften die von agrarischer Seite, insbesondere von dem Abgeordneten Dr. Hoersch, vertretenen Bestrebungen, durch Verrückung der Höchstpreise für tierische Erzeugnisse oder durch weitere Erhöhung der Schweinepreise die Fleisch- und Fetterzeugung noch zu steigern, endgültig erledigt sein. — Nach Lage der Dinge kann eine solche Förderung nur zulasten der Brot- und Kartoffelversorgung geschehen, da aus dem Nichts auch in der Tierzucht nichts geschaffen werden kann, und darin liegt das Bedenkliche, ja Gefährliche derartiger Bestrebungen.

Wer sind mit der gekennzeichneten Stellungnahme des Kriegsernährungsamtes alle Bedenken auf diesem Gebiete beseitigt? Dürfen wir annehmen, daß bis jetzt die Vorräte der diesjährigen Ernte wirklich so verwendet sind, daß sie für die menschliche Ernährung den denkbar höchsten Nutzen abwerfen? Dürfen wir hoffen, durch eine eindringliche Ermahnung an unsere Landwirte die in einer Verfüttung der für die menschliche Ernährung unbedingt erforderlichen pflanzlichen Produkte liegende Gefahr zu bannen? — Diese Fragen erscheinen umso berechtigter, als wir mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes der Ansicht sind, daß wir jede Kralle und jedes Brotkorn sorglich hüten und vor einer vorschriftswidrigen Verwendung bewahren müssen, wenn nicht die Volksernährung selber aufs äußerste gefährdet und in ihrer nicht wieder zu ersetzenden Grundlage erschüttert werden soll.

Leider können diese Fragen nicht mit einem glatten Ja beantwortet werden. — Die Erfahrungen der Kriegszeit haben gezeigt, daß mit allgemeinen Ratsschlägen und Ermahnungen, und mögen sie noch so wohlgemeint, begründet und eindringlich sein, nicht allzuviel zu erreichen ist. Ueberall in der Kriegswirtschaft insbesondere auch in der landwirtschaftlichen Produktion, wird sonst mit vollem Recht der Grundsatz zur Geltung gebracht, daß die privatwirtschaftlichen Interessen nicht ausgeschaltet werden dürfen und daß man nicht von ganzen Berufsständen — in diesem Falle von der Landwirtschaft — verlangen und erwarten kann, daß sie dauernd gegen ihr eigenes Interesse handeln sollen. Die privatwirtschaftlichen Interessen unserer Landwirte und Tierhalter aber sprechen gegen die von Herrn von Batock gewünschte und für notwendig erklärte Verwendung unserer Erntevorräte. Sie weisen den Landwirt auf einen geschwundnen Gebrauch, d. h. auf die Verfüttung hin, da bei den bestehenden Viehpreisen auf diesem Wege ein mindestens doppelt so hoher Gewinn zu erzielen ist wie bei dem direkten Verkauf der in Frage kommenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse: Getreide, (nicht allein Brotgetreide, sondern auch Gerste, Hafer) Kartoffeln, Hülsenfrüchte usw. zu den gesetzlichen Höchstpreisen! Auf die Gefahren, die in diesem, unserer ganzen Kriegsernährungspolitik anhaftenden Widerspruch liegen, haben meine Freunde und ich in Wort und Schrift, im Reichstage, im parlamentarischen Beirat und in der Presse immer und immer wieder hingewiesen. Darin nicht müde zu werden, gebietet uns das eigene Gewissen und die Pflicht gegen das Vaterland.

Aus diesem Gedankengange heraus haben die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei im Haushaltsausschuß des Reichstages im letzten Beratungsschnitt einige Anträge von grundsätzlicher Bedeutung gestellt, auf die in diesem Zusammenhang verwiesen werden mag. Ausgehend von dem Grundsatz, daß die menschliche Ernährung allen anderen Verwendungszwecken der Erntevorräte voranzustellen ist, wurden folgende Forderungen erhoben:

1. Aus dem Ergebnis der Ernte ist der für eine ausreichende menschliche Ernährung erforderliche Bedarf an pflanzlichen Nahrungsmitteln — Kartoffeln, Getreide, Hülsenfrüchte, Gemüse — im vorweg unbedingt sicherzustellen.

2. Die Vieh-, insbesondere die Schweinebestände, sind den nach Abzug dieser Mengen im Lande noch vorhandenen Futtermitteln in der Weise anzupassen, daß eine ausreichende Fütterung des Viehes und damit ein möglichst hoher Nuberttrag an Fleisch, Fett und Milch für die menschliche Ernährung gewährleistet wird.

3. Die Schweinepreise sind so zu bemessen, daß die Verfüttung der oben genannten pflanzlichen Nahrungsmittel finanziell nicht günstiger wirkt, als der Verkauf derselben zu den gesetzlichen Höchstpreisen.

4. Der Preis für Rinder und Schafe ist erheblich herabzusetzen. (Vorgeschlagen wurde ein eventuell stufenweiser Abbau dieser Preise auf etwa 80 Mark für 100 Pund Lebendgewicht besser Qualität, statt bisher 115 Mark.)

Diese Anträge stellen meines Erachtens die Konsequenz des von Herrn v. Batock in seinem Artikel vertretenen Standpunktes dar. Erst wenn den unter Punkt 3 und 4 aufgestellten Forderungen entsprochen wird ist das privatwirts-

chaftliche Interesse an der Verfüttung von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw. ausgeschaltet. Wer die Verfüttung dieser Erzeugnisse nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch verhüten will, wer auf dem Standpunkt steht, daß die Mehrerzeugung von Fleisch und anderen tierischen Erzeugnissen keinen Ausgleich für den Schaden bietet, wird sich meines Erachtens dieser Konsequenz nicht entziehen können. Diese Folgerung aber hat das Kriegsernährungsamt bis jetzt nicht gezogen! Auf diesen Mangel hinzuweisen, ist der Hauptzweck der vorstehenden Darlegungen. — Herr v. Batock hat lediglich eine erhebliche Herabsetzung der Rindviehpreise für das Frühjahr in Aussicht gestellt. Für Mastkalber ist zwar eine Herabsetzung der Preise verfügt worden, so anerkennenswert diese Maßnahme aber auch ist — sie läuft lediglich auf eine Ersparnis an Milch hinaus, während die Frage der Verfüttung von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw. davon nicht berührt wird. An den entscheidenden Punkt: Schaffung eines volkswirtschaftlich richtigen Preisverhältnisses zwischen den pflanzlichen und tierischen Produkten, ist man bis jetzt nicht herangekommen. Und doch ist Eile geboten: denn die einmal erschütterte oder gar vernichtete Grundlage unserer pflanzlichen Ernährung wäre im laufenden Erntejahre wenigstens nicht wieder auszugleichen.

Gewiß verkenne ich die Lage, in der das Kriegsernährungsamt sich gerade in diesem Punkte befindet, nicht. — Die bestehenden Mißverhältnissen in den Preisen für Vieh, auf der einen und der erwähnten pflanzlichen Erzeugnisse auf der anderen Seite waren vorhanden, als das Kriegsernährungsamt seine Arbeiten aufnahm. Es war die Folge einer verkehrten Politik zu Anfang des Krieges, die glaubte mit einer Höchstpreisfestsetzung für Getreide, Kartoffeln usw. auskommen zu können, während sie die Viehpreise zunächst ins Schwindelhafte steigen ließ, ohne zu bedenken, daß damit die pflanzliche Grundlage, und somit die Volksernährung überhaupt auf das ernstlichste gefährdet wurde. Ein einmal gemachter Fehler aber gibt es kein Recht, nicht einmal eine Entschuldigung, ihn nur einfach weiter wirken zu lassen. Im Gegenteil! Die vornehmste Aufgabe des Kriegsernährungsamtes scheint mir zu sein, gemachte Fehler zu korrigieren und in ihrer Wirkung unschädlich zu machen.

Solange das Mißverhältnis zwischen den Preisen der pflanzlichen und tierischen Produkte weiter besteht, werden wir aus der Unruhe, Unsicherheit und Gefahr nicht herauskommen. Solange dieses aufrecht erhalten bleibt und nicht durch ein volkswirtschaftlich richtiges Verhältnis ersetzt ist, können wir meines Erachtens nicht mit gutem Gewissen sagen, daß alles geschehen ist, die Ernährung des Volkes — innerhalb der durch die Ernte gegebenen Grenzen — sicherzustellen und die Entbehrungen des Volkes nach Möglichkeit zu mindern. Dies gilt für den Krieg, wie für den Frieden. — Ist durch eine entsprechende Preisfestsetzung der Anreiz zur Verfüttung der für die menschliche Ernährung unbedingt erforderlichen Nahrungsmittel beseitigt, denn können wir ruhig und mit gutem Gewissen der weiteren Entwicklung entsagen. Dann werden wir im Kriege unbedingt durchhalten; denn so viel wächst auf dem deutschen Boden immer, um die Menschen zunächst mit pflanzlichen Produkten zu sättigen. Dann werden wir auch im Frieden zunächst das Notwendige haben und mit Ruhe, nach Maßgabe der ins Land hineingeschafften Futtermittel, an den Wiederaufbau unserer Viehbestände herangehen können, der uns hoffentlich in Verbindung mit anderen Einfuhrprodukten für den unmittelbaren menschlichen Gebrauch in absehbarer Zeit wieder normale Ernährungsverhältnisse sichern wird.

Die Versorgung der industriellen Bevölkerung.

Nach allen Anzeichen und Meldungen läßt die Versorgung der Industriearbeiterschaft in den Industriestädten und insbesondere in den Industriedörfern des Landes noch immer alles zu wünschen übrig. Besondere Schwierigkeiten stellen sich überall dort ein, wo die Kriegsindustrie große Arbeitermassen an einem einzigen Punkt zusammenführt, wo die örtliche Verwaltung schon die größte Mühe hat, die Zugänge in Wohnungen unterzubringen, wo daher ein großer Teil der Arbeiter täglich den Arbeitsort mit der Bahn oder zu Fuß früh aufsucht und abends verläßt. Die Gemeinden waren bei uns selbstamerweise im Frieden auf die Nahrungsfürsorge überhaupt nicht eingerichtet und haben sich im Kriege nur sehr schwer dazu bequemt, die notdürftigsten Vorfragen zu treffen. In diesen Industriezentren jedoch reicht ihr ganzer Apparat gar nicht dazu aus, die Aufgaben, die ihnen gestellt sind, zu lösen.

Indessen ist es die mangelnde Zurüstung der Gemeinden nicht allein, was die Arbeiterschaft heute in die mißlichste Lage bringt. Die Arbeiterschaft ist neben den Anfässigen der Gemeinde das bewegliche Element. Sie läßt sich besonders im Kriege, schon durch das Melbewesen der Gemeinden, schwer in Evidenz halten, noch weniger durch das Gemeindevotum verpflegen. Während zum Beispiel eine Fabrikverwaltung in ihren Lohnlisten den genauen Stand der Arbeiterschaft verzeichnet, ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeiter im Orte oder außerhalb des Ortes wohnt, während so die Arbeiterschaft mit ihrem ganzen Verpflegungsstand schon genau erfasst ist, besitzt die Gemeinde weder die Einrichtungen, noch die Schreibkräfte, noch die Lust zu einer genauen Standesführung. Bedenkt man, daß bei uns außerhalb Wiens der überwiegende Teil der Lohnarbeiterschaft im Industriedorf wohnt, das meist von bäuerlichen und mittelständischen Elementen verwaltet wird, so begreift man den Widerwillen, mit dem die Ortsgewaltigen an die Versorgung der Arbeiter herangehen. Man empfindet den Arbeiter immer als Fremden und der Arbeiter fühlt sich immer verwaltet von Leuten, die weder seine Bedürfnisse kennen, noch seine ganze Daseinsweise verstehen, noch seinen Bestrebungen Achtung entgegenbringen. Die Versorgung der Arbeiterschaft ist in diesen Gemeinden geradezu ein Hohn auf das Bedürfnis der Arbeiter wie auf die Notwendigkeiten der Kriegsindustrie.

Nun besitzen zwar die Arbeiter gerade in solchen Gegenden eine sehr alte und im großen ganzen auch gute Verbrauchsorganisation in ihren Konsumvereinen. Aber diese Konsumvereine werden von den Gemeinden, die heute als Lebensmittelverleiher fungieren, in der unerhörtesten Weise drangsaliiert und ausgeschaltet. Die Arbeiter erhalten von dem Geschäftsmann, der natürlich in der Gemeinde Einfluß besitzt, keine Waren und ihr Konsumverein wird im besten Falle mit einem geringfügigen Vorrat bedacht, nur damit er sich nicht beklagen kann, ganz übergegangen worden zu sein.

Das Schlimmste ist, daß selbst dann, wenn eine Industriegemeinde die redliche Absicht hat, ihre Arbeiterschaft zu versorgen — und es gibt auch eine beachtliche Zahl solcher Stadt- und Landgemeinden —, ihr das meist nicht einmal gelingen kann. Unsere politische Verwaltung und unsere Landtage haben nämlich durch Jahrzehnte versäumt, die Gemeindegrenzen der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Wir haben große Industrieunternehmungen wie zum Beispiel das Ternitzer Stahl- und Eisenwerk, die mit allen ihren Anhängeln und Werkwohnungen auf dem Boden von drei, vier und mehr Gemeinden liegen. Nicht nur die Gemeindegrenzen, sondern selbst die Landesgrenzen sind (wie um Mährisch-Osttau) an vielen Stellen ganz widersinnig geworden. Wenn nun also eine solche Industriegemeinde die auf ihrem Gebiet wohnhaften Arbeiter gut versorgt, so kommt es vor, daß in einer einzigen größeren Fabrik, wo zur Hälfte Ortsinsassen und zur Hälfte Ortsfremde arbeiten, immer nur die eine Hälfte versorgt ist und die andere Hälfte hungert oder daß vierzehn Tage die einen und vierzehn Tage die anderen Brot haben. Die Zustände in einzelnen Fabriken waren deshalb lange Zeit hindurch ganz grotesk. Man nehme nur die Orte Niederösterreichs, die an Ungarn grenzen und in denen ein guter Teil ungarischer Arbeiter mitarbeitet. Die ungarischen Staatsbürger, die über den Sonntag in die Heimat fahren, brachten am Montag früh die reichsten Vorräte an schönem weichen und Roggenbrot, Gelfschleisch, Fett und Eiern mit, während ihre österreichischen Arbeitskollegen schon lange auf karge Ration gesetzt waren. Seitdem jedoch die ungarische Regierung die „Ausfuhr“ von Lebensmitteln als Handgepäck untersagt, haben die Ungarn gar nichts, die österreichischen Gemeinden sind aller Verpflichtung gegen sie ledig. Man begreift, daß unter diesen Umständen ein großer Fabriksbetrieb beinahe überhaupt nicht ungestört arbeiten kann.

Man kann diesem Wirrsal überhaupt nicht entrinnen, wenn man an dem Vorurteil streng territorialer Verbrauchsregelung festhält. Mit Recht hat ein Konsumverein, der in einer langen Reihe von Ortschaften Verschleißstellen hat, in einer Eingabe erklärt: „Unser Verein umfaßt etwa fünftausend Familien, die seit jeher eine geschlossene Konsumgemeinschaft waren; warum sollen wir miteinander nicht einfach als Gemeinde behandelt und so beteiligt werden? Kaum eine der Gemeinden, in denen der Verein arbeitet, hat mehr Einwohner, als unser Verpflegungsstand ausmacht. Wir sind von jeher darauf eingerichtet, unsere Lebensmittel gemeinsam zu beziehen und gleichmäßig zu verteilen, Dinge, an die unsere Gemeindeväter niemals auch nur im Schlafe gedacht haben.“ Es springt klar in die Augen, daß die politische Verwaltung einfach solche geschlossene Personengemeinschaften behandeln muß wie Gemeinden, zumal da sie zur Verteilung von Lebensmitteln schon alles vorher zugerüstet haben: Magazine, Verschleißstellen, Verschleißpersonal, Gefäße, Meß- und Wägevorräte. Die Gemeinden auf dem Lande haben nicht einmal diese Zurüstungen, weder die sachlichen noch die persönlichen, und ihre

Fremde

Die Verpflegsfragen.

Gedanken über unsere Ernährungspolitik.

Aus einer Denkschrift des Kommerzialrates Julius Meinel.

Wir haben ein ganz neues Ernährungsamt. Die Männer an der Spitze, dann die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten bürgen dafür, daß etwas geleistet wird. Die Bevölkerung erwartet baldige Resultate; sie erwartet, daß die Härten im Ernährungsweisen, unter denen besonders die Minderbemittelten leiden, alsbald beseitigt werden; sie erwartet, daß die Nahrungsmittel gleichmäßig verteilt werden, daß der Reiche, wenn er mehr bezahlt, nicht mehr bekommt als der Arme, und daß der Arme das Wenige, was ihm zugeteilt wird, nicht unter schwierigeren Verhältnissen erhält als der Reiche.

Wenn man nicht in einseitigen Anschauungen befangen ist, wenn man mit einem national-ökonomisch geschulten Verstand alle Verhältnisse prüft, so kommt man zu dem Schluß, daß wir bisher in Bezug auf die Kriegsvorgeschichte über das Stadium des Experimentierens kaum hinausgekommen sind. Die Experimente sind meist aus der Not des Augenblicks entstanden, die wenigsten haben bisher die Probe auf die Richtigkeit durchgemacht oder bestanden. Verordnungen wurden erlassen, um durch Gegenverordnungen teilweise wieder aufgehoben zu werden, und heute, nach zweieinhalb Jahren Krieg, stehen wir, daß trotz einer ins Ungemessene gewachsenen Gesetzgebung die notwendigen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel immer knapper werden; da muß man sich doch fragen: Woher kommt dieser Mangel? Wir sind doch in Friedenszeiten zusammen mit Ungarn ganz gut ausgekommen. Wir in Oesterreich haben zwar in normalen Friedenszeiten einen jährlichen Zuschuß nötig gehabt; dabei hat aber die Bevölkerung damals viel mehr verzehrt, als sie jetzt bei den strengen Sparmaßregeln verzehren kann. Wir haben ein solches System des Sparens eingeführt, daß wir doch auch ohne Zuschuß von außen auskommen müßten.

Auf die Frage, woher dieser Mangel, woher die Störungen bei der Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen zum Lebensunterhalt wichtigen Stoffen, kommt, will ich in nachstehenden Antwort geben, so gut es bei der Uebersicht, die wir heute besitzen, möglich ist.

Die große Produktion auf allen Gebieten des Erwerbslebens — in der Landwirtschaft, Industrie — dann die damit notwendige, aufs höchste gesteigerte Tätigkeit des Handels und der Güterbeförderung, waren Faktoren, mit deren Erhaltung, ja Steigerung man als etwas Selbstverständliches und mit der Kriegsführung unbedingt Notwendigem rechnete. Unsere moderne Produktion, unser ganzer Handel beruht auf dem Prinzip, möglichst viel Güter mit möglichst wenig Arbeit zu produzieren und dem Verbrauch zur Verfügung zu stellen. Das treibende Motiv dabei war selbstverständlich die Aussicht auf Gewinn. War in einem Artikel ein vorübergehender Mangel, so stiegen die Preise so lange, bis der neue Anreiz vorhanden war — für den Handel, den Artikel herbeizuschaffen, für die Produktion, den Artikel zu erzeugen. Kein Zweifel, daß die schrankenlose Freiheit von Handel und Produktion von Kriegsbeginn an nicht mehr beibehalten werden konnte. Die Gesetzgebung mußte eingreifen, um Auswüchse und Ausschreitungen zu verhindern. Was ist nun aber geschehen?

Man beschränkte sich nicht darauf, gegen die Ausschreitungen zu Felde zu ziehen (im Gegenteil, diesen ließ man recht lange vollkommen freies Feld), sondern man hat die Grundzüge, nach denen unsere ganze Volkswirtschaft eingestellt war, welche die Bedingungen des ungeachteten Aufschwunges der letzten Jahrzehnte waren, sozusagen gänzlich ausgehakt. Man war auf mehr als mittelalterliche Grundzüge zurückgegangen. Während aber im Mittelalter, und vielfach später, das Wirtschaftsleben durch Regeln gebunden war, die im Laufe von Jahrhunderten entstanden, durch wiederholte Ueberprüfungen verbessert wurden, deren Härten man durch Kompromisse gemildert hatte, führte man plötzlich neue Maßregeln ein, die in direktem Gegensatz zu allem standen, was bisher im Erwerbsleben für erlaubt, für vernünftig und ansäandig gegolten. Man hat sich über die Wissenschaft der Nationalökonomie einfach hinweggesetzt, als ob eine solche Wissenschaft überhaupt nie existierte, als ob ihre durch die Erfahrung erhärteten Grundzüge keine Gültigkeit hätten; man hat volkswirtschaftliche Zwangsmaßregeln eingeführt, die ihren Ursprung vielfach nicht einer gründlichen Ueberlegung, sondern den unbesonnenen Forderungen einer schlecht informierten Politik der großen Menge verdanken.

Wir hätten trotz großer Ernten bei dem großen Sparen, das allgemein durchgeführt wurde, bei den großen Vorräten, die wir aus der Friedenszeit hatten, so auskommen müssen, daß es zu keinen Störungen in der Versorgung hätte kommen dürfen, und tatsächlich stellt der gesunde Menschenverstand, der nichts von Statistik weiß, den aber ein sicheres, aus der Erfahrung geborenes Gefühl leitet, immer und immer wieder die Frage: Wo ist das Getreide, wo ist das Fett, wo ist das Fleisch hingelommen? Man hat das Gefühl, daß diese Dinge da sind, in irgend einer Form, aber nicht dort, wo man sie braucht.

Ich will nicht dem schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Wort reden. Unser wirtschaftliches Leben während des Krieges mußte kontrolliert werden, wenn wir durchhalten wollten. Zur Kontrolle notwendig war vor allem die Einführung der Verbrauchssteuer; zu diesen hat man sich aber bei uns in Oesterreich am allerleichtesten und am letzten entschlossen. Hingegen hat man sofort die Verordnung gegen Preisverhinderung in Aktion gesetzt. Nicht bald hat ein Gesetz, das gut gemeint war und das (wenn es im richtigen Geiste durchgeführt worden wäre) segensreich hätte wirken können, so viel Schaden und Unheil angerichtet wie dieses. Die Bestimmung der Preise hätte von Anfang an niemals in die Hände der in dieser Beziehung unkompetenten Richter gelegt werden dürfen, sondern eigene Stellen, ähnlich wie die Preisprüfstellen in Deutschland, hätten dabei entscheiden müssen. Gegen das grenzenlose und künstliche Hinauftreiben der Preise durch Elemente, welche mit der Produktion und dem legitimen Handel nichts zu tun haben, hätte man sich verhältnismäßig leicht durch ein Gesetz gegen den Kettenhandel schützen können. Der Kettenhandel ist übrigens durch einige Spezialorganisationen schon ausgeschaltet worden — ich nenne z. B. die Zuckzentrale und die Kaffeezentrale.

Die wichtigsten Ausschreitungen, die zu fürchten waren, sind: 1. Das Hinauftreiben der Preise ins Unerlöse, teilweise durch ungebührliche Forderungen der Produzenten oder der legitimen Händler; 2. die Preisverhinderung durch Kettenhandel; 3. das Hinauftreiben der Preise durch unbecufene Elemente, die ohne Sachkenntnis loslos alles zusammenkaufen, lediglich geleitet von der Gier nach großen Gewinnen; 4. das Anjammeln von übergroßen Vorräten durch die Konsumenten, und 5. der übermäßige Verbrauch der wohlhabenden Klassen auf Kosten der Minderbemittelten. Alles dies hätte man durch entsprechende Gesetze nicht nur erschweren, sondern unmöglich machen können. Innerhalb des Rahmens dieser Gesetze aber auf deren Befolgung — weil sie gerecht sind — man mit der größten Strenge bestehen könnte (was bei vielen der bisherigen Verordnungen man nicht immer mit gutem Gewissen tun kann), hätte man die Freiheit des Handels, die Freiheit der Produktion möglichst erhalten sollen, denn es ist klar, daß Tausende von Händen, die an der Erhaltung, Verwaltung, Aufbewahrung, Weiterbeförderung mit ihrem Vermögen, ja mit ihrer Existenz beteiligt sind, die Bewirtschaftung der Güter viel besser, ökonomischer werden durchführen können, als ein paar hundert Beamte, denen alles ungewohnt ist und nicht nahe liegt. Alle Achtung vor der Pflichttreue unserer Beamenschaft! Es wird aber doch niemand behaupten wollen, daß auf den einzelnen Beamten ein Wagon verfallener Karosie so erschütternd wirkt wie auf den Besitzer dieses Waggons selbst.

Was nun die für die Ernährung wichtigsten Produkte, die landwirtschaftlichen, betrifft, so müssen wir, wollen wir unsere Bevölkerung mit genügenden Lebensmitteln versehen, in Zukunft trachten, den Bauer zu freudigem Schaffen anzuregen, desgleichen den Händler durch Aussicht auf entsprechenden Gewinn zu veranlassen, daß er das vom Bauern Geschaffene dorthin bringe, wo es gebraucht wird. Man soll sich nicht fürchten, daß der Händler die Ware aufstapelt und nicht verläuft wird; dagegen schärfen Gesetze. Im übrigen war es — seit die Welt besteht — immer das Interesse des Händlers, seine Ware zu verkaufen und nicht darauf sitzen zu bleiben, denn bei einer schlechten Konjunktur, wenn die Preise zurückgehen, kann er ja sein ganzes Vermögen und noch mehr als das verlieren.

Ich will durch diese meine Darlegungen nicht kritisieren, am allerwenigsten irgend jemanden anklagen, wir sind alle vor neuen Problemen gestanden. Es ist aber jetzt Zeit, daß man offen die Fehler einseht, die man, wenn auch in der besten Absicht, gemacht hat, ja, die man machen mußte, weil jedwede Erfahrung mangelte. Nur so kann man verbessern, wo eine Verbesserung noch möglich ist. Wenn man sich über die Grundprinzipien klar ist, dann wird man im einzelnen Falle richtig entscheiden können. Vieles wird sich nicht mehr gut machen lassen, vielleicht aber wird meine Schrift dazu beitragen, die noch zu lösenden Aufgaben in klarem Licht zu stellen.

Vom Bund der deutschen Städte Oesterreichs.

Freitag den 19. d. M. findet im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathhauses eine erweiterte Ausschusssitzung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt, zu welcher

fämliche Städte und Märkte, die dem Bunde angehören, eingeladen wurden. Es sind bereits zahlreiche Anmeldungen erfolgt, so daß mit einer starken Beteiligung zu rechnen ist. Den Gegenstand der Beratungen werden die Ernährungsangelegenheiten bilden und die Sitzung wird die erwünschte Gelegenheit geben, den Standpunkt und die Wünsche der deutsch-österreichischen Städte der Regierung und insbesondere dem Amt für Volksernährung neuerlich zur Kenntnis zu bringen.

14. 1. 1918

130

Probleme der Volksnahrung.

Von Baron Ludwig Kürthy,
Präsident des ungarischen Landes-Ernährungsamtes.^{*)}

Die Probleme der Volksernährung stehen in Folge der großen Verwickeltheit und der mächtig gesteigerten Bedeutung, die ihnen die Kriegsverhältnisse verleihen, in allen kriegsführenden Staaten im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Während in Friedenszeiten die Volksernährung bloß eine soziale Frage war und der Kampf gegen die Theuerung die wichtigste Aufgabe auf diesem Gebiete bildete, ist sie während des Krieges aus diesem Rahmen weit hinausgewachsen und unter die schwierigen Probleme getreten, an deren dringende Lösung sich bedeutendste Interessen der Kriegsführung knüpfen. Die Preisfrage, die anfänglich der Ausgangspunkt der Regelungen war, trat allmählig gegen die Aufgaben der Vertheilung, Bewirthschaftung und Sicherung der Vorräthe zurück, die den Komplex dieser Fragen zu dem wichtigsten Zweige des Regierens im Kriege gestalteten. Selbst in England, das ja auf dem Gebiete des Wirtschaftskrieges und der Versorgung der Feindesländer bekanntermaßen vom Anfang an der par excellences Angreifer war, mußten nach und nach Sicherungsmaßnahmen ins Leben gerufen werden, von denen man anfänglich annahm, daß sie sich bloß aus der besonderen Lage der „belagerten Feste“ Mitteleuropas ergeben. Das Problem der Volksernährung hat im Gefolge der schwachen Ernteergebnisse der überseeischen Länder, der Transportschwierigkeiten und anderer in analogem Sinne wirkender Faktoren auch in England aufgehört, eine reine Preisfrage zu sein; es zeigt vielmehr in stets wachsendem Umfange die Kriterien der Vorrathsfrage.

Es ist nur zu begreiflich, daß in den von dem überwiegenden Theil ihrer Friedensrelationen gewaltsam abgetrennten mitteleuropäischen Ländern diese Entwicklung in bedeutend rascherem und schärferem Tempo vor sich ging. Die Vorsichtsmaßregeln, die unsere Feinde erst jetzt anzuwenden beginnen, erwiesen sich bei uns bereits längst als eine gebieterische Nothwendigkeit. Es ist daher auch kein Zufall, daß die Centralisirung und organische Absonderung der Regelung der Volksernährung von den Ländern der Centralmächte, in erster Linie von Deutschland ausging.

Ungarns Lage auf dem Gebiete der Volksernährung ist eine ganz eigenenthümliche. Es ist das einzige größere Agrarland unter den mitteleuropäischen Staaten, das in Friedenszeiten in zahlreichen Agrarprodukten einen nicht unbedeutenden Ausfuhrüberschuß besaß. Unter diesen Umständen lag bei oberflächlicher Betrachtung die Annahme nahe, die insbesondere in der Presse und in der öffentlichen Meinung des Schwesterstaates Oesterreich vielfach zum Ausdruck kam, daß Ungarns Lage in Bezug auf die Volksernährung eine bedeutend günstigere sei als die Oesterreichs und noch mehr Deutschlands, und daß Ungarn sich ebenso wie in Friedenszeiten in der Lage befände, seinen bedeutenden Ueberschuß an mehreren Agrarprodukten seinen Verbündeten zu überlassen, die ja viel ungünstigere Verhältnisse zu bewältigen haben. Je schwieriger sich die Probleme der Volksernährung jenseits der Leitha gestalteten, umso häufiger wurde die Frage gestellt, in welchem Maße Ungarn jenen Verpflichtungen nachkomme, die sich einerseits aus der Gemeinsamkeit unseres Kampfes ums Dasein, andererseits aus seiner angeblich bevorzugten Lage ergeben.

Es kann leider kaum bestritten werden, daß die Antwort, die auf diese Frage in gewissen Kreisen erteilt wurde, aus ungarischem Gesichtspunkte keine günstige war. Es ist insbesondere der Einwand erhoben worden, daß wir uns gegenüber unseren Verbündeten nicht immer und nicht hinreichend auf den Standpunkt der gleichmäßigen Behandlung stellten, und daß sich unsere Unter-

stützung in engerem Rahmen bewegte, als dies bei entsprechender Opferbereitschaft möglich gewesen wäre. Wir seien bei der Festsetzung der auf die einzelnen inländischen Konsumenten entfallenden Rationen mit allzu weitgehender Freigebigkeit vorgegangen. Bei der Maximalisirung hätten wir zu hohe Preise vorgeschrieben, unsere Vorräthe halten wir mit übertriebener Rigorosität zur Deckung des eigenen Bedarfs zurück, den Kampf gegen die Theuerung führen wir mit Rücksichtnahme auf agrarische Interessen nicht genügend energisch. Das sind in großen Umrissen die hauptsächlichsten Einwendungen, die gegen unserer Ernährungspolitik des Oesterreichens ins Treffen geführt wurden.

Es wird keine schwere Aufgabe sein, diese Einwendungen auf das richtige Maß herabzusetzen, wenn einmal ohne Gefährdung der höheren Interessen der Kriegsführung die statistischen Daten veröffentlicht werden können, die die Verschiebungen veranschaulichen, die in Ungarn während des Krieges auf dem Gebiete der Produktion und des Konsums sich geltend machten. Da jedoch dies zur Zeit noch aus mehrfachen Gründen undurchführbar erscheint, begegnet die überzeugende Entkräftung der erörterten Einwendungen großen Schwierigkeiten. Ich bin aber trotzdem der Ansicht, daß es sich lohnen werde, einige wichtigere Gesichtspunkte hervorzuheben. Ich brauche es vielleicht nicht besonders zu betonen, daß Ungarn gegenüber seinen Verbündeten — und insbesondere gegenüber der österreichischen SchwesterNation — niemals von Engherzigkeit geleitet wurde. Wenn auch, zumal anfangs, mehr-minder bedeutende Veräumnisse vorkamen, so arbeiten wir jetzt eifrig daran, sie gutzumachen. Bei der Festsetzung der Rationen für den Verbrauch waren für die ungarische Regierung bloß der thatsächlich unentbehrliche Bedarf und die besonderen Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung maßgebend. Wo trotzdem die Rationen angesichts der thatsächlichen Verhältnisse zu hoch gestellt erscheinen, werden sie einer strengen Revision unterzogen. Ich verweise, um ein Beispiel zu nennen, bloß auf die Herabsetzung der Mehrtionen, die bekanntermaßen gegenwärtig im Gange ist. Was die entbehrlichen Vorräthe betrifft, darf nicht vergessen werden, daß diese fast ausnahmslos zur Deckung des Heeresbedarfes in Anspruch genommen werden. Ungarn hatte ferner in Friedenszeiten aus einzelnen Nahrungsmitteln eine nicht unwesentliche Einfuhr, auf die es während des Krieges völlig verzichten muß. Die Balkanländer haben nicht nur aufgehört, exportfähig zu sein, sondern sind auch in Bezug auf die Deckung des eigenen Bedarfes auf Unterstützung angewiesen. Insbesondere hat die Türkei diesfalls große Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Schwierigkeiten unserer Versorgung mit Milch, Zucker, Kaffee, Petroleum u. sind allgemein bekannt. Die auf dem Gebiete der Fett- und Fleischversorgung eingetretene Erleichterung ist bloß vorübergehender Natur und steht mit der streng durchgeführten neuen Requirirung im engsten Zusammenhange. Die fleischlosen Tage müssen unverändert aufrechterhalten werden.

Was endlich die Maximalpreise betrifft, ist ja bekannt, daß mit Getreide ein starker Schnungel getrieben wird, da es im Auslande zu einem Preise von 100 Kronen verwerthet werden kann gegenüber den in Ungarn festgesetzten Maximalpreisen von 40 bis 41 Kronen.

Zur Beseitigung der zwischen uns und den Oesterreichern bestehenden Mißverständnisse wäre meines Erachtens als wirksamstes Mittel ein engeres und intimeres Verhältniß zwischen den beiden Ernährungsämtern zu schaffen. Dieses ist übrigens bereits der Verwirklichung nahe, da das Budapester, ferner das Wiener und das Berliner Ernährungsamt demnächst ständige Bevollmächtigte zu einander entsenden werden.

^{*)} Aus dem demnächst erscheinenden Heft der von Geheimrath Georg v. Lukács herausgegebenen Zeitschrift „Monarchia“.

**Fleisch- und fettarmer Kriegsküchenzettel
mit Kochvorschriften.**

Von Luise Holle.

Sonntag: Bunte Suppe. Geschmorte Rindfleischrollen (Vorschrift bekannt) mit Rübenküchlein. Salz mit Äpfeln.**Bunte Suppe.** Eine Stange Porree und eine Zwiebel schneidet man in Stücken und brät sie mit etwas Fett durch, gibt 2 Liter Brühe aus Brühwürfeln, zwei feingeschnittene Mohrrüben, 150 Gr. fein geschnittene Stedrüben, 2 Petersilienwurzeln, eine Knolle Sellerie und 50 Gr. Grieß in die Suppe, kocht sie 10 Minuten an und stellt sie 2 Stunden in den Gartocher. Die fertige Suppe wird mit Salz abgeschmeckt und mit etwas gehackter Petersilie gewürzt.**Rübenküchlein.** Man nimmt zu gleichen Teilen gekochte Stedrüben und Kartoffeln, läßt beides völlig austüpfeln und reibt sie durch die Maschine. Unter die Mischung rührt man ein Ei oder Eierspulpulver und soviel geriebene Semmelkrumen, daß man kleine, flache Kuchen formen kann. Man dreht sie leicht in Mehl, legt sie auf eine eingefettete Platte und bäckt sie im heißen Ofen sachtbraun. Sie schmecken vorzüglich und können überall die Stelle von Bratkartoffeln vertreten.**Salz mit Äpfeln.** Sechs Äpfel schält man, befreit sie vom Kernhaus, setzt sie mit einer Flasche Apfelwein, etwas Zitronenschale und 125 Gramm Zucker aufs Feuer, nachdem man

sie in Würfel geschnitten hat, und kocht sie weich, wobei die Äpfelstücke aber nicht etwa zerfallen dürfen. Sie werden mit dem Schaumlöffel aus dem Wein genommen, abtropfen gelassen und mit einem Teil der Boden einer Glasschale bedeckt. In dem Wein löst man 25 Gramm rote Gelatine, gibt ihn durch und gibt so viel über die Äpfel, daß sie bedeckt sind, läßt die Schicht erstarren, füllt wieder Äpfel und Salz hinein und schlägt nun den Rest der Salz mit dem Schaumbesen, bis er dick und schaumig geworden ist. Der Rubinschaum wird erhöht auf die eingefüllten Schichten gehäuft, und der Rest der Äpfel, gröblich gewiegt, obenauf gestreut.

Montag: Braunkohl mit Schweinsniere schnittchen.**Fettlos gekochter Braunkohl.** Der verlesene Braunkohl oder grüne Winterkohl wird 5 Minuten abgekocht, auf einem Durchschlag fest ausgebrückt und dann gehackt. Man vermischt ihn mit gehackten Zwiebeln, gestoßenem Gewürz nach eigenem Geschmack, wenig Salz und in er und gibt ihn in leichte, aus Brühwürfeln bereitete Brühe. Wenn der Kohl halb gar ist, streut man etwas Hafer- oder Gerstenstodden hinein und schmort ihn langsam damit weich. Kurz vor dem Anrichten reibt man ein paar rohe Kartoffeln an den Kohl, der durch diese ein glänzendes Aussehen erhält.**Schweinsniere schnittchen.** 500 Gramm Schweinsniere schneidet man der Länge nach in Scheiben, außerdem wiegt man Zwiebel, Petersilie, etwas Winterendivie und mengt dies mit wenig Salz und Schmalz zusammen, so daß man die Kräutermasse auf feine Semmelschnitten streichen kann, die man kurze Zeit in kalter, leichter Fleischbrühe anfeuchtet. Auf die bestrichenen Semmel-

scheiben legt man 7 Nierenscheiben, bestreut sie mit Salz, bestreicht sie leicht mit verquirltem Eierspulpulver, bestreut sie mit Semmelkrumen und schiebt sie auf einer Backplatte in einen mittelheißen Ofen, in welchem die Nierenschnittchen goldbraun und gar backen müssen.

Dienstag: Fischgulasch mit Kartoffeln in der Schale. Weißbierspeise.**Fischgulasch.** Am besten eignen sich Hecht, Aal oder Zander zu diesem Gericht, man kann aber auch einen fleischigen Seefisch verwenden. Man nimmt 1 Kg. Fisch, richtet ihn vor, schneidet ihn in Stücke und bestreut sie mit Salz. In wenig Fett schwigt man zwei große, kleinwürfelig geschnittene Zwiebeln hellgelb, gibt eine große Messerspitze Paprika und die Fischstücke hinzu, deckt den Topf fest zu und schmort alles, tunlichst ohne Zugabe von Wasser, an heißer Herdstelle weich. $\frac{1}{2}$ Tasse Magermilch vermischt man mit etwas Zitronensaft und Maggis Würze, gibt dies an das fertige Fischgericht, bindet alles mit wenig Kartoffelmehl und kocht die Fischstücke kurz damit durch. Dann muß das Fischgulasch sofort in heißer, vertiefter Schüssel angerichtet werden.**Weißbierspeise.** $\frac{1}{2}$ Liter Weißbier vermischt man mit etwas abgeriebener Zitronenschale, dem Saft einer Zitrone, 150 Gr. Zucker und einem halben Liter klarer Rum oder Arrak. Statt des Zuckers kann auch sehr gut künstlicher Süßstoff genommen werden, da die Speise ohne Kochen bereitet wird. Man löst 5 Blatt weiße und 3 Blatt rote Gelatine unter Rühren in etwas Wasser auf, gibt dies durch ein Sieb zu dem Weißbier und schlägt alles tüchtig durcheinander, bevor man es in eine Glasschüssel zum Erstarren füllt.

17. I. 1917

M2

Verpflegungsvorgen in Oberbayern.

Die Zentralkasse für den Fremdenverkehr Groß-Berlins hielt es für geboten, angesichts der etwas unwirsch anmutenden bayerischen Veröffentlichungen bezüglich des Fremdenverkehrs beim „Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs in München und im bayerischen Hochland“ freundschaftlich anzufragen, was denn der Grund und Zweck jener Veröffentlichungen sei. Die der Zentralkasse zugegangene Antwort, die uns freundlich zur Verfügung gestellt wird, ist auch für unsere Leser von besonderem Interesse und hoffentlich auch geeignet, drohenden Verstimmungen zwischen Nord- und Süddeutschland vorzubeugen. Sie lautet:

München, den 9. Januar 1917.

Ihre gefl. Zuschrift vom 4. d. M. haben wir erhalten und wir danken Ihnen für die damit zum Ausdruck gebrachte freundschaftliche Gesinnung. Die in der norddeutschen Presse verbreitete, uns wohlbelannte Mitteilung, „das Kriegs-Ernährungsamt habe jede Zuschußleistung von Lebensmitteln für den Fremdenverkehr abgelehnt und das bayerische Staatsministerium des Innern habe insolge dessen den Inhabern der Gasthöfe, Fremdenheime usw. nahegelegt, den Fremden künstlich anzuraten, angesichts der Knappheit der Lebensmittel ihren Aufenthalt in Bayern möglichst abzukürzen“, ist gewiß geeignet, Mißstimmung zu erregen und das gute Einvernehmen zwischen Norddeutschland und dem Süden des Reiches zu trüben, ganz besonders dann, wenn in der norddeutschen Presse, wie es da und dort gelegentlich der Verbreitung dieser Mitteilung geschieht, der Anschein erweckt werden will, als ob in Bayern eine fremdenverkehrsfeindliche Strömung bestünde, die das Land gegen den Fremdenverkehr, und insbesondere gegen den Zuzug norddeutscher Gäste absperrten wolle. Davon kann gar keine Rede sein, und gerade die bayerische Staatsregierung läßt es an Versuchen und Bemühungen nicht fehlen, Bayern den Fremdenverkehr, auch jenen aus Norddeutschland, zu erhalten, schon deshalb, weil er für große Teile des Landes von ausschlaggebender wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Der Kernpunkt der ganzen Frage ist nicht, ob Bayern den Fremdenverkehr erhalten will, sondern wie es ihn unter den jetzigen Verhältnissen erhalten kann. Durch die Kontingentierung beinahe aller Lebensmittel, hauptsächlich aber des Fleisches, ist die Ernährung der Bevölkerung des Landes auf das genaueste festgelegt. Jeder Zuzug, der die Bevölkerungszahl vermehrt, erfordert aber ein Mehr an Lebensmitteln, das aus dem Kontingent nicht herausgewirtschaftet werden kann, ohne daß die ortsansässige Bevölkerung in ihrer Ernährung geschmälert wird. Mit Recht wird deshalb gefordert, daß der Mehrbedarf an Lebensmitteln, der sich durch die Zuwanderung fremder Esser zur ansässigen Bevölkerung ergibt, zugewiesen wird. Diese Forderung ist, was Bayern angeht, um so mehr berechtigt, als sein Fremdenverkehr zum weitaus überwiegenden Teil von außerhalb Bayerns, hauptsächlich aus Norddeutschland kommt. Sie ist aber auch angesichts der Vereinheitlichung der Lebensmittelversorgung im ganzen Deutschen Reich durchaus begründet und selbstverständlich, denn in gleichem Maße, wie der Zuzug vieler tausender außer-

bayerischer Gäste nach Bayern dessen Versorgung belastet, wird durch die Abwanderung jener Gäste aus ihrem Heimatwohnsitz dort die Versorgung entlastet. In normalen Zeiten wird es niemand einfallen, für die Ernährung fremder Gäste von jenem Bundesstaat Ersatz zu fordern, aus dem die Gäste kommen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, angesichts der bestehenden strengen Kontingentierung ist dagegen die Forderung nach solchem Ersatz ein Gebot der Selbsterhaltung. Die Konstruktion, daß, wer die wirtschaftlichen Vorteile des Fremdenverkehrs genießen wolle, auch die Lasten der Ernährung der Fremden tragen müsse, ist jetzt unhaltbar geworden. Sie bedeutet schlechterdings eine Verkürzung der Lebensmittelversorgung der ansässigen Bevölkerung eines Bundesstaates zugunsten der Versorgung jenes Bundesstaates, aus dem die Fremden abwandern. Von diesem Gesichtspunkte aus hat die bayerische Staatsregierung fortgesetzt und bei der sich steigenden Lebensmittelknappheit mit immer größerem Nachdruck und Ernst, die Forderung erhoben und vertreten, einen Ausgleich innerhalb der einzelnen Versorgungsgebiete auf der Grundlage der festgestellten Anzahl und der Aufenthaltstage der Fremden zu schaffen, mit anderen Worten, Maßnahmen für den vollen Ersatz der Lebensmittelmengen zu treffen, welche nichtbayerische Fremde während ihres Aufenthalts in Bayern verzehren. Das Kriegs-ernährungsamt in Berlin hat es aber rundweg abgelehnt, einen solchen Ausgleich herbeizuführen. In Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und des Ernstes der Schwierigkeiten, die der Mangel dieses Ausgleiches zeitigen muß, hält es nach wie vor an seinem Standpunkte fest, daß die Ernährung des Fremdenverkehrs Sache der einzelnen Bundesstaaten sei. Ein solcher Standpunkt mag in Rücksicht auf die preußischen Verhältnisse haltbar sein, wo der Fremdenverkehr seiner Natur nach größtenteils innerpreussisch ist, für die bayerischen Verhältnisse, wo bis zu 60 Prozent des Fremdenverkehrs nichtbayerischer Herkunft ist, ist dieser Standpunkt durchaus unhaltbar.

So, wie die Dinge heute liegen, handelt es sich nicht bloß darum, daß Bayern, wenn es infolge der Haltung des Kriegs-ernährungsamtes eine Sperrung des Fremdenverkehrs auszusprechen gezwungen ist, wirtschaftlich außerordentlich geschädigt wird, sondern vielmehr darum, daß zwischen dem Süden des Reiches und Norddeutschland in der Tat eine tiefe Mißstimmung Platz greifen muß, die vom politischen Standpunkte aus gar nicht ernst genug genommen werden kann. Denn man kann es im Süden nicht verstehen, daß in dieser schweren Zeit, in der Deutschland um seine Existenz kämpft, eine führende Stelle im Reich eigensinnig auf ihrem Schein beharrt, anstatt wohlbegründeten und durch die bittere Notwendigkeit gezeitigten Forderungen eines Bundesstaates, der seine Pflicht gegen das Reich stets auf treueste erfüllt hat, nachzugeben.

Soweit die Zuschrift des Münchener Vereins. In der Tat ist nicht abzusehen, warum ein Ausgleich in der Lebensmittelverteilung, wie er von Bayern angestrebt wird, nicht wenigstens in der Hauptreisezeit durchführbar sein sollte. Vielleicht könnte folgender Weg eingeschlagen werden: Jeder, der in den Monaten Mai bis September zu längerem Aufenthalt nach Bayern zu reisen beabsichtigt, hat dies zwei Wochen vorher bei seinen heimischen Lebensmittelstellen anzumelden, die daraufhin seine Lebensmittelkarten auf den betreffenden bayerischen Ort für die angemeldete Aufent-

haltsdauer umzuschreiben und sofort sowohl die bayerische Ortsbehörde wie das Kriegs-ernährungsamt zu verständigen haben. Das letztere hat dann unverzüglich die Zuweisung der auf die nach Bayern überschriebenen Karten entfallenden Lebensmittelmengen an den betr. Ort durchzuführen. Damit wäre die Heimatgemeinde des Reisenden von ihrer Versorgungspflicht diesem gegenüber für die Dauer seiner Abwesenheit entlastet, die bayerische Gemeinde aber in den Stand versetzt, ihrem Gast ohne Beeinträchtigung der Ortsansässigen mit Lebensmitteln zu versorgen.

Ernährungsfragen

ist die andere gemeinnütige Institution, welche die schweren Lasten den städtischen Hausfrauen erträglich zu gestalten sich bemüht. Es ist nicht nur für Ungarn, sondern auch für Wien ein vortreffliches Unternehmen und am besten beweist wohl unsere mühsame Einrichtung der Umstände, daß unsere Mittelstandsküchen schon von vielen auswärtigen Besuchern eingehendst besichtigt wurde und daß nach deren Muster in anderen Städten Ungarns und auch in Wien welche errichtet wurden und werden.

Jeder neue Besuch kann sich nicht genug lobend über die Güte der zubereiteten Speisen und die Größe der Portionen aussprechen. Es ist auch eine von allen Abnehmern anerkannte Tatsache, daß ein vollständiges reichliches Mittagmahl, bestehend aus Suppe, Gemüse und Mehlspeise oder Suppe, Fleisch und Gemüse zu Hause um den Preis von einer Krone, wie es in der Mittelstandsküche bezahlt wird, unmöglich ist herzustellen. Für die taubeselbstlose Zubereitung sorgen auch die Aufstichsdamen, welche abwechselnd einen bestimmten Tag in der Woche "Dienst" machen und welche es sich anlegen sein lassen, den guten Ruf, den sie als vorzügliche Hausfrauen und Köchinnen genießen, in der Mittelstandsküche zu bewahren. Es sind dies: Montag: Frau Adele Kampfmüller, Vizepresidentin der "Unitas"; Dienstag: Frau Dr. Stephan Selenyi, Schriftführerin der "Unitas"; Mittwoch: Fel. Irma von Reichelder; Donnerstag: Frau Julius Zölg, Präsid. Rätin der "Uni-

tas"; Freitag: Frau Adele Feher, Vizepresidentin der "Unitas"; Samstag: Frau Irene Desterreicher und Sonntag: Frau Hedwig Luger in Vertretung von Frau Berta Anna; alle drei Damen Präsidialrätinnen der "Unitas". Als Küchenwirtschaftlerin fungiert Frau Irma Steinbrecher, welche mit den ihr unterstehenden zwei Köchinnen und vier Küchenmädchen alle Agenden der Küche besorgt.

Der große Zuspruch, dessen sich die Küche erfreut, beweist am besten ihre Notwendigkeit. Sichtlich wird es ja mit der Lebensmittelschaffung ärger und wir geben leider Gottes noch schwereren Zeiten entgegen. Darauf müssen wir uns unbedingt gefaßt machen und, sorgenvoll in die Zukunft blickend, haben in den Reihen unserer Verbündeten die leitenden Männer es als geboten erachtet, die Errichtung von Einheitsküchen ins Auge zu fassen. Alle Vorarbeiten für diese Art Küchen sind dort schon im Gange; 32 Kriegsküchen sind z. B. in Wien schon errichtet und neue werden binnen kurzem folgen. Es wird wohl auch in den ungarischen Städten dazu kommen müssen, daß allgemeine Küchen, in welchen sich wohl die Einzelhaushaltungen werden auflösen müssen, geschaffen werden. Nur soll auch auf die alleinstehenden Bedacht genommen werden, damit auch diese die Kost dort einnehmen könnten. Bis heute ist dies leider in unserer Mittelstandsküche noch nicht der Fall; es werden aber seitens des Komitees, an dessen Spitze der ungemein tüchtige und

tatkräftige Stadtrat Herr Eugen Snyeli und die Schreiberin dieser Zeilen stehen, erwogen, wie dem Willen und Drängen so vieler, die in der Mittelstandsküche das Mittagmahl einzunehmen wünschen, entsprochen werden kann und voraussichtlich wird ab 1. Feber ein kleiner Raum zu diesem Zwecke geschaffen sein.

Nicht genug kann unserer Stadtbetretung für die Schaffung der Mittelstandsküche gedankt werden. Denn während diejenigen, welche für ein Mittagmahl nicht mehr als 50 bis 60 Heller ausgeben wollen, aus den dafür vorzüglich eingerichteten Volksküchen es beziehen können, war gerade der Mittelstand, der sich schente, dort sein Mittagmahl einzunehmen oder holen zu lassen (ob aus falschem oder berechtigtem Schamgefühl, sei dahingestellt!) in einer sehr prekären Situation. Das Dienstmädchen, das sich, z. B. früher eine Dienstmädchen zu halten leisten konnte, mußte natürlich bei den so fürchtbar in die Höhe schnellenden Preisen entlassen werden; das stundenlange Anstellen aber um jeden einzelnen Artikel ist für die selbst arbeitende Hausfrau eine Unmöglichkeit, sollen die Kinder und der Haushalt nicht zu sehr leiden. Alle diese Uebelstände entfallen aber für die Frau, die kein Mittagmahl zubereiten muß und schon aus diesem Grunde allein ist die Errichtung von Gemeindefachküchen ein erstrebenswerthes Ziel. Aber auch vom wirtschaftlichen Standpunkt sind sie zu begrüßen, da erwiesenermaßen umso weniger verbraucht wird, je größer die Anzahl ist, für

Die deutsche Kriegswirtschaft.

Von Bruno Buchwald (Berlin) *)

II.

Die Festsetzung von Höchstpreisen gehörte zu den wenigen kriegswirtschaftlichen Maßregeln, die im Prinzip schon im Frieden vorgesehen waren. So lag bereits bei Ausbruch des Krieges dem Reichstag ein „Gesetz betreffend Höchstpreise“ vor. Nur tastend und zögernd hatte es in die schwierige Materie einzureifen wollen. Es bestimmte, daß für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, Höchstpreise festgesetzt werden können. Deren Ueberschreitung wurde mit Strafe bedroht; die Zurückhaltung von Waren mit Beschlagnahme und Zwangsverkauf. Den Landeszentralbehörden und den von ihnen bestimmten Behörden wurde die Befugnis zugesprochen, die erforderlichen Anordnungen und Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Daraus geht schon hervor, daß man ursprünglich nur an die Festsetzung von Höchstpreisen durch die Lokalbehörden, Landräte, Kommunen usw. dachte. Tatsächlich sind auch bereits im August des Jahres 1914 von verschiedenen Städten für den Kleinhandel Höchstpreise festgesetzt worden; hauptsächlich für Nahrungsmittel, bei denen von vornherein jede als unberechtigt erscheinende Preissteigerung aus sozialpolitischen Gründen verhütet werden sollte. Auch eine Reihe von Militärbehörden ordnete Höchstpreise an, wozu sie sich auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand für berechtigt hielt. Bald jedoch zeigte sich, daß diese lokalen Höchstpreise ihre Wirkung verfehlen mußten. Der Mangel einer einheitlichen Durchführung in allen Orien des Reiches hatte zur Folge, daß die Waren an den Stellen, wo sie dem Höchstpreis unterlagen, auf gekauft und dorthin verkauft wurden, wo ein höherer Preis erzielbar war. Die Plätze, an denen die Höchstpreise galten, waren daher weit schlechter versorgt als die übrigen. Aus diesem Grunde wurde bereits im Oktober 1914 eine Erweiterung des Gesetzes vorgenommen. Der Bundesrat wurde ermächtigt, einheitlich für das ganze Reich Höchstpreise zu normieren; die bisher zu deren Festsetzung befugten Behörden durften nur einreisen, soweit der Bundesrat von seinem Recht keinen Gebrauch machte. Noch am Ende des Jahres 1914 wurden auf Grund dieser Verordnung für die wichtigsten Getreidearten, Futtermittel, Kartoffeln und Ruder, sowie für einige Rohstoffe, insbesondere für Metalle, Höchstpreise erlassen. Sie erstreckten sich nicht nur auf den Kleinhandel, sondern auch auf den Erzeuger und den Großhandel. In rascher Folge wurde im Jahre 1915 der Kreis der Höchstpreispflichtigen Waren erweitert, in der Hauptsache wieder für Lebensmittel — so für Butter, Milch, Schweine, Felle und Fette, Gemüse und Obst, Marmeladen, Honig usw. —, wie auch für notwendige Rohstoffe oder Erzeugnisse, zum Beispiel Chemikalien, Militärartikel usw. Mit der Festsetzung von Höchstpreisen bezweckte man zunächst nur, eine wucherische Preisbildung auszuschließen, wollte aber die Ware dem freien Handel überlassen. Soweit an die Stelle des freien Marktes später die öffentliche Bewirtschaftung trat, das heißt die planmäßige Entgegnung und die Verteilung der Waren an die Verbraucher durch Reichsbehörden oder vom Reiche gearündete und kontrollierte sogenannte Kriegsgesellschaften, vermochten diese Stellen auch ohne gesetzliche Höchstpreise wirksam in die Preisbestimmung einzugreifen. Soweit ihr Monopol reicht, können sie die Preise bestimmen. Da jedoch, wie noch später ausgeführt werden wird, sich die öffentliche Bewirtschaftung häufig nur auf einen Teil der betreffenden Warenart erstreckt, so blieb die Notwendigkeit, übertriebenen Steigerungen durch Höchstpreise entgegenzutreten, für den der Bewirtschaftung nicht unterworfenen Teil der Waren immer noch bestehen. Denn gerade diese Mengen pflegten, da die öffentliche Bewirtschaftung gleichzeitig die Rationierung, also die Zuteilung bestimmter Mengen pro Kopf der Bevölkerung vorsieht, zu wucherischen Preisen an die Bevölkerung abgesetzt zu werden. Auch wird der Höchstpreis für öffentlich bewirtschaftete Waren vollends nicht überflüssig sein, weil die Bewirtschaftung nicht die Abgabe an den Konsumenten umfaßt. Diese Ware wird vielmehr durch die Kommunen dem freien Handel oder Handwerk zugeführt.

Die Einwendungen, die gegen die Höchstpreise erhoben wurden, gehen zum Teil von allgemeinen Gesichtspunkten aus, teilweise beschränken sie sich auf die Art ihrer Feststellung. In die erste Kategorie fällt namentlich die Behauptung, daß eine Vermehrung der Produktion, die infolge der Knappheit in erster Reihe notwendig ist, durch die Höchstpreise erschwert werde. Dieser Einwand klingt sehr verlockend. Ihm kann aber dennoch nicht zugestimmt werden. Es ist in keinem Fall bekannt geworden, daß tatsächlich die Ausdehnung der Produktion durch die Höchstpreise verhindert wurde. Bei dem starken Interesse des Staates an einer möglichst großen Erzeugung würde übrigens auch die Festsetzung von Höchstpreisen einer solchen Bewirtschaftung nicht entgegenstehen. Der Staat ist jederzeit in der Lage, aus freien Stücken dem einzelnen Unternehmer Unterstützungen zu gewähren; ein Weg, der für die Volkswirtschaft vorteilhafter ist als eine schrankenlose Preisbemessung. Dazu kommt, daß die Höchstpreise in den meisten Fällen schon so hoch sind, daß sie auch bei teuren Selbstkosten die Erzeugung nicht hindern. Noch ein anderer Einwand, und zwar einer, der in der ersten Kriegszeit mit dazu beigetragen hat,

bei der Einführung von Höchstpreisen Zurückhaltung zu üben, hat sich als nicht stichhaltig erwiesen. Es wurde behauptet, daß gerade ungehemmte Preissteigerungen zu einer Einschränkung des Verbrauches führen und somit den Warenmangel auszugleichen imstande sind. Dieser Gedanke ist schon aus sozialen Gründen zu verwerfen, denn er würde den besonders Begüterten die Anschaffung von Waren ermöglichen, die der großen Mehrheit verlagert bleibt.

Was mit Recht heute gegen die Höchstpreise angeführt werden kann, das ist die Art ihrer

Verneinung. ~~Staus~~ ~~in~~ ~~zur~~ ~~die~~ ~~von~~ ~~betroffenen~~ ~~Erwerb~~ ~~kreise~~ ~~wie~~ ~~für~~ ~~die~~ ~~Allgemeinheit~~ ~~unerwünschter~~ ~~als~~ ~~eine~~ ~~Veränderung~~ ~~des~~ ~~Höchstpreises~~ ~~nach~~ ~~verhältnismäßig~~ ~~kurzer~~ ~~Zeit~~. Das gilt namentlich von einer Erhöhung; wird eine solche erst einmal vorgenommen, so gibt sie den Erzeugern oder Händlern anderer Waren Grund zu der Erwartung, daß sie auch für ihr Produkt bald einen höheren Preis erzielen werden. Andererseits läßt es sich aber zuweilen nicht vermeiden, daß der einmal festgesetzte Höchstpreis eine Korrektur erfahren muß. Es kann im Laufe des Krieges eine so erhebliche Verteuerung der Produktionskosten eintreten, daß die Voraussetzungen, von denen bei der Normierung des Höchstpreises ausgegangen wurde, nicht mehr zutreffen. Besonders gilt dies, wenn gleichzeitig für ein Rohmaterial oder Halbprodukt und für das Fertigprodukt Höchstpreise ermittelt werden sollen.

Es ist ferner oft bemängelt worden, daß Höchstpreise zu spät festgesetzt wurden; erst zu einer Zeit, als bereits die Preise des freien Marktes erheblich gestiegen waren. Diese Kritik ist sicherlich vielfach berechtigt. Aber auch hier muß berücksichtigt werden, daß erst durch die lange Dauer des Krieges die notwendigen Erfahrungen gesammelt werden konnten. Die Gründung des Kriegsernährungsamtes hat, so wenig es im allgemeinen die Hoffnungen weiter Volksschichten erfüllte, in bezug auf die Preispolitik manche Besserung gebracht. Indem das Kriegsernährungsamt die Preispolitik für alle inländischen Lebens- und Futtermittel zu seiner Aufgabe macht, kann es im einzelnen die Berechtigung der Höchstpreise zueinander einer Prüfung unterziehen. Auf diese Weise kann es zum Beispiel verhindern, daß eine Höchstpreispflichtige Ware — wie es zum Beispiel bei der Butter der Fall war — dem Verderben ausgesetzt wird, um sie zu anderen Zwecken teurer zu verkaufen.

Trotz aller Mängel, die des Höchstpreissystems erkennen ließ, hat es sich doch im großen und ganzen bewährt. Die Schattenseiten dieser Kriegsinstitution sind jedoch groß genug, um sie in dem Augenblick wieder verschwinden zu lassen, wo eine freie Anpassung der vorhandenen Warenmenge an deren Bedarf möglich ist.

*) Siehe Nr. 5198 vom 12. D.

in Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fett und Milch sowie in Petroleum und Kohle herrschende Knappheit und betont, daß auch hier dringendste Abhilfe notwendig sei.

Obmannstellvertreter Oberkurator v. Steiner, der den Vorsitz übernommen hatte, macht den Vorschlag, die Debatte nach vier Gruppen abzuführen, und zwar Erzeugung, Erfassung der Vorräte, Preisregelung und Verteilung.

Der Kartoffelmangel.

Bürgermeister Dr. Böhlhelm (Mährisch-Schönberg) erklärt, daß die zur Abgabe gelangenden deutschen Kohlrüben durchaus nicht als Ersatz für Kartoffeln betrachtet werden können. Der andauernde Mangel an Kartoffeln könnte zu unangenehmen Konsequenzen führen, und es wäre deshalb bei der Vorgesprache beim Ernährungsminister darauf besonderes Gewicht zu legen. Der Redner wünscht schließlich eine möglichst genaue Umschreibung des Begriffes „Hamstern“.

Die Erfassung der Vorräte.

Bürgermeister Bornemann (Aussig) bezeichnet es als sehr wichtig, daß es gelinge, die landwirtschaftlichen Produkte vom Erzeuger, so weit er deren nicht unbedingt bedarf, in möglichst vollständigem Ausmaß zu erlangen. Viele Landwirte fürchten aber, daß man ihnen auch die Soaifkartoffeln wegnimmt. Da den Gemeinden nicht genügende Mengen von Nahrungsmitteln von den verschiedenen Zentralstellen zur Verfügung gestellt werden, werden sie oft gezwungen, die Höchstpreise zu übertreten.

Bürgermeister Tschel (Budweis) besprach sodann die sinkende Milchproduktion, die abgesehen von der Schlachtung der Kühe, durch das schlechte Futter verursacht wird. Durch Ueberlassung von Kraftfutter wäre die zwei- bis dreifache Menge von Milch bei den Kühen zu erzielen.

Bürgermeister Dr. Weislichner: Es handelt sich nicht nur darum, die Nahrungsmittel im eigenen Lande zu erfassen, sondern es müsse auch ein großer Wert darauf gelegt werden, daß auch in den okkupierten Gebieten die Nahrungsmittel in zweckmäßiger Weise erfasst und alle jene Quantitäten, die von der Militärverwaltung nicht benötigt werden, der Zivilbevölkerung überlassen werden. Wir müssen also vom Ernährungsminister verlangen, daß die Vorräte, die in genügenden Mengen in den okkupierten Ländern vorhanden sind, auch dem Hinterlande zugänglich gemacht werden.

Die Dotierung der Industriearbeiter.

Bürgermeister Dr. Weislichner sagt, daß das vom Vertreter der Stadt Aussig angeordnete Streben, die Kriegsindustriellen Arbeiter bei der Rationierung in einem eigenen Verband zusammenzuschließen, kein Geheimnis mehr sei. Durch diese in Aussicht genommene Maßregel werden den Gemeinden Schwierigkeiten bereitet. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn die Regierung oder die Militärverwaltung Wert darauf legen, die genannten Betriebe besonders zu versorgen, die strikte Forderung aufgestellt werden müsse, daß eine gleichmäßige Dotierung erfolge.

Des weiteren betont Redner die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Handhabung der Höchstpreise in den beiden Reichshälften. Die Höchstpreise müssen systematisch verordnet werden und dürfen nicht lokaler Natur sein.

Amtsrat Dr. Valentin (Marburg) gibt der Meinung Ausdruck, daß es unbedingt notwendig sei, der Spekulation und Preistreibererei an den Leib zu gehen.

Die Gewinne der Kontrahenten.

Hg. Pachter regt an, daß der Bund der deutschen Städte ebenso wie der Deutsche Nationalverband die Rechnungslegung der Zentralstellen verlange. Redner führt Fälle von Preissteigerungen an und weist darauf hin, wie sich die Zentralbehörden zum Beispiel bei Leder, Zucker usw. in den genannten Fällen verhalten hätten. Redner teilt mit, daß im Handelsministerium ein Petroleumbeirat gegründet werde. Des weiteren betont er, daß die Hoffnungen, die man an die Gründung des Ernährungsministeriums knüpfte, nicht so rosig seien, da die Frage der Kompetenzen durchaus noch nicht hinwegfalle.

Die Entschlieung.

Es wurde sodann folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs begrüßt die von ihm wiederholt geforderte Errichtung eines I. L. Amtes für Volksernährung und die Bekleidung des Präsidenten dieses Amtes mit dem Rang eines Ministers. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Amte für Volksernährung gelingen wird, alle Maßnahmen zu treffen, damit die vorhandenen Vorräte an Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsartikeln in der geeignetsten und gerechtesten Weise verwendet werden. Zu diesem Behufe werden insbesondere folgende Forderungen gestellt:

1. Erzeugung. Es sind rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, damit die Ertragsfähigkeit des Bodens im höchsten Maße ausgenutzt und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in diesem und im nächsten Jahre gewährleistet werde. Hierbei ist der Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und Zugtiere sowie auch der Bereitstellung der Futtermittel zu angemessenen Preisen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

2. Erfassung der Nahrungsmittel. Die bestehenden Verordnungen sind streng durchzuführen, gegen Anhäufung von Nahrungsmitteln zu Spekulationszwecken und gegen die Hamsterei sind die noch notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Alle unentbehrlichen Nahrungsmittel sind unter Sperre zu legen, ein Anbotswang der Käufer ist festzustellen, und wo es nötig ist, muß mit der Beschlagnahme vorgegangen werden.

3. Preisregelung. Die Einhaltung der gesetzlich festgestellten Höchstpreise ist sorgfältig zu überwachen. Es muß aber auch für die Möglichkeit der Einhaltung der Höchstpreise dadurch gesorgt werden, daß die Verordnungen über die Höchstpreise in ein System gebracht werden, das vom Erzeuger bis zum letzten Verkäufer reicht, jedem, der in gesetzlicher und notwendiger Weise zur Verteilung der Waren beiträgt, einen bürgerlichen Gewinn sichert und den Kettenhandel ausschaltet. Bezüglich der Preisbildung ist auch durch Eindämmung des Banknotenumlaufes dafür Sorge zu tragen, daß der Wert des Geldes gebessert werde und damit ein systematischer Abbau der Preise aller Bedarfsartikel erfolge.

4. Verteilung. Die durch die behördlich legitimierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel und Bedarfsartikel müssen allen Ländern und allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden, wobei die notwendige Bevorzugung der Schwerarbeiter ausreicht. Doppelversorgungen sind auch in allen öffentlichen Auspeiseanstalten streng zu vermeiden. Bei den vom Staat eingesetzten Approvisionierungsstellen ist auf möglichste Verbilligung der Verwaltungsbeirichtungen hinzuwirken und es sind diese Stellen zur öffentlichen Rechnungslegung zu verpflichten. Die Verteilungspläne müssen über-

1917

11
Hörte 153

207-1917

154

Unbenützte Nahrungsmittel.

Unter dem Titel „Was alles nicht gegessen wird!“ bringt die Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens folgende Mitteilung von Franz Josef Friedrich:

Die stetige Zunahme der Menschheit stellt naturgemäß auch an die Herbeischaffung von Lebensmitteln erhöhte Anforderungen, und man sollte glauben, daß die Bevölkerung schon um einer Preissteigerung zu begegnen, zu neuen Nahrungsmitteln greifen würde, die sie bis jetzt aus irgendwelchen Gründen heranzuziehen verschmäht hat. Dies ist indessen nicht der Fall. Ein konservativer Zug im Volke läßt eher die Einfuhr fremder Bodenerzeugnisse zu, als daß die Hilfsmittel der engeren Heimat ausgenützt würden. Gute und schmackhafte Kost, die oft in Hülsen und Rinde vorhanden ist, wird aus Vorurteil oder Unkenntnis verschmäht, wie dies beispielsweise mit dem Kaninchen- und Pferdefleisch der Fall ist. Und wie viele gibt es, die es über sich bringen, ein Eichelhäuschen zu verschlingen? Und doch liert unsere ganze Tierwelt keinen zarteren, schmackhafteren Braten als eben unser heimliches Meßchen, auf das übrigens unsere Vorkoste nicht gerade am besten zu sprechen sind.

Aber auch die Pflanzenwelt birgt so manche Schätze, die nur von wenigen gehoben werden. Von mehrliefernden Gewächsen ist da in erster Linie die Rostkastanie (*Aesculus hippocastanum*) zu erwähnen. So bitter ihre Früchte schmecken, so liefern sie doch, gemahlen und zur Entfernung des Bitterstoffes mit Alkohol behandelt, ein treffliches und äußerst nahrhaftes Mehl, das sich wie jedes andere verwenden läßt und massenhaft und billig herzustellen wäre. Desgleichen geben die Samenkörner der Schwade (*Festuca poa*) gutes Mehl und Grütze, ebenso die Fruchtkerne der Wasserfuß (*Trapa natans*). Nebenbei sei bemerkt, daß die Rentierflechte (*Cladonia rangiferina*), das isländische Moos (*Cetraria islandica*) und die Beeren des Vogelbeerbaumes (*Sorbus aucuparia*) hier und da mit Mehl vermischt zum Brodbaden verwendet werden.

Ganz gleichwertig dem Spinat, wenn nicht noch besser, schmecken die zarten Blätter der Hundsmelde (*Chenopodium bonus Henricus*) und der Brennnessel (*Urtica urens*), während die Sprossen des gemeinen Meerkohls (*Crambe maritima*) den Kohl vollständig zu ersetzen vermögen. Auch die knollige Wurzel von Topinambur (*Helianthus tuberosus*) ist essbar, und bekanntlich werden die Blütenstände des Solunders in manchen Gegenden gebacken gegessen, während man aus den reifen Beeren Mus und Suppe bereiten kann. Wie Spargel schmecken ferner die jungen Blätter der Farnkräuter und die jungen Triebe des Hopfens (*Humulus lupulus*). Auch die Blätter der Bichorie (*Cichorium intybus*) bieten ein gutes Gemüse und sind übrigens auch als Salat essbar. Salat läßt sich auch noch aus den Stengeln und Blättern des Boretsch (*Borrago offic.*), aus der gebackten Wurzel der

gelben Kobunzelblume (*Oenothera biennis*), aus den gelbrotten Blumen der Kapuzinerkresse (*Tropaeolum majus*), aus den jungen Blättern des Löwenzahnes (*Taraxacum offic.*), den Fruchtböden der Eberwurz (*Carlina acaulis*), den Blüten der Becherblume (*Poterium sanguisorba*), aus den Trieben des Mäusebarns (*Buscus aculeatus*), aus dem Röllkraut (*Cochlearia offic.*) u. a. m. bereiten.

Noch genießbar sind die Beeren des Erdbeerspinats (*Blitum capitatum*), die kleinen Wurzelknollen des Cypergrases (*Cyperus esculentus*), die Frucht der Wasserfuß (*Trapa natans*), die gelbe schuppige Zwiebel des Türkenbundes (*Lilium martagon*), der Fruchtboden des Nierenbaumes (*Anacardium occidentale*), der Samen der Käsepappel (*Malva rotundifolia*), die Früchte des Weißdorns (*Crataegus*), die Knollen der Ackerfuß (*Lathyrus tuberosus*) die Frucht des Erdbeerbaumes (*Arbutus unedo*) usw.

Auch Gewürze fehlen in unserer heimischen Flora nicht. Da gibt es den milden Schwarzkümmel (*Nigella arvensis*), den Waldmeister, den Sauerampfer (*Rumex acetosa*), den scharfen Meerpeffer (*Sedum acre*), die Becherblume (*Caltha palustris*), deren Blütenknospen den Kapern gleichkommen, das Wöhnenkraut (*Satureja hortensis*), Wacholderbeeren und noch verschiedene andere.

Del liefern die Samenkörner der Ampferfuß (*Staphylaea pinnata*), die Rotbuche und der Rußbaum.

Aber auch mit Kaffeesurrogaten, und nicht gerade den schlechtesten, versorgt uns Wald und Flur. So gibt der kleine Wurzelknollen des Hypernraes geröstet ganz guten Kaffee, desgleichen der Same der Kaffeewide (*Astragalus halleicus*), und die Beere des Solunders. Daß Eichel und Zichorie seit langem dazu verwendet werden, ist bekannt.

Einen ausgezeichneten aromatischen Tee können wir uns aus den frischen Blättern der Erdbeere bereiten, aber auch jene der Brombeere, des Alpenragant (*Astragalus alpinus*), der Spierstaude (*Spiraea ulmaria*) und des Maiss sind dazu zu verwenden.

Alkoholische Getränke sind so ziemlich aus allen zuderhaltigen Früchten zu erzeugen, und tatsächlich werden hier und da Stachelbeeren, Johannisbeeren, Schwarzebeeren, Preiselbeeren, Brombeeren, Äpfel, Birnen, Kornelkirschen dazu benützt. Aber auch aus dem Saft der Birke kann man ein dem Champagner ähnliches Getränk fabricieren; desgleichen wird der Saft der Berreiche (*Quercus cerris*) getrunken.

Den notwendigen Zucker stellt uns der Ahorn, namentlich der Zuckerahorn, zur Verfügung, dessen eingedickter Saft in manchen Gegenden Nordamerikas ausschließlich zu diesem Zweck benützt wird und dort den Rohzucker ganz verdrängt hat.

Als Ersatz für Tabak wird eine Anzahl von Pflanzen herangezogen, namentlich aber die Blätter des Ruckbaumes, der Erdbeere, der Eiche, des wilden Sumachs (*Rhus*),

der Weichleirische, der Sonnenblume, des Maulbeerbaumes, der Kornelkirsche, der Buche, des Maiss, des Baldrian, der Brennnessel, des Sauerampfers, des weißen Steinklee usw. geraucht, während Rosenblätter, Waldmeister, Zungenkraut, Bönne meist als Tabakwürze dienen.

Und damit wir uns nach der Mahlzeit auch die Hände waschen können, stellt uns das heimische Seifenkraut (*Saponaria offic.*) seine Wurzel als Seife zur Verfügung.

Wie wir aus dieser kleinen, nichts weniger als vollständigen Zusammenstellung erkennen, bieten uns Wald und Feld gar vieles Gute, das leider größtenteils unbeachtet und unbenützt bleibt. Und doch handelt es sich oft nicht um Surrogate, sondern um wertvolle Nahrungsmittel, die vielfach wild, als Unkraut gedeihen, oder sich mit wenig Mühe dem Gemüsegarten einverleiben lassen. Da gilt es nicht, landfremde Pflanzen unserem Klima anzupassen, wir haben bodenständige Gewächse vor uns, und alles, was wir zu tun haben, wäre eigentlich nur — sie zu benützen.

Beratung der deutschen Städte Oesterreichs.

Ernährungsangelegenheiten.

Gestern nachmittags fand im Gemeinderatsitzungs-saal des Wiener Rathhauses eine stark besuchte Sitzung des erweiterten Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt. Gegenstand der Beratung waren ausschließlich Ernährungsfragen. Vor der Ausschusssitzung fand eine Sitzung der Geschäftsleitung statt, in welcher eine Reihe dringender Fragen besprochen wurde.

Die Sitzung des erweiterten Ausschusses wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet. Das Präsidium des Bundes erlaubt sich, jenen Kollegen, welche vom Kaiser ausgezeichnet wurden, die wärmsten Glückwünsche auszubringen. Bei der Aulienz, welche der Wiener Gemeindevertretung vom Kaiser gewährt wurde, hatte Seine Majestät die Güte, die außerordentliche Tätigkeit der Stadtverwaltungen im Kriege anzuerkennen. Wir können mit Stolz auf diese Auszeichnungen blicken, die uns ein Ansporn sein werden, auch weiter unsere besten Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Suldigung für den Kaiser.

Der Bürgermeister gedachte sodann des Kaisers und beantragte nachstehendes Telegramm abzusenden:

„Einhundertfünfzig deutschösterreichische Städte und Märkte, welche im Bund der deutschen Städte Oesterreichs vereinigt sind und deren Vertreter sich heute zum erstenmal seit dem Regierungsantritte Eurer kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät versammelten, erneuern das Gelübnis unverbrüchlicher Liebe und Treue zu Kaiser und Reich. Sie danken Euer Majestät auf das ehrfürchtvollste für das von edelster Menschlichkeit zeugende Friedensangebot, nach dessen übermütiger Zurückweisung durch die Feinde wir im Verein mit unseren bewährten Bundesgenossen kämpfen werden bis zum endgiltigen Siege. Die deutschen Städte Oesterreichs, seit Kriegsbeginn eifrig bemüht, den ihnen erwachsenen neuen großen Aufgaben und verantwortungsvollen Pflichten gerecht zu werden, werden auch in Zukunft durch Anspannung aller Kräfte in ihrem Wirkungsbereich dazu beitragen, daß wir durchhalten bis der ehrenvolle Friede für unser Vaterland erkämpft ist.“

Die Versammlung hatte durch Erheben von den Sitzen ihre Zustimmung erteilt.

Die Aufgaben der Stadtverwaltungen im Kriege.

Der Obmann der Geschäftsleitung Reichsrats-Abgeordneter Kraft erstattete sodann Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsleitung, die sich hauptsächlich mit Approvisionierungsfragen befaßt. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete sind den Bürgermeistern am besten bekannt. Sie haben ihren Grund nicht allein in der Knappheit der im Inlande vorhandenen Nahrungsmittel, sondern auch darin, daß es immer noch nicht gelungen ist, die vorhandenen Vorräte zu erfassen und in einer den Interessen der Allgemeinheit entsprechenden Weise zu verteilen. Die Schaffung des Amtes für Volksernährung begrüßen wir mit Freude und wir hoffen, daß die Ausgestaltung dieses Amtes dadurch, daß dessen Präsident den Rang eines Ministers bekleidet und Er. Majestät dem Kaiser unmittelbar Vortrag erstatten kann, gute Früchte zeitigen wird. Aber durch die Verzögerung dieser Maßregel, welche der Städtebund und viele andere Faktoren des öffentlichen Lebens schon vor mehr als Jahresfrist forderten, ist viel kostbare Zeit versäumt worden, die Vorräte sind knapper geworden, die Lebensmittelpreise haben infolge des unerlösten Wuchers eine für weite Kreise der Bevölkerung katastrophale Höhe erreicht, die Transportbeschwerden sind so groß wie noch nie, kurz, es wird hier ganzer Arbeit bedürfen, um in die Volksernährung jene Ordnung zu bringen, welche nötig ist, damit das Durchhalten im Hinterland gesichert sei. Für die Städte ist es im Laufe der Zeit immer schwerer geworden, die Nahrungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, denn sie sind von den Zentralstellen abhängig, deren Zuteilungen den Bedürfnissen nicht entsprechen. Sozusagen automatisch hat der Bund begonnen, sich mit der Vermittlung von Approvisionierungsartikeln an seine Mitglieder zu beschäftigen. Auf Vorschlag des Magistratsdirektors Grüner aus Troppau wird eine Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte Oesterreichs als Gewerkschaft m. b. H. gegründet werden, die zwar im Einvernehmen und mit Unterstützung des Bundes, in übrigen aber selbständig zu arbeiten haben wird. Die Einkaufsstelle, jetzt ein Kind der Not, soll in Zukunft ein wichtiges Instrument für die Städteapprovisionnement werden. Eine Abordnung des Bundes wird sich zum Minister für Volksernährung begeben, um ihm die Ergebnisse der heutigen Erörterung zur Kenntnis zu bringen.

Bürgermeister Dr. Schnitzler (Brünn) erörtert die einzelnen Punkte der Entschließung. Redner betont, daß wir auf die Erzeugung aller notwendigen Bedarfsartikel unser größtes Augenmerk lenken müssen, weil ja die Einfuhr immer schwieriger wird. Weiter wendet sich der Redner gegen die Anhäufung der Nahrungsmittel zu Spekulationszwecken und gegen die Hamstererei. Unangenehm notwendig sei auch ein Anbotzwang der Eigentümer und

die Vorräte unter Sperre zu legen. Redner wendet sich gegen die Festsetzung von lokalen Höchstpreisen. Ein Inzangefassen des Abbaues der Preise sei schon heute unbedingt notwendig. In seinen weiteren Ausführungen vertritt der Redner bekannte Konsumtenforderungen auf gerechte Verteilung der Lebensmittel, dann Einräumung stärkeren Einflusses an Gemeindeverwaltungen beim Zustandekommen von Verordnungen u. dgl.

Obmannstellvertreter Oberkurator v. Steiner, welcher den Vorsitz übernommen hat, machte den Vorschlag, die Debatte nach vier Gruppen abzuführen, und zwar Erzeugung, Erfassung der Vorräte, Preisregelung und Verteilung.

Die Vorräte -- kein Ersatz für Erdäpfel.

Bürgermeister Dr. Boelheim (Mährisch-Schönberg) erklärt, daß die zur Abgabe gelangenden deutschen Rohrüben durchaus nicht als Ersatz für Kartoffeln betrachtet werden können. Der andauernde Mangel an Kartoffeln könnte zu unangenehmen Konsequenzen führen und es wäre deshalb bei der Vorschau beim Ernährungsminister darauf besonderes Gewicht zu legen. Der Redner wünscht schließlich eine möglichst genaue Umschreibung des Begriffes „Hamstern“.

Bürgermeister Bornemann (Aussig) bezeichnet es als sehr wichtig, daß es gelinge, die landwirtschaftlichen Produkte vom Erzeuger, soweit er deren nicht unbedingt bedarf, in möglichst vollständigem Ausmaße zu erlangen. Viele Landwirte fürchten aber, daß man ihnen auch die Saatkartoffeln wegnimmt. Da den Gemeinden nicht genügende Mengen von Nahrungsmitteln von den verschiedenen Zentralstellen zur Verfügung gestellt werden, werden sie oft gezwungen, die Höchstpreise zu übertreten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Nahrungsmittel müssen nicht nur im eigenen Lande erfährt werden, sondern auch in den okkupierten Gebieten, sofern sie die Militärverwaltung nicht benötigt. Die Stadt Wien hat versucht, aus russisch-polen verschiedene Artikel zu beziehen. Nur mit Mühe ist es gelungen, daß uns drei Kreise zugewiesen wurden, aus denen wir Eier beziehen können. Nunmehr verlaufe, daß die Eierversorgung in die Hände einer Zentralstelle gelegt werden soll. Jetzt, nachdem wir die Sache organisiert haben und der Apparat gut funktioniert, kommt eine Zentralstelle, welche sich als Zwischenglied einschleibt. Wir müssen also vom Ernährungsminister verlangen, daß die Vorräte die in genügenden Mengen in den okkupierten Ländern vorhanden sind, auch dem Hinterlande zugänglich gemacht werden. Wenn über den Waggonmangel geklagt wird, so müssen wir uns vor Augen halten, daß ein solcher schon im Frieden bestanden hat. Nachdem diesem Uebelstand augenblicklich nicht abgeholfen werden kann, so muß getrachtet werden, daß eine möglichst zweckmäßige Disposition der Waggons plakretse. Der Vorschlag ist auch für die bevorstehende Verkehrsbeschränkung auf den Wiener Straßenbahnen beachtenswert. — (Red.)

Die Klagen der Grager.

Amtdirektor Dr. Plochl (Graz) weist darauf hin, daß es den Gemeinden ermöglicht werden müsse, durch Beistellung von Futtermitteln die Milchproduktion in eigener Regie zu führen und zu heben. Redner klagt über die Versorgung der Stadt Graz mit Kartoffeln, die zum größten Teile aus Galizien bezogen werden müssen und meist in schlechtem Zustande in Graz ankommen.

Diesseits und Jenseits.

Bürgermeister Graf (Bruck a. d. Weitha) gibt ein Bild über die Verpflegungsverhältnisse in diesem Orte; diese Stadt ist keineswegs besser versorgt, im Gegenteil, in manchen Belangen sei sie noch schlechter daran. Es werde sehr viel Ware nach Ungarn verschleppt, es werde aber andererseits mit großer Schärfe darüber gewacht, daß nichts von Ungarn nach Oesterreich herinkomme. Auch er bespricht den schädlichen Kettenhandel.

Bürgermeister Dr. Homma (Znaim), Bürgermeister Dr. Kiegelhofer (Waidhofen a. d. Ybbs) und Bürgermeister Lamussino (Mödling) besprechen eine Reihe von Detailfragen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner

sagt, daß das vom Herrn Vertreter der Stadt Aussig angeordnete Streben, die kriegsindustriellen Arbeiter bei der Rektionierung in einem eigenen Verbande zusammenzuschließen, kein Geheimnis mehr sei. Dieses Bestreben gelte auch auf die in den kriegsindustriebetrieben angeführten Beamten und Arbeiter. Durch diese in Aussicht genommene Maßregel werden den Gemeinden Schwierigkeiten bereitet. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn die Regierung oder die Militärverwaltung Wert darauf legen, die genannten Betriebe besonders zu versorgen, die strikte Forderung aufgestellt werden müsse, daß eine gleichmäßige Distribution erfolge. Ferner betont Redner die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Handhabung der Höchstpreise in den beiden Reichshälften, die Höchstpreise müssen systematisch verordnet werden und dürfen nicht lokaler Natur sein.

Amisrat Dr. Walentin (Marburg) tritt für die Einstellung eigener Beamter in größeren Konsumzentren ein, die sich mit der Bekämpfung von Spekulation und Preiserei befaßen hätten.

Reichsratsabgeordneter Bachor regt an, daß der Bund der deutschen Städte ebenso wie der Deutsche Nationalverband die Rechnungslegung der Zentralstellen verlange. Redner führt Fälle von Preissteigerungen an und weist darauf hin, wie sich die Zentralbehörden z. B. bei Leder, Zucker usw. in den genannten Fällen verhalten hätten. Redner teilt mit, daß im Handelsministerium ein Petroleumbeirat gegründet werde. Des

weiteren betont er, daß die Hoffnungen, die man an die Gründung des Ernährungsministeriums knüpfte, nicht so rosig seien, da die Frage der Kompetenzen durchaus noch nicht hinwegfalle.

Reichsratsabgeordneter Kraft setzt das Verhältnis zwischen Waren und Geld auseinander.

Die Entschließung.

Es wurde sodann folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs begrüßt die von ihm wiederholt geforderte Errichtung eines Reichsamtes für Volksernährung und die Bekämpfung des Preiswuchers. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Amt für Volksernährung gelingen wird, alle Maßnahmen zu treffen, damit die vorhandenen Vorräte an Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsartikeln in der geeignetsten und gerechtesten Weise verwendet werden. Zu diesem Behufe werden insbesondere folgende Forderungen gestellt:

1. Erzeugung. Es sind rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, damit die Ertragsfähigkeit des Bodens im vollsten Maße ausgenutzt und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in diesem und im nächsten Jahre gewährleistet werde. Hierbei ist der Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und Zugtiere, sowie auch der Bereitstellung der Futtermittel zu angemessenen Preisen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

2. Erfassung der Nahrungsmittel. Die bestehenden Verordnungen sind strengere durchzuführen, gegen Anhäufung von Nahrungsmitteln zu Spekulationszwecken und gegen die Hamsterei sind die noch notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Alle unentbehrlichen Nahrungsmittel sind, soweit dies noch nicht geschehen ist und ihre Natur es zuläßt, unter Sperre zu legen, ein Anbotzwang der Eigentümer ist festzustellen und wo es nötig ist, muß mit der Beschlagnahme vorgegangen werden.

3. Preisregelung. Die Einhaltung der gesetzlich festgestellten Höchstpreise ist sorgfältig zu überwachen. Es muß aber auch für die Möglichkeit der Einhaltung der Höchstpreise dadurch gesorgt werden, daß die Verordnungen über die Höchstpreise in ein System gebracht werden, welches vom Erzeuger bis zum letzten Verkäufer reicht, jedem, der in geschäftlicher und notwendiger Weise zur Verteilung der Waren beiträgt, einen bürgerlichen Gewinn sichert und den Kettenhandel ausschaltet. Höchstpreise ohne gleichzeitige staatliche Bewirtschaftung sind wirkungslos und haben immer zu einem Verschwinden der betreffenden Waren geführt. Dies gilt insbesondere von lokalen Höchstpreisen, welche unbedingt zu vermeiden sind. Bezüglich der Preisbildung ist auch durch Eindämmung des Banknotenumlaufes dafür Sorge zu tragen, daß der Wert des Geldes gehoben werde und damit ein systematischer Abwärtstrend der Preise aller Bedarfsartikel erfolge.

4. Verteilung. Die durch die behördlich legitimierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel und Bedarfsartikel müssen allen Ländern und allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden, wobei die notwendige Bevorzugung der Schwerarbeiter aufrecht zu bleiben hat. Doppelverordnungen sind auch in allen öffentlichen Ausverkaufsstellen streng zu vermeiden. Bei den vom Staat eingeleiteten Approvisionierungsstellen ist auf möglichst verbilligte Verwaltungseinrichtungen hinzuwirken und es sind diese Stellen zur öffentlichen Rechnungslegung zu verpflichten. Die Verteilungspläne müssen überprüft und insbesondere muß dahin gewirkt werden, daß alle überflüssigen Verfrachtungen unterbleiben, indem die in einem Bezirk vorhandenen Nahrungsmittel zunächst zur Deckung des Eigenbedarfes Verwendung finden. Dadurch wird zweifellos auch eine Verringerung der Transportbeschwerden erzielt werden, denen das Ernährungsamt auch sonst ein besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Die Verteilung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel an die Verbraucher hat, wenn sie nicht durch die Gemeinde selbst geschieht, unter deren maßgebendem Einfluß zu erfolgen.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs erwartet von dem Reichsamte für Volksernährung insbesondere eine Verbesserung der Versorgung der Städte mit Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fett und Milch, aber auch die Lösung der immer dringlicher werdenden Kohlen- und Petroleumfrage.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs ist überzeugt, daß mit den vorhandenen Vorräten

das Durchhalten möglich

ist, er erachtet es jedoch für seine Pflicht, die verantwortlichen Stellen dringendst aufzufordern, in die Lebensmittelversorgung jene Ordnung zu bringen, welche die bestmögliche Verwendung und Verteilung gewährleistet. Den städtischen Verwaltungen ist durch eine lange Reihe von Regierungsmaßnahmen fast jede Initiative auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung entzogen worden. Umso berechtigter ist die Forderung, daß die Regierung durch die von ihr bestellten Organe alles vorkahre, damit die städtischen Verwaltungen ihren auf dem Gebiete der Approvisionierung liegenden Aufgaben gerecht werden können.

Schließlich wird abermals die Forderung gestellt, daß die deutschen Städte Oesterreichs in die Lage versetzt werden, durch ihre Vertrauensmänner an den Maßnahmen des Staates und der von ihm legitimierten Zentralstellen hinsichtlich der Approvisionierung tätig mitzuwirken.

Nach vierstündiger Dauer schloß der Vorsitzende Obmannstellvertreter Reichsrats-Abgeordneter Kraft die Sitzung.

161

Der erste niederösterreichische Landfrauentag.

(Eigenbericht der „Reichspost“)
St. Pölten, 20. Jänner.

Die Tagung begann mit einer hl. Seelenmesse, welche der Bischof Dr. Köppler in dem schmucken Kirchlein der Schwestern von der ewigen Anbetung zelebrierte. Vor 1/10 Uhr versammelten sich die Teilnehmer, die trotz des Schneewalters zahlreich erschienen waren, im Saale des Klosters der engl. Fräulein. Gräfin Gerta Walterskirchen, die Präsidentin der KFD für Niederösterreich, führte den Vorsitz. — Dem Präsidium gehörten an: Gräfin Braida, Paula Baronin Strehensky, Frau Dr. Seih, Frau Statthaltereirat Tremel, Bischof Dr. Köppler beehrte die Tagung mit seiner Anwesenheit. Ebenso die Generaloberin der Kongregation der englischen Fräulein, Mater Gottlieb. Ferner bemerkte man unter den Anwesenden Fürstin Starhemberg, Gräfin Szapary, Baronin Danzlmann, Gräfin Walderndorff, Baronin Rudolphine Strehensky, Baronin und Baronesse Friebeiß, Ministerialsekretär Dr. Winter als Delegierten des Ackerbauministeriums, Abgeordneter Wohlmeier, Msgr. Binder, Direktor Griefler, Frau Duschek und viele andere. Nach der Begrüßung verlas Gräfin Walterskirchen ein Telegramm, welches von Prinzessin Klementine Metternich eingelangt war.

An dem heutigen ersten Beratungstage begannen die sachlichen Verhandlungen mit einem glanzvollen Referate der Baronin Thea Lapenna-Wenjers über das Thema:

„Die Landflucht und ihre Bekämpfung.“

Als erste Ursache der Landflucht sieht die Referentin die wirtschaftliche Unfreiheit der Bauerntöchter an. Ein zweiter Grund zur Landflucht ersehe durch den Umstand gegeben, daß die ländliche Arbeit von unverständigen Leuten vielfach als minderwertig angesehen wird. Daneben bildet aber zu meist der ungestillte Drang nach Reichtum, Unterhaltung und Ruh die Hauptursache der Landflucht der Bauernmädchen in die Stadt, wohin sie in dem unverständigen Glauben ziehen, daselbst alles Schöne und Gute zu finden, in völliger Unkenntnis des tiefen Elendes und der bitteren Not, der sie nur allzu oft selbst als Ehefrau eines kleinen Angestellten oder Arbeiters in der Stadt anheimfallen, in Unkenntnis vor allem der vielfachen Gefahren für Leib und Seele, die sie in der Stadt erwarten. Vergräme, unglückliche Mütter und vaterlose, heimatlose Kinder sind die besagten Folgen.

Dagegen gilt es nicht mit Worten, sondern mit Taten anzukämpfen. Als solche empfiehlt die Referentin: 1. Verbesserung der sozialen Lage der Landfrauen und Mädchen durch Reform der Wohn- und Lohnfrage und durch Schaffung von Fürsorgeeinrichtungen für Mutter und Kind (Müttervorträge, Stillprämien, Krippen und Kinderhorte), Pflege des Familienlebens und Erziehung zu demselben durch Einflußnahme der Geistlichkeit, Lehrer und Gutsherrschaft. Vor allem auch gute Behandlung und Schaffung anständiger Unterkünfte für die Landarbeiterin. 2. Hebung der Frauenbildung. Durch Einführung eines womöglich obligatorischen Hauswirtschaftsunterrichtes, Errichtung von Schulküchen, Veranstaltung von Wanderkursen (mit Unterricht im einfachen Kochen, Gartenbau, in der Obst- und Gemüseverwertung, Milch- und Viehwirtschaft, vor allem Geflügelzucht) und Vorträgen, Einrichtung von Schulgärten, Fortbildungsschulen, namentlich Winterkursen. Schulgärten, die die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen müssen, werden die Liebe zur Scholle und bannen so die Gefahr, die Kinder dem Landleben zu entfremden, die wie so viele zu Unrecht befürchten, eine höhere Durchbildung der Kinder heraufbeschwören soll. Die Fortbildungsschule könnte zur Neubelebung der Hausindustrie führen. Die vorgebildete Arbeiterin wird auch am Lande höhere Löhne erzielen und Bauer und Gärtner werden mit ihr besseres zu leisten imstande sein. Die Referentin schließt ihre wertvollen Anregungen mit einem warmen Appell an alle maßgebenden Faktoren sich zur Bekämpfung der Landflucht zusammenzuschließen, eingedenk der Schönheit und Wichtigkeit des bäuerlichen Berufes. Mehr denn je gilt ja gegenwärtig, da das Durchhalten im Hinterlande vom Ertrag des Ackers abhängt, das Wort Chamisso: „Denn wäre nicht der Bauer, so hätten wir kein Brot.“ (Großer Beifall.)

Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen der Referentin.

Hierauf ergreift die Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation Niederösterreichs, Frau Gräfin Walterskirchen, das Wort zu dem Thema:

„Die Landfrau als Produzentin und Konsumentin.“

Heute, da der Krieg die Bedeutung der Frau in der Landwirtschaft unermesslich gesteigert hat — in Deutschland werden derzeit 60% der Betriebe von Frauen verwaltet — ist es vor allem notwendig, der Hebung der Landfrau als Mitproduzentin des Mannes erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, durch Erhaltung aller weiblichen Arbeitskräfte auf dem Lande und durch ausreichende Berufsbildung. Die Landfrau ist namentlich durch ihre Tätigkeit in der Milch- und Obstwirtschaft, im Gemüse- und Obstbau und durch die Pflege der Kleintierzucht schon heute an der ländlichen Produktion stark beteiligt. Diese Anteilnahme muß durch Steigerung der Produktion namentlich durch gesteigerte Pflege des Gemüsebaues, der nach vielfach danielerliegt, wurden doch 1915 in Oesterreich um 79 Millionen Kronen Obst, Gemüse und Pflanzen mehr ein- als ausgeführt, gehoben werden. Gleichzeitig damit müßten die Absatzverhältnisse eine gründliche Regelung erfahren durch Zusammenfassung ländlicher und städtischer Hausfrauen zwecks unmittelbaren Absatzes ländlicher Produkte in der Stadt (System der Frau Elisabeth Böhm-Langgarden in Ostpreußen). Nächste dem Gemüsebau ist vor allem der Geflügelzucht die Hauptaufmerksamkeit zuzuwenden. Diefelbe wird zwar in einigen unserer Kronländer bereits intensiv betrieben (1913 wurden für 74 Millionen Kronen Eier ausgeführt und für 11 Millionen Kronen Geflügel mehr als eingeführt). Trotzdem würde es sich noch vielerorts lohnen, die Geflügelzucht weit mehr unter dem Gesichtspunkte der Rentabilität zu betreiben, durch Einführung der nach Klima und Bodenständigkeit geeigneten Rassen und durch Heranzucht eines reinkastigen Nutzgeflügels. Eine in Deutschland 1907 durchgeführte Zählung ergab den Bestand von 77 Millionen Stück Federvieh, und zwar von 69 Millionen Gänzen, 28 Millionen Enten, 669 Millionen Hühnern und eine halben Million Bruthühner. Auf 100 Einwohner kamen 123 Stück Federvieh. Die Schweinehaltung hat sich in Deutschland innerhalb von 23 Jahren von 7.1 auf 22.1 Millionen Stück erhöht. Sehr anerkennenswert sind die Bemühungen unseres Ackerbauministeriums und seines verdienten Konsulenten Georg Wieninger in dieser Richtung. Doch auch hier wird erst der Zusammenschluß der ländlichen Frauen einen durchgreifenden Erfolg bringen. Im Obstbau fehlt es bisher an der Qualitätsware und an der verständnisvollen Pflege des Obstgartens. Auch wäre der Verwertung von Beerenobst und der Herstellung von Dörrobst größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Von größter Wichtigkeit ist aber die Regelung des Absatzes, mit der Hand in Hand eine Verständigung zwischen Stadt und Land überhaupt gehen muß. Gegenseitiges Sichkennenlernen würde eine Verständigung bringen. Viele Unstimmigkeiten, die so leicht zwischen Stadt und Land ausstehen, würden sich verlieren, wenn die Frauen einen Weg zueinander fänden, wenn sie vor der beiderseitigen Nöten und Sorgen müßten. Der Sinn für das Wohl der Allgemeinheit würde geweckt werden, eine Brücke würde geschlagen von der Stadt zum Lande, vom Lande zur Stadt. Der ewig leuchtende Gedanke, das Wohl des Vaterlandes würde diese Brücke fest und dauernd machen. (Reicher Beifall.)

Die Referentin legte folgende Entschließung vor:

1. Es ist der Ausbau der Schulung der Landwädchen auf das dringendste von Nöten, in ländlichen Haushaltungsschulen, landwirtschaftlichen Schulen, Gartenbauschulen, Schulmutterkassen, Wanderturen usw.
2. Es ist auf die Verbreitung der Kenntnisse über Obstbau, Gartenkultur, Stallwirtschaft, Obstverwertung das größte Gewicht zu legen.
3. Dadurch, daß jede einzelne Landfrau an der Vermehrung der Produktion beteiligt ist, wird die allgemeine Produktion des Landes auf die Höhe gebracht.
4. Es sind die Absatzverhältnisse mit allem Nachdruck zu bessern, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und durch direkte Verwertung der Landfrau an die Stadtmärkte und die Anlieferung der ländlichen Produkte an die Verkaufsstellen des Vereines.
5. Es sind durch Vereinigungen von ländlichen und städtischen Hausfrauen Brücken zu gegenseitiger Verständigung und gemeinsamer Arbeit zu schlagen.

Die sehr sachlichen und zeitgemäßen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. In der Diskussion ergriff an erster Stelle Bischof Dr. Köppler das Wort und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die katholische Frauenorganisation durch diese Tagung Anregung zum Zusammenschluß der Landfrauen gegeben habe. In eindringlichen Worten wies er hin auf die Notwendigkeit einer Organisation der katholischen Frauen, die die Frau in ihrem dreifachen Amt: in der Familie den Glauben zu bewahren, die Erziehung der Kinder in christlichen Sinne zu leiten und ihre Hauspflichten in Liebe und Opferfreude zu erfüllen, unterstützen und stärken. Herr Pfarrer Riederer aus Ober-Markersdorf gab der Hoffnung Ausdruck, daß die katholische Frauenorganisation auch in seiner Gemeinde Fuß fassen werde. Abgeordneter Wohlmeier wies auf die Unrichtigkeit der Auffassung hin, welche der Industrie das Uebergewicht über die Landwirtschaft gab und durch Uebertragung industrieller Arbeitsmethoden auf die Landwirtschaft diese selbst hemmte und die Landflucht begünstigte. Seine Ausführungen sahete der Herr Abgeordnete Wohlmeier in einer Resolution. Gräfin Szapary berichtete über die Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Organisation des Lungau. Der Hebel der Organisation müßte einsetzen, in der Unterstützung der Bäuerinnen in der Hauswirtschaft und im wirtschaftlichen Betrieb. Die Landesregierung Salzburg hat es übernommen, große Gemüseärten in der Umgebung des Größiger Lagers anzulegen, welche mit Hilfe von Kriegsgefangenen bebaut werden. Der Ertrag dieser Gemüseärten soll dazu verwendet werden, die Gemüseerzeugung unter der ländlichen Bevölkerung selbst als Ersatz für fehlende Nahrungsmittel bekannt zu machen

und einzubürgern. Msgr. Binder berichtete über die ländlichen Verhältnisse in Westböhmen und schilderte, wie namentlich die Vereinigung von landwirtschaftlicher und handwerksmäßiger Produktion, die den ganzen Bedarf des Landes deckt, und zugleich Arbeit schafft, sich als beste Abwehrmittel gegen die Landflucht erwiesen habe. Frau Levin Assunta Nagl behandelte hierauf das Thema:

„Wie ist das Standesbewußtsein der Landfrau zu heben.“

Sie knüpfte an an den von Dr. Schöpfer aufgestellten Grundsatz „Grund und Grundbesitzer haben staatliche Aufgaben“. Ganz besonders hat die jetzige Zeit die staatsrechtlichen Aufgaben von Grund und Boden erwiesen. — Der Frau fällt ein bedeutender Teil an der Lösung dieser Aufgaben zu: die körperliche, geistige und moralische Erziehung des Bauernmädchens ebenso wie die Erhaltung eines gesunden und kräftigen Wehrstandes. — Die Wichtigkeit dieser Aufgaben für die Destituten aber muß auch den berechtigten Stolz der Landfrau wecken, nicht unfruchtbares Selbstbewußtsein, sondern bewußte Mütterlichkeit soll daraus als Grundlage ihrer Lebensaufgabe erwachsen. Die Freude und Genugtuung über die Freiheit vom Schaffen und Wirken auf dem eigenen Boden und im eigenen Haus. Durch eine Steigerung der Produktion, Verwertung von bisher nicht beachtetem, wird eine Steigerung der Einnahmen nach sich ziehen, welche wiederum die Landfrau zu erhöhter Tätigkeit aufmuntern und anspornen wird. Auch die Vertreibung der ländlichen Produkte, der Ausschluß des Zwischenhandels durch ein enges Zusammenwirken von Stadt und Land kann den Weg bahnen, um der Landfrau den größtmöglichen Gewinn zu sichern, ohne den städtischen Konsum mehr zu belasten. Die Rednerin weist ebenfalls auf die Verkaufsstellen der landwirtschaftlichen Frauenvereine in Ostpreußen hin. Als grundlegend für die Hebung der Landfrau aber bezeichnet sie den Ausbau einer weiblichen Jugendpflege auf dem Lande. Vereins- und Versammlungstätigkeit, die einer Ausprägung der ländlichen Frauen untereinander ermöglicht, wird auch hier den Boden vorbereiten. Schließlich wies die Rednerin hin auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie, die den Bauer seiner Scholle entzweien will durch die Vertretung einer ungesunden Deckung des heimischen Bedarfs durch ausländische Erzeugung und ebenso in sittlicher und kultureller Hinsicht die feste Grundlage eines gesunden Landlebens untergräbt. „Jener andere gute Geist muß die Verhältnisse unserer geeigneten Kluren erfüllen, der von dem Westböhmer ausgeht. Er wandelt durch die reisenden Felder und die Hand seines Lieblingsjüngers streicht lieblos über die schwanken Halme, die das himmlische und irdische Brot für die hungernde Menschheit enthalten. So stellt ein gläubiger Künstler in einem ergreifenden Bilde den Heiland und die nachfolgenden Jünger dar. Dieser Geist wird mit Ehrfurcht diejenigen behandeln, deren Arbeit des Lebens Notdurft für das Volk herbeischafft. In dieser Ehrfurcht vor den Mühen und Sorgen, vor dem treuen Wirken der landwirtschaftlichen Bevölkerung liegt die beste Gewähr, daß dieser Geist ihr Standesbewußtsein dahin führt, daß inwendig, wo es seiner gottgewollten Aufgabe um Wohl des ganzen Volkes und damit zu seinem eigenen Besten voll und ganz zu erfüllen befähigt wird. Herzlicher Beifall lehnte das vorzügliche Referat. In der Diskussion ergriff Propst Pfarrer Winkelhofer aus Krems das Wort und führte aus, daß nur Versammlungstätigkeit wie sie in den Vereinen gepflegt wird, in dem durch das Referat angedeuteten Sinn wirken kann. Auch durch Verabreichung landwirtschaftlicher Vorteile wird Einfluß auf die Landbevölkerung zu nehmen sein. Msgr. Binder schildert den ungemein günstigen Einfluß, den die Einführung der Wandertage unter der Jugend erzielt. — Im weiteren empfiehlt er die Wochenendausgabe der „Reichspost“, die durch ihre Beilage auch für die bäuerliche Bevölkerung viel wertvolle Winke und Anregungen gibt.

Die Nachmittagsberatungen.

Um 1/3 Uhr nachmittags fanden die Beratungen ihre Fortsetzung. Direktor Göhlert sprach über Dienst- und Lohnverhältnisse auf dem Lande. Er erläuterte die Zusammenfassung des landwirtschaftlichen Befindes aus Dienstboten, Tagelöhner (Hoftagelöhner) und Wandertagelöhner. Die Entlohnung des Befindes geschieht zum Teil in barem, zum Teil in Naturalbezug. Durch Annahme des Verkaufes war früher der Dienstbote für ein ganzes Jahr gedungen, während er jetzt, durch besser bezahlte Akkordarbeit verlockt, oft auch unter der Zeit seinen Dienst verläßt. Die Verdöhne haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten um 60% erhöht, eine Steigerung, die in keinem Verhältnis steht zum Wert der erzeugten Produkte. Dadurch ist das Dienstverhältnis für den Besitzer zu kostspielig geworden. Im Gegensatz zu den in das enorme gestiegenen Lasten stehen die Leistungen des Befindes, namentlich des männlichen, die dadurch herabgedrückt werden, daß der größte Teil des fähigen Arbeitermaterials sich der Industrie zuwendet, die durch kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne günstiger erscheint. — Ein Uebelstand liegt darin, daß sich in der Landwirtschaft Zeiten ergeben, namentlich im Winter, wo Arbeitskräfte überflüssig werden, aber doch mit Rücksicht auf die stärkere Arbeitszeit nicht entlassen werden können. Hier erhebt die Notwendigkeit eine genügende Beschäftigung des Befindes im Winter, die in der Handfertigkeit, in Reparaturarbeiten an landwirtschaftlichen Geräten, im Flechten von Wagenkörben usw. gefunden werden kann. Berufliche Ausbildung fehlt gegenwärtig beim Befinde fast allgemein. Die Löhne werden aber trotzdem auch in der Zukunft noch eine Steigerung erfahren müssen. Als Gegenleistung dafür wäre die vom Staat zu fördernde berufliche Ausbildung des Befindes geboten. Die Lehrlinge für Invalide, die aus der Landwirtschaft stammen, zeigen, wie dankbar dieser Unterricht aufgenommen wird. Dem Bauer muß die Möglichkeit gegeben sein, sich Tagelöhner und Akkordarbeiter sichern zu können. Ein Betrieb von 5 bis 9 Joch braucht schon außer der Arbeit des Bauers und seiner Familie bis zu 50 Tagelöhner im Jahr. Diese Anforderungen steigern sich mit der Größe des Bodens, doch nimmt der arößere Besitz hinsichtlich des Arbeitsaufwandes dem kleineren Besitz gegenüber eine wesentlich günstigere

21. 7. 1917

Der neue minderversperrte Landbesitz.

Stellung ein. Als besonderer Uebelstand im Gessindewesen wird der Mangel einer Altersversorgung empfunden. Ein ständiger Einfluß auf die Uebung des Sparwesens schon beim jugendlichen Gessinde und weiteste Verbreitung der Vorteile der Altersversorgung könnten auch hier günstig wirken. Das Land Niederösterreich hat durch die Errichtung von **Landeskinderheimen** außerordentliches für die Erhaltung ländlicher Arbeitskräfte geleistet, indem es elternlose Kinder in die Obhut braver Landleute gibt, wo sie zu tüchtigen und verlässlichen Dienboten erzogen werden. Als bestes Förderungsmittel zur Erhaltung eines nicht in die Stadt streuenden Gessindes hat sich in Deutschland und Ungarn die sogenannte **innere Kolonisation** erwiesen, welche Drang nach Selbständigkeit durch die Erwerbung eines kleinen Grundstückes befriedigt. Solche Siedlungen, die im Durchschnitt zwei Joch haben, werden an Dienstboten verpachtet, welche sich dagegen verpflichten, als landwirtschaftliche Arbeiter eine bestimmte Arbeitsleistung im Jahr dem Eigentümer gegenüber zu erbringen. Fürst Nikolaus Esterházy hat bereits 300 Joch Grund in dieser Weise für die Ansiedlung von Dienboten zur Verfügung gestellt. Endlich könnte zur Besserung der Dienstverhältnisse auf dem Lande beigetragen werden durch eine Hebung der **Handarbeit** während der Weidewirtschaft, welche durchaus keine Verminderung der Getreideproduktion bedeuten müßte, und durch zweckmäßige bauliche und technische Ausgestaltung des Betriebes. Auch die Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke ist von größter Bedeutung. Die Einführung des **Akkord** oder **Stückloh** müßte ein Gegenstand eifrigsten Studiums werden, da er als ein den gegenwärtigen Verhältnissen besser angepaßtes Dienstverhältnis bei richtiger Ausgestaltung und Anwendung für die Hebung der Landwirtschaft von fundamentaler Bedeutung werden kann. Zur Verwirklichung aller dieser Verbesserungsmöglichkeiten aber ist die unentwegte und ausdauernde Mitarbeit aller Kreise erforderlich. — Der sehr klare und sachliche Vortrag fand größte Aufmerksamkeit und ungeteilte Anerkennung. In der Diskussion regte Herr Pfarrer Niederer an, Vorschläge für die Bemessung der Prämien auszuarbeiten und in Vorschlag zu bringen. Ferner beschwor er ein Zusammenziehen von Besitzer und Landarbeiter insofern, als der Besitzer durch Gutstehen dem Tagelöhner die Errichtung eines eigenen Heimes auf seinem kleinen Grund ermöglichen soll. Die innere Kolonisation wird in ihrer Ausbreitung durch den Nationalitätenhader schwer unterbunden. Auf eine Anfrage bezüglich Kommissariat bemerkt Direktor Göhlert, daß sie in vielen Fällen, wo sich ihrer Durchführung Schwierigkeiten entgegenstellen, ersetzt werden könne durch die **Flurbereinigung**, welche durch Ausnützung aller unnützen Feldwege usw. das nutzbare Gemeindeländ um mehrere Joch vergrößern kann.

Hil. Assunta Nagl weist hin auf den christlichen Verband der weiblichen Hausbediensteten, welcher auch auf dem Lande Fuß zu fassen bestrebt ist, durch geeignete Abwehrmittel der Landflucht entgegenzuarbeiten und besonders auch für den Ausbau der Dienstbotenkrankenkasse eintritt. Zum Schluß empfiehlt sie den von dem genannten Verband herausgegebenen **Dienstmädchenkalender** (erhältlich um den Preis von 60 Heller im Sekretariat des Verbandes, IV. Mayerhofgasse 5, und in der Verkaufsstelle des katholischen Pressevereines, St. Pölten, Linzerstraße 7), welcher sehr wertvolle Aufklärungen und Belehrungen für Dienstmädchen enthält.

Ueber Bodenwirtschaft und ihre Reform

sprach hierauf Professor Dr. Franz Sommeregger, Sclagenfurt.

Der Vortragende führte aus, daß die Landwirtschaft, als der wichtigste Trägerin unseres Wirtschaftslebens, als dem Wehr- und Nährstande des Reiches nach dem Kriege erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden müsse, indem er eingehender deren Aufgaben beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zerlegte.

Als dringlichste Aufgabe bezeichnete er die Steigerung ihrer Produktivkraft, das verlangen die bisherigen Erfahrungen des Hungerkrieges, der Abbau der Lebensmittelsteuerung, die Staatsfinanzen und die steuerliche Belastung der Bodenwirtschaft. Er erörterte die vermutliche landwirtschaftliche Konjunktur nach dem Kriege, die eine ziemlich rasche Erholung der schweren Kriegsschäden der Landwirtschaft erwarten läßt, wenn die Agrarpolitik ein frischeres Tempo und gesteigertes staatliches Interesse erfährt. In erster Linie steht die Produktionspolitik, deren Rückständigkeit in Betrieb, Organisation und Verwaltung er hervorlegte. Trotz aller Erleichterungen wurden achtbare Fortschritte erzielt, aber diese sind nur länderweise erfreuliche, im Durchschnitt noch unbefriedigende. Das statistische Bild der Agrar-Ein- und -Ausfuhr machte dies leicht ersichtlich. Große Reichsteile stecken noch tief in der Naturalwirtschaft und in zurückgebliebenen Betriebsmethoden.

Als Hindernisse des Fortschrittes bezeichnete er die Unordnung in unserer Flurverfassung, den die „agrarischen Operationen“ abhelfen sollen, die aber noch von manchen Mängeln zu befreien sind. Ferner die Verhältnisse in den einzelnen Produktionszweigen, der Pflanzen- und Tierproduktion. Hier fehlt noch sehr die Verwertung der modernen Fortschritte, die Wissenschaft, Agrarchemie, Organisation zur Verfügung stellen. Er wies hin auf die großen Ergebnisse der Pflanzen-, Saatgut- und Futteramenaucht, auf die Bedeutung der Versuchstationen, auf die Hebung des Futterbaues durch moderne Wiesen-, Weiden- und Alpmeliorierung. Die Hemmnisse seien allerdings nicht gering, das zeigte er an den schwierigen Produktionsbedingungen in unserem Staate, der Teuerung der Frachten, der Kunstdüngerforten, der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, der hohen und ungerecht, weil ungleich wirkenden Besteuerung, dem geringen staatlichen Interesse an der Landwirtschaftsförderung. Er forderte die staatliche Regelung des Handels und Verkehrs mit Kunstdünger, Saatgut, Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen. Der Bauernlegung und Güterschlächtereien konnte mit den bisherigen Abwehrmitteln nicht gesteuert werden. Er erörterte die mannigfachen technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel eines modern wirtschaftenden

Bauernbetriebes, der reichen Segen aus engerer Verbindung mit der Wissenschaft ziehen kann. Die tierische Produktion sei minder befriedigend als die pflanzliche, lasse sich aber zweifellos durch die angeordneten Mittel beträchtlich heben.

Eingehender behandelte er die vielfachen Erwerbsmöglichkeiten durch Ausgestaltung der Nebeneinkünfte der Landwirtschaft, deren Summierung den üblichen Haupteinkünften aus Viehverkauf und Getreidebau nicht nachstehe. Besonders die steigende Bedeutung der Milchwirtschaft verdiene erhöhtes Interesse. Er wies hin auf die Bedeutung des Obst- und Gemüsebaues, der Kleintierzucht, der Handels- und Gespinnstpflanzen. Freilich sei hierzu meist genossenschaftlicher Betrieb notwendig, vor allem aber kaufmännisches Denken beim Landwirt.

Eine unerläßliche Voraussetzung des Aufschwunges sei eine Hebung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, dessen Rückständigkeit im Vergleich zu den anderen Ständen eine geradezu himmelschreiende sei. Auch die vorhandenen geringen Bildungsläufen der Landwirte seien sehr reformbedürftig. Der Einführung der landwirtschaftlichen Buchführung redete er wärm das Wort. Als bedauerlichen Mangel beim landwirtschaftlichen Schulwesen und bei der politischen Verwaltung bezeichnete er das Fehlen sachlich und theoretisch aufgebildeter Kräfte als Lehrpersonen, Berater des Landmannes und der Behörden, darum sei ein eigenes Agrarbehördenwesen auszubilden, dessen große Aufgaben er umschrieb. Dann wies er hin auf die große Bedeutung der landwirtschaftlichen Industrie, die überwindend den Händen der Landwirte entwunden sind, und schließlich auf die Wichtigkeit und die Aufgaben des landwirtschaftlichen Vereinswesens, auf die Durchsiederung desselben, um die heutigen Mängel zu beseitigen. Die vom kleinen Bauer bis zum Ministerium deutlich zu spüren seien. (Großer Beifall.)

Die Tagung wird Sonntag fortgesetzt. Es sprachen am zweiten Verhandlungstage Abg. Bauckinger, Direktor Albrecht aus Pöhra, Frau Oberstabsarzt Gudwilla Busarhnska, Frau Dr. Alma Seis, sowie Bauernbundssekretär Hochw. Josef Sturm.

Fleisch- und fettarmer Kriegsküchenzettel mit Kochvorschriften.

Anhang: Abendessen und verschiedener Brotaufstrich als Antwort auf 11 Anfragen. Von Luise Hölle.

Sonntag: Tomatensuppe (Vorschrift bekannt). Gestrecktes Lebergericht, Kartoffeln in der Schale, Kirschtortellmannstuden. Gestrecktes Lebergericht. Man gebraucht 350 Gr. Leber, daneben 750 Gr. Äpfel und 20 bis 24 Stück kleine Zwiebeln.

Kirschtortellmannstuden. Man nimmt entweder 500 Gramm eingemachte Süß- oder Sauerkirschen, die man leicht abtropfen läßt, oder vorher gewaschene Dörrkirschen, die man in wenig Wasser mit etwas Zucker langsam weich schmort.

Montag: Gemüsetopf mit Fleisch. Rote Apfelspeise. Gemüsetopf mit Fleisch. Man gibt wenig Fett in einen gutschleichen Kochtopf, brät darin ein kleines Stück Schweinefleisch gut an und gibt dann 1/4 Kopf feingeschnittene Weißkohl, zwei streifig geschnittene Wurzeln, 250 Gr. ebenso zerkleinerte Stedrüben, 200 Gr. Rosentortellröschen, zwei zerkleinerte Zwiebeln, eine zerteilte Salzgurke und 150 Gr. scheinig geschnittene Kartoffeln dazu.

Dienstag: Apfelsuppe (Vorschrift bekannt). Gebackene Riesmuschelspeise mit Rahm von Kartoffeln und Stedrüben. Gebackene Riesmuschelspeise. 5 Kg. Riesmuscheln hirslet man sauber, wäscht sie und kocht sie in wenig siedendem Salzwasser, bis sie sich öffnen, löst sie aus den Schalen, entfernt Bart und Fuß und spült sie mit heißem Wasser ab.

Mittwoch: Bunte Gemüsesuppe (Vorschrift gebracht). Großer Apfelloh mit Weintunke. Großer Apfelloh. 3 Kriegskümmel schneidet man in dünne Scheiben und weicht sie in halb Milch, halb Wasser ein, drückt sie fest aus und zerrührt sie in einer tiefen Schüssel zu Brei.

Donnerstag: Kartoffelpudding mit Pilztunke. Apfelsinenschnitten. Kartoffelpudding mit Pilztunke. Am Tage vor dem Gebrauch kocht man 1 Kg. Kartoffeln in der Schale und zieht sie ab, reibt sie am folgenden Tage und gibt 20 Gr. zerlassenes Fett, 2 Teller Magermilch, 2 Teelöffel Eierpulver, etwas Salz, Pfeffer, Backpulver und 100 Gr. gehacktes rohes Rind- oder Schweinefleisch darunter.

Freitag: Rosenkohlgemüse (Zubereitung bekannt) mit Maisgriechnickel. Apfelloh mit Mandelpudding (Puddingpulver von Tr. Deller). Maisgriechnickel. 250 Gr. Maisgrieß muß in 1/2 Liter kaltem Wasser mehrere Stunden weichen, dann gibt man den Grieß mit soviel heißem Wasser auf Feuer, daß er gut bedeckt ist, fügt 20 Gr. Fett zu und kocht unter Rühren einen steifen Brei davon.

Sonntag: Stedrübenpudding mit Tomatentunke. Haferschnitten. Stedrübenpudding. Zu 250 Gr. gehacktem Schweinefleisch gibt man 3 kalte geriebene Kartoffeln, Salz, Pfeffer und 2 geriebene Zwiebeln. 1 1/2 Kg. Stedrüben putzt und zerschneidet man, kocht sie ab und dann in frischem Wasser weich und rührt sie durch.

Sonntag: Stedrübenpudding mit Tomatentunke. Haferschnitten. Stedrübenpudding. Zu 250 Gr. gehacktem Schweinefleisch gibt man 3 kalte geriebene Kartoffeln, Salz, Pfeffer und 2 geriebene Zwiebeln. 1 1/2 Kg. Stedrüben putzt und zerschneidet man, kocht sie ab und dann in frischem Wasser weich und rührt sie durch.

(schalen!) Kartoffeln in Scheiben. Man streicht Boden und Wände einer vorgeschriebenen Puddingform dünn mit der Hälfte der Fleischmasse aus und füllt die Puddingform mit Stedrübenbrei, Kartoffelscheiben und Fleischstückchen. Der Pudding wird 1 1/2 bis 2 Stunden im Wasserbade gekocht, dann behutlich gestürzt und mit brauner Tomatentunke überfüllt.

Haferschnitten. In 1/2 Liter Magermilch oder Milch, die man aus Trockenmilchpulver herstellt, rührt man, wenn sie kocht, 75 Gr. Hafersoden und läßt sie dann zu einem glatten Brei ausquellen, rührt 1 Eiweiß, 30 Gr. Zucker, etwas Salz und abgeriebene Zitronenschale daran, mischt 10 Gr. aufgelöste Gelatine darunter und zieht zuletzt den steifgeschlagenen Schnee des Eiweiß darunter. Der Pudding muß in kalt ungespülter Form erkalten, wird gestürzt und mit beliebigem Fruchtstückchen gereicht.

Anschließen möchte ich heute gleich die Beantwortung der stehenden Fragen nach Abendgerichten und Brotaufstrich, von denen zwei Frageninnen — um ihre Bitte wohl recht ausdrucksvoll zu gestalten — mir die Briefe mit Entboten schickten und mir, da dieser edle Bote um 10 1/2 Uhr abends einen Höllenlärm an der Haustür klingelnd vollführte, keinen geringen Schreck eintrug. Den habe ich noch nicht vergessen und schide nun schnellstens, um Wiederholungen zu vermeiden, die Antworten.

Abendgerichte sind jetzt schwierige Probleme, das gebe ich ohne weiteres zu und gestehe außerdem ein, daß ich mich mit ihrer Zusammenstellung auch weidlich plagen muß, nun die sonst so willige und treffliche Allerweilshelferin, die Kartoffel, bei der Bereitung von Abendessen fast ausgeschaltet werden muß. Das Ausnahmsmittel: Mittagsgemüse in doppelter Menge zu kochen und abends zu wärmen, will mir auch nicht recht gefallen, unser Wagen ist auch nicht ganz ohne „Streikgedanken“ geliebt bei der Kriegsküche, wir müssen uns hüten, ihn noch mehr zu reizen, sondern lieber versuchen, ihm verständnisvoll entgegenzutreten.

Bunte Gemüsesalze. Man nimmt dazu 750 Gr. weichgekochte Kohlrübenstreifen, 250 Gr. Möhrenstäbchen, eine zerkleinerte weichgekochte Sellerietunke und 250 Gr. weichgekochte Rosentortellröschen. Die Gemüse werden gemischt und in eine runde Form geschichtet, vom Gemüsekochwasser der Sellerie nimmt man einen halben Liter, gibt Essig, Pfeffer, Most, einen Brühwürfel und 10 Blatt weiße, aufgelöste Gelatine heran, gießt dies über die Gemüse und läßt die Salze erstarren. Sie wird gestürzt und mit einem Kranz süßsauer eingemachter roter Beete umgeben. Trocken geröstete Brotscheiben gibt man zu der Salze.

Gemischter Stedrübensalat. 1 1/2 Kg. vorgekochte Riesmuscheln kocht man mit wenig siedendem Wasser und einer Zwiebel, löst sie aus den Schalen, befreit sie von Bart und Fuß und läßt sie nach dem Abspülen mit heißem Wasser abtropfen und erkalten. Die Riesmuscheln werden mit gekochten Stedrüben (500 Gr.), Kartoffeln (250 Gr.) und roten Wurzeln (250 Gr.), nachdem diese in kleine Stücke geschnitten sind, vermischt. Die durch ein Mulltuch gegebene Muschelbrühe macht man mit etwas Kartoffelmehl sämig, gibt Most, Essig, geriebene Zwiebel, Salz, wenn nötig, und etwas Pfeffer daran, und bereitet davon die Tunke, mit der man die angegebenen Bestandteile mischt. Dieser Salat ist sehr wohlschmeckend und nahrhaft.

Hering in kalter Mostrichtunke. Die Salzheringe müssen 24 Stunden gut gewässert werden, worauf man sie abzieht und entgrätet und dabei in Hälften schneidet. Man kocht aus 1/2 Liter Brühe mit einem aufgelösten Brühwürfel, Essig, Pfeffer und glattgerührtem Mehl eine gebundene Tunke, kocht 2 Teelöffel Eierpulver durch, und läßt die Tunke erst erkalten, bevor man 1 bis 2 Teller Most, je nach seiner Schärfe, durchrührt. Man gießt die Tunke über die Heringe beim Anrichten.

Kalbsfußsalze. Kalbsfüße kann man hin und wieder marktfrei bekommen. Zwei bis drei Kalbsfüße kocht man weich, löst das Fleisch von den Knochen und schneidet es in kleine Würfel, die man mit ebensoviel würfelig geschnittenem entgräteten und vorher gut gewässerten Salzhering mischt, ebenso gibt man 1 Eßlöffel kleine Perlzwiebeln, Kapern und 2 Teller voll feingeschnittene Salz- oder Sengurken dazu. Die gefärbte Kalbsfußbrühe würzt man mit Apfelmilch und Essig, gibt noch einige Blatt weiße aufgelöste Gelatine dazu und vermischt die Zutaten damit. Man füllt die Salze in kleine Bechergläser, die man beim Anrichten auf ein Brett von grünem Feldsalat stürzt. Man gibt Apfelmilchreis zu der Salze.

Graupenrand mit Gemüse. 375 Gr. grobe Graupen kocht man einmal ab, überfüllt sie mit 1 Liter Brühe aus Brühwürfeln und stellt sie nach 15 Minuten Ansohzeit etwa drei Stunden in den Gartocher. Dann schmeckt man die ganz dick ausgequollenen Graupen mit Salz und geriebener Zwiebel ab und kocht sie mit zwei Teelöffeln Eierpulver durch. Die Graupen füllt man darauf in eine eingefettete Randform, stellt sie in den heißen Ofen und bäckt den Rand etwa 20 Minuten. Gemüsereste und kleine Fleisch- oder Fischstücke erhitzt man in brauner Würstunke und füllt sie in den gestürzten Graupenrand.

Gefüllte Grühchnitten. Man kann Buchweizengrühe, aber auch Hafer- oder Gerstengrühe benutzen und muß davon 250 Gr. etwa in Fleischbrühe aus Brühwürfeln so dick wie möglich ausquellen. Der dicke Grühbrei wird noch heiß mit 100 Gr. beliebigem, feingehacktem Fleisch vermischt — kleinste Reste sind auch verwendbar — und dann auf eine bemehlte Porzellan- oder Emailschüssel zum Erkalten gestrichen. Man formt Bällchen von der Masse, dreht sie in Gries um und brät sie in eingefetteter eiserner Pfanne unter vorsichtigem Wenden auf beiden Seiten lichtbraun. Mit süßsauer eingemachten Früchten, Salzgurken, roten Rüben gibt man sie zu Tisch.

Kartoffelspageten, ein Ausnahmsgericht für Sonntage, wenn man in der Woche die Kartoffeln dazu gespart hat. Man kocht 1 Kg. Kartoffeln mit der Schale am Tage vor dem Gebrauch, zieht sie ab und reibt sie am folgenden Tage. Man rührt unter die Kartoffeln so viel Milch (aus Trockenmilchpulver bereitet), daß ein schlanker Brei entsteht, dem man 2 Teller Eierpulver, Salz, 1 Teelöffel geschmolzene Butter und 2-3 Teller Semmelkrumen zusetzt. Die Mischung wird gut geschlagen und dann so viel Mehl beigefügt, daß man Klößchen abstechen kann. Man kocht sie in Salzwasser gar, nimmt sie mit dem Schaumlöffel heraus, und überstreut sie mit lichtbraun gebratenen Zwiebelwürfeln. Man reibt geschmorte Apfelmilchstücke dazu.

Kindersonntagspeise aus grobförnigem Weizengries. Man nimmt 5 Eßlöffel von diesem Gries, streut ihn in 1/2 Liter kochende Magermilch und rührt nach Beigabe von etwas Salz und Zimtzucker einen fließenden Brei davon. Er wird in Tassen gefüllt, mit lichtbraun gerührtem Zucker übergossen und einige Stücke Obstmus hineingelegt.

Zu der Bereitung butterlosen Brotaufstriches ist man mit der Zeit ganz erfinderisch geworden. Von den folgenden Vorschriften gaben wir auf unserer Beratungsstelle für Kriegsernährung Kostproben vor einigen Wochen aus, die ungeteilten Beifall fanden.

Gemüseaufstrich. Eine mittelgroße gepuzte und geschälte Sellerietunke, zwei Wurzeln und zwei geschälte große Äpfel reibt man roh, mischt dies, fügt Salz, Pfeffer, etwas Zucker und den Saft einer halben oder ganzen Zitrone hinzu. Besonders gut auf Schwarzbrot.

Sardinenaufstrich. Den Inhalt einer kleinen Dose Sardinien streicht man durch ein feines Sieb und rührt zwei bis drei Eßlöffel dicken Tomatenbrei darunter. Für leicht geröstete Weißbrotscheiben am wohlschmeckendsten.

Falscher Wurstaufstrich. In 1 Teller Schmalz brät man eine große, geriebene Zwiebel, gibt zwei in Wasser gewaschene

Brötchen fest ausgedrückt dazu, 1 Teller Fleischbrühe, Salz, Pfeffer, 1 Teelöffel Kochextrakt und 2 Teelöffel trockenen, feingeriebenen Majoran daran und läßt die Masse abkühlen, bevor man sie auf Brotscheiben streicht.

Heringsaufstrich. Einen geräucherten Hering oder anderen Rauchfisch enthäutet und entgrätet man. Aus heller Mehlschwige kocht man mit etwas Magermilch eine ganz dicke Tunke, gibt einen Teelöffel Suppenwürze und eine halbe geriebene Zwiebel nebst den Heringsstückchen daran und läßt alles an einer heißen Herdplatte ziehen, nicht kochen, bis sich der Fisch ganz fein zerdrücken läßt. Nach dem Erkalten benutzt man die Masse als Brotaufstrich.

Bürziger Aufstrich. Einen großen, entgräteten Büding, drei reife Tomaten und vier große Kartoffeln dreht man durch die Fleischhackmaschine und würzt die Masse mit Salz, Pfeffer und wenig Mustard.

Grüner Käseaufstrich. Einen geriebenen grünen Käse kocht man in 1 Tasse Magermilch auf, gibt zwei Blatt weiße, aufgelöste Gelatine daran und füllt die Masse zum Erkalten in eine kleine Porzellan- oder Emailschüssel.

Apfelaufstrich für Kinder. Vier große, ungegeschälte, gut gewaschene Äpfel schneidet man in Stücke, entfernt das Kernhaus, kocht sie in ganz wenig Wasser weich und streicht sie durch. Man gibt etwas Zucker und mehrere Teller feingeriebene Krümel darunter. Streifen kann man den Apfelaufstrich durch die gleiche Menge Kürbismilch — ohne Zucker gekocht — und zwei Scheiben abgetrockneter, dann (ohne sie zu kochen) geriebener Stedrüben.

Brotaufstrich aus Nährhese. Zwei Brühwürfel löst man in 2 Tassen kochendem Wasser, kocht 1 Teller Nährhese damit gut durch, löst 3-4 Blatt weiße Gelatine in etwas Wasser, gibt diese dazu und läßt die Mischung erkalten.

Am nächsten Sonntag wird meine hauswirtschaftliche Blaudekel nun die Antworten auf viele Fragen bringen, deren Fragestellerinnen wahrlich „Gebüd“ mit mir hatten und meines Dankes für die Bewahrung dieser Himmelstugend versichert sein dürfen.